

Größenwahn und Paranoia

Deutschland rüstet zum Krieg



Alles Opfer außer Adolf
Die Erinnerungspolitik der CDU

Im Machtrausch
Trump und sein Mob

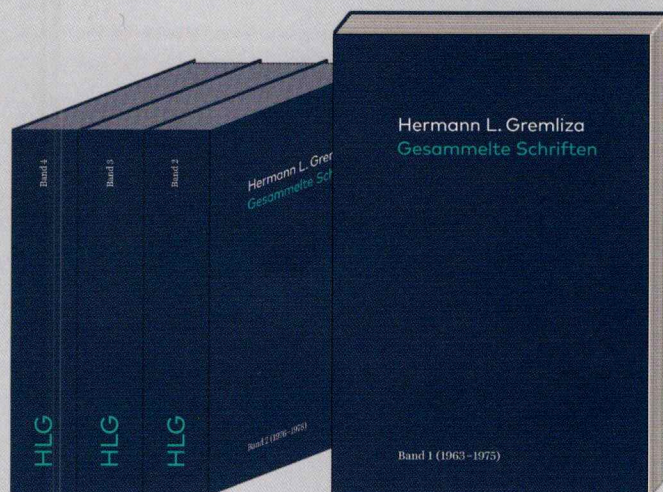
**Auf zum
letzten
Gefecht**
Das Comeback
der Linkspartei

Hermann L. Gremliza *Gesammelte Schriften*

in 18 Bänden

Im Oktober letzten Jahres sind die ersten beiden Bände der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas erschienen. Im Frühjahr und im Herbst dieses Jahres folgen jeweils zwei weitere. Die Ausgabe ist auf 18 Bände angelegt und wird von Friederike Gremliza und Wolfgang Schneider herausgegeben. Sie enthält alle Texte, die Gremliza unter seinem Namen oder unter einem seiner Pseudonyme hat drucken lassen, sei es in **konkret** oder an anderen Orten. Aufgenommen wurden ebenfalls die anonymen **konkret**-Editorials, sofern sie ersichtlich von Gremliza stammen. Hinzu kommen Interviews und sonstige mündliche Auskünfte sowie alle noch unveröffentlichten Texte aus seinem Nachlass, darunter Briefe und ein über drei Jahre sich erstreckender Mailwechsel mit Wolfgang Pohrt. Band 1 enthält zudem in Gremlizas Werk einführende Vorworte von Dietmar Dath und Stefan Ripplinger.

Die Texte, beginnend mit Gremlizas ersten journalistischen Arbeiten für die Tübinger Studentenzeit-schrift »Notizen« 1963, werden in chronologischer Reihenfolge geboten und folgen den Erstdrucken



(Varianten späterer Wiederveröffentlichungen werden angegeben). Geplant ist die Veröffentlichung von vier Bänden pro Jahr; die Ausgabe wird voraussichtlich 2028 abgeschlossen sein. Abgesehen von Band 1 und Band 16 umfassen die Bände jeweils die Texte dreier Jahre; die Edition hat dementsprechend einen Umfang von 16 Bänden; hinzu kommen ein Register- und ein Supplement-Band, welcher die *Drei-Damen-Trilogie* (1979–1990) und die *Haupt- und Nebensätze* (2016) enthält.

Die Bände – fadengeheftet, kartoniert und jeweils mit ausführlichem Personenregister – haben einen Umfang von circa 500 Seiten und kosten bei einer Bestellung innerhalb der Subskriptionsfrist 24 Euro pro Band. Die Subskriptionsfrist endet nach dem Erscheinen des 4. Bandes am 31. Mai 2025. Für Bestellungen nach diesem Datum erhöht sich der Preis pro Band auf 30 Euro. Die Edition kann nur insgesamt bezogen werden; der Kauf einzelner Bände ist nicht möglich.

Bestellungen per Coupon oder über konkret-magazin.de oder per E-Mail an verlag@konkret-magazin.de

Hiermit bestelle ich die 18-bändige Gesamtausgabe *Hermann L. Gremliza: Gesammelte Schriften* zum Subskriptionspreis von 432 Euro (Einzelband 24 Euro). Dieser Sonderpreis gilt bis zum 31.5.2025. Danach kostet die Subskription 540 Euro (Einzelband 30 Euro). Die Bücher sind nicht einzeln erhältlich. Sie verpflichten sich mit der Subskriptionsbestellung zur Abnahme aller Bände. Die Bücher werden Ihnen jeweils nach Erscheinen mit Rechnung zugeschickt. Sie können Ihre Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen.

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Vorkasse

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

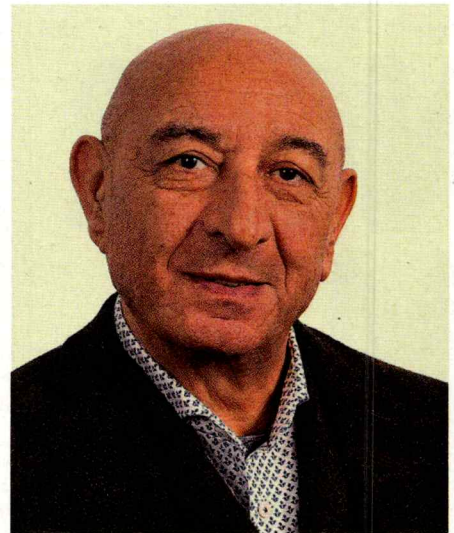
E-Mail

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

»Eine einseitige Waffenruhe wird nicht reichen«

Abdullah Öcalan hat zur bedingten Entwaffnung und Auflösung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aufgerufen. konkret sprach darüber mit Hüseyin-Kenan Aydın, ehemals als MdB für die Linkspartei zuständig für Entwicklungspolitik



Konkret: *Das Machtgefüge im Nahen Osten verändert sich stark. Wieso kommt Öcalans Aufruf gerade jetzt?*

Hüseyin-Kenan Aydın: Die jüngsten Ereignisse haben dazu geführt, dass auch die türkische Regierung anfang, nachdenklicher zu werden. Sie fürchtet eine Ausweitung der politischen Instabilität auf die Türkei. Und die ungelöste kurdische Frage hätte durchaus das Potential, eine Eskalation herbeizuführen. Zugleich hat sich die PKK zuletzt auf das syrische Gebiet konzentriert, um dort zumindest in Rojava die Kontrolle zu wahren. Deswegen ist man auf türkischem Gebiet nicht mehr so aktionsfähig wie beispielsweise in den Neunzigern. Das wird ein Grund sein, warum sich beiderseitig eine wohlwollende Haltung zu einer Waffenruhe entwickelt hat.

Also eher eine taktische Entscheidung als ein Friedensprozess?

Grundsätzlich werte ich den Aufruf positiv, weil er den Weg des Friedens und Dialogs ebnet. Die Linke hat sich schon immer für eine gewaltlose Konfliktlösung eingesetzt. Und Öcalan hat zweifelsohne einen großen Einfluss auf die PKK und die kurdische Bewegung. Es kann ein Schlüsselmoment sein, um die Gewaltspirale zu durchbrechen. Das Problem ist, dass eine Waffenruhe seitens der PKK alleine nicht ausreichen wird. Die türkische Regierung verfolgt und verhaftet weiterhin Kurden und linke Aktivisten. Insbesondere seit dem gescheiterten Militärputsch 2016 verschärft sie ihre autoritäre Politik. Sie müsste eingedämmt werden und eine Demokratisierung hin zu Menschen- und Freiheitsrechten, zu mehr Autonomie für kurdische Regionen stattfinden. Dazu gehört die Freilassung politischer Gefangener; Selahattin Demirtaş (Demokratische Partei der Völker, HDP) ist da nur einer von vielen. Auch die Ersetzung von demokratisch gewählten Bürgermeistern mit regierungsnahen Statthaltern muss rückgängig gemacht

werden. Passiert das nicht, werden die Kurden der Waffenruhe in absehbarer Zeit nicht mehr nachkommen. Übrigens wäre es auch höchste Zeit für europäische Staaten und die USA, die PKK von der Liste terroristischer Organisationen zu streichen.

Wie wahrscheinlich ist es, dass die Türkei solche Schritte unternimmt?

Öcalans Aufruf vorausgegangen ist die Forderung von Devlet Bahçeli, dem Vorsitzenden der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), an die PKK, die Waffen niederzulegen und sich der zivilen Politik zuzuwenden. Das ist ein Novum in der Geschichte der MHP. Bahçeli ist den einflussreichsten Fraktionen im Staat sehr nahe. Ich deute seine Forderung so, dass es diese Kreise sind, die sich große Sorgen machen. Was in Syrien und auch im Irak, im Libanon oder in Libyen passiert ist, scheint ihnen in der Türkei nicht so fern. Und der Krieg der Türkei gegen die Kurden hat seit den Neunzigern mehr als eine Billion Dollar an Kosten verursacht. Das Geld hat natürlich gefehlt, um das Land nachhaltig zu entwickeln, bei der Bildung, Gesundheit und der Infrastruktur. Die Vertreibung vieler Menschen, vor allem in Ost- und Südostanatolien, hat dazu geführt, dass die Türkei immer mehr Nahrungsmittel, etwa Fleisch und Milchprodukte, importieren musste. Dieser Entwicklung scheint nun Einhalt geboten zu werden. Ich glaube zugleich, dass sich die Türkei ihrer Geschichte stellen muss. Beispielsweise rückt der 88. Jahrestag der Ermordung und Vertreibung der Dersimer und Dersimerinnen näher. Das ist in Europa ein kaum beachtetes Thema. Aber es ist immer noch in Herzen und Köpfen der Hinterbliebenen. Die Regierung steht also von verschiedenen Seiten unter Druck. Deswegen besteht tatsächlich eine kleine Chance, dass Erdoğan sich bewegt. Zumal für ihn, wenn er in der kurdischen Frage eine gewisse Befriedigung hinkommt, die Chance steigt, mit den Stimmen der Kurden eine weitere Legislatur-

periode zu regieren. Die nächsten Monate werden diesbezüglich Klarheit schaffen.

Könnten prokurdische Parteien, etwa die Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM), gar in die Regierung eingebunden werden?

Manche spekulieren darauf, aber ich sehe dafür keine Indizien. Die DEM würde viele Wähler verlieren, wenn sie das täte. Erdoğan braucht genug Stimmen der Kurden, nicht alle. Und es ist ja nicht so, dass alle Kurden in der Türkei der PKK oder der DEM nahestehen. Ein Teil wird die Waffenruhe begrüßen und sich möglicherweise Erdoğan's AKP zuwenden.

Kurdische Verbände in Deutschland nehmen nun insbesondere die EU in die Pflicht, eine Demokratisierung der Türkei voranzutreiben. Das scheint Wunschdenken; erst kürzlich hat Ursula von der Leyen betont, wie zufrieden die EU mit Erdoğan's Türkei ist.

Die Debatte in Deutschland ist geprägt von den Reibereien mit den USA und dem Wunsch nach Militarisierung. Wenn die EU die Türkei als militärisch stark aufgestellten Staat an ihrer Seite sehen will, muss sie sie in die europäischen Aufrüstungspläne einbeziehen. Ich glaube sogar, dass man den Gedanken hegt, eine europäische Armee auf den Weg zu bringen. Und Erdoğan hat schon angeboten, bei so was mitzumachen. Dass die EU der Türkei hilft, innenpolitische Konflikte zu besänftigen, könnte Ausdruck davon sein, die Türkei auf ihrer Seite wissen zu wollen, wenn es gegen die außenpolitischen Feinde gehen soll. Die Aufgabe der Linken in Deutschland, in der EU und in der Türkei ist es, die Normalisierung von Kriegsrhetorik und -vorbereitung zu durchbrechen, unsere antimilitaristische Haltung zu stärken und die Bevölkerung dahingehend aufzuklären, dass Militarisierung ein Irrweg ist. Zugleich ist das aber kein Grund, die Lösung der Kurdenfrage nun nicht anzugehen. Das muss man tun, und die Linke muss das unterstützen. ●

NOR MAL

Eine Besichtigung des Wahns

- Do. 27.03.25 Aachen | Grenzlandtheater
Fr. 28.03.25 Köln | Filmclub 813
Sa. 29.03.25 Mülheim/Ruhr | Makroscope
Fr. 04.04.25 Berlin | ://about blank
Do. 10.04.25 Bochum | Oval Office Bar
Sa. 12.04.25 Siegen | Kulturhaus LYZ
So. 13.04.25 Kassel | Schlachthof
Do. 24.04.25 Leipzig | Conne Island
Fr. 25.04.25 Erfurt | veto
Sa. 26.04.25 Göttingen | Kino Lumière
Di. 06.05.25 Hannover | Pavillon
Mi. 07.05.25 Osnabrück | Haus der Jugend
Do. 08.05.25 Bremen | Kukoon
Fr. 09.05.25 Bremen | Kukoon
Mo. 19.05.25 Innsbruck | Treibhaus
Di. 20.05.25 Wien | (tba)
Mi. 21.05.25 Linz | Stadtwerkstatt
Do. 22.05.25 Salzburg | (tba)
Fr. 23.05.25 Murnau a. Staffelsee | Westtorhalle
Do. 21.08.25 AMS*Camp
Do. 16.10.25 Heilbronn | Kulturkeller
Fr. 17.10.25 München | Bellevue di Monaco
Sa. 18.10.25 Tübingen | (tba)
Fr. 07.11.25 Witzenhausen | (tba)
Sa. 08.11.25 Hövelriege | SJC Hövelriege
So. 09.11.25 Bünde | (tba)
Do. 13.11.25 Oldenburg | Alhambra
Fr. 14.11.25 Bergedof | SerrahnEINS
Sa. 15.11.25 Bremerhaven | (tba)
Do. 05.02.26 Reutlingen | franz.K

Ein Abend gegen Irrationalismus &
instrumentelle Vernunft

www.vernunftwahn.de

von konkret

Ein' Tag hieß es, dass wir in ein Kinderlager sollten, um sie fürs Gas auszu ziehen. Da nahmen wir uns vor, lieber an den elektrischen Draht zu gehen. Dann mußten andere hin, weil man uns doch als Angelernte weiter in der Fabrik brauchte.« In **konkret** 3/79 sprach Peggy Parnass mit ihrer Tante Flora über deren Erinnerungen an den Vernichtungsbetrieb in Auschwitz. Peggy Parnass' Eltern, Hertha und Simon Pudl Parnass, wurden 1942 in Treblinka ermordet. Die elfjährige Peggy und ihr vierjähriger Bruder Gady überlebten, weil sie 1939 mit dem letzten Kindertransport nach Schweden gelangten. Anfang der fünfziger Jahre blieb sie in der BRD »hängen«, einem Land, mit dem sie sich nie versöhnen konnte und wollte. »Nein, es geht mir nicht gut«, schloss sie ihren Artikel »Tante Flora«. Wie auch? In einer der Gerichtsreportagen, die sie zwischen 1974 und 1984 für **konkret** verfasste und die in mehreren im Konkret Literatur Verlag erschienenen Bänden gesammelt sind, berichtete sie über die Nachsicht, mit der die Justiz SS-Untersturmführer Wilhelm Rosenbaum, der nachweislich mindestens 148 Juden eigenhändig ermordet hatte, begegnete. Weil die eigene kriminelle Vergangenheit die Deutschen mehrheitlich »weder vorne noch hinten« kratzte, kam Peggy Parnass zu der Einsicht: »Ich merk überhaupt, dass hier der Punkt ist, an dem meine Gespräche in Deutschland nicht mehr möglich sind.«

Am 12. März ist die Schauspieler, Sängerin und langjährige **konkret**-Autorin Peggy Parnass im Alter von 97 Jahren in Hamburg gestorben.

Wer in einem Land veröffentlicht, was der Großteil der dort lebenden Bevölkerung nicht wissen will, kann nur Verluste machen. Das gilt auch für **konkret**. Allein mit den Einnahmen aus dem laufenden Geschäft können wir nicht alle Kosten decken, nicht alle nötigen Projekte und Neuerungen finanzieren. Umso erfreulicher, dass die Crowdfunding-Kampagne »Ein Herz für Miesmacher« dank der Unterstützung vieler **konkret**-Leser/innen erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Nun stellt sich die Frage: Wohin mit dem ganzen Geld? Ein Teil wird in eine E-Paper-Version des Heftes und ein Online-Archiv fließen; beides soll ab Mai online sein. Ein anderer Teil ermöglicht es, die Webseite auf den neuesten Stand zu bringen. Und mit dem Rest wurden Rechnungen, die sich zu Jahresbeginn beim Verlag türmten, beglichen. Dieser Sorgen entledigt, wenden wir uns mit neuem Elan den politischen zu.

Denn die faschistischen Auswüchse nehmen immer groteskere Formen an: Laut »New York Times« plant die Trump-Regierung, mehr als 200 Begriffe aus offiziellen Bekanntmachungen und Dokumenten zu streichen; auf 250 Webseiten sollen bereits Löschungen oder Änderungen von, sagen wir: unliebsamen Wörtern vorgenommen worden sein. Dieser Zensur der selbsterklärten Free-Speech-Verfechter fällt nicht nur der Zusatz TQ+ beim Akronym LGBTQ+ zum Opfer, sondern auch Begriffe wie Covid-19, Klimakrise, Sexualität, Rassismus und Frauen. Das bisschen zivilisatorischer Fortschritt, das die Linke der amerikanischen Gesellschaft im Laufe eines Jahrzehntelangen Kulturkampfes abgetrotzt hat, kassiert die Trump-Regierung nun in Wochen. Denn, so Georg Seeßlen in diesem Heft (Seite 22): »Der Imperator gebietet über die Sprache und die Konstruktion von »otherness«.« Wer nicht weiß, hetero und männlich ist, soll in künftigen Regierungsdokumenten nicht mehr vorkommen. Das entschädigt nicht nur die Masse der zu kurz gekommenen Trumpisten, es spart auch Kosten: Wo es keine Frauen gibt, braucht es weder Frauenförderung noch geschlechtsbezogene medizinische Forschungsprogramme – Trump ließ sie bundesweit streichen (siehe Marten Brehmer auf Seite 20).

Reaktionäre Sprachpolitik gibt es auch »da-hoam«: Michael Csapkóczy (siehe Seite 36) schreibt über den Fall Lisa Poettinger. Das bayerische Kultusministerium will Poettinger wegen der Verwendung von »marxistischem Vokabular« nicht zum Referendariat zulassen, weil: »Nach Mitteilung des Verfassungsschutzes vom 05.11.2024 stammt der Begriff »Profitmaximierung« aus dem Kommunismus und wertet Gewinnstreben in der Wirtschaft ab.«

Warum das nicht sein darf, erklärte Hermann L. Gremliza bereits in **konkret** 9/78:

Denn was tut ein Marxist, wenn er von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch macht? Wenn er die Klassengesellschaft Klassen-gesellschaft, den Kapitalisten Kapitalisten und den Proletarier Proletarier nennt? Er »indoktriniert«. Und fliegt raus, nicht aus politischen Gründen wie Parteizugehörigkeit, sondern wegen eines individuellen »Dienstvergehens«.

Nachlesen kann man diese erschreckend aktuelle Analyse im zweiten Band von Gremlizas *Gesammelten Schriften*. Die Bände drei und vier der *Schriften* werden im Frühjahr dieses Jahres erscheinen. Wer die Gremliza-Ausgabe noch zu den günstigen Subskriptionsbedingungen beziehen möchte, hat für seine Bestellung bis zum Erscheinen des vierten Bandes Zeit; die Subskriptionsfrist endet am 31. Mai 2025. Zu den Details der Edition siehe die Anzeige auf der vorderen Umschlagseite dieses Heftes.

Titel

8 ... zum dritten!

Für Deutschland und die EU geht es in der Ukraine um die Vormachtstellung im Osten. Von Jörg Kronauer

9 Aus dem Schatten

Will Merz mit Panzern nach Russland? Von Stefan Gärtner

Politik

3 »Eine einseitige Waffenruhe wird nicht reichen«

Über Abdullah Öcalans Aufruf, die PKK aufzulösen, sprach **konkret** mit Hüseyin-Kenan Aydın

11 Die lauten und die leisen Töne

Stefan Gärtner über Pankaj Mishras bigotte Solidarität mit den Palästinensern

12 »Die freie Welt braucht einen neuen Anführer«

Jörg Kronauer über die Militarisierung der EU nach Trumps antieuropäischer Wende

16 Die Zähigkeit des Krieges

Der Krieg in der Ukraine dürfte länger andauern als von Seiten der USA propagiert. Von Reinhard Lauterbach

18 Aufrüsten, abschieben, abficken

Felix Sassmannshausen über das rechte Programm der neuen Regierung Belgiens

20 Am Boden

Nach Donald Trumps Wahlsieg kommt die US-Linke nicht wieder auf die Füße. Von Marten Brehmer

22 Das Imperium schlägt zurück

Georg Seeßlen über Machtrausch und Regierungswahnsinn der Trump-Administration

25 Plutokratie mit Volksmassen

Georg Fülberth über den aktuellen Zustand des Kapitalismus

27 Falsche Fragen

Beobachtungen zu einer historischen Bundestagswahl. Von Stefan Gärtner

28 Empirie am Süßigkeitenregal

Warum wählt ein Teil des Proletariats die AfD? Von Michael Bittner

30 Auf zum letzten Gefecht

Der Wahlerfolg der Linkspartei könnte ihr zum Verhängnis werden. Von Felix Klopotek

32 Sozialabbau zur Rettung der Demokratie

Unter Friedrich Merz erwartet die Lohnabhängigen Klassenkampf aus dem Kanzleramt. Von Stefan Dietl

34 Wählerschreck Klimaschutz

Christian Hofmann über die Bedeutungslosigkeit des Klimawandels für die aktuelle deutsche Politik

36 Feindliches Vokabular

Die linke Aktivistin Lisa Poettinger soll in Bayern nicht zum Referendariat zugelassen werden. Von Michael Csaszókóczy

38 Dann kann's ja weitergehen

Der »Schlussstrich« hat nun auch die »Vergessenen Opfer« des Nationalsozialismus erreicht. Von Rolf Surmann

41 »Museumspolitisches Gesindel«

Der bayerische Umgang mit NS-Kulturgut ist zum offenen Skandal geworden. Von Rolf Surmann

Kultur

42 Früher war alles besser (2)

Wenzel Storch erinnert an kitzlige Witze

43 Vertriebene Erinnerung

Markus Ströhlein über die Partialamnesie der CDU

46 Bis keiner weint

Wie eine Ausstellung im Stuttgarter Landesmuseum sozialen Widerstand zum Kinderkram macht. Von Elena Wolf

48 Grausame Herabsetzung

Die Gema will ihre Ausschüttungspraxis zuungunsten der E-Musik ändern. Von Helmut Lachenmann

49 Falsche Vertraulichkeit

Der Roman *Immer wenn ich dieses Lied höre* von Lola Lafon nimmt das Schicksal Anne Franks zum Anlass für unerträglichen Kitsch. Von Thomas Schaefer

50 Schuastakomisch

Jürgen Roth über die Brüder Well und ihre Platte »Bayern Unplugged«

52 Aus der Presse (3)

Ist der Untergang der klassischen Medien eine Chance für linke Aufklärung? Von Dominic Iten

54 Massenamnes(t)ie

Gerhard Henschel über Hans-Ulrich Thamers Buch *Zweite Karrieren*

56 Drogen als Bonbons

Depressive Teenager, kein Happy-End – trotzdem ist die Fernsehserie »Euphoria« ein Riesenerfolg. Von Barbara Eder

58 Des geht sie scho aus!

Marco Tschirpke über die Lyrik Georg Kreislers

60 Tom Clancy darf nicht sterben

Im Bestsellergewerbe ist der Autor kein Mensch, sondern eine Marke – mit morbiden Folgen. Von Wieland Schwanebeck

64 Von Hunden und anderen Menschen

Peter Kusenberg über vier neue Comics, die wahre und fiktive Biografien erzählen

RUBRIKEN

4 von konkret

6 AN konkret

10 HERRSCHAFTSZEITEN

23 TERMINE

44 KUNST & GEWERBE

51 BETRIEBSGERÄUSCHE

Joachim Rohloff über die dümmsten Statements zur Bundestagswahl

55 BUCH DES MONATS

Thomas Schaefer über *Ich gehe in ein anderes Blau*. Rolf Dieter Brinkmann – eine Biografie

59 PLATTE DES MONATS

Peter Kusenberg über »Post American« von den Dead Pioneers

62 GSELLAS GERECHTE GEDICHTE

Alice und der Hitlerfreund. Von Thomas Gsella

63 FILM DES MONATS

Wieland Schwanebeck über »Beating Hearts«

66 DER LETZTE DRECK

Jagoda Marinić und Katrin Eigendorf plaudern über »Das Buch meines Lebens«

80 JAHRE

8. MAI

BEFREIUNG

—
WAS SONST
!?ANTIFASCHISTISCHE
KUNDGEBUNG
&
KONZERT8. Mai • 2025 • 16⁰⁰
Bebelplatz
Berlin

berlin.vvn-bda.de

AN konkret

Geisterkunde

konkret 3/25: »Sport ist doch Mord«;
Florian Sendtner über körperliche
Kriegsertüchtigung an deutschen
Schulen

Der Wehrkundeunterricht wurde 1978 in der DDR eingeführt, die Planungen hierfür setzten 1973 ein, in Anlehnung an die Praxis in anderen sozialistischen Staaten. Walter Ulbricht wurde 1971 entmachtet und verstarb 1973. Insofern war Genosse Ulbricht tatsächlich nur »selig« beteiligt.

Hans Volke

Bollwerk

konkret 3/25: »Rock Bottom«; Ingar Solty
über die zweite Amtszeit Donald Trumps

Der neoliberale Guru F. A. von Hayek sandte 1962 ein Exemplar von »The Constitution of Liberty« an den portugiesischen Diktator A. Salazar, verbunden mit der Bitte, er möge eine Verfassung entwerfen, »die ein Bollwerk gegen die Auswüchse der Demokratie darstellt«. Demzufolge suhlt sich der Neoliberalismus vorzugsweise im Autoritarismus, und der Trumpsche Hobbesianismus ist die aktuelle Pflanze. Deshalb bin ich skeptisch hinsichtlich der Behauptung des Autors in seinem ansonsten lesenswerten Text, der Neoliberalismus sei am Ende. Ich fürchte vielmehr, er wird unter der Ägide dieser reaktionären US-Dumpfbacke so richtig munter, sprich: hässlich!

Helmut A. Essl

Verdrängungskunst

konkret 3/25: »Genial werden mit
kleinen Atomreaktoren«; Detlef zum
Winkel über Künstliche Intelligenz
und neue Kernenergie

»Nahezu gesetzmäßig versagt (menschliche Intelligenz) vor jeder epochalen Herausforderung«, und Künstliche Intelligenz oder besser: deren herbeiphantasierte Version soll endlich die Dialektik der Vernunft verdrängen: »Das Gegenteil kommt gar nicht vor.

Künstliche Dummheit ist nicht bekannt, also auch die Dialektik nicht«, schreibt auch Detlef zum Winkel, und lässt es aber bei der Bemerkung sein: »Das ist schlecht fürs Denken.« Dem ist zwar unbedingt zuzustimmen, mir scheint die ideologische Anziehungskraft von KI aber, eben mit dem Verweis auf die verdrängte Dialektik, darüber hinauszugehen. Dialektisches Denken stieß in den unmündig gehaltenen Massen seit jeher auf Unverständnis. Tauglicher war und ist die projektive Verarbeitung von Ohnmacht und Angst; Antisemitismus ist die grausamste Form, Self-Empowerment durch Vegi-Lachs eine nervige. Jedenfalls scheint mir, KI profitiert nicht nur vom »Reiz, den futuristische Erzählungen immer schon auf die Menschen ausgeübt haben«, sondern auch von dem Versprechen, endlich das Denken einstellen zu dürfen und zur Maschine zu werden. Günther Anders formulierte das aus, als Farbfernsehen und, na, Atomstrom die nächsten großen Dinger werden sollten.

Markus Stamm

Nato-Volk

konkret 3/25: »Die letzten Mohikaner«;
Jan Miotti über antikonoloniale Rhetorik in
der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Jan Miottis Glosse lässt mich ratlos zurück. Seine Kritik an Blocher, der SVP, seine Polemik gegen Antisemitismus und Alpenmythos, alles prima. Aber begrüßt er jetzt die Annäherung des »indigenen Volks« an die EU, die Nato und so weiter? Fordert er gar die Mitgliedschaft? Wäre das fortschrittlich?

Dieter Rebstock

St. Tokio

konkret 3/25: »Je öfter, desto besser«;
Ulrich Holbein über das altchinesische
Liebeslexikon *Fangnei*

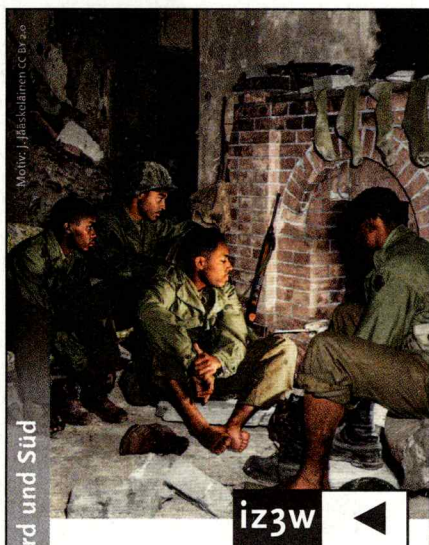
Wie so vieles in Japan stammt auch das *Fangnei* aus China. Japaner haben viel später als Inder und Chinesen ihre eigene Liebeskunst entwickelt; bis heute ist dieser fulminante Prozess unabgeschlossen. Seit dem 17. Jahrhundert dominieren in Japan »Shunga« (Frühlingsbilder) in Holzschnitten, Drucken, Bildern... Eine ausschweifende Erotik.

Japaner/innen blättern aber nicht nur in Büchern künstlerischer und/oder pornografischer Art, sie haben ein »Wassergewerbe« entwickelt, wie wir es in Deutschland und im Westen nicht kennen. Man stelle sich ein viel raffinierteres St. Pauli vor, auf das man überall in Japan und nicht nur in Tokio stößt.

Warum liegt die Scheidungsrate in Japan nur bei fünf statt bei 50 Prozent und mehr wie im Westen? Weil Männer und Frauen, besonders die Frauen, Freizügigkeit genießen und kurioserweise dem Hauptpartner und/oder Ehemann, besonders wenn Kinder da sind, doch treu bleiben.

Dr. Wulf Noll

konkret 4/25



iz3w

Vergessene Befreier –
Die Dritte Welt
im Zweiten WeltkriegAußerdem: Rechtes Proletariat?
»Narco-Staat« Costa Rica?
Begehrtes Grönland

52 Seiten, € 7,-

www.iz3w.org

Alpenwahn

konkret 3/25: »Aus der Presse (2)«;
Dominic Iten über kapitalistische
Zwänge im Journalismus

Eine lesenswerte Artikelserie von Dominic Iten. Umso mehr für einen, der sich täglich von Schweizer Medien anöden lassen muss. Im Unterschied zu Deutschland gab es hier nie eine Linke, nur Linksliberalismus, und so ist auch die linke der Zeitungen, die »Woz«, brav, aber immerhin. Die »NZZ« geht längst den Weg der Rechten, den sie selbst gegeben hat, mit. Die Gratis-Zeitung »20 Minuten« – schon der Titel ein Zeugnis der Anpassung an den Takt des Arbeitsalltags – beruht auf dem Geschäftsmodell, Werbung als Meinung auszustellen. Dasselbe gilt für die Online-Nachrichtenplattform »Nau« (nicht zu verwechseln mit den Deutschen »Nius«, aber die Eintönigkeit der Namensgebung spricht für sich), die einem mittlerweile in jedem öffentlichen Verkehrsmittel aufgedruckt wird. SRF, das staatliche Medienhaus, besteht zur Hälfte aus Sport (Konkurrenzgesellschaft) und Heimatgedöns, dazu kommen Ratgeber (Optimierung), Tratsch und Sport (Nationalismus). Der ganze Rest: Regionaltrivia, »Abschreiben von Agenturmeldungen« (Iten) und, falls nötig, ein Meinungsstück pro Nato. Die normale Totalität des Kapitalismus also, und wer sie aus SRF-All-time-favourites wie »Auf und davon«, oder »SRF bi de Lüt« (beliebtestes Format: »Landfrauenküche«) nicht abstrahieren kann, muss an ihrer Normalität ja einen Wahn entwickeln. Interessant ist, wie Iten die Erzeugnisse kritisiert, die eine Ausnah-

me sein wollen: »Sie wollen der Demokratie die Öffentlichkeit schenken, die sie verdient, und versprechen, mit minutiösen Recherchen den Herrschenden auf die Finger zu schauen. Sie liefern Reportagen, die sich lesen wie Krimis und dem Publikum das Gefühl vermitteln, der Wahrheit auf die Schliche zu kommen.« Das trifft haargenau auf die »Republik« zu, die vor einigen Jahren antrat, die vierte Gewalt zu revolutionieren. Aber, so schließt Iten, sie »verraten keine Geheimnisse, sondern schildern nur den ganz normalen Wahnsinn des fortgeschrittenen Kapitalismus, ohne ihn als Ganzes aufs Korn zu nehmen ... Der wahre Skandal muss nicht aufgedeckt, sondern nur benannt werden, spielt er sich doch tagtäglich vor unseren Augen ab.« Bravo. Der zweite Teil übertrifft den ersten noch. Ich bin gespannt auf den dritten.

Christoph Fischer

Tortod

**konkret 3/25: GSELLAS GERECHTE
GEDICHTE: Thomas Gsella pfeift**

»Das Abschiedspiel des Gianni Infantino«

Ha, Thomas Gsella lässt Gianni Infantinos Rübe zu Matsch bolzen. Haha, beim Wortspiel »Als ›Tor‹ will niemand sterben!« musste ich laut lachen. Hahaha, Hut ab vor dem fadenkreuzreimenden Vierzeiler. Wie Infantino, halbtot, sich über die Platttheit der Mordwaffe Lyrik ärgert, ist hohe Kunst: »Als ›Tor-Wand‹ ward der Weiße, ach, / Gebalbert ins Verderben / Und fand das Wortspiel scheiße, ach – / Als ›Tor‹ will niemand sterben!«

Dominique Steinmann

IMPRESSUM

konkret erscheint in der KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG / **Geschäftsführung:** Friederike Gremliza / **Büroanschrift:** Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg, Postfach 50 04 09, 22704 Hamburg, Telefon Redaktion: 040-851 25 30, Telefon Verlag: 040-851 25 31, Telefax: 040-851 25 14 / **E-Mail-Adressen:** redaktion@konkret-magazin.de, verlag@konkret-magazin.de / **Internet:** www.konkret-magazin.de, http://twitter.com/konkretmagazin, www.facebook.com/konkretmagazin, www.youtube.com/user/konkretmagazin

Herausgeberin: Friederike Gremliza (verantwortlich) / **Redaktion:** Jan Miotti, Wolfgang Schneider, Kay Sokolowsky, Elena Wolf / **Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:** Michael Bittner, Marten Brehmer, Michael Cszakóczy, Stefan Dietl, Barbara Eder, Georg Fülberth, Stefan Gärtner, Thomas Gsella, Gerhard Henschel, Christian Hofmann, Dominic Iten, Felix Klopotek, Jörg Kronauer, Peter Kusenberg, Helmut Lachenmann, Reinhard Lauterbach, Joachim Rohloff, Jürgen Roth, Felix Sassmanshausen, Thomas Schaefer, Wieland Schwanebeck, Georg Seeßlen, Wenzel Storch, Markus Ströhlein, Rolf Surmann, Marco Tschirpke / Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Texte können per E-Mail geschickt werden.

Gestaltung, Satz & Titel: NIK/SONQ / **Titelfoto:** Florena/Shutterstock, Cosma/Shutterstock, Picture Alliance/Panama Pictures / **Kolumnenillustration:** Leo Leowald / **Anzeigen:** Citinaut GmbH / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 11.11.2022 / Telefon: 040-87 20 99 20, Telefax: 040-87 20 99 21, E-Mail-Adresse: anzeigen@konkret-magazin.de / **Bankverbindung:** Postbank Hamburg, IBAN: DE 32 2001 0020 0742 584 209, BIC: PBNKDEFF / **Druck:** westermann DRUCK! pva, Braunschweig / **Vertrieb:** Moderner Zeitschriften Vertrieb, Ohmstraße 1, 85716 Unterschleißheim, www.mzv.de

Einzelpreis: € 7,- inklusive 7 Prozent MwSt. / Im Abonnement: € 68,- frei Haus, inklusive 7 Prozent MwSt., für 12 Hefte (Studentenabo: € 56,-) / EU-Ausland mit Normalpost: € 80,90 / Ein Abonnement verlängert sich jeweils auf unbestimmte Zeit, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt wird. Vorzeitige Erstattung ist nicht möglich. / **Abonnementverwaltung:** PrimaNeo GmbH & Co. KG / Postfach 10 40 40, 20027 Hamburg, Telefon: 040-23 67 03 07, Telefax: 040-23 67 03 01, E-Mail-Adresse: konkret@primaneoe.de



Wer mehr möchte als nur das Alltägliche, ist beim PRESSE-Fachhandel genau richtig. Hier finden Sie deutlich mehr Bereitschaft zu Leistung und Service. Zum Beispiel die Beschaffung von Spezial-Zeitschriften möglichst innerhalb 24 Stunden, fachkundige Beratung und stets auch konkret. Bundesweit erkennen Sie Ihren PRESSE-Fachhändler am »Blauen Globus«.

**Hol dir das
analyse & kritik
Vorteilsabo!**



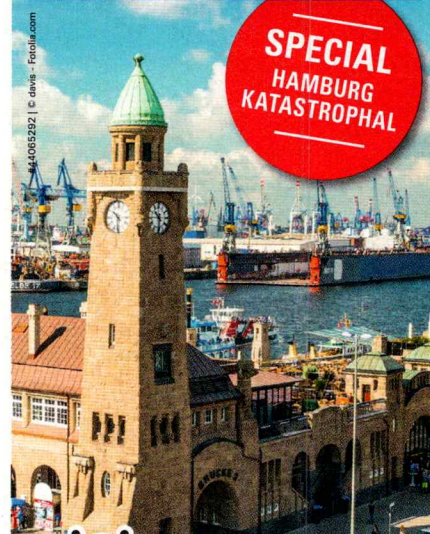
- nicht von Millionär*innen finanziert wie Nazis
- kein Spekulationsobjekt großer Investor*innen
- kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen

Jeden Monat radikaler linker Journalismus:
www.akweb.de/abo
Jetzt auch als Podcast!

**KURIOSE
STADTFÜHRUNGEN
IN HAMBURG**

Für Dich oder Deine Gruppe

**SPECIAL
HAMBURG
KATASTROPHAL**



CITINAUT

WWW.CITINAUT.DE

TOP BEWERTUNGEN

... zum dritten!

Mit seiner aus Hegel gezogenen These, alle bedeutenden weltgeschichtlichen Ereignisse passierten gewissermaßen zweimal – das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce –, lag Marx, bezieht man sie auf die Kriege, die Deutschland zwischen 1914 und 1945 vor allem im Osten des europäischen Kontinents führte, bekanntlich falsch. Auf die Tragödie des Ersten folgten die beispiellosen Menschheitsverbrechen des Zweiten Weltkriegs. Niemand weiß, wie sich die Bundesrepublik, der vermeintlich geläuterte historische Nachfolger von Kaiser- und Führerreich, aufführen würde, sollte es zu jenem dritten großen Krieg kommen, den Politik, Militärs und Medien zur Zeit ausmalen und für den sie Bundeswehr und Bevölkerung trainieren. Würde er geführt, eine Farce würde auch er nicht werden.

Bei allen Differenzen: Wo über einen dritten Krieg, der – darum vor allem geht es in der hiesigen Propaganda – deutsche und russische Truppen gegeneinanderführen würde, so enthusiastisch diskutiert wird, muss die Vorgeschichte der beiden früheren betrachtet werden. Als am 1. August 1914 das Kaiser- dem Zarenreich den Krieg erklärte, tat es das, weil Wirtschaft und Politik zur Expansion drängten – die Konzerne, weil sie, neben vielem anderen, die reichen Bodenschätze der Ukraine beehrten; die Regierung in Berlin, weil sie Russland schwächen wollte, um den europäischen Kontinent unter deutsche Vorherrschaft zu stellen. Im Auswärtigen Amt plante der mit dem Russischen Reich befasste gelernte Theologe Paul Rohrbach dessen Zerlegung in Einzelstaaten, von Polen über die Ukraine bis Georgien. Der Öffentlichkeit erzählte man freilich vor allem vom Despotismus des Zaren, von dem man – so die Version der SPD – die russische Arbeiterklasse befreien müsse, wenn nötig eben auch militärisch. Und war der Zar denn etwa kein repressiver Herrscher? Na also.

Als das Deutsche Reich seinen zweiten Anlauf zur Eroberung des Ostens und zur Dominierung des Westens unternahm, folgte es gleichfalls ökonomischen und politischen Interessen. Es strebte, *pars pro toto*, nach den Erdölquellen des Kaukasus, und es machte sich daran, die Sowjetunion und mit ihr die jüdische sowie Teile der slawischen Bevölkerung zu vernichten, um »Lebensraum« für sich selbst zu gewinnen. Zudem ging es darum, den Kommunismus aus der Welt zu schaffen. Dabei hatte das NS-Reich zunächst schlechtere Ausgangsbedingungen als sein Vorgänger: Da der Versailler Vertrag der Reichswehr strenge Beschränkungen auferlegt hatte, musste es Milliarden einsetzen um aufrüsten, um »kriegsfähig« zu werden, und es investierte in Infrastruktur – insbesondere Autobahnen, um einerseits Arbeitsplätze zu schaffen und andererseits die militärische Mobilität zu verbessern. Am 22. Juni 1941 überfiel Nazi-Deutschland die Sowjetunion.

Natürlich: Heute ist die Situation eine andere. Das hat viel mit »Europa« zu tun, genauer: mit der sogenannten europäischen Integration, mit der EU. Einen solchen Zusammenschluss hatte das Kaiserreich nicht zur Verfügung; es strebte ihn im Ersten Weltkrieg allerdings an. »Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuro-

päischen Wirtschaftsverbandes«, verlangte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg in seiner Kriegszieldenkschrift vom 9. September 1914. In diesen Verbund – »unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung« – wollte er nicht bloß Frankreich, Dänemark, das Habsburger Reich und diverse weitere Staaten integrieren, sondern auch Polen, wenn es gelänge, das Land aus dem Zarenreich herauszulösen. Ob er damals auch an die Ukraine dachte, die Berlin 1918 nur kurzzeitig von Russland trennen konnte?

Ein europäischer Zusammenschluss unter deutscher Führung – das blieb auch nach dem Ersten Weltkrieg ein Ziel, das in Berlin mancher verfolgte. Selbst das NS-Reich, das den gewaltsam unterjochten Kontinent mit Hilfe von Kollaborateuren in den okkupierten Ländern beherrschen wollte, nutzte »Europa« als Propagandabegriff; und als unübersehbar war, dass der Krieg schlecht lief und man die Kollaborateure bei Laune halten musste, schlug das Auswärtige

Amt am 9. September 1943 in einem Strategiepapier eine »Einigung Europas«, einen »europäischen Staatenbund« vor. Dessen Realisierung gelang freilich erst nach der erneuten deutschen Niederlage unter ganz anderen Voraussetzungen, und es dauerte ein wenig, bis die (bundes-)deutsche Dominanz gesichert war. Dann jedoch erwies sich der europäische Zusammenschluss als äußerst effizientes Instrument zur Verwirklichung deutscher Interessen.

Auch im Osten. Als der Realsozialismus kollabierte und die Sowjetunion zerbrach, waren zunächst deutsche Unternehmen zur Stelle, um ihre ökonomischen Interessen zu sichern, dort, wo sie dies zuvor schon zweimal versucht hatten. Russland, in den neunziger Jahren am Boden, in den 2000er Jahren immer noch schwach, musste sich gefallen lassen, dass sein Einfluss immer

weiter zurückgedrängt wurde. Zwar gab es damals in Brüssel Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich, ob die EU den Schwerpunkt ihrer Expansion in den Osten legen sollte oder in den Süden, in Frankreichs einstige Kolonien im nördlichen Afrika und in Nahost. Letztlich aber setzten sich zunächst mit der EU-Osterweiterung, dann mit der Assoziierung weiterer Staaten – unter ihnen die Ukraine – die Deutschen durch. Diese Osterweiterung besiegelte und ergänzte, geführt von den Vereinigten Staaten, die Nato.

Um's zuzuspitzen: Deutschland hat große Gebiete Osteuropas, die Ziel seiner Kriege waren, seit 1990 per EU und USA ohne Krieg (vom Einsatz gegen Jugoslawien abgesehen) weitgehend unter seine politische und ökonomische Kontrolle gebracht. Und die Ukraine, die diesmal von Russland angegriffen wurde, nachdem die Nato bereits ihre Hand drauf hatte? Für die USA ist die Ukraine ein Nebenkriegsschauplatz, den man bei Gelegenheit verlassen kann. Für Deutschland und die von ihm dominierte EU aber geht es, worum es schon vor über 100 Jahren ging: um die Behauptung der Vormacht im Osten und darum, den Rivalen, der dort eigene Ansprüche hat, zurückzudrängen. Deshalb ist es Berlin wichtig, eine Niederlage der Ukraine zu verhindern, *whatever it takes*; deshalb rüstet Deutschland jetzt auf, als gäb's kein Morgen mehr.



Aus dem Schatten

Es gibt gewiss geringere Lektüren als die des dreibändigen, kiloschweren Standardwerks von John C. G. Röhl über Wilhelm II., der Deutschen letzten Kaiser; doch wer sich, über 2000 engbedruckte Seiten hinweg, in den dritten Band vorgearbeitet hat, erfährt, dass die wilhelminische »Weltmacht-politik«, wie Max Weber sie forderte, nicht einfach nur ein Schlagwort war, sondern wörtlich so gemeint. Die Vorgänge in und um China sind ja halbwegs bekannt, doch die »weitreichenden Ambitionen« auch »in Lateinamerika und der Karibik« können selbst Informierten neu sein, wobei der prospektive Konflikt mit den USA so akzeptiert wurde wie das rundweg »Wahnwitzige« (Röhl) des Schlachtplans: »Erst nach Vernichtung der Navy würde man in einer zweiten Phase deutsche Truppen an der Nordostküste der USA landen und durch die Eroberung etwa Bostons, New Yorks, Philadelphias, Washingtons und Baltimores die Regierung zum Friedensschluss zwingen können!« Da kann der Biograph schlicht nicht anders, als das Ausrufungszeichen zu setzen.

War es auch Wahnsinn, so hatte es doch eine Methode, von der die Deutschen und das von ihnen bestimmte Personal auch in den kommenden Jahrzehnten nicht lassen wollten, mit den bekannten Folgen, und als es mit Großdeutschland dann vorbei war, lobte Sebastian Haffner, weiß Gott kein Kommunist, Walter Ulbricht dafür, der seltene Fall eines deutschen Politikers mit Realitätssinn zu sein. Eine Wiedervereinigung stand nämlich damals außerhalb jeder Realität, sosehr CDU/CSU und angeschlossene »Bild-Zeitung« (oder war's umgekehrt?) die Brandtsche Ostpolitik auch verteuflten und es im Ernst für möglich hielten, dass die Welt zum Dank für Auschwitz, Leningrad und Oradour dem Tätervolk schlechthin sein Königsberg zurückgab.

Weil die Deutschen sich stets soviel zugetraut haben, trauen Linke den Deutschen heute alles zu. Käme es wirklich zum Rückzug der USA aus Europa und würde Landesverteidigung wieder zum Essential, dann griffe Deutschland also zum dritten Mal nach der Weltmacht, und wie schon bei Trumps erster Bestallung träumt »FAZ«-Herausgeber Berthold Kohler von der europäischen Nuklear-Armee; schon weil man, wenn die USA vom Freund zum »Gegenspieler« (»Spiegel«) geworden sind, die transatlantischen Dienste nicht mehr in Anspruch nehmen kann, wenn »im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen«, wie es Bundespräsident Horst Köhler einst formulierte, ehe er wegen der korrekten Beschreibung dessen, was Kapitalismus zum Imperialismus macht, das Schloss Bellevue verließ. Dann träte der berühmte Schulbuchsatz in sein Recht, den Reichskanzler Bernhard von Bülow am 6. Dezember 1897 im Reichstag sprach: »Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen unseren Platz an der Sonne. In Ostasien wie in West-

indien werden wir bestrebt sein, ... unsere Rechte und unser Interesse zu wahren.«

Nun wird niemand finden müssen, die Deutschen, wenn sie nicht eben bei der AfD sind, hätten sich nach Trump im Amt gewünscht, und auch wenn der schlimme Ami und der böse Russe das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs nun auch offiziell auf den Kopf stellen, war Deutschland, das beliebteste Sommermärchen der Welt, mit seinem relativen Militärfern-Kurs doch gut gefahren: Aussetzung der Wehrpflicht, eine um zwei Drittel (oder, rechnen wir die NVA dazu, drei Viertel) verkleinerte Bundeswehr, und im Jahr nach der russischen Annexion der Krim öffnete Kanzlerin Merkel, die 2008 ausdrücklich gegen eine ukrainische Nato-Mitgliedschaft votiert hatte, Nordstream 2 – nach einem zielstrebigem Neu-Barbarossa sieht das nur dann aus, wenn man das alles so für Tarnung hält wie einen Scholzomaten, der nach Beginn des russischen Überfalls auf die Wiederholung des Wortes »Besonnenheit« programmiert war.

Den Ernstfall, und zwar ohne US-Unterstützung, für die nähere Zukunft anzunehmen mag Paranoia sein, deren Boden aber auch nicht wackliger ist als die Annahme, Merz wolle nach Stalingrad. Zwar lässt sich annehmen (dafür reicht eine Landkarte), dass es Russland, egal unter welcher Regierung, nie um anderes habe gehen können, als die Nato nicht an seine Grenzen zu lassen; beweisen lässt sich das aber nicht, und der böse Witz ist, dass man zwischen »Sicherheit« und »Imperium« gar nicht unterscheiden muss, denn das Imperium ist die Sicherheit. Einen Frieden hätte Russland längst haben können, und dass Putin, nach eigener wiederholter Aussage, lieber kämpfen lassen wollte, bis er gewonnen hat, macht ihn weder uns noch den Balten sympathisch, die vielleicht (und mit Recht) fürchten, man könnte sie fragen, was sie im

Zweiten Weltkrieg gemacht haben. Es spricht trotzdem viel dafür, dass es um mehr als die Ukraine nicht geht, wie Moskau, ob Richtung Krim oder Tiflis, immer dann mobilisieren ließ, wenn wo Westen winkte, was natürlich seinerseits einen Anteil Paranoia hat. Dass es die USA, mutatis mutandis, unter ihrer »regelbasierten Weltordnung« nie anders gehalten haben, wird weder ukrainische noch russische Hinterbliebene trösten.

Die Frage, ob Deutschland noch mal nach der Weltmacht greift, mag der Hinweis entschärfen, dass ab einer gewissen Größenordnung Kapitalismus automatisch ein Griff nach der Weltmacht ist; und während sich der amerikanische Präsident als Vorsitzender der faschistischen Internationale geriert, die lupenreine Digitaldiktatur China die Region mit Besitzansprüchen nervt und Russland ukrainische Großmütter unter sein antinazistisches Feuer nimmt, muss Europa, wie Chefstrategie Slavoj Žižek via Feuilleton empfahl, zur »politischen Supermacht« werden und sich »als globaler Akteur neu in Stellung« bringen, unter anderem mit »Kriegsschiffen«. Man muss nicht Röhl gelesen haben, um das deutsche Kokettieren mit Kanonenbooten für frivol zu halten. Auch wenn die Kriegsschuldfrage diesmal eine andere ist.



»Was nützt die schönste Schuldenbremse, wenn der Russe vor der Tür steht?«

**Jens Spahn,
Mitglied des
Präsidiums der CDU**

Schlotz

Und was nützt die Beschwörung »unserer Demokratie« und »unserer Werte«, wenn ein Korrumpel wie Jens Spahn immer wieder aus dem Loch auftauchen darf, in das er sich nach seinen Skandalen flüchtet? Und dann Reden schwingt, als wäre nie etwas gewesen – keine halbseidenen Immobiliengeschäfte, kein Versilbern politischer Ämter und kein Komplettersagen in der Corona-Krise. Sieben Milliarden Euro blies Spahn 2020 als Gesundheitsminister durch den Schornstein, um zu egal welchem Preis Atemschutzmasken gleich welcher Provenienz zu beschaffen, die zum großen Teil aber nichts taugten und mittlerweile diskret entsorgt worden sind. Immerhin verschaffte dieser Sondermüll den CSU-Freundinnen Monika Hohlmeier und Andrea Tandler Mordsprovisionen, womit Spahn zwar nicht als Minister, doch als Parteisoldat seinen Schwur gehalten hatte, und allein darauf kommt es in der Union an.

Dieser wackere Mann, der zu Geld, das ihm nicht gehört, ein ebenso generöses Verhältnis pflegt wie zur Wahrheit, preist nun eine Billion Euro neuer Staatsschulden als »Signal der Entschlossenheit« an, das »Deutschland und Europa in Zeiten des Krieges so dringend brauchen«, auch wenn Deutschland und Europa offiziell gar nicht im Krieg sind. Aber das lässt sich schneller ändern als das Grundgesetz. »Wir Europäer«, sagte Spahn der »FAZ«, »haben doch, zugespitzt gesagt, nur zwei Möglichkeiten: Wir können uns verteidigen lernen oder alle Russisch lernen.« Libo on lzhet, libo soshel s uma.

Klotz

Im Bemühen, einen Krieg gegen Russland herbeizureden, liefern sich Politiker und Journalisten zur Zeit einen Wettstreit, bei dem der Verstand bereits vorm Start verloren hat. »FAZ«-Mitherausgeber Berthold Kohler teilte am 6. März auf der Titelseite mit, es sei »größte Eile geboten«, sollte es »zu dem von Trump vermittelten »Frieden« in der Ukraine« kommen, »in dieser Lage« dürfe das »freie Europa nicht länger nur kleckern und meckern«, es müsse »klotzen«. Kohlers Vokabular ist einer circa tausendjährigen Tradition verpflichtet: »Deutschland muss Putin in jeder nur denkbaren Weise zeigen, dass es den eisernen Willen hat, sich im Ernstfall mit aller militärischen Macht zu verteidigen.« Auf dass endlich erfüllt werde, was sich ein deutscher Kanzler bereits vor 86 Jahren wünschte: »Wenn unser Wille so stark ist, dass keine Not ihn mehr zu zwingen vermag, dann wird unser Wille und unser deutscher Stahl auch die Not zerbrechen und besiegen.«

Es scheint, als könnte Kohler die Niederlage 1945 partout nicht verwinden, sondern sehnte sich nach Revanche; die Überschrift

wiederholen dieser Tage alle Torheit, Kriegsgelilheit und Großfressigkeit, die ihr Berufsstand stets demonstriert hat, wenn das Vaterland zu den Waffen rief. Thomas Jäger zum Beispiel, Professor der Politikwissenschaft in Köln, krächte am 7. März auf X: »Putins Truppen wollen verhindern, dass der Bundestag zusammentritt, um Deutschlands Verteidigungsfähigkeit beschließen zu können.« Er meinte aber nicht die Armee der Russischen Föderation, sondern die fünfte Kolonne des allmächtigen Kremlherrschers: »AfDLinke ... wollen Deutschland gerne an Russland ausliefern.« Putin dürfte ablehnen, er müsste dann ja auch den Jäger nehmen.

Jan Claas Behrends, Historiker an der Viadrina in Frankfurt/Oder, ließ schon einige Wochen vorher auf X die Hosen runter und den Knüppel raus: »Um ehrlich zu sein: Ich will keinen Frieden für die Ukraine. Ich will den Sieg. Und die Niederlage Russlands. Nicht mehr und nicht weniger.« Was er tut, wenn es nicht klappt, verrät Behrends nicht; aber für einen unbeugsamen Couchkrieger wie ihn sollte bei einem russischen Sieg das Seppuku die einzige Option sein.

Egon Flaig, bis zu seiner Emeritierung 2014 Professor für Alte Geschichte in Rostock, breitete am 11. März in der »FAZ« aus, was er sich über die Süße und Ehre, fürs Vaterland zu krepieren, zusammengegrübelt hat, etwa dies: »(Der) kollektive Opfermut ist die kardinale Ressource jeder kriegerischen Verteidigung.« Deshalb wirft er der ukrainischen Regierung vor, nicht von Kriegsbeginn an auch die 18- bis 26jährigen zwangsrekrutiert zu haben: »In den Diskotheken und in den Fitnessstudios tummeln sich junge Männer im wehrfähigen Alter. Das macht böses Blut bei den Angehörigen jener, die an der Front Leben und Gesundheit einsetzen. Gemessen an den Erfordernissen des Krieges ist das ein politischer und moralischer Missstand, dessen tagtäglicher Anblick den Kampfeswillen aller untergräbt.« Es ist also unmoralisch, Männer nicht zu zwingen, andere Männer zu morden oder von ihnen gemordet zu werden, und um



- deutsches Design
- schwarz-weiß-rot gestreift
- warme Füße

Den deutschen Schweißfuß schmücken nicht nur Knobelbecher: »Warme Hausschlappen« eines Rostocker Online-Shops namens Kaiserwetter (»seit 1871«)

seines Leitartikels verrät jedenfalls, dass für ihn der Krieg gegen »Soffjetrussland« (Ade-nauer) nicht vorbei, nur eingefroren ist: »Zurück aus dem Fronturlaub.«

Rotz

Im allgemeinen Taumel der »Kriegsertüchtigung« (Boris Pistorius, SPD) möchten deutsche Geistesgelehrte nicht zurückstehen. Sie

böses Blut zu verhindern, muss gutes vergossen werden: Eine Schlachthausethik, wie sie wohl einer vertreten muss, der für das Wort von der »Singularität des Holocaust« nur Spott übrig hat: »Rein logisch ist alles Existierende singular ... Sogar der Rotz in meinem Taschentuch ist singular.«

Kein Gelehrter, bloß Theologe und Bundespräsident a. D. ist Joachim Gauck. Aber die vielen Ehrendoktorate und Gastprofes-

suren, die er während und nach seiner Amtszeit sammelte, machen ihn zu so etwas wie einen Wissenschaftler ehrenhalber, und dümmer als Jäger, Behrends und Flaig kann er gar nicht sein. In der Schwatzshow von Sandra Maischberger sagte der unwürdige Greis Anfang März: »So zu tun, als bräuchten wir keine Soldaten, ist genauso abenteu-erlich, als wenn wir denken, wir bräuchten keine Polizisten. Das Böse ist in der Welt.« Auf jeden Fall so lange, wie Gauck sich nicht zu seinem Herrn versammelt.

Kotz

Bestimmt hätte die Ukraine die russischen Invasoren längst verjagt, wenn dort nur der-selbe eiserne Wille herrschte wie bei der deutschen Bourgeoisie. Die ist nämlich be-reit, für Größenwahn und Paranoia bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen. Weil Kanonen-futter an der Ostfront noch knapper ist als Munition, wird im Westen der Ruf immer lauter, allen Männern, die sich der Blutmüh-le durch Fahnenflucht entzogen haben – schätzungsweise 200.000 –, mit Nachdruck dabei zu helfen, ihrer patriotischen Sterbe-pflicht nachzukommen.

Der 4. Strafsenat des Bundesgerichts-hofs (BGH) hat dazu die juristischen Voraus-setzungen geschaffen. Er entschied, dass ein ukrainischer Deserteur auszuliefern sei, ob-wohl er sich auf sein Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, beruft. Die Urteilsbegrün-dung hätte das Zeug zu einem gewaltigen Skandal und einer Unzahl polemischer Glos-sen über das Wiederaufleben deutscher Feld-gerichtsbarkeit, hätte die hiesige Öffent-lichkeit aus der Vergangenheit irgendwas ge-lernt beziehungsweise etwas anderes als: »Immer wieder ist jetzt!« Obwohl der »Ver-folgte im Auslieferungungsverfahren ... aus Ge-wissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe« verweigert und obwohl »nicht gewähr-leistet (ist), dass er nach seiner Auslieferung nicht zum Kriegsdienst im ersuchenden Staat herangezogen wird«, sei nicht einmal die zu gewärtigende Strafe für die Deser-tion ein »Auslieferungshindernis«. Sein »um Auslieferung ersuchendes Heimatland« werde »völkerrechtswidrig mit Waffenge-walt angegriffen« und könne »deshalb« das »Recht zur Kriegsdienstverweigerung nicht (gewährleisten)«.

Die BGH-Richter Patrick Gödicke, As-mus Maatsch, Sandra Marks, Andreas Quen-tin und Sohre Tschakert haben damit allen Staatsinsassen dieser Welt das Grundrecht abgesprochen, ihr Leben für sich zu rekla-mieren statt es vom Staat verschleifen zu las-sen. Und obwohl sie weder tief noch human denken können, denken die Juristen voraus: »Wie gesehen, sind Grundrechtsverkürzun-gen im Verteidigungsfall aber auch der deut-schen verfassungsrechtlichen Ordnung selbst – auch in Bezug auf die Gewissensfrei-

heit – nicht fremd, sondern in ihr angelegt. Dabei erscheinen sogar weitergehende ver-fassungsimmanente Einschränkungen des Kriegsdienstverweigerungsrechts bis hin zu dessen Aussetzung in existentiellen Krisen des Staates prinzipiell nicht undenkbar.« Was nämlich ein deutscher Richter ist, stellt das Existenzrecht des Staates immer vor das des Einzelnen. Denn so ein Abstraktum wie der Staat hat etwas Erhabenes, das den ar-men Schweinen, die er zum Verrecken kom-mandiert, grundsätzlich abgeht, zumal im Zustand der Zerspaltung.

Motz

Während die herrschende Klasse und ihre Lakaien im Turbogang den Krieg präparie-ren, haben die Beherrschten nicht wirklich Lust, für Deutschland Leib und Leben zu ris-kieren. Laut einer Umfrage, die Forsa Anfang März durchführte, sind nur 17 Prozent der Bürger bereit, ins Feld zu ziehen. Die Demo-skopen erkundigten sich auch nach der poli-tischen Präferenz der Befragten. Gar nicht überraschend wollen unter den Anhängern der kriegsbesoffenen Partei, also der Grü-nen, nur zehn von hundert sich selber antun, wovon sie im Fall ukrainischer Soldaten ein-fach nicht genug bekommen.

Jakob Blasel etwa, Covorsitzender der Grünen Jugend, hat nach dem Abitur auf ei-nen freiwilligen Dienst bei der Bundeswehr verzichtet und geht, obwohl er mit 24 Jahren noch lange nicht zu alt dafür ist, weiterhin der Gelegenheit aus dem Weg, sich drillen und killen zu lassen. Eine kluge Entschei-dung, zweifellos, aber sie hält Blasel nicht da-von ab, alle anderen, die handeln wie er, als Verräter zu beschimpfen: »Wer in dieser Weltlage noch immer zögert, Europas Frei-heit auch mit Waffen zu verteidigen, ist nicht links – sondern naiv und unsolidarisch.«

Blasels heroisches Geplärre ist aber nicht nur üble Heuchelei, sie ist ein integra-ler Teil seiner Karriereplanung. Er will dort ankommen, wo Danyal Bayaz, der grüne Fi-nanzminister in Baden-Württemberg, längst thront, und dazu muss man eben zeigen, dass einem jedes Opfer recht ist bis auf das eige-ne. Bayaz forderte kurz nach der Bundestags-wahl 300 Milliarden Euro »Sondervermögen« für die Armee und zur Finanzierung weite-rer Mordmaschinen die Streichung eines ge-setzlichen Feiertags sowie die Einführung ei-nes »Solidaritätszuschlags für Verteidigung«. So viel angewandter Militarismus erfreut ne-ben Rheinmetall auch Jens Spahn: »Ich fin-de, die Grünen machen kluge Vorschläge, über die man jetzt reden muss.«

Damit »ZDF Heute« auch künftig solche Schlagzeilen auf die Webseite schreiben kann wie am 20. Februar: »Lichtblick für Konjunk-tur: Deutsche Rüstungsindustrie boomt.« Und der Schwachsinn galoppiert.

Kay Sokolowsky

Die lauten und die leisen Töne

Lange Zugfahrt gehabt, »Spiegel« ge-kauft und die Abrechnung des »indi-schen Stardenkens Pankaj Mishra, 56, mit den westlichen Unterstützern der is-raelischen Kriegsführung« gelesen: »An-tisemitismus ist eine sehr starke Kraft. Er darf niemals unterschätzt werden. Aber niemand hat einen Anspruch auf Unfehlbarkeit, indem er sich auf eine Op-fererfahrung beruft, die nicht er selbst gemacht hat, sondern seine Eltern oder Großeltern. Schon gar nicht kann dies ein Nationalstaat tun, der die Chance auf Frieden mit seinen Nachbarn ausschlägt und das Land von Menschen besetzt, die er vertrieben hat. Und wir anderen, auch die Deutschen, müssen die moralische Freiheit haben, das Falsche als falsch zu bezeichnen, unabhängig von unserer Vergangenheit.«

Analog müssten Palästinenser sich nicht mehr auf eine Vertreibungserfah-rung berufen, die nicht sie selbst, son-dern ihre Groß- oder Urgroßeltern ge-macht haben, könnten ihren Anspruch auf Unfehlbarkeit aufgeben und sich, ge-meinsam mit unseren postkolonialen Stardenkern, daran erinnern, wer jahr-zehntlang die Chance auf Frieden mit seinen Nachbarn ausgeschlagen hat. Is-rael war's nicht. Es reichte bereits im Jahr der Staatsgründung, welche arabi-sche Armeen mit einem Überfall quit-tiert hätten, »allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand«: »Wir appellie-ren – inmitten des Angriffs, der schon seit Monaten gegen uns geführt wird – an die arabischen Einwohner des Staates Is-rael, den Frieden zu bewahren und am Aufbau des Staates auf der Basis von voll-ständiger und gleichberechtigter Staats-bürgerschaft sowie der gebührenden Ver-tretung in allen provisorischen und stän-digen Einrichtungen mitzuarbeiten.«

Der Appell eines Freitagsgebets, vom palästinensischen Fernsehen im August 2001 übertragen, hatte eine leicht ande-re Note: »Wir werden sie in Hadera in die Luft jagen, wir werden sie in Tel Aviv in die Luft jagen und in Netanya, so dass Al-lah uns als Herren über dieses Gesindel emporheben wird ... Gepriesen sei, wer eine Gewehr aufbewahrt, um sie durch den Kopf eines Juden zu schießen. Wir werden Jerusalem als Eroberer be-treten, und Jaffa, Haifa und Aschkelon.«

Denn Antisemitismus, nicht wahr, ist eine sehr starke Kraft.

Stefan Gärtner

»Die freie Welt braucht einen neuen Anführer«

Und das soll nach Donald Trumps anti-europäischer Wende ein bis an die Zähne bewaffnetes Europa sein. Meinen Deutschland und die EU. Von Jörg Kronauer

Die Szene, die sich am 28. Februar im Weißen Haus in Washington abspielte, ging um die Welt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, zur Unterzeichnung des mit den USA ausgehandelten Rohstoffabkommens eingetroffen, saß mit Präsident Trump und Vizepräsident J. D. Vance im Oval Office. Es ging um die Frage, ob und wie man zu einem Waffenstillstand im Ukraine-Krieg, womöglich zu einem Frieden kommen könne. Selenskyj äußerte Vorbehalte gegen diplomatische Schritte, es wirkte, als wolle er das unterschriftsreife Rohstoffabkommen nachverhandeln. Trump hielt ihm vor, mit dem Leben von Millionen Menschen, ja mit einem Dritten Weltkrieg zu spielen. Dann wurde es laut: Vance warf Selenskyj Respektlosigkeit und Undankbarkeit gegenüber den Vereinigten Staaten vor, und während Selenskyj beteuerte, sich schon oft bedankt zu haben, wiederholten Trump und Vance ihre Vorwürfe – im Beisein internationaler Medien, also vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Schließlich brach Trump das Treffen ab; die avisierte Vertragsunterzeichnung fand nicht statt. Es war zum Bruch gekommen zwischen der Ukraine und den USA, ihrem seit Jahren wichtigsten Unterstützer.

Die politische Entwicklung, die sich in den zweieinhalb Wochen vor und in den Tagen nach dem Eklat vollzog, hat nicht nur die Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine, sondern auch das Verhältnis zwischen den USA und den Staaten Europas tiefgreifend verändert. Einiges hatte sich längst abgezeichnet. Dass Trump den Ukraine-Krieg beenden und dazu einen außenpolitischen Kurswechsel vornehmen wollte, hatte er nie verhehlt; ebenso wenig, dass er gegen-

über der EU eine aggressive Politik zu verfolgen gedenke, ähnlich jener aus seiner ersten Amtszeit. Die Schroffheit seines Vorgehens, der offene Chauvinismus seiner Agitation haben geichwohl viele überrascht. Noch sind die Folgen nicht absehbar.

Für die EU war es vor und während der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar bereits knüppeldick gekommen. Nicht dass sie in den drei Monaten seit Trumps Wahlsieg schonend behandelt worden wäre. Ökonomisch, politisch und militärisch ohnehin von allerlei Niederlagen gezeichnet und geopolitisch im Abstieg begriffen (siehe **konkret 11/24**), sah sie sich nun weiteren Attacken ausgesetzt. Trump hatte mit drastischen Zöllen gedroht, die ihr schwere Schäden zufügen könnten. Er hatte erklärt, Grönland in US-Besitz überführen zu wollen, wenn nötig, mit ökonomischem oder militärischem Druck. Und er hatte den Staaten Europas eine Erhöhung ihrer Militäretats auf fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu diktieren versucht, eine willkürliche Zahl, die nebenbei eine Aufstockung des US-Streitkräftehaushalts um rund die Hälfte erforderlich machen würde, wollten die USA sie selbst einhalten. Davon kann natürlich keine Rede sein.

Am 12. Februar teilte Trump mit, er habe mit Russlands Präsident Wladimir Putin telefoniert und man habe beschlossen, binnen kürzester Zeit bilaterale Gespräche über eine Beendigung des Ukraine-Kriegs aufzunehmen. Von einer Beteiligung Westeuropas oder der Ukraine selbst war keine Rede. Am selben Tag verkündete US-Verteidigungsminister Pete Hegseth bei einem Treffen der Ukraine Defense Contact Group, der »Ramstein-Gruppe«, in Brüssel, eine ukrainische Nato-Mitgliedschaft sei vom Tisch. Um Si-

cherheitsgarantien für die Ukraine hätten sich die Staaten Europas zu kümmern; dabei sei ein Rückgriff auf Nato-Strukturen kategorisch ausgeschlossen. Nicht mitreden dürfen, aber nach einem etwaigen Waffenstillstand alle Lasten tragen? Politiker aus Deutschland und der EU, von Trump zu bloßen Hilfskräften degradiert, waren empört. »Dass wir nicht am Katzentisch sitzen können«, beschwerte sich etwa Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, »dürfte allen einleuchten«.

Ein Irrtum. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz beantwortete der US-Sondergesandte für die Ukraine, Keith Kellogg, die Frage, ob »die Europäer« über einen möglichen Waffenstillstand im Ukraine-Krieg mitverhandeln würden mit einem knappen »Nein«. Am Verhandlungstisch würden letztlich »zwei Protagonisten und ein Vermittler sitzen«. Letzterer, daran ließ Kellogg keinen Zweifel, wären die USA. Auf Nachfragen, ob man denn am »Verhandlungstisch« tatsächlich weder die EU-Staaten noch Großbritannien sehen werde, gab Kellogg genervt zurück: »Definieren Sie »am Tisch«.« Spielte er damit auf den Fragebogen an, der am Rande der Konferenz für zusätzliche Aufregung sorgte? Die Trump-Administration hatte ihn den Regierungen der europäischen Staaten geschickt, mit der Aufforderung, anzugeben, was sie zu den Sicherheitsgarantien für die Ukraine beitragen wollten. Füllt man solche Anträge nicht auch am Tisch aus?

Und dann gab's noch den kulturkämpferischen Auftritt des J. D. Vance. Hatte sich bislang vor allem Elon Musk damit hervorgetan, über seine Plattform X die AfD zu fördern, tat es ihm Vance nun nach. Unter den vielen »drängenden Herausforderungen«

der Gegenwart sei die wichtigste – na? – »die Massenmigration«, behauptete er in München. Und: Es dürfe »keinen Platz für Brandmauern« geben. Dass sich das auf die AfD bezog, ließ sich einem Interview mit dem Vizepräsidenten im konservativen »Wall Street Journal« entnehmen, das man, während er in München sprach, in den USA frisch gedruckt, in Deutschland online lesen konnte. Nach seinem Auftritt empfing Vance die AfD-Chefin Alice Weidel in seinem Hotel zu einem 30minütigen Gespräch. »Auf den Gängen des Bayerischen Hof«, berichtete die »FAZ«, »gratulierten« unterdessen »republikanische Teilnehmer der US-Delegation einander zum Auftritt ihres Vizepräsidenten«. Washington war dazu übergegangen, Berlin auch noch in die Innenpolitik zu spucken.

Was die Trump-Administration da begann, war neu. Zwar hatten die Vereinigten Staaten auch bereits zuvor in den transatlantischen Beziehungen den Ton angegeben. »Auf Augenhöhe« mit den USA zu stehen war weder der deutschen Bourgeoisie noch der EU je gelungen. Dass Washington letztlich stets die Zügel in der Hand behielt, ließ sich exemplarisch im Ukraine-Krieg beobachten. Die Aufrüstung der ukrainischen Streitkräfte etwa war von der erwähnten

Ukraine Defense Contact Group organisiert worden, die seit ihrer ersten Zusammenkunft am 26. April 2022 auf der Air Base Ramstein durchweg von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin geleitet wurde; man diskutierte zwar gemeinsam, Austin sicherte sich aber die Kontrolle. Praktisch koordiniert wurde die Übergabe der Waffen an die ukrainischen Streitkräfte von einem US-Kommando in Wiesbaden, in das Soldaten mehrerer Nato-Staaten entsandt wurden, zur Mitarbeit, aber unter US-Leitung. In ein reguläres Nato-Kommando transformiert wurde es erst im Laufe des Jahres 2024, um Trump im Falle seines Wahlsiegs an seiner Auflösung zu hindern. Angesiedelt und damit eingebunden blieb es jedoch auf dem US-Stützpunkt in Wiesbaden-Erbenheim.

Wenngleich die Vereinigten Staaten also den Gang der Dinge stets bestimmten, so hatten sie vor Trump jedoch gewöhnlich darauf verzichtet, offen aufzutumpfen oder ihre europäischen Verbündeten öffentlich bloßzustellen. Zudem ließen sie eine gewisse ökonomische Teilhabe zu. Das transatlantische Geschäft war etwa für die deutsche Wirtschaft stets überaus profitabel. Seit 2015 waren die USA mit wachsendem Abstand der größte Absatzmarkt der deutschen Industrie. Die Tatsache, dass die Bundesrepublik deut-

lich weniger US-Produkte importierte, ließ den Handelsüberschuss anwachsen, 2024 auf gut 70 Milliarden Euro. Auch für die EU insgesamt waren die USA der größte Absatzmarkt. Dabei stieg der EU-Überschuss im Güterhandel 2024 auf fast 236 Milliarden US-Dollar, was durch den US-Überschuss im Dienstleistungshandel auch nicht annähernd ausgeglichen wurde; dieser erreichte 2023 gerade einmal 76,5 Milliarden US-Dollar. Für die deutsche Wirtschaft sind die USA zudem der mit Abstand wichtigste Investitionsstandort – und bei drei Viertel aller deutschen Firmen mit Standort in den USA machen, wie das »Handelsblatt« Ende Februar berichtete, »die Umsätze und Gewinne« dort »einen bedeutenden oder dominanten Anteil an den Gesamtumsätzen und -gewinnen aus«. Da mochte Washington politisch hegemonial sein: Der deutsche Profit stimmte.

Das droht sich unter Trump zu ändern. Nicht unbedingt für die Standorte deutscher Firmen in den Vereinigten Staaten: 84 Prozent von ihnen, das ergab jüngst eine Umfrage der deutsch-amerikanischen Handelskammer, wollen ihre Investitionen dort in der Hoffnung auf künftige Gewinne kurz- bis mittelfristig sogar aufstocken; 27 Prozent der Firmen, die in den USA präsent sind, dort aber noch keine Produktionsstätten unter-



Und Antifa heißt Deutschland – Tääää, Tääää: Mottowagen beim Rosenmontagsumzug in Düsseldorf, März 2025

halten, wollen solche errichten. Die Zölle jedoch, mit denen Trump droht, dürften den Handel zwischen Deutschland und den USA empfindlich treffen. Nach Berechnung des Münchner Ifo-Instituts könnten sie die deutschen Exporte um 15 Prozent einbrechen lassen. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hält deshalb den Verlust von 300.000 Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik für möglich. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hatte schon im Herbst gewarnt, die Zölle – und allfällige Vergeltungszölle – würden die deutsche Wirtschaftsleistung schmälern, 2027 und 2028 um jeweils 1,5 Prozent. Trump plante die Zölle freilich nicht ohne Grund: Er strebt die Verlagerung von Industrien in die Vereinigten Staaten an – zum einen, um den ökonomischen Abstieg der USA zu stoppen, zum anderen, um im Fall eskalierender Konflikte möglichst wenig von Importen abhängig, also verletzlich zu sein. Dabei setzt er ganz auf eigene Stärke. Rücksichten auf Verbündete? Das war einmal.

Der Wechsel von der für Verbündete durchaus ein- und damit erträglichen US-Hegemonie zur offenen, Kosten verursachenden US-Dominanz hat Folgen: Er provoziert Gegenwehr. Ökonomisch liegt das auf der Hand; dass die EU auf US-Zölle mit Gegenzöllen reagieren würde, galt als ausgemacht. Auch politisch sorgten Trumps bzw. Hegseths Äußerungen vor und Vances Auftritt während der Münchner Sicherheitskonferenz für heftige Reaktionen. Schon vor der Konferenz hatte der prospektive neue Bundeskanzler Friedrich Merz im Interview mit dem »Wall Street Journal« angekündigt, er werde als Bundeskanzler Elon Musk für seine AfD-Unterstützung zur Rechenschaft ziehen, »politisch« oder »juristisch« – eine allerdings ziemlich leere Drohung. Die Sicherheitskonferenz schürte den Unmut der Repräsentanten europäischer Staaten, und es kam zu einem ersten konkreten Schritt: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kündigte für den Tag nach Konferenzende, den 17. Februar, ein erstes europäisches Treffen in Paris an, um Gegenmaßnahmen zu verabreden. Dass Washington schon für den 18. Februar in Riad eine erste Zusammenkunft von US-Außenminister Marco Rubio mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow anberaumte, sorgte in der EU zusätzlich für Verärgerung.

Auf dem Pariser Treffen begann sich Europa zu formieren. Europa, nicht die EU, denn außer den großen und zwei kleineren EU-Staaten – Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Polen, den Niederlanden und Dänemark – war auch Großbritannien präsent. Konkrete Beschlüsse wurden zunächst nicht bekannt; allerdings reagierten die zahlreichen nicht geladenen EU-Mitglieder pikiert. Während die meisten sich darüber

beschwerten, dass sie ausgegrenzt worden seien, erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó, die in Paris versammelten »Kriegstreiber, die seit drei Jahren immer nur Öl ins Feuer gegossen haben«, wollten verhindern, »dass eine Vereinbarung über den Frieden in der Ukraine zustande kommt« – eine Erinnerung daran, dass die EU alles andere als geschlossen zusammensteht. Am 18. Februar folgte eine offenbar lautstarke Sondersitzung der EU-Botschafter in Brüssel; am 19. Februar lud Macron, um eine größere Zahl von Staaten einzubinden, 17 EU-Staaten und die Nato-Mitglieder Norwegen, Island und Kanada zu einer zweiten, als Videokonferenz abgehaltenen Runde ein. Außerdem wurde EU-Ratspräsident António Costa aktiv und bereitete für den 6. März einen EU-Sondergipfel vor.

Die Koordinierung des weiteren politischen Vorgehens hatten Frankreich und Großbritannien übernommen. Sie seien übereingekommen, »in der Unterstützung der Ukraine einheitliche Führung« zu zeigen, teilten Macron und Großbritanniens Premierminister Keir Starmer am 23. Februar mit. Sie hatten die Aktivitäten der folgenden Woche telefonisch abgesprochen: Macron traf am 24. Februar im Weißen Haus mit Trump zusammen, Starmer am 27. Februar; sie hatten die Absicht, die sich für Europa rapide verschlechternde Situation – Trump und Selenskyj hatten sich überworfen, Washington näherte sich Moskau an – irgendwie in den Griff zu bekommen. Paris und London hatten sich schon seit einiger Zeit über ihr Vorgehen bezüglich der Ukraine abgestimmt und angekündigt, prinzipiell zur Entsendung

Am 17. Februar begann Europa sich zu formieren

sogenannter Friedenstruppen bereit zu sein; das setzten sie nun fort. Sie kooperierten dabei auf solide gewachsener Grundlage. Bereits 2010 hatten Frankreich und Großbritannien die Lancaster House Treaties geschlossen, Vereinbarungen, die auf eine enge Militärkooperation zielten. 2011 zogen sie gemeinsam in den Libyen-Krieg, anschließend bauten sie zusammen eine Eingreiftruppe auf, die Combined Joint Expeditionary Force (CJEF), die seit 2020 in der Lage ist, schnell mit 10.000 Soldaten zu intervenieren. Die EU hat nichts Vergleichbares.

Aber die Spannungen zwischen den USA und der EU nahmen weiter zu. Ärger gab es zum Beispiel bei den Vereinten Nationen. Dort legte die Ukraine zum Jahrestag des Kriegsbeginns (24. Februar) der Generalversammlung den üblichen Entwurf für eine Resolution vor, der Russland scharf kritisierte. Washington forderte Kiew auf, den Entwurf

zurückzuziehen; Kiew, unterstützt von der EU, weigerte sich. Das Gerangel endete damit, dass der ukrainische Entwurf verabschiedet wurde – wenn auch mit einer dünneren Mehrheit als in den Vorjahren –, und dass die Vereinigten Staaten einen eigenen, mit russischen Positionen weitgehend kompatiblen Text vorlegten, dem die EU dann aber einen antirussischen Spin verpasste, weshalb Washington sich in der Abstimmung enthielt. Anschließend verabschiedete der UN-Sicherheitsrat auf US-Initiative eine ebenfalls mit russischen Positionen vereinbare Resolution, wobei sich wiederum als einzige die fünf EU-Staaten unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats enthielten. Die Trump-Administration reagierte, indem Außenminister Marco Rubio sein für den 26. Februar anberaumtes Treffen mit der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas absagte – netterweise erst, als Kallas schon in Washington eingetroffen war und sich dort nun mit randständigen Politikern begnügen musste.

Zum Eklat führte schließlich der Streit um den Rohstoffdeal, den die Trump-Administration mit der Ukraine schließen wollte. Ursprünglich hatte Selenskyj im Herbst 2024 vorgeschlagen, den USA und der EU nach Kriegsende einen privilegierten Zugriff auf die ukrainischen Bodenschätze anzubieten – mit dem Ziel, Washington ökonomisch fest an die Ukraine zu binden, um sich damit dauerhafte Rückendeckung gegenüber Russland zu verschaffen. Dabei hatte Selenskyj wohl die in gewissem Umfang durchaus vorhandenen Rohstoffvorräte seines Landes übertrieben. Trump nahm nun statt des ukrainischen Fingers die ganze Hand, forderte Zugriff auf die Hälfte sämtlicher Erträge nicht nur aus dem Rohstoffverkauf, sondern auch aus der ukrainischen Infrastruktur, den Häfen etwa; darüber hinaus sollte Kiew Washington zusichern, 500 Milliarden US-Dollar für die bisherige Unterstützung zu zahlen, die freilich nicht einmal ein Drittel davon wert gewesen war. Selenskyj weigerte sich, und nach einigem Hin und Her schien es, als wollte Trump nachgeben. Dann aber kam es, als der ukrainische Präsident zur Unterzeichnung des Rohstoffdeals im Weißen Haus eingetroffen war, zum offenen Streit im Oval Office. Selenskyj reiste, von Trump und Vance gleichsam vor die Tür gesetzt, ohne Deal und mit ramponierten Beziehungen zu Washington ab. Drei Tage später cancelte Trump die militärische Unterstützung für die Ukraine.

Was trieb ihn dazu? Was trieb ihn überhaupt, nicht nur auf ein Ende des Ukraine-Krieges zu drängen, um den Rücken für anderes – vor allem den Machtkampf mit China – frei zu haben, sondern sich darüber hinaus Russland anzunähern, etwa mit der Äußerung, die Verantwortung für den Kriegsbeginn liege bei der Ukraine? Im US-Establishment wird die Außenpolitik, die Trump

zu verfolgen scheint, schon seit Jahren unter dem Stichwort »reverse Kissinger«, »Kissinger rückwärts«, diskutiert; manche führen sie auf Robert Zoellick zurück, der einst als US-Handelsbeauftragter unter Präsident George W. Bush arbeitete und von 2007 bis 2012 als Präsident der Weltbank amtierte. Wie Kissinger Anfang der siebziger Jahre die Differenzen zwischen der Sowjetunion und China genutzt habe, um in einer Wirtschaftskooperation mit der Volksrepublik einen Keil zwischen beide zu treiben und Moskau diplomatisch zu isolieren, so müsse man heute enger mit Russland zusammenarbeiten, um Beijing eines Verbündeten zu berauben. Das ist der Grundgedanke. Muss Moskau, wenn Washington ihm Kooperation anbietet, nicht allein schon deshalb einwilligen, weil es sich von einer Spaltung seiner westlichen Feinde etwas Erleichterung erhoffen kann? In diese Richtung weist Trumps Strategie.

Ob sie aufgeht? Klar ist lediglich: Für die Staaten Europas ist »Kissinger rückwärts« keine Option, und das schon aus Gründen der Geografie. Das gilt nicht nur für die antirusischen Hardliner in Polen und im Baltikum, denen es nicht nur darum geht, sich militärisch gegen Russland abzusichern – unvergessen der Ausruf des damaligen lettischen Ministerpräsidenten Krišjānis Kariņš, der im Herbst 2021 mit Blick auf Moskaus wachsenden Einfluss in Südosteuropa schimpfte: »Das ist unser Hinterhof!« Auch für Deutschland ist eine Rückkehr zur Zusammenarbeit mit Russland zumindest vorläufig keine Option, so vorteilhaft das billige russische Erdgas für die deutsche Industrie auch war und wieder wäre. Denn Moskau hat mit seinem Angriff auf die Ukraine die Machtfrage in Ost- und Südosteuropa gestellt, in einer Region also, die Berlin seit je als sein eigenes Einflussgebiet begreift und die es seit Anfang der neunziger Jahre mit einigem Aufwand unter seine Kontrolle gebracht hat. Die deutsche Dominanz dort nach Kräften zu verteidigen – übrigens auch im Interesse der expandierenden deutschen Industrie – hat zur Zeit Vorrang für die deutsche Bourgeoisie. Vor allem deshalb hat der CDU-Hardliner Roderich Kiesewetter Mitte Februar bekräftigt, Russland sei »besiegbar«; man müsse nur »die Ukraine so unterstützen, dass sie Russland zurückdrängen kann«.

Mit den US-Demokraten und Präsident Joe Biden, die nicht auf »Kissinger rückwärts« setzten, sondern darauf, Russland kleinzukriegen, konnten Berlin und die EU in dieser Hinsicht gut kooperieren: Mit Trump sieht es anders aus, zumal er nicht davor zurückschreckt, den Staaten Europas zu drohen, sobald sie sich seinen Vorgaben nicht fügen. Und da, wie erwähnt, die transatlantische Kooperation auch ökonomisch schwierig zu werden beginnt, sind aus der deutschen Hauptstadt plötzlich neue Töne zu vernehmen. In Europa stehe man in-

zwischen »von zwei Seiten ... massiv unter Druck«, sagte noch am Abend der Bundestagswahl, seine Kanzlerschaft fest im Blick, der ehemalige Vorsitzende der Transatlantik-Brücke und Ex-Aufsichtsratschef von Blackrock Asset Management Deutschland, Friedrich Merz. Für ihn werde es jetzt »absolute Priorität« haben, »Einigkeit in Europa« herzustellen und »Europa so zu stärken«, dass eine wirkliche »Unabhängigkeit« von den Vereinigten Staaten erreicht werden könne. »Ich hätte nicht geglaubt«, fügte er hinzu, »dass ich so etwas mal in einer Fernscheidung sagen muss.«

Europa stärken: Das ist in Kriegszeiten vor allem militärisch gemeint. Zwei Tage nach dem Spektakel im Oval Office sprach der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber (CSU): »Wer nach Washington blickt«, müsse »verstehen:

Europas Militarisierung soll eine nukleare Komponente erhalten

Europa ist alleine, und wir müssen uns jetzt eigenständig bewaffnen.« Damit rannte er Türen ein, die längst sperrangelweit offen standen. Mit Blick auf die Bundestagswahl hatten sich Politiker in Deutschland bis zum 23. Februar, dem Wahlsonntag, öffentlich eher zurückgehalten; lediglich Annalena Baerbock hatte im Gespräch mit »Bloomberg« am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz ein EU-Rüstungsprogramm im Wert von 700 bis 800 Milliarden Euro angedeutet. Nach der Wahl wurde man deutlicher, und am 4. März ließ EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Panzer aus dem Sack: Brüssel werde 150 Milliarden Euro locker machen, um erstmals Kredite für Waffenkäufe zu vergeben, und darüber hinaus Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, 800 Milliarden Euro auf unterschiedlichste Weise für die Aufrüstung zu mobilisieren. »ReArm Europe«, »Europa wiederbewaffnen« nannte sie ihr Programm. Was in Europa, das auf der globalen Rüstungsrangliste auf Platz zwei hinter den USA steht, »wieder«bewaffnen heißt, erläuterte sie nicht.

Auch national hagelte es reihenweise Aufrüstungsbeschlüsse. Polen und die baltischen Staaten waren bereits vorgeprescht; Polen hatte im Januar mitgeteilt, es werde die Rüstungsausgaben bereits dieses Jahr auf 4,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung steigern; die baltischen Staaten kündigten wenig später an, ab 2026 mindestens vier Prozent (Lettland), fünf Prozent (Estland) oder sogar bis zu sechs Prozent (Litauen) in ihr Militär zu investieren. Großbritannien zog die geplante Aufstockung auf 2,5 Prozent auf

das Jahr 2027 vor; in Frankreich teilte Macron den Spitzen der Parlamentsparteien mit, er schließe eine Erhöhung auf fünf Prozent nicht aus. In Deutschland einigten sich Unionsparteien und SPD am 4. März darauf, alle Ausgaben für die Streitkräfte, die ein Prozent der Wirtschaftsleistung übersteigen, von der Schuldenbremse auszunehmen. Faktisch heißt das, erläuterte der »Spiegel«, dass »der Spielraum für die Verteidigungsausgaben« in Zukunft »fast unbegrenzt« ist. Zudem soll die umfassende Militarisierung Europas – Großbritannien eingeschlossen – eine nukleare Komponente erhalten. Merz kündigte an, er werde mit Macron und Starmer über einen »europäischen Nuklearschirm« aus französischen und britischen Kernwaffen verhandeln.

Entwickelt sich die EU, die ihre Interessen auf traditionellem transatlantischem Weg nicht mehr hinlänglich gewahrt sieht, nun wirklich zu einer global operierenden Militärmacht? Sie scheint dazu entschlossen. »Europa« sei »ein Riese, der aufgewacht ist«, sagte der polnische Ministerpräsident Donald Tusk kurz nach der Konfrontation im Oval Office, während die ehemalige estnische Ministerpräsidentin und jetzige EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas erklärte, es sei mit Blick auf Trump klar, »dass die freie Welt einen neuen Anführer braucht«: »Es liegt an uns Europäern, diese Herausforderung anzunehmen.« Was da durchbricht, ist der alte Traum der deutschen Bourgeoisie, »auf Augenhöhe« mit den USA zu stehen, oder etwas weniger diplomatisch formuliert: mit Hilfe der EU zur Weltmacht zu werden.

Die Frage ist, ob sich da, wo ein Wille ist, auch ein Weg findet. Denn bei all ihrer Kriegsbegeisterung können Berlin und die EU nicht darüber hinwegtäuschen, dass es an der ökonomischen Basis, sagen wir: nicht optimal läuft. Gewaltige Kriegskredite verkünden ist nicht schwer; komplizierter ist es, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie sich das zu den bereits lange schwelenden Schuldenproblemen in der EU verhält. Man mag, wie es jetzt manche tun, von KI-gesteuerten High-Tech-Waffen einer schlagkräftigen EU-Armee schwärmen. Aber die EU liegt in Sachen KI gegenüber den USA und China weit zurück; sie hat schon Schwierigkeiten, eigenständig Halbleiter zu produzieren. Ganz abgesehen davon, dass die nationalen Differenzen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, die bislang die Militarisierung der Union bremsen, sich nicht in Luft aufgelöst haben und spätestens wieder zutage treten, wenn der äußere Druck ein wenig nachlässt. Wie auch immer: Die Entschlossenheit, zu einer großen kriegsbereiten Militärmacht zu werden, ist da, und sie ist, das zeigt der Blick in die Geschichte, brandgefährlich. ●

Jörg Kronauer schrieb in konkret 3/25 über das Gerede von der »hybriden Kriegführung«

Es soll kein Friedensschluss für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.« Der berühmte Satz aus Kants Schrift »Zum Ewigen Frieden« ist so naiv wie realistisch. Realistisch, weil faktisch alle Kriege auf Seiten des Unterlegenen den Willen zur Revanche stimulieren. Schließlich ist Krieg das Geschäft der wech-

Schon aus diesem Grund verdienen alle politischen Presseerklärungen von heute, es müsse zwischen Russland und der Ukraine ein »gerechter und dauerhafter Friede« ausgehandelt werden, ein gerüttelt Maß gesunder Skepsis. So einfach wird das nicht werden, weil es eben auch keine Frage des guten oder bösen Willens ist. Beginnen wir mit der obersten Ebene. Angenommen sogar, die USA und Russland einigten sich auf irgend

greifer gewesen und so weiter. Aber im selben Atemzug hat Trump kein Wort über Bidens letzten Außenminister Antony Blinken verloren, der in seinen letzten Interviews als Minister zu Beginn dieses Jahres offen zugegeben hat, dass die USA diesen Krieg zumindest billigend in Kauf genommen haben, indem sie die Ukraine schon ein halbes Jahr vor dem offenen Beginn der Feindseligkeiten insgeheim mit panzerbrechenden Waffen beliefert haben.

Entsprechend zeichnet sich zwischen den USA und Russland schon im Vorfeld inhaltlicher Vereinbarungen eine grundsätzliche Differenz ab, die formal aussieht wie eine Frage der Reihenfolge, die aber mehr ist als dies. Während Trump möglichst schnell einen Waffenstillstand erreichen und danach einen Friedensvertrag aushandeln will, hat Russland dem bereits in der Anfangsphase der Gespräche eine deutliche Absage erteilt.

Außenminister Sergej Lawrow sagte bei einem Besuch in der Türkei in den letzten Februar-Tagen, Russland werde seine militärischen Aktivitäten in der Ukraine erst dann beenden, wenn in den politischen Hauptfragen, um die es Moskau geht, eine belastbare Einigung erzielt sei: in erster Linie die Rückkehr zu einem System der Rüstungskontrollverträge aus dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, die alle seit Beginn des 21. Jahrhunderts von den USA aufgekündigt worden sind. Der letzte davon, »New Start«, ist nach seinem Auslaufen im Jahr 2021 noch einmal notdürftig um weitere fünf Jahre verlängert worden – bis Februar 2026. Um Zeit für Verhandlungen zu gewinnen und nicht gleich sämtliche Brücken abzubauen. Lawrows Stellvertreter Sergej Rjabkow präzisierte ebenfalls Ende Februar, Russland sei sich noch nicht klar über die wirklichen Absichten der USA, und bevor sich dies nicht geändert habe, werde der Krieg weitergehen – auch um am Boden weitere Fakten schaffen zu können.

Was aber sind die russischen Kriegsziele? Eine im Westen häufig vertretene Unterstellung lautet, Russland wolle die ganze Ukraine und anschließend die Hälfte Europas erobern – angeblich zu einem Zeitpunkt irgendwann gegen Ende des laufenden Jahrzehnts. So sagen es zumindest die Kriegsbeifürworter auf Seiten der Nato, die diese Auffassung zum Anlass nehmen, eine Erhöhung der eigenen Rüstungsaufwendungen auf das Mehrfache zu verlangen: Europa habe nur noch wenige Jahre Zeit, um dieses Szenario zu verhindern.

Nur dass dieses Szenario wahrscheinlich gar nicht stimmt. Ausgerechnet in Polen, das sonst den Krieg in der Ukraine maximal emotionalisiert und auch seine eigene politische Bedeutung eng daran knüpft, dass die Nato ihren Kriegsverlängerungskurs fortsetzt, erschien zum dritten Jahrestag des

Die Zähigkeit des Krieges

Der Ukraine-Krieg dürfte noch länger andauern als von den USA propagiert. Denn die Beseitigung seiner Ursachen wird so schnell nicht zu haben sein.
Von Reinhard Lauterbach

selseitigen Schädigung von Staaten, und derjenige, der die schwereren Nachteile hat hinnehmen müssen, hat umso mehr Motive für den »geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege«. Kant wusste also um die Realität des politischen Geschäfts mit Krieg als dessen »Fortsetzung unter Einmischung anderer Mittel« – das war jetzt schon der zwei Generationen später lebende Carl von Clausewitz. Und die Naivität des Königsberger Philosophen lag in der Unterstellung, es könne anders sein. Faktisch wäre ein »ewiger Frieden« nur um den Preis der dauernden Dominanz einer Kriegspartei zu haben – einer so überwältigenden Dominanz, dass sie der unterlegenen Seite alle Gedanken auf »geheime Vorbehalte« von vornherein austreibt. Die berühmte »pax Romana« der Antike beruhte darauf, dass das römische Reich in den beiden ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung diese unbestrittene Dominanz in großen Teilen des erweiterten Mittelmeerraums ausübte. Und nicht einmal sie hat auf Dauer gehalten. Es reichten ein paar unfähige Kaiser und Migrationsbewegungen von »Barbaren« auf Grund von Ereignissen, die mit dem Imperium Romanum unmittelbar gar nichts zu tun hatten, um dieses zum Einsturz zu bringen.

eine Form der Beendigung des Krieges, und Donald Trump macht Russland das politische Zugeständnis, die Ukraine nicht in die Nato aufzunehmen und keine ausländischen Truppen auf ihrem Territorium zu stationieren: Wie lange soll eine solche Vereinbarung gelten? Schon Trumps eigener Verteidigungsminister Pete Hegseth hat die einschränkende Bemerkung gemacht, ein Nato-Beitritt der Ukraine sei »für die nächsten 25 Jahre nicht realistisch«. Und danach dann doch wieder? Und was heißt »nicht realistisch«? Wünschenswert bliebe er also doch?

Dabei sind 25 Jahre schon eine in der Diplomatie vergleichsweise lange Zeitspanne. Gut möglich, dass es nur ungefähr drei Jahre werden – nämlich bis zur nächsten Präsidentenwahl in den USA. Wer garantiert, dass nicht der nächste Präsident der USA alle Zusagen Trumps an Russland kassiert und wieder dort anfängt, wo Joe Biden aufgehört hat? Zumal die Position der USA auch jetzt schon zweideutig genug ist. Donald Trump hat mit seiner Bemerkung, Wolodymyr Selenskyj habe es »zugelassen, dass dieser Krieg begonnen hat, der nie hätte beginnen dürfen«, die Entrüstung der gesammelten liberalen Kommentatorenschaft auf sein Haupt beschworen: Wie habe er so etwas sagen können, schließlich sei die Ukraine nicht der An-

Kriegsbeginns in der Zeitschrift »Polityka« eine bemerkenswerte Analyse des russischen Vorgehens in der Ukraine von einem pensionierten polnischen Stabsoffizier: Der relativ schleppende russische Vormarsch dort habe weniger mit einer russischen Unfähigkeit zu rascherem Vorgehen zu tun, als damit, dass die Eroberung der ganzen Ukraine gar nicht Ziel Russlands sei. Moskau sei sich bewusst, dass es eine physisch eroberte Ukraine nicht werde militärisch kontrollieren können. Statt dessen sei das Ziel Russlands, die ukrainische Armee zu zermürben und der ukrainischen Gesellschaft im Hinterland auf die harte Tour – Zerstörung von lebenswichtiger Infrastruktur in kleinen Schritten, jeden Tag hier ein Kraftwerk und dort eine Fabrik – klarzumachen, dass das Land nur wieder auf einen grünen Zweig kommen werde, wenn es sich auf ein gutnachbarliches Verhältnis zu Russland festlege. Wenn nicht mit Waschen, dann eben mit Walken, um ein russisches Sprichwort zu zitieren. Das in Washington residierende und vom ehemaligen US-Oberbefehlshaber Europas, dem »Falken« Ben Hodges, geleitete »Institute for the Study of War« sprach Ende Februar davon, Russlands Ziel sei »die völlige Kapitulation der Ukraine«. Eben nicht ihre Besetzung, sondern das Brechen des antirussischen politischen Willens der ukrainischen Politik. Das ist klassischer Clausewitz: Ziel des Krieges sei es, »den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen«.

Der Zermürbungskrieg gegen die ukrainische Infrastruktur wäre insofern auch eine nachträglich gelernte Lektion daraus, dass ursprüngliche russische Hoffnungen, von der ukrainischen Bevölkerung mit Brot und Salz begrüßt zu werden, illusorisch waren und Pläne, mit einem schnellen Marsch auf Kiew dort einen prorussischen Regimewechsel herbeizuführen, im Februar 2022 gescheitert sind. Wie Ende Februar der frühere Bundeswehr-Generalinspekteur und Vorsitzende des Nato-Militärausschusses Harald Kujat auf einer Veranstaltung der »Eurasien-Gesellschaft« in Berlin sagte, habe Russland schon wenige Tage nach dem Beginn des Einmarsches eine Verhandlungsdelegation zu Wolodymyr Selenskyj mit der Forderung geschickt, dieser solle zurücktreten und dem damals bekanntesten Politiker der prorussischen Fraktion der ukrainischen Elite, Wiktor Medwedtschuk, Platz machen. Auch einen Monat später bei den russisch-ukrainischen Verhandlungen in der Türkei erneuerte Russland diese Forderung. Statt dessen ließ Selenskyj Medwe-

dschuk verhaften und die prorussischen Parteien en bloc verbieten. Inzwischen ist Medwedtschuk in einem Gefangenenaustausch freigekommen und fragt sich in Moskau, ob er noch gebraucht wird.

Wenn es denn dazu kommt. Denn was Immanuel Kant über den »geheimen Vorbehalt zu einem künftigen Kriege« schrieb, würde natürlich im Falle eines für Kiew nachteiligen Friedensschlusses erst recht für die Ukraine gelten: dass sie irgend etwas widerwillig unterzeichnet und im Stillen an einer Revanche arbeitet. Das ist nicht so weit hergeholt, wie es auf den ersten oder zweiten Blick erscheinen könnte. Denn auch wenn aktuell ukrainische Politiker und die angelsächsischen Zeitungen, die sie interviewen, die drohende Perspektive an die Wand malen, ohne US-Waffenhilfe wäre Kiew bis zum Sommer oder Herbst dieses Jahres gezwungen, den Widerstand einzustellen – ganz so verloren ist die Ukraine allem Anschein nach doch nicht.

Sie hat eine beachtliche eigene Drohnenproduktion ins Laufen gebracht, die nach eigener Darstellung fähig ist, 40 bis 50 Prozent

sel und Kiew einen Platz am Verhandlungstisch einzuräumen, eine Ohrfeige für den politischen Ehrgeiz der »geopolitischen EU« (Ursula von der Leyen) darstellt und auch genau als solche gemeint ist. In dieses Szenario passt, dass Trump nicht nur keine US-Truppen zur Überwachung eines Waffenstillstands in die Ukraine schicken will, sondern es auch ablehnt, EU-Truppen dort unter den Schutzschirm der Nato zu stellen. Wenn ihr geht, dann geht ihr auf eigenes Risiko, ist die Botschaft dahinter an die EU. Ausgehend von der Einschätzung, dass der EU hierzu die Kräfte fehlen. Deren Antwort auf dieses in der Sache nicht bestrittene Dilemma besteht in fieberhaften Beschlüssen zu einer Turbo-Aufrüstung mit dem Ziel »strategischer Autonomie« der EU. Nicht die beste Bedingung dafür, dass ein eventueller Waffenstillstand in der Ukraine Bestand haben wird.

Hat der öffentliche Showdown zwischen Donald Trump, J. D. Vance und Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus Ende Februar diese Ausgangslage verändert? Nein, im Gegenteil, er hat sie bestätigt. Selenskyj hat nach dem Transkript des Treffens nichts anderes gesagt, als die ganzen Jahre zuvor auch. Nur: Trump wollte das nicht mehr hören. Die öffentliche Demütigung eines bisherigen Verbündeten demonstriert jenseits aller Fragen der Stilkritik, dass der US-Administration zu Bewusstsein gekommen ist, dass der Störenfried im wörtlichen Sinne jener ukrainische Nationalismus ist, den die USA und die EU im Winter 2013/14 eigenhändig von der Kette gelassen haben. Allerdings erfolglos: »Sie haben keine Karten mehr«, sagte Trump Selenskyj mehrfach ins Gesicht. Wobei auch Trump nicht ohne den »geheimen Vorbehalt zu einem künftigen Kriege« auskam: »Das Problem ist, dass ich Sie [blickt Selenskyj an] zu einem harten Kerl gemacht habe. Und ich glaube nicht, dass Sie ohne die Vereinigten Staaten ein harter Kerl wären. Und Ihr Volk ist sehr mutig.« Doch wozu braucht es diesen Mut, wenn es doch angeblich um Frieden geht? Der Hund soll wieder an die Kette zurück, das war der Kern der Abkanzlung Selenskyjs in Washington. Das Problem ist, dass der ukrainische Konflikt in den beiden unmittelbar beteiligten Ländern existentieller wahrgenommen wird als in Washington »hinter einem schönen Ozean« (Trump).

Reinhard Lauterbach schrieb in konkret 2/25 über die freie Presse und das Nord-Stream-Attentat



What a shitshow: Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bei einem Treffen mit Donald Trump und dessen Vize am 28. Februar 2025 im Oval Office in Washington, D. C.

ihres Bedarfs an Rüstungsgütern selbst herzustellen. Das würde womöglich auch dafür reichen, künftige Waffenstillstände immer wieder mit Nadelstichen im Kleinen zu sabotieren und sich anschließend wieder hinter dem Schutzschirm von EU-Friedenstruppen zu verstecken. Wenn solche denn kommen sollten, denn das Mandat dafür müsste der UN-Sicherheitsrat beschließen, und Russland hat schon deutlich gemacht, dass es keine Friedenstruppen aus Nato- oder EU-Staaten in der Ukraine wünscht.

Vor allem aber hat eine »Kriegspartei« seit dem Schwenk Trumps in Richtung Verhandlungen mit Russland Zuwachs bekommen: die EU. Das politische Europa hat verstanden, dass direkte Verhandlungen zwischen den USA und Russland, ohne Brüs-

Aufrüsten, abschieben, abfucken

Klingt vertraut: Die neue Regierung in Belgien hat sich ein rechtes Programm gegeben – mit dabei ist auch die flämische Sozialdemokratie.
Von Felix Sassmannshausen

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Wenige Tage nachdem die neue belgische Regierung ihr Programm für die kommenden Jahre vorgestellt hatte, riefen die belgischen Gewerkschaften zu einem ersten landesweiten Streiktag auf. Gemeinsam vertreten der christliche Verband ACV mit seinen 1,6 Millionen Mitgliedern, die sozialistische Gewerkschaft ABVV mit 1,5 Millionen und die liberale ACLVB mit 300.000 mehr als die Hälfte der lohnabhängig Beschäftigten in Belgien. Mit ihrer Aktion, zu der laut eigenen Angaben 100.000 Beschäftigte in Brüssel zusammengekommen waren, sowie einem ersten Generalstreik Ende März, wandte sich die sogenannte Gewerkschaftsfront gegen die rigide Migrations- und Austeritätspolitik der künftigen Regierung.

Benannt ist die Arizona-Koalition unter der Leitung des Premierministers Bart De Wever von der flämisch-nationalistischen Partei NVA nach den Farben des US-Bundesstaats, die denen der fünf beteiligten Parteien entsprechen: Neben NVA sind das die französischsprachigen Liberalen vom Mouvement Réformateur (MR), die Mitte-Rechts Partei Les Engagés (LE), die flämische konservative Partei Christendemocraten en Vlaams (CD&V) sowie die sozialdemokratische Vooruit. »Zum ersten Mal seit 16 Jahren tritt eine Regierung an, die demokratische Unterstützung auf beiden Seiten der Sprachgrenze genießt«, heißt es zur ungewöhnlichen Konstellation in der Vereinbarung.

Belgien ist politisch und wirtschaftlich stark fragmentiert. Jede Partei hat voneinander unabhängige französische und flämische Gliederungen, weshalb die Sozialdemokratie aus Flandern an der Regierung beteiligt ist, die französischsprachige Partei aber in der Opposition. Während im reicheren flämischen Teil des Landes nationalistische und rechtsextreme Parteien wie NVA beziehungsweise Vlaams Belang viel Rückhalt haben, sind im industriell geprägten wallonischen Teil traditionell linke und liberale Parteien stärker. Eine Ausnahme bildet die marxistische Partij van de Arbeid (PvdA), die landesweit mit einer Liste antritt.

Im Zentrum des rund 200 Seiten umfassenden Koalitionsvertrags stehen die Themen Wirtschaft, Fiskalpolitik und Migration: Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, überbordende Bürokratie durch Berichtspflichten, hohe Energiepreise, unzureichende Investitionen, zu wenig Fachkräfte, zu viel »irreguläre Migration«, klamme öffentliche Kassen bei gleichzeitig zu geringen Militärausgaben stellen das Land vor große Herausforderungen, heißt es darin. Von der »schwierigsten Haushaltssanierung in unserer modernen Geschichte« ist gar die Rede.

So verpflichtet sich die neue Regierung auf die Einhaltung der Nato-Vorgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dafür müsse Belgien jährlich etwa vier Milliarden Euro mehr ausgeben als bisher, erklärte der Haushaltsminister Vincent Van Peteghem. »Lieber jetzt die Nato-Ziele erreichen und

mehr Geld für die Armee als später einen Krieg mit Putin«, sagte der konservative Politiker. Diskutiert wird unter anderem der Verkauf von staatlichen Beteiligungen an Banken wie der BNP Paribas oder Belfius.

Steigende Militärausgaben will auch der Vorsitzende der flämischen Sozialdemokratie, Conner Rousseau, knüpfte dies aber an Bedingungen: Die EU müsse ihre Haushaltsregeln lockern, damit Ausgaben für die Verteidigung nicht dazu beitragen, dass Belgien in einem Defizitverfahren landet. Auf dem Sondergipfel zur Unterstützung der Ukraine gegen Russlands »Angriffskrieg« Anfang März hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zuletzt entsprechende Ausnahme-klauseln angekündigt.

Doch der Austeritätsdruck besteht auch ohne zusätzliche Militärausgaben, wie aus dem Jahresbericht der Zentralbank Belgiens hervorgeht. Demnach verstößt Belgien gegen die EU-Fiskalregeln, die Schulden in Höhe von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erlauben: In Belgien sind es 105 Prozent. Auch das Haushaltsdefizit liegt mit 4,6 Prozent über dem Zielwert der EU von drei Prozent. Um einem Defizitverfahren der Kommission zu entgehen, muss die Regierung laut Berechnungen rund 18 Milliarden Euro einsparen. Der Zentralbanker Pierre Wunsch warnt vor einer drohenden Abwertung der Kreditwürdigkeit des Staates. »Früher lag das Augenmerk der Rating-Agenturen auf Portugal, Irland, Griechenland, Italien und Spanien«, sagt er. Nun fokussierten sie sich mehr auf Frankreich und Belgien.

Auch vor diesem Hintergrund hat die rechte Regierung unter De Wever umfassende Reformen und Kürzungen in Aussicht gestellt. »Die Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, verlangen von allen Opferbereitschaft«, mahnen die Koalitionsparteien. Aber nicht von allen. Während für Unternehmen gezielte Subventionen und Steuersenkungen in Aussicht stehen, wird der Rotstift vor allem bei den Sozial- und Rentenausgaben angesetzt. Der Schlüssel zur Sicherung »des Wohlstands und unseres Sozialmodells liegt in der Steigerung der Produktivität«, heißt es zu dieser Priorisierung.

Neben zu hohen Lohn- und Energiekosten sei dabei vor allem der Arbeitskräftemangel ein Hemmnis. Um dem zu begegnen, werden Überstundenregelungen gelockert, das Verbot der Nachtarbeit abgeschafft und Nachtzuschläge künftig erst ab Mitternacht statt ab 20 Uhr fällig. Ältere sollen zudem durch eine Mischung aus »Zuckerbrot und Peitsche« für den Arbeitsmarkt gefügig gemacht werden. Beschäftigten, die vorzeitig in Rente gehen, werden die Bezüge gekürzt; Boni gibt es für jene, die über das gesetzliche Rentenalter von 66 Jahren hinaus arbeiten. Dazu weitete die Regierung sogenannte Flexi-Jobs aus, für die keine Sozial- und Rentenabgaben gezahlt werden – also prekäre Jobs, in

denen vor allem Menschen arbeiten, die auf Grund niedriger Löhne auf mehrere Jobs angewiesen sind, oder Ältere, die ihre Rente damit aufbessern.

Zugleich sollen beim Arbeitslosengeld Sanktionen ausgeweitet werden, wonach die bislang unbeschränkte Bezugsdauer auf zwei Jahre begrenzt wird und Steuervergünstigungen wegfallen. Arbeitsfähige dürften »nicht mehr in den Genuss von übermäßig vorteilhaften Regelungen kommen, die sie davon abhalten, arbeiten zu gehen«, mahnt die Arizona-Koalition. So will man Arbeitslose dazu anhalten, sich einen Job zu suchen. Der Anreiz: Der Unterschied zwischen dem Arbeitslosengeld und Niedriglöhnen soll nach dem Willen der Regierung künftig bei 500 Euro liegen. Hierzu werden Steuerfreibeträge für niedrige Arbeitseinkommen erhöht und Beiträge zur Sozialversicherung gesenkt.

Das kritisiert die sozialistische Gewerkschaft ABVV als Augenwischerei, denn die

losigkeit leiden, und ausreichend Kitaplätze, um Frauen und Familien zu entlasten, würden nicht angegangen.

Insgesamt 5,2 Milliarden Euro will die Regierung mit der umfassenden Sozial- und Rentenreform einsparen. Wegfallen soll auch ein Ausgleichsfonds, der als Zuschuss für Menschen mit niedrigen Einkommen oder Renten fungiert. »Das trifft Menschen, die bereits an oder unter der Armutsgrenze leben«, kritisiert Heidi Degerickx vom Netzwerk gegen Armut.

Die umfassenden Reformen und Sozialkürzungen wird der neue Sozialminister Frank Vandenbroucke von den flämischen Sozialdemokraten verantworten. Zu ihrer Beteiligung an der rechten Koalition erklärte seine Partei: »Wir tun, was geschehen muss. Wir trauen uns, schwierige Entscheidungen zu treffen.« Aber nur, wenn die Lasten gerecht verteilt und sich alle beteiligen würden, »auch die Großverdiener«, unterstrich sie.

Linie die mittleren und niedrigen Einkommen belastet. Ähnlich klingt es beim PvdA-Vorsitzenden Raoul Hedebouw, der kritisiert, dass die Großverdiener verschont werden. Seine Partei gewann 15 der insgesamt 150 Sitze im Parlament und verbucht seit einigen Jahren Wahlerfolge. In ihrem Programm forderte die PvdA eine Millionärssteuer, Abgaben für Zufallsgewinne etwa von Energieunternehmen und – mit Blick auf die Inflation der vergangenen Jahre – Preiskontrollen und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Waren des täglichen Bedarfs.

Wenn sich die linke Opposition und Gewerkschaften auf konfliktreiche Jahre vorbereiten, dann geht es im Kern auch um die Frage der sozialen und ökonomischen Ungleichheit, die in Belgien in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen hat. Laut ABVV, die sich auf Zahlen der belgischen Zentralbank beruft, besitzen zehn Prozent der Belgierinnen und Belgier (mit einem durchschnittlichen Vermögen von mehr als 1,1 Millionen Euro) etwa ein Drittel der Wohnungen, 79 Prozent der Unternehmensanteile und rund die Hälfte des Gesamtvermögens. Während der Lohnanteil an den Einkünften seit Anfang der nuller Jahre von 65 Prozent auf knapp 60 Prozent sank, stiegen die Kapitaleinkünfte von 35 Prozent auf 40 Prozent.

Von rechts wird hingegen die größte Oppositionspartei Vlaams Belang Druck auf die Regierungspolitik ausüben. Die rechtsextreme Partei errang 20 Sitze und ist damit zweitgrößte Fraktion im Parlament. Sie fordert mehr Unabhängigkeit von der föderalen Regierung sowie eine rigidere Migrationspolitik.

Dabei ist die längst vereinbart: So soll die »irreguläre Migration« eingedämmt werden. Und ähnlich wie in den Niederlanden prüft die neue belgische Regierung die Möglichkeiten, einen Notstand auszurufen, um Rechte für Asylsuchende und Migranten zeitweise außer Kraft zu setzen. Zudem soll die Abschiebepolitik verschärft, die Zahl geschlossener Haftanstalten verdoppelt sowie auch die Durchsuchung von Wohnungen und Handys vereinfacht werden, kündigte De Wever an. Das stößt bei Menschenrechtsorganisationen auf

scharfe Kritik. Das Institut für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten warnt davor, dass die Rechtsstaatlichkeit in Belgien weiter ausgehöhlt werde. ●

Felix Sassmannshausen schrieb in konkret 12/24 über den neuen Nato-Generalsekretär Mark Rutte



»Schon gehört? Im Krieg sterben Menschen« – Ursula von der Leyen im Gespräch mit dem belgischen Premierminister Bart De Wever beim EU-Gipfel in Brüssel am 6. März 2025

Differenz zwischen Arbeitslosengeld und Niedriglöhnen verändere sich so nicht. Die »Arbeitslosenfalle«, die die Arizona-Koalition beseitigen will, sei ein Mythos. Tatsächliche Gründe für die Arbeitskräfteknappheit, wie fehlende Qualifikationsmöglichkeiten für Jugendliche und migrantische Beschäftigte, die in besonderem Maße unter Arbeits-

Zwar hat sich die Regierung tatsächlich erstmals auf eine zehnprozentige Steuer auf Kapitaleinkünfte geeinigt. Doch die Details sind bislang nicht ausgearbeitet.

Kritik am Regierungsprogramm kommt auch von der wallonischen Schwesterpartei von Vooruit, der Parti Socialiste. Sie bemängelt, dass die Arizona-Koalition in erster

Dass Donald Trump am Ende gewinnen könnte, hatte vielen US-Linken schon vor dem Wahlgang geschwankt, doch die Deutlichkeit der Niederlage der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen im November scheint die Mehrzahl von ihnen anhaltend geschockt zu haben. Trump konnte nicht nur wie 2016 schon die Mehrheit der Wahlmänner gewinnen, sondern erstmals auch die der abgegebenen Stimmen. Das hatte von den republikanischen Präsidentschaftskandidaten zuletzt nur George Bush Jr. geschafft. Parallel eroberten die Republikaner auch beide Kammern des US-Parlaments. Der Supreme Court steht bereits unter konservativer Kontrolle.

Nicht nur das: Durch seine erste Amtsperiode war Trump noch ziemlich planlos gestolpert. An umfassenden Reformen scheiterte er. Diesmal setzt er seine Agenda gna-

entgegenzusetzen. »Wir haben nichts in der Hand«, bemerkte Jeffries angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament während einer Pressekonferenz im Januar. Offenbar auch nicht rhetorisch: Statt beim Namen nannte Jeffries den US-Präsidenten in Interviews zuletzt »Captain Chaos«. Der vermeintliche Schmähhame verkehrte sich aber schnell ins Gegenteil. »Warum versucht er (Jeffries) um jeden Preis, ihn (Trump) cool klingen zu lassen?«, höhnte eine republikanische Abgeordnete.

Bis mindestens Ende 2026 muss sich Trump wohl keine Sorgen um Widerstand aus dem Parlament machen. Erst dann wird der Kongress neu gewählt. Ohne Mehrheit in einer der zwei Kammern können die Demokraten wenig ausrichten. Nicht mal Vorladungen zu Ausschusssitzungen können sie verabschieden. Ihnen bleibt nur eins: Im Senat mit endlosen, sogenannten Filibuster-Reden zu verhindern, dass kontroverse Gesetzes-

Zeit an.« Gerade junge, progressive Wähler verfolgten das politische Geschehen demnach mit »Indifferenz«.

Warum kommt der Widerstand gegen Trump nicht in die Gänge? »Empörung ist ein vorübergehendes Gefühl, das kaum über mehrere Jahre aufrechterhalten werden kann, weil es körperlich und emotional so belastend ist«, findet Foer. Trump scheint also schlicht den längeren Atem bewiesen und mit seinen permanenten Grenzüberschreitungen nicht nur den Diskurs erfolgreich nach rechts verschoben, sondern auch einen Ermüdungseffekt bei seinen Kritikern erzielt zu haben. Dass der Trump von 2025 nicht mehr der gleiche sei wie 2017, sondern eine politische Radikalisierung durchlaufen habe und heute noch viel mehr als in seiner ersten Amtszeit die breite Unterstützung des Großkapitals genieße, gehe da schnell unter, warnt Foer.

Tatsächlich ist augenfällig, wie viel schwächer die Proteste gegen Trumps Politik im Vergleich zu seiner ersten Amtszeit ausfallen, obwohl diesmal schwerer wiegende Entscheidungen getroffen werden, die das Leben der US-Amerikaner für Jahrzehnte verändern könnten. Brachten Trumps abfällige Bemerkungen über Frauen 2017 noch Millionen Menschen in den sogenannten Women's Marches auf die Straße, blieb seine Entscheidung, quasi alle bundesweiten Frauenförderprogramme und zahllose geschlechtsbezogene Forschungsprogramme etwa in der Medizin zu streichen, ohne größere Reaktion. Auch andere politisch marginalisierte Gruppen schaffen es aktuell nicht, Massenbewegungen gegen Trumps Agenda, die teilweise über Jahrzehnte erkämpfte Errungenschaften in Tagen abreißt, auf die Straße zu bringen.

Der Protest gegen Trumps radikale Kürzungsagenda bewegt sich bislang noch in überschaubaren Dimensionen. An einem Aktionstag am national begangenen President's Day kam es zwar in allen fünfzig Bundesstaaten zu Demonstrationen, doch die zumeist vor den Bundesstaatsparlamenten stattfindenden Kundgebungen wurden selten von mehr als tausend Demonstranten besucht. Als »No Kings Day« richtete sich der Protest gegen die autoritären Allüren des US-Präsidenten. So hatte Trump sich selbst in mehreren Internetbeiträgen als König bezeichnet und sein Rechtsverständnis mit einem Zitat von Napoleon Bonaparte erklärt: »Wer das Land rettet, verletzt kein Gesetz!«

Der Protest dagegen fiel erwartbar staatstragend aus. Auf Bildern ist zu sehen, wie Demonstranten umgedrehte Nationalflaggen in die Kameras halten: ein Zeichen des Notstands. »Es gibt einen richtigen Weg, Wandel durchzusetzen, und einen falschen«, sagte ein Demonstrant dem Nachrichtenanbieter »Global News« und legte nach: »Donald Trump hat alle Regeln des demokratischen

Am Boden

Nach Donald Trumps Sieg bei den US-Präsidentschaftswahlen kommt die Linke nicht wieder auf die Füße. Von Marten Brehmer

denlos um. Mit Exekutivanweisungen, die im Parlament nicht von einer Sperrminorität blockiert werden können, hebt seine Regierung zahllose Schutzregelungen für Minderheiten auf und entlässt Tausende unliebsame Mitarbeiter der Bundesbehörden. Derweil müssen Millionen Einwanderer fürchten, abgeschoben zu werden.

Widerstand gegen diese Maßnahmen ist bislang kaum zu spüren. Die Demokraten haben es noch immer nicht geschafft, sich von ihrer Wahlniederlage zu erholen. Ein Generationenwechsel bleibt aus. Im Senat konnte sich der 75jährige Chuck Schumer als Vorsitzender der Fraktion halten. Auch im Repräsentantenhaus verzichteten die Demokraten auf einen Wechsel des Personals: Dort führt weiterhin der seit 2023 amtierende Hakeem Jeffries die Fraktion. Der einst als »Obama von Brooklyn« gefeierte Aufsteiger wirkt weitgehend harm- und profillos. Wahlverliererin Kamala Harris ist seit November aus der Öffentlichkeit verschwunden.

Trump's Marsch durch die Institutionen haben die Demokraten im Kongress wenig

vorlagen zur Abstimmung kommen. Bereitschaft, das Blockadeinstrument zu nutzen, zeigen die Demokraten bislang wenig. »Wir müssen unsere Schlachten überlegt wählen«, erklärte ein Mitglied des Fraktionsvorstands gegenüber dem öffentlichen Radiosender PBS. Die Bestätigungen von Trumps Kabinettsnominierungen im Senat verliefen ohne größere Verzögerungen.

Wenn die Opposition im Parlament auftritt, könnte Druck von der Straße nachhelfen. Doch auch dort bleibt es bislang zumindest im Vergleich zu Trumps erster Amtszeit ruhig. Beteiligte sich an Protesten in der Bundeshauptstadt Washington, D. C. zu dessen erster Amtseinführung 2017 noch mehr als eine halbe Million Menschen, blieben größere Demonstrationen diesmal aus. Schon vor der Präsidentschaftswahl im November beobachtete der Kolumnist Franklin Foer in der Zeitschrift »The Atlantic« eine zunehmende Apathie gegenüber einer zweiten Amtszeit Trumps: »An der Schwelle zu einer möglichen Rückkehr Trumps fühlt sich der Widerstand wie das Relikt einer vergangenen

Prozesses gebrochen«, als ob sein Großangriff auf die soziale Infrastruktur und Minderheiten legitim wäre, wenn er sich an die prozeduralen Gepflogenheiten hielte.

Besondere Wut lenkt sich auf Trumps Einflüsterer und Erfüllungsgehilfen: Elon Musk ist nicht nur wichtigster Berater des US-Präsidenten, sondern führt auch das Department of Government Efficiency, eine euphemistische Bezeichnung für die Quasi-Behörde, die mit weitgehenden Befugnissen den US-amerikanischen Staatsapparat zu rechtstutzen soll und in den ersten sechs Wochen schon die Entlassung von mehr als 30.000 Regierungsangestellten veranlasste. Um dem Unternehmer Musk zu schaden, wolle seine Kritiker ihn dort treffen, wo es wehtut: beim Geld. Unter der Parole »Tesla Take-down« propagiert eine Protestbewegung den Boykott von Musks Autofirma.

Die Bewegung organisiert Kundgebungen vor Tesla-Autohändlern, es kam auch schon zu Brandangriffen auf geparkte Wagen. In Videos ist zu sehen, wie sich Teilnehmer damit brüsten, ihren Tesla verkauft zu haben – die E-Auto-Marke genoss lange Zeit gerade unter Linkliberalen große Beliebtheit. Tatsächlich ist der Absatz zuletzt erstmalig seit zehn Jahren zurückgegangen. Ob das an der Boykottbewegung liegt oder an der Verfügbarkeit günstigerer Produkte von Konkurrenzmarken, ist eine andere Frage. Die Proteste gegen Musk sind zwar auch in kleinen Städten zu finden, ziehen aber nur wenige Teilnehmer an.

Eine Massenbasis für die Proteste gegen die Regierung Trump könnte aus den Gewerkschaften kommen, doch gerade hier zeigten sich zuletzt Risse. Der Vorsitzende der Transport-Gewerkschaft Teamsters, Sean O'Brien, erklärte im Interview mit dem Fernsehsender Fox News, Lori Chavez-DeRemer, die von Trump nominierte Arbeitsministerin, unterstützen zu wollen. Die ehemalige Kongressabgeordnete gehörte zu den wenigen Republikanern, die Joe Bidens Gewerkschaftspolitik unterstützten. O'Briens Unterstützung für Trumps Kurs geht aber weiter: Auch der Kürzungspolitik kann er etwas abgewinnen. »Es gibt viel Fett in den Bundesbehörden, das getrimmt werden kann«, sagte er im Interview: »Ich denke, die Leute unterstützen das.«

Auch andere Gewerkschafter arrangieren sich mit der neuen Regierung: Am Tag vor Trumps Amtseinführung erklärte Shawn Fain, der Vorsitzende der United Auto Workers, in der »Washington Post«, dass seine Gewerkschaft zur Zusammenarbeit bereit sei. »Wir haben in vielen Bereichen verschiedene Positionen«, schreibt Fain. Doch jetzt sei die Zeit, »gemeinsame Nenner« zu finden. Dazu gehörten etwa die von Trump an-

geordneten Strafzölle für Waren aus Mexiko, die amerikanischen Arbeiter vor »Billigkonkurrenz schützen« würden.

Dabei galt Fain lange Zeit als prominenter Vertreter der US-amerikanischen Gewerkschaftslinken. 2023 führte er seine Gewerkschaft nach einem wochenlangen Streik zu einem historischen Tarifsabschluss in der Autoindustrie. Doch jetzt dürften die Gewerkschaften ihren »Platz am Tisch« nicht mutwillig aufgeben, fordert Fain. Neben Pragmatismus dürfte auch noch ein anderer Faktor seine Haltung erklären: Ein beträchtlicher Teil der Gewerkschaftsmitglieder unterstützt schon länger Trump.

Gespalten, wenig mobilisierungstark, staatstragend: Eine große Gefahr geht von der US-amerikanischen Linken aktuell nicht aus. Im Gegenteil erscheint die Opposition gerade im Moment der ungebremsten Faschisie-



Aufstand der Autokäufer:
Demonstration vor dem Fox News
Headquarter in New York, März 2025

rung an einem Tiefpunkt. Anlass zur Hoffnung auf Mobilisierung für radikale Positionen gibt es kaum. Einzig ein mutmaßlicher Mörder stimmt ansatzweise optimistisch: Der Informatiker Luigi Mangione steht aktuell in Pennsylvania vor Gericht, weil er im vergangenen Dezember den Vorstandsvorsitzenden eines Krankenversicherungskonglomerats erschossen haben soll (siehe **konkret 2/25**). Um Geld muss er sich keine Sorgen machen: Tausende Menschen spendeten für seine Verteidigung. Vor allem unter jungen Menschen gibt es viel Unterstützung für seine Tat. Ein Hinweis darauf, dass der Wille zum Widerstand vielleicht gerade schlummert, aber nicht verschwunden ist. ●

Marten Brehmer schrieb in konkret 2/24 über die Unzufriedenheit der US-Amerikaner trotz guter Wirtschaftslage



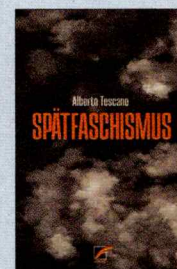
Streitschrift für einen Konföderalismus in Israel/Palästina

Shlomo Sand
Ein Staat für zwei Völker?
Die Idee des Binationalismus in der zionistischen Bewegung und die Zukunft Israels in Palästina
228 Seiten | 18 €



Erstmal vollständig in deutscher Übersetzung – inklusive Bookchins wichtigem Vorwort »20 Jahre danach«

Murray Bookchin
Die Ökologie der Freiheit
544 Seiten | 29,80 €



Faschismus als ständiges Potenzial des Kapitalismus

Alberto Toscano
Spätfaschismus
Rassismus, Kapitalismus und autoritäre Krisenpolitik
212 Seiten | 19,80 €



Wem dient Identitätspolitik — den Marginalisierten oder den Eliten?

Olúfemi O. Táíwò
Das Privileg, im Raum zu sein
Eine kritische Auseinandersetzung
144 Seiten | 16 €



Kernbestandteil emanzipatorischer Theorie und Praxis

Jens Kastner
Internationalismus
Kleine Geschichte einer großen Idee
unrast transparent bewegungslehre 9
112 Seiten | 9,80 €



Extrem rechte Esoterik

Hanna Poddig
Die Anastasia-Bewegung
Völkisch, esoterisch, antisemitisch
unrast transparent rechter rand
112 Seiten | 9,80 €

Das Imperium schlägt zurück

Der Machtgenuss, das Imperium und was das Regierungshandeln des Regimes Trump/Vance/Musk damit zu tun hat. Von Georg Seeßlen

Eine einfache Grammatik der Politik: Jemand will Macht, und wenn er sie hat, will er sie nicht nur behalten und vergrößern, sondern vor allem »ausüben«. Indem er sie nach außen ausübt, will er (oder sie natürlich) die Macht nach innen stabilisieren und erweitern. Vor allem will sich Macht genießen. Und wie es mit Genussmit-

teln so geht: Sie verlangen nach öfter, sie verlangen nach mehr, sie verlangen nach überall. Je mehr sich der Genuss der Macht gegen die in ihr mehr oder weniger zur Vernunft gebrachten Interessen durchsetzt, von einem Mittel zum Selbstzweck wird, desto gefährlicher wird es für Umwelt und Mitmensch. Dieses bedingungslose Genießen, das Jacques Lacan die »Jouissance« nennt, führt früher

oder später zur Selbstzerstörung, leider immer über den Weg der Zerstörung anderer.

Die innere Macht ist also begrenzt durch die Lebens- oder Tätigkeitsspanne ihrer Protagonisten und durch die Macht jener anderen, die, wie man im alten Bagdad zu sagen pflegte, Kalif anstelle des Kalifen werden wollen. Die äußere Macht ist begrenzt durch die Gegenmächte oder durch simple geophysi-



Assholes Unlimited: Trump-Anhänger nehmen an einer »Trumpalooza 2024« teil, einer Karawane, die von Long Island nach Midtown Manhattan zieht, Oktober 2024

kalische Gegebenheiten. Wenn Macht immer etwas mit »Fressen« zu tun hat, dann kann man sich eben als Mächtiger auch verschlucken oder vergiften. Man will etwas haben, nur weil es kein anderer haben soll, und man will etwas machen, nur damit andere nichts machen können. Daher gibt es keine Macht ohne Angst (so wie es keine Angst ohne Macht gibt).

Der entscheidende Schritt der Macht als Juissance ist es, sich über das Gesetz zu stellen. Dazu hat sich Donald Trump eines vermeintlichen Napoleon-Zitats bedient: »Wer sein Land rettet, verletzt kein Gesetz!« Die letzte Instanz für die Macht soll nicht das Gesetz sein, sondern der Mythos von Identität: Das Imperium ist sein eigenes Gesetz; in imperialer Macht ist alles erlaubt und gut, was dem Imperium dient. Und der Imperator ist das Imperium. (Eine uramerikanische Variante davon ist der Sheriff, der in seiner Stadt nicht das Gesetz vertritt, er ist das Gesetz. Auch das steckt dahinter, wenn man von Donald Trump als »new sheriff in town« spricht.)

Es gibt keine Macht ohne Besitz. Jede Form von Macht braucht mehr Reichtum, als sie erzeugt. Machtzuwachs ist in jeder Hinsicht teuer zu erkaufen. Die Idee des klassischen Kapitalismus war es, sich die Macht gefügig zu machen oder aber ihren Zuwachs so weit zu begrenzen, dass sie den Reichtum nicht *verbrennen* muss. Kapitalistische Macht ist nicht nur die Macht über den Reichtum, sondern auch die über die (notwendige) Kapitalvernichtung. Dieser Kapitalismus produzierte so viel Macht, wie er den jeweiligen Umständen entsprechend benötigte oder sich leisten konnte. Die Dialektik von ökonomischem Reichtum und politischer Macht ist dementsprechend wechselseitig. Die größte Illusion der westlichen Gesellschaften in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war die Annahme, die Beziehung zwischen Kapitalismus und Demokratie sei der ideale und finale Zustand der Zivilisationsgeschichte. Demokratie, die den Kapitalismus kultiviert, und Kapitalismus, der die Demokratie rationalisiert. So etwas funktioniert vielleicht für eine Zeit unter Bedingungen von Wachstum, Vollbeschäftigung und Sozialstaat. Und selbst da funktioniert es nur, solange man nicht hinter die Kulissen schaut.

Die Macht in einer kapitalistischen Demokratie ist weniger gebunden als vielmehr aufgelöst beziehungsweise fragmentiert. Je weiter hinunter in die gesellschaftlichen Subsysteme man geht, desto grotesker zeigen sich die Erscheinungen von Macht und Machtgenuss. Die Juissance-Macht ging in die Fabriken, die Büros, die Vereine, die Kirchen, die Familien, an die Universitäten und die Schulen. Und je mehr Druck von oben imaginiert wurde (die »woken Eliten«) beziehungsweise von den Seiten (»Massenmi-

gration«, »Volksverdünnung«), desto mehr maskierte und verdichtete sich die Macht. Der Machthunger war weder überwunden noch kontrolliert, er war »verdrängt«. Der »Rechtsruck«, der in den kapitalistischen Gesellschaften des Westens diagnostiziert wird, ist keine horizontale Bewegung. Bei ihm handelt es sich vielmehr um ein Aufsteigen der rechten Macht aus Verdrängung und Maskierung. Ihre »Befreiung« hat Bilder (etwa die Gesichter von Trump, Musk und Vance), Begriffe und Slogans (»Make America Great Again«) und Organisationen (»Emperor Trump« war im Wahlkampf so wenig ironisch wie das Weltbild von »Guns, Babies, Jesus«) hervorgebracht. Das Fragmentierte findet wieder zusammen. Und es bildet sein Ideal: das Imperium.

Wenn im öffentlichen Schauspiel von Regierung der Pakt zwischen Demokratie und Kapitalismus zu zerbrechen beginnt, verlangt die verdrängte Macht wieder nach Ausdruck und Ausübung. Diese verdrängte Macht in allen sozialen Subsystemen ist weniger auf ein Interesse gerichtet; sie will sich genießen. Ein Regime wie das von Trump, Vance und Musk ist abgrundtief dumm, was die Interessen der Bevölkerung anbelangt, und diabolisch klug, wo es um die eigene Macht, die Macht eines neuen Imperiums und seiner Repräsentanten geht. Sein primäres Material ist die Rückkehr des verdrängten Machthungers aus den gesellschaftlichen Subsystemen. Das große Versprechen des Imperiums ist es für jeden, Teil der imperialen Macht zu werden, auch weil jeder fundamental entmachtet wird, der nicht Teil des Imperiums ist. Alles, was der imperialen Macht Grenzen setzen will, muss man hassen (und mit Angst besetzen). In der imperialen Macht darf die Juissance-Macht in die Gemeinden, die Unternehmen, die Familien, an die Schulen zurückkehren – und zwar wie alles Verdrängte: »explosiv« und bewusstlos.

Die Symptome der Veränderung einer institutionellen zu einer personalen, einer demokratischen zu einer imperialen Macht haben sich in den ersten Tagen und Wochen der Regierung Trump auf ungenierte, antidiplomatische und unkontrollierte Weise gezeigt. In der rasenden Geschwindigkeit des Umbaus – jeden Tag neue Dekrete, Anweisungen, Überrumpelungen und Nacht-und-Nebel-Aktionen –, im sadistischen Vorgehen bei den Entlassungen und Auflösungen von Behörden, in der symbolischen und realen Tilgung aller Spuren des Vorgängers, in der taktischen Praxis von Brückierungen und Demütigungen und im Kulturkampf – den »Säuberungen« von Bibliotheken, in der Verbindung mit einer evangelikalen »Staatskirche«, der Konstruktion einer Ordnung der Geschlechter im Reich, der Durchsetzung einer darwinistischen Weltordnung und nicht zuletzt der (Selbst-)Ernennung einer Imperatorenfigur (»Long live the King«).

01.04. Dresden, 19 Uhr, Wir AG, Martin-Luther-Straße 21: »Antifaschismus in Ost- und Südosteuropa. Good Night Far Right«; Diskussion mit den Antifaschisten Arkady Vubets (Russland), Jerko Bakotin (Kroatien), Jan (Tschechien) und Anna (Ungarn)

03.04. Hamburg, 18 Uhr, W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32–34: »Der Krieg in Sudan. Ansatzpunkte für den Schutz der Zivilbevölkerung und ein Ende der Gewalt«; Diskussion mit Talk About Sudan Hamburg und Dr. Gerrit Kurtz

05.04. Augsburg, 10 Uhr, Haus der Gewerkschaften, Am Katzenstadel 34: »Die Radfahrer sind schuld. Erscheinungsformen und Erklärungsversuche zum Antisemitismus«; Seminar mit Peter Bierl

05.04. Düsseldorf, 14 Uhr, Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Straße 1: »Freie Menschen kann man nicht zählen«; Buchvorstellung und Gespräch mit dem Autor Yayah Ekhou

08.04. Freiburg, 19.30 Uhr, Theater Freiburg, Winterer-Foyer, Bertoldstraße 46: »Die brasilianischen Befreier Italiens«; Vortrag von Luis de Olivera mit Übersetzung aus dem Portugiesischen

08.04. Magdeburg, 19.30 Uhr, Stadtbibliothek, Breiter Weg 109: »Trumps Triumph?«; Lesung und Gespräch mit dem Autor Ingar Solty

17.04. Göttingen, 18 Uhr, Selbsthilfe Körperbehinderter, Seminarraum, Neustadt 7: »Dialektik der Natur«; Start eines achteitiligen Lesekreises zu Friedrich Engels' unvollendetem Werk

23.04., Berlin, 19.30 Uhr, Bajszel, Emser Straße 8–9: »Antisemitismus und die AfD«; Buchvorstellung von Stefan Dietl

24.04. Berlin, 15 Uhr, Helle Panke e. V., Kopenhagener Straße 9: »Er hatte etwas zu sagen.« Eine Hommage an Kurt Weill«; Konzert und Gespräch mit Gina und Frauke Pietsch

28.04. Lüneburg, 20 Uhr, Mosaïque Haus der Kulturen, Katzenstraße 1: »Der 8. Mai 1945. Morgenrot der Menschheitsgeschichte«; Vortrag von Dr. Ulrich Schneider

30.04. Karlsruhe, 17.30 Uhr, KIT, Fritz-Haller-Hörsaal, Englerstraße 7: »Strömungen und Gefahr eines neuen Faschismus«; Vortrag und Diskussion mit Andreas Kemper

01.–03.05. Berlin: »Antifa out of line. Kongress gegen die autoritäre Formierung«; Podien und Workshops, unter anderem mit Thomas Ebermann, Ilse Bindseil, Ernst Lohoff, Christine Kirchhoff. Programmdetails demnächst auf gegenform.tem.li

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an redaktion@konkret-magazin.de

Die imperiale Macht will sich nicht beschränken lassen. Sie führt Krieg gegen die »inneren Feinde« des Reichs. Ein Beispiel hierfür ist der Ausschluss von Medien und Personen, die die Umbenennung des Golfs von Mexiko in »Golf von Amerika« nicht übernehmen. Der Imperator gebietet über die Sprache und die Konstruktion von »otherness«. Das Imperium sieht seine erste Aufgabe in der Bekämpfung alles »anderen« in sich und draußen. Darum erzeugt es imperiale Orte (von Mar-a-Lago bis zum Golfplatz), ersetzt institutionelle Funktionen in der Politik durch »Berater« und Sympathisanten, die exklusiv dem Dienst und der physischen Nähe zum Imperator verpflichtet sind, und führt Krieg gegen Kritik, Kunst und Wissenschaft, also gegen Sprachwissen, das von sich behaupten kann, noch über der paternalistischen Gewalt zu stehen. Denn Wissenschaft darf kein Wissenssystem sein, das über dem Imperator und dem Imperium steht, sondern nur das Instrument in ihrem Dienste.

Der Imperator verfolgt die Veränderung der Landkarten im Zeichen der Ausdehnung des Imperiums (Grönland, Panama, Gaza, Kanada ...), betreibt die Vermischung von persönlichem und institutionellem Besitz, befördert die fundamentale Entdiplomatisierung der politischen Sprache, denn imperiales Sprechen ist Ausdruck der Verachtung für alles »andere« und alle »anderen«, und etabliert eine Günstlingswirtschaft, die nach dem Austausch der Eliten ausschließlich auf der Basis der Beziehung zum Zentrum des Imperiums, zum Emperor funktioniert.

Die Welt besteht aus den Imperien und dem Chaos dazwischen. Ordnung wird hergestellt, indem das Chaos zur »Provinz« erklärt wird. Wenn Musk und Vance ganz direkte Wahlempfehlungen für die europäi-

schen Rechtsextremen abgeben, dann meinen sie bereits die kommenden gefügigen Statthalter in den Provinzen. Die »abtrünnige Provinz« ist der primäre imperiale Kriegsgrund, gefolgt von den Provinzen an der Grenze und den Kolonien, aus denen der Reichtum bezogen wird.

Zwei Grundelemente der Bewegung bleiben, die nur scheinbar gegensätzlich sind: Die Konstruktion eines anti-demokratischen amerikanischen Imperiums kam nicht über Nacht. Es ist die »Explosion« einer stets vorhandenen, verdrängten und maskierten Energie, die immer wieder sichtbar wurde, wenn auch vielleicht noch nicht als Totalität, im McCarthyismus, bei Nixon, Reagan und Bush, in den Nischen der populären

Die Welt besteht aus den Imperien und dem Chaos dazwischen

Kultur. Aber zugleich ist der Umbau einer »funktionierenden« Demokratie und einer liberalen Gesellschaft in eine antidemokratische und antiliberal imperial Hypernation gerade in ihrer Geschwindigkeit ein einzigartiges historisches Schauspiel. Ein Lehrstück – sofern es noch Menschen und Gesellschaften gibt, die mit dem daraus zu Lernenden etwas Praktisches anfangen können.

Von den drei superkapitalistischen Imperien, die derzeit die Welt unter sich aufteilen, ist das trumpistische Amerika die vulgärste, aber auch die offenste Variante. Vieles darin gestaltet sich inmitten des Dramatischen als Groteske und Satire. Das Personal dieser Transformation hat viel Clow-

neskes an sich, und der Anteil des Karnevalistischen an der rohen Macht ist beachtlich. Nie war der Impuls, über die narzisstischen Kindsköpfe zu lachen, die die Weltherrschaft anstreben, so groß, und nie blieb einem das Lachen rascher im Hals stecken. Die Gier nach Macht und die Gier des Kapitals sind in ein Stadium der Nacktheit getreten (eine Umkehr des bekannten Märchens: Der neue Kaiser *will* nackt sein und weigert sich, seinem Selbstgenuss einen Mantel umlegen zu lassen). Doch Trump, Musk, Vance und ihre Entourage sind nur die geeigneten Darsteller, die größten Nutznießer, die besten Propagandisten einer Transformation, die tiefere Ursachen und nachhaltigere Auswirkungen hat, als sich hinter den imperialen Spektakeln erkennen lässt. Es ist wohl das Kapital selbst, das in ein Stadium der Juisance, des unkultivierten, unkontrollierten und unbegrenzten Selbstgenusses übergegangen ist. Es ist eine Art von Reichtum, die keinen »Sinn« mehr haben muss, keine Verpflichtung und keine Kultur. Das Kapital ist seine eigene Wahrheit (sein »Inland Empire«) geworden. Ein schauriger Witz, der als Botschafter nur eine infantile Comic-Figur wie Elon Musk hervorbringen kann. Das Kapital, das auf grenzen- und regellose Freiheit drängt, will sich eine Weltordnung schaffen, in der die alten Vorstellungen von Wirklichkeit, Menschlichkeit oder Sprache nicht mehr gelten. Das Imperium ist nicht nur die Maschine, die das ermöglicht, es ist zugleich der Traum, in dem die Menschen leben sollen, für die in der Wirklichkeit kein Platz mehr ist. Alles andere muss sich beugen oder verschwinden. Es sei denn ...

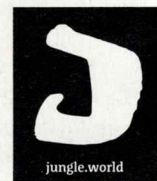
Georg Seeßlen schrieb in konkret 2/25 über das Verhältnis von Trump und Musk

ES GEHT VORAN

Friedrich Merz schafft den Durchbruch. Im Bundestag haben Abgeordnete von Union und AfD gemeinsam die Hand gehoben. Ob Merz weitere Versprechen brechen wird, können wir nicht vorhersagen. Aber unser Wort gilt: **Die Jungle World, seit der Gründung 1997 mit Antifa-Seite, bleibt die Alternative für Deutschland-Kritiker:innen.**



ABO
1/3
günstiger*



Verlieren Sie keine Zeit und gehen Sie sofort mit einem **Abo der Jungle World All In!**

Bis zu vier Monate gratis lesen!



jungle.world/EsGehtVorAn

*Bestellen Sie ein Abonnement für drei, sechs oder zwölf Monate und sparen Sie jeweils ein Drittel des Preises, unabhängig vom gewünschten Zahlungszeitraum.

Plutokratie mit Volksmassen

Der Neoliberalismus versucht den Durchbruch zum faschistoiden Ultraliberalismus.

Von Georg Fülberth

»Welch ein Schauspiel! Die ins unendliche fortgehende Teilung der Gesellschaft in die mannigfaltigsten Rassen, welche mit kleinen Antipathien, schlechten Gewissen und brutaler Mittelmäßigkeit sich gegenüberstehen, welche eben um ihrer wechselseitigen zweideutigen und argwöhnischen Stellung willen alle ohne Unterschied, wenn auch mit verschiedenen Formalitäten, als konzessionierte Existenzen von ihren Herren behandelt werden. Und selbst dies, daß sie beherrscht, regiert, besessen sind, müssen sie als eine Konzession des Himmels anerkennen und bekennen! Andererseits jene Herrscher selbst, deren Größe in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Zahl steht!«

Karl Marx, *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*

Ende Januar 2025 brachte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zwei Anträge ein, die eine rabiate Demolierung des auch durch die Ampelkoalition und ihre Vorgängerregierungen schon stark beschädigten Asylrechts zum Ziel hatte. AfD, Bündnis Sahra Wagenknecht und FDP stimmten zu. Die sogenannte Brandmauer zwischen der »Alternative für Deutschland« und etwas honetteren Fraktionen war gefallen.

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 erzielten die Parteien, die diese Politik trugen, zusammen 58,62 Prozent der Stimmen: CDU/CSU 28,52 + AfD 20,80 + BSW 4,97 + FDP 4,33 Prozent. Dass die beiden Letzteren wegen der Sperrklausel scheiterten und deshalb in diesem Parlament nicht vertreten sein werden, ändert nichts daran, dass eine besonders fremdenfeindliche Politik ausweislich eines solchen Ergebnisses eine Mehrheit im deutschen Volk hat.

Dieses, das deutsche Volk, akklamierte bei gleicher Gelegenheit auch Parteien, deren wirtschafts- und sozialpolitische Absichten so beschrieben werden können:

Als Friedrich Merz 2004 vorschlug, eine Einkommenssteuerklärung müsse auf einen Bierdeckel passen, nahm er vorweg, was Javier Milei in Argentinien und Elon Musk in den USA ebenfalls wollen: Reduktion der Staatsausgaben auf den Aufwand für Repression und Subventionen fürs Kapital, alles andere muss weg. Auch Alice Weidel will das.

Christian Lindner verkündete im Wahlkampf, dessen Ergebnis ihn persönlich allerdings vor die Tür setzte: »Mehr Musk wagen!« 53,65 Prozent des wählenden deutschen Volkes fanden das am 23. Februar 2025 krass geil: CDU/CSU 28,52 + AfD 20,8 + FDP 4,33 Prozent.

Trotz des hübschen Erfolgs der Linkspartei wird man von einem Rechtsruck sprechen dürfen. Andernorts hat er schon längst seine Mehrheiten gefunden. In Italien regiert eine Ministerpräsidentin mit entspanntem Verhältnis zum Faschismus. Und dann gibt es ja auch noch Trump.

Warum fügt der schäbige Rest von 99 Prozent der Bevölkerung sich dem einen Prozent und lässt sich als Massenbasis für fremde Interessen mobilisieren?

Hypothese: Diese Zustände sind Ergebnis einer 2008 ausgebrochenen, bislang noch nicht behobenen innerkapitalistischen systemischen Krise.

Das ist selten, aber nicht völlig neu.

Systemische Krisen unterscheiden sich von bloß zyklischen dadurch, dass in ihnen überakkumuliertes Kapital nicht in kurzer Zeit abgebaut wird und ein Aufschwung einsetzt, sondern dass sie sich über eine lange Frist erstrecken, bis der Kapitalismus eine neue Form angenommen hat, ohne untergegangen zu sein.

Nach dem Gründerkrach von 1873 dauerte das über zwanzig Jahre. Danach war aus dem Kapitalismus der freien Konkurrenz der Imperialismus geworden, mit dem die am weitesten entwickelten Industriegesellschaften sich durch Waren- und Kapitalexport und Rüstungsinvestitionen Erleichterung verschafften.

Auch die Weltwirtschaftskrise von 1929 endete erst, als neue Anlagesphären entstanden: bis 1945 durch Militär-, danach zusätzlich durch Zivil-Keynesianismus.

Die zuweilen als »klein« bezeichnete nächste Weltwirtschaftskrise von 1975 gehört zum Übergang in den Neoliberalismus, der dann in den achtziger Jahren voll durchbrach, als von staatlichen Einhegungen befreites Kapital auf unbegrenzt erscheinenden weltweiten Märkten sich auszutoben begann.

Diese Party ist seit 2007/08 auch schon wieder vorbei, und ein neuer Systemwechsel steht an. Zu ihm könnte ein verändertes Verhältnis der einflussreichsten Teile des Kapitals zum Staat gehören.

Seit Olims Zeiten übte das reichste oberste Hundert der Gesellschaften, »in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht« (MEW 23, S. 49), seine politische Macht auf eher indirekte Weise aus: innerhalb von konstitutionellen Monarchien, Faschismus, freiheitlich-demokratischen Grundordnungen und weiteren Varianten.

Nunmehr zeichnet sich ein weiterer Typ bürgerlicher Herrschaft ab: Magnaten vor allem des Tech-Kapitals, der Finanzwirtschaft und der mit dieser eng verbundenen Immobilienbranche ergreifen mehr oder weniger direkt die politische Macht. Trump und Musk sind Repräsentanten dieser Personalunion, die in solcher Reinkultur auf absehbare Zeit wohl nur in arabischen Ölstaaten und in den USA sich darstellen wird, aber zunehmend ein Nahrungsziel auch in weiterhin stärker freiheitlich-demokratisch posierenden Gemeinwesen wird. Es handelt sich um einen Fall von Plutokratie.

Warum aber fügt der schäbige Rest von 99 Prozent der Bevölkerung sich dem einen Prozent und lässt sich in Deutschland eine Teilmenge von 53,65 beziehungsweise 58,62 von Hundert als Massenbasis für fremde Interessen mobilisieren?

Antwort: Es ist das Prinzip Hoffnung. Nämlich darauf, als Anhang (vornehm ausgedrückt: als abhängige Variable) der Macht irgendwie an ihr beteiligt zu sein, aufgerufen zum Kampf aller gegen alle, vor allem gegen Schwächere und Fremde. Milliardäre sind Volkstribunen dieses Mobs, einige Etagen tiefer findet sich politisches Personal mit Scharnierfunktion zwischen oben und unten: Meloni, Milei, Le Pen, Weidel.

Ungelöst ist noch das Problem, wie der permanenten Überakkumulation von Kapital, die unverändert Ursache der gegenwärtigen systemischen Krise ist, Abfuhr verschafft werden kann. Ein Green Deal, um 2021 von Biden und von der Leyen ausgerufen, dauert vielleicht zu lange. Kriegstüchtigkeit geht schneller. ●

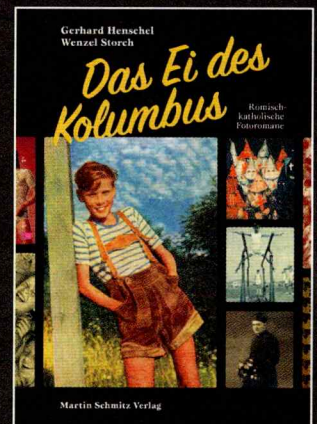
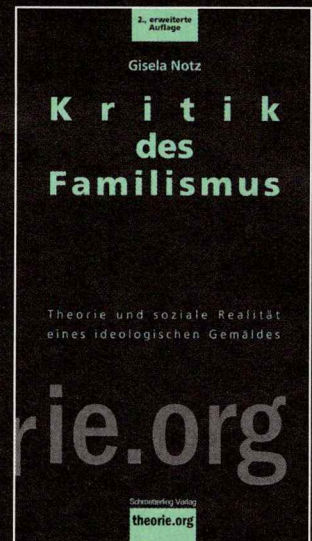
Georg Fülberth schrieb in konkret 10/24 über Geschichte und Zukunft von konkret

Gisela Notz' Standardwerk *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes* ist vor kurzem in zweiter, erweiterter Auflage im Schmetterling-Verlag erschienen. Es betrachtet die Familie aus historischer, ökonomischer und feministischer Perspektive und analysiert die Probleme und Widersprüche eines Leitbilds, an dem trotz einer zunehmenden Tendenz zur Kinderlosigkeit und hoher Scheidungsraten festgehalten wird.

Der von Thorsten Mense und Judith Goetz herausgegebene Band *Rechts, wo die Mitte ist* zeichnet das Bild einer Partei, die exemplarisch für einen Rechtsextremismus steht, der modern daherkommt und droht, ebenso erfolgreich zu werden wie seine historischen Vorläufer.

Sexpartys im Vatikan, Messdiener auf Abwegen, Inseln der Sünde – und überall Popos: *Das Ei des Kolumbus* versammelt zehn abenteuerliche Fotoromane aus einem römisch-katholischen Zauberland. Die **konkret**-Autoren Gerhard Henschel und Wenzel Storch haben sich durch den schier unermesslichen Bilderrfundus längst vergessener Erbauungsmagazine für Ministranten gewühlt und aus dem Material Geschichten geschöpft, die das Groteske der Vorlagen mit aberwitzigen Dialogen und Szenen hochkomisch übertrumpfen.

Wer jetzt **konkret** abonniert, bekommt eins der drei Bücher geschenkt.



Als Prämie für ein **konkret**-Jahresabo (zwölf Hefte) zum Preis von 68,- Euro (für Schüler/innen und Studierende nur 56,- Euro), zahlbar jährlich im voraus, erhalte ich nach Eingang des Rechnungsbetrages das Buch ☐ *Kritik des Familismus* ☐ *Rechts, wo die Mitte ist* ☐ *Das Ei des Kolumbus*

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Rechnung

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, mindestens 12 Hefte. **Widerrufsrecht:** Sie können die Bestellung binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem Sie die erste bestellte Ausgabe erhalten, nicht jedoch vor Erhalt einer Widerrufsbelehrung gemäß den Anforderungen von Art. 246a § 1 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt erklärte Entschlusse, die Bestellung zu widerrufen. Sie können hierzu das Widerrufsmuster aus Anlage 2 zu Art. 246a EGBGB nutzen. Der Widerruf ist zu richten an: PrimaNeo GmbH & Co. KG, **konkret**-Aboservice, Postfach 104040, 20027 Hamburg.

PrimaNeo GmbH & Co. KG, Postfach 104040, 20027 Hamburg / Gläubiger-Identifikationsnummer DE17ZZZ00002151220 / Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt. / **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die PrimaNeo GmbH & Co. KG, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der PrimaNeo GmbH & Co. KG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Falsche Fragen

Der rechte Rand ist keiner mehr: Beobachtungen zu einer historischen Wahl. Von Stefan Gärtner

Das Schöne an einem Wahlabend ist, dass alles in Ordnung ist, auch wenn nichts in Ordnung ist. Kann ja sein, dass veröffentlichte Meinung von der herrschaftsseitig gewünschten immer nur so weit abweicht, dass wir Pluralismus haben, ohne dass irgendein Dax-Vorstand etwas befürchten müsste. Und trotzdem zeigt die ungerührte Anwesenheit des freundlichen Personals von ARD und ZDF, dass es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch gibt, und wo es den gibt, hat Faschismus noch nicht gesiegt.

Bis es so weit ist, stecken die Öffentlich-Rechtlichen in einem Dilemma: Einerseits wissen sie, dass die »Nazisse« (Erich Kuby über Leni Riefenstahl) Alice Weidel, falls man sie lässt, die öffentlich-rechtliche Idee schleifen oder so modeln wird, dass Wettermänner nicht mehr Özden Terli heißen und sich den Hinweis verkneifen, es sei für Januar viel zu warm. Andererseits muss sie freundlich behandelt werden, weil sie einer legalen Partei vorsteht und schlechte Behandlung in neue Wahlerfolge münzt. Es ist ja recht und wichtig, dass Soziologie herausfinden will, warum die Nazi-Partei AfD in Ostdeutschland stellenweise an die fünfzig Prozent erreicht hat; es ist, schon weil die Soziologie zu unterschiedlichen Ergebnissen kommt (abgehängt vs. autoritär verbogen vs. abgehängt *und* autoritär verbogen), aber genauso recht, die manifeste »Dummheit« (Flaubert) der Leute festzustellen, die die »Systemmedien«, die ihnen nur die halbe Wahrheit sagen, gegen welche tauschen möchten, die ihnen von früh bis spät ins Gesicht strunzen. »In der Gruppe der Arbeiter haben mehr Menschen die AfD gewählt als die SPD«, wusste Wahlanalyst Jörg Schönenborn (ARD), und wieder gilt, dass die SPD die Interessen der Arbeiterklasse zwar eher kosmetisch vertritt (Mindestlohn), die AfD aber ausdrücklich für die Gegenseite arbeitet (Erbchaftsteuer abschaffen): »Von der AfD haben Beschäftigte ... in allen Bereichen nichts zu erwarten« (Deutscher Gewerkschaftsbund). Bleibt »der Ausländer«, der im

Osten bloß einen einstelligen Prozentanteil an der Bevölkerung ausmacht, aber genau deshalb die einfache Antwort auf die falsche Frage ist.

Die richtigen Fragen, und das ist das Problem, darf aber auch Ingo Zamperoni nicht stellen, weshalb es am Abend dieser Septemberwahlen im Februar bei der freundlichen Erkundigung bleibt, was sie, Weidel, mit den 150 Mandaten anfangen werde, wenn niemand mit ihr regieren wolle. »Ich halte es für fatal, Millionen von Wählern aus dem demokratischen Korridor auszuschließen«, antwortet da Alice die Schreckliche, die lügt,

Der rechte Rand ist keiner mehr, sondern »eine deutsche Volksbewegung mit einer ungeheuren seelischen Investierung von Glauben und Begeisterung« (Thomas Mann, 1944)

wenn sie den Mund aufmacht, und selbst vorhat, den demokratischen Korridor à la Trump, Putin, Orbán zu schließen: Sie mache »Politik für die arbeitenden Menschen, die Steuern zahlen« und nicht wollen, dass davon noch mehr »zugewanderter Bodensatz« (kritische Leserzuschrift an den Verfasser) bezuschusst wird. Die Sache mit dem Korridor zu beleuchten fällt ARD-Zamperoni aber nicht ein, weshalb Shakuntala Banerjee sich im ZDF den Hinweis erlauben muss, die CDU habe derart »hart rechts umgelenkt«, dass »ein Unterschied zur AfD« sich »kaum noch« habe erkennen lassen. So dass der »Friedrich-Merz-Effekt« dann der war, dass die letzte verbliebene Volkspartei »an diesem historischen Wahlabend« (Merz) unter dreifig Prozent rutschte, womit auch Christian (»Emir«) Wulff nicht einverstanden sein wollte: »Die Polarisierung, die insbesondere die CDU/CSU am Ende des Wahlkampfs ge-

macht hat, die war offenkundig falsch, denn die Ränder sind stärker geworden«, so der Exbundespräsident im NDR-Fernsehen. »AfD und die Linkspartei, die werden wahrscheinlich Friedrich Merz einen Blumenstrauß schicken.«

Nein, diese Ränder! Der eine Rand möchte die freie Gesellschaft aus Freien, der andere hetzt, zum Vorteil der Besitzenden, Schwache auf noch Schwächere – Antikommunismus also auch als Grundtorheit des 21. Jahrhunderts, und da reden wir nur von der harmlosen Linkspartei, die im Osten mal Volkspartei war, ihr Image als Kümmerin aber an die Nazis verloren hat, weil die gegen Bodensatz sein dürfen, was sich als Linkspartei verbietet. In Sachsen hat die AfD die tiefschwarze lokale CDU mit 17 Punkten Abstand deklassiert, was zu der Einschätzung führen muss, dass die Migrationsfrage, bitte sehr, in Zukunft ohne Behinderungen durch Gerichte und freiheitliche Grundordnung, also mit nackter Gewalt beantwortet werden soll; und mag im verarmten Gelsenkirchen mit einem Migrantenanteil von 25 Prozent der Sieg der AfD sein Plausibles haben, geht es im kernsaniert-weißen Erfurt dann eher ums Prinzip, nämlich ums völkische. (Fun fact: Der Name Alice Weidel hat exakt so viele Buchstaben wie »Adolf Hitler«.)

Und so besteht der eine Rand aus ein bisschen Antifa und der andere aus zehn Millionen Stimmen für eine Partei, deren Wahlveranstaltungen von Glatzen besucht werden und die laut Verfassungsschutz gesichert rechtsextremistische Landesverbände unterhält. Der rechte Rand ist keiner mehr, sondern »eine deutsche Volksbewegung mit einer ungeheuren seelischen Investierung von Glauben und Begeisterung« (Thomas Mann, 1944): gegen Wokistan, den Westen, die Fremden und »Eliten«, und zusammengekommen ergibt das einen soliden Nazi-Affekt. Es ist, noch einmal, schön, dass Soziologen wie Steffen Mau fragen, wo die »stärkere Ansprechbarkeit für populistische Parteien wie die AfD« (ndr.de, 30.7.2024) im Osten herkommt, und es schadet nicht, sich die blank materiellen Gründe zu vergegenwärtigen, aus denen US-Amerika für den Faschismus gestimmt hat. Es ist auch erst eine CSU-Generation her, dass Edmund Stoiber, später sogar Kanzlerkandidat, vor der »durchrassten Gesellschaft« warnte, und zwei, dass Franz Josef Strauß das Recht der Deutschen reklamierte, von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen. Gewiss war der Nazismus »vorher schon da« (Prantl); doch eben erst haben mündige Deutsche ausgesprochene Nazis und »White Power«-Kretins schockweise in den Bundestag gewählt, und »Wie konntet ihr nur?« ist da wieder die falsche Frage. Wer will, kann, und das ist alles. ●

Stefan Gärtner schrieb in konkret 3/25 über den Wahlkampf

Warum wählen Arbeiter rechts? Und sogar Arbeiterinnen? Es ist eine Frage, die inzwischen seit Jahrzehnten diskutiert wird: in aufgeregten Feuilletonartikeln ebenso wie in ernsthaften soziologischen Studien, etwa von Klaus Dörre, Stefan Dietl oder Oliver Nachtwey. Die vergangene Bundestagswahl gibt Anlass, die Debatte einmal mehr aufzunehmen.

Glaubt man den Nachwahlbefragungen, die das Institut »infratest dimap« für die ARD durchgeführt hat, so haben 38 Prozent der Wählenden, die sich selbst als Arbeiter oder Arbeiterinnen verstehen, für die AfD gestimmt. Die AfD war in dieser Gruppe der Wählerschaft mit Abstand die stärkste Partei – weit vor der SPD (zwölf Prozent) und der Linken (acht Prozent), also den Parteien, die für sich beanspruchen, die arbeitenden Menschen zu vertreten. Bei den Angestellten sieht die Lage etwas besser aus, aber auch hier holte die AfD 21 Prozent und Platz zwei – obwohl vor der Wahl zur Genüge davor gewarnt wurde, sie wolle die Reichen auf Kosten der kleinen Leute noch reicher machen und die Rechte der Arbeitenden beschneiden. Bei den Arbeitslosen konnte die AfD sogar 34 Prozent überzeugen – also unter den Menschen, die nach dem Wahlprogramm der Partei eine »aktivierende Grundsicherung« mit der Drohung kompletten Leistungsentzugs zur »Bürgerarbeit« zwingen soll.

Kopfschüttelnd wird angesichts solcher Ergebnisse einmal mehr die Frage gestellt: Warum wählen Arbeiter gegen ihre eigenen

sen einer Person sind stets beeinflusst von Charakter, Stimmung, Vorurteil und allerlei anderen, wenig rationalen Kräften. Das Interesse an Anerkennung, Rache oder vermeintlicher Sicherheit kann jederzeit das an wirtschaftlichem Wohlergehen überwiegen. Dass Menschen überdies dazu neigen, langfristige Interessen gegenüber kurzfristigen Wünschen zu vernachlässigen, belegt nicht nur manche Studie, sondern auch die Empirie am Süßigkeitenregal.

Die Aussicht darauf, »die da oben« wenigstens einmal mit dem Stimmzettel ärgern zu können, verdrängte bei vielen Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen offenbar andere Einsichten. Beantwortet ist damit aber noch nicht die Frage, warum sie ihren Frust deutlich öfter durch die Wahl einer rechten als einer linken Oppositionspartei zum Ausdruck gebracht haben. Entscheidend war hier offenbar das Thema Migration. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Deutschen noch einmal enorm zugenommen, die Migration als Hauptproblem der Gesellschaft betrachten und weniger Zuwanderer und Geflüchtete ins Land lassen wollen. Je nach Umfrage sind es zwei Drittel oder gar 80 Prozent. Die brutale Kampagne der rechten Massenmedien dürfte den Stimmungsumschwung angetrieben haben. Aber auch die Islamofaschisten unterstützten ihre feindlichen Brüder durch punktgenau vor den Wahlen verübte Mordanschläge, um den ersehnten Kampf der Kulturen anzuzetteln.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie belegt mit trister Regelmäßigkeit, dass in der Bevölkerungsgruppe der Arbeiter rassisti-

schluss oder ganz ohne ihn überrepräsentiert sind. Die Rechten erzielten ihre Erfolge bei Arbeitern also auch einfach durch ihren Männlichkeitskult und ihre schlichte, nicht auf Reflexion, sondern Ressentiment ausgerichtete Ansprache. Dass diese Ansprache auf Resonanz trifft, hat allerdings damit zu tun, dass die neoliberale Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte für viele Arbeiter, anders als für Hochqualifizierte in Zukunftsbranchen, vor allem Nachteile gebracht hat. So ist es der AfD in der Migrationsdebatte – mit kräftiger Unterstützung nahezu aller anderen Parteien – gelungen, viele Arbeiter davon zu überzeugen, nicht nur die Sicherheit, sondern auch die soziale Gerechtigkeit in Deutschland hänge davon ab, die Grenzen dicht zu machen.

In der politischen Linken prägen zwei gegensätzliche Positionen die Debatte: Sagen die einen, diese Arbeiter seien nun einmal Rassisten und wählten deshalb rechts, behaupten die anderen, die rechte Protestwahl habe mit Rassismus nichts zu tun, sondern sei nur der Hilferuf von gebeutelten Leuten, die von den ehemals linken Parteien verraten und vergessen worden seien. In ihrer Einseitigkeit sind beide Haltungen unzureichend. Die erste essentialisiert rassistische Einstellungen und führt zu nichts als Fatalismus. Die zweite entschuldigt die Arbeiter, indem sie ihnen die Mündigkeit abspricht, und nährt die Illusion, Rassismus ließe sich allein durch Wohlfahrt besiegen. Wer sich rassistisch äußert oder die AfD wählt, der ist persönlich dafür verantwortlich und wird von keinem Elend der Welt

Empirie am Süßigkeitenregal

Zum Erfolg der AfD unter Arbeitern, Arbeitslosen und Ostdeutschen bei der Bundestagswahl. Von Michael Bittner

Interessen? Vor einer Antwort scheint ein Blick auf die Tücken dieser Frage angebracht. Man könnte nämlich auch dreist antworten: Keiner entscheidet sich im Augenblick der Wahl gegen seine Interessen. Ihn interessieren nur womöglich andere Dinge als jene, die Beobachter unterstellen. »Objektive« Interessen gibt es nicht oder allenfalls in der Kalkulation von Außenstehenden. Die Interes-

sche Vorurteile und die Ablehnung von Zuwanderern überdurchschnittlich verbreitet sind. Dass unter ihnen auch die AfD überdurchschnittlich häufig gewählt wird, kann daher nicht verwundern. Allerdings ist das Verhalten nicht allein auf den Faktor Arbeit zurückzuführen. Der Erfolg der AfD bei Arbeitern erklärt sich auch daraus, dass unter ihnen Männer mit niedrigem Bildungsab-

dazu gezwungen. Die Sozialverbrechen der Agenda 2010 hatten mit Zuwanderung nicht das Geringste zu tun, und die kommende Abschottungspolitik des Bundeskanzlers Friedrich Merz wird das Leben keines Arbeiters besser machen. Wahr ist aber auch, dass es in Freiburg im Breisgau deutlich einfacher ist, ein guter Mensch zu bleiben, als in Hoyerswerda-Neustadt. Wo Armut, Perspektivlosig-

keit und Verödung herrschen, werden die Leute anfällig für eine neidvolle Nullsummenideologie, nach der alles, was »Fremde« bekommen, den »Eigenen« weggenommen wird.

Warum aber sind Arbeiter eher neidisch auf das Mobiltelefon eines Geflüchteten als auf den Porsche ihres Chefs? Hier wirkt wohl die deutsche Ideologie der »Volksgemeinschaft« nach, die das Ende der Nazi-Herrschaft überlebte und nach dem Krieg als »Sozialpartnerschaft« auch das Denken in der Bundesrepublik bestimmte. Arbeiter und Unternehmer Hand in Hand für deutschen Wohlstand gegen fremde Konkurrenz – solcher »Standortnationalismus« (Christoph Butterwege) bildet eine Brücke von der ganz »normalen« Ideologie der »sozialen Marktwirtschaft« zu Rassismus und Antisemitismus. Es scheint sogar, als würde dieses Denken umso verbissener und gewaltsamer verteidigt, je weniger das deutsche Wirtschaftsmodell in der Praxis sein Wohlstandsversprechen noch einlöst. Von den anderen westlichen Ländern, in denen die Krise des Neoliberalismus eine ähnliche Radikalisierung der Rechtfertigungsideologien auslöst, unterscheidet sich Deutschland: Hier huldigen selbst Rechte zumeist nicht unverstellt dem Kapitalismus, statt dessen wird immer noch die Illusion genährt, die »soziale Marktwirtschaft« habe ihn schon gebändigt.

Eine »Volkspartei« im fatalsten Sinn ist auch die AfD. Dass sie von Arbeitern überdurchschnittlich häufig gewählt wird, bedeutet nicht, dass die Arbeiter auch die Mehrheit in ihrer Wählerschaft bildeten – von der Mitgliedschaft und der Führungselite ganz zu schweigen. Studien zur Wählerschaft der AfD kommen immer wieder zu leicht voneinander abweichenden Ergebnissen, aber im Grundsatz lässt sich sagen, dass die AfD eine Partei ist, die alle Klassen anspricht. Ökonomische, kulturelle und sexuelle Verlustängste, die sich nationalistisch bewirtschaften lassen, haben Arbeiter ebenso wie Angestellte der Mittelschicht und traditionalistische Wohlstandsbürger. Um ihre wirtschaftlich recht diverse Wählerschaft zusammenzuhalten, achtet die AfD darauf, sich öffentlich zur »Marktwirtschaft« in ihrer spezifisch deutschen Form zu bekennen – auch wenn die Erfolge von Javier Milei und Elon Musk den libertären Flügel der Partei jüngst ermutigt haben, wieder lauter aufzutreten.

Dass der Erfolg der AfD längst nicht mehr nur ein »Ostproblem« ist, sondern eines der gesamten Gesellschaft, beweisen die Zahlen aus dem Westen: Auch dort erzielte die extreme Rechte bei der Bundestagswahl fast überall deutlich mehr als zehn Prozent. In den heruntergekommenen Arbeiterstädten Gelsenkirchen und Kaiserslautern wurde sie mit jeweils einem Viertel der Zweit-

an der Bevormundung durch die Westdeutschen und autoritäre Ressentiments. Der AfD gelingt es derzeit besser als allen anderen Parteien, die Stimmung im Osten für sich auszubeuten. Den latenten Widerspruch zwischen Nationalismus und Ostverherrlichung überdeckt sie durch eine geschickte Erzählung: Die Osis seien die wahren, von westlicher Dekadenz nicht angekränkelten Deut-



Morgen dann wieder vernünftig: Aktionstage am Spaßregal bei Aldi im Oktober 2024

stimmen sogar stärkste Kraft. Trotzdem hat der Erfolg der AfD im Osten eine andere Qualität. Hier hat die AfD in fast allen Ländern knapp 40 Prozent der Stimmen gewonnen, in manchen Orten auch die absolute Mehrheit. Sie hat vielerorts die gesellschaftliche Hegemonie schon errungen, von der Regierungsmacht ist sie vielleicht nur noch wenige Jahre entfernt.

Sucht man nach Erklärungen, ist der Hinweis auf die bleibende Ungleichheit zwischen Ost und West bei Vermögen, Löhnen und Lebenschancen sicher nicht falsch. Aufschlussreich aber ist es, auch die Mentalitätsgeschichte zu Rate zu ziehen: In Ostdeutschland hat eine ganze Generation die Transformationskrise nach 1990 ökonomisch nur überlebt, indem sie sich völlig den Anforderungen des Marktes und den Befehlen der Bosse unterwarf – die charakterlichen Deformationen sind noch heute ebenso spürbar wie eine Wut, die sich oft zielsicher gegen die Falschen richtet. Das sind vor allem »die Ausländer«, die viele Ostdeutsche nur aus der »Bildzeitung« kennen. In der ostdeutschen Abneigung gegen das zweite Feindbild, den »Westen«, mischen sich berechtigte Kritik

schen, an denen die ganze Nation genesen könne.

Der überraschende Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl zeigt, dass es nicht unmöglich ist, zumindest eine Minderheit der Bevölkerung dadurch zu mobilisieren, dass man sich dem allgemeinen Marsch nach rechts nicht anschließt. Aufgehalten ist er damit allerdings noch längst nicht. Der linke Streit darüber, ob im Kampf gegen die laufende Faschisierung der Gesellschaft intellektuelle Aufklärung, antifaschistische Aktion oder eine neue sozialistische Politik nötig seien, macht falsche Widersprüche auf, wo gemeinsames Handeln gefragt wäre. Die vielen jungen Leute, unter ihnen nicht wenige aus der radikalen Linken, die sich in diesem Wahlkampf an den Haustüren, auf den Straßen und in den Betrieben in den verbalen Nahkampf mit dem arbeitenden Volk begeben haben, sind ein kleines Zeichen der Hoffnung in einer sonst schwarzen Zeit.

Michael Bittner schrieb in konkret 12/24 über die nicht enden wollende Debatte über das ostdeutsche Wesen

Auf zum letzten Gefecht

Wie erklärt sich der Erfolg der Linkspartei? Von Felix Klopotek

Viel ist nach der Bundestagswahl über die taktisch cleveren Schachzüge der Linkspartei geschrieben worden: zwei neue, unverbrauchte Parteivorsitzende – Ines Schwerdtner und Jan van Aken, die beide nicht aus den Apparaten der Partei aufgestiegen sind – und mit Heidi Reichinnek eine sympathische Spitzenkandidatin, deren Team die Social-Media-Kanäle virtuos bespielt hat; seit Monaten kein Streit zwischen Parlamentsgruppe und Parteispitze (ein Novum in der Geschichte der Partei); nicht zuletzt die Aktion Silberlocke von Gysi & Co., die munter verkündeten: »Wir holen

weder initiiert noch gesteuert. Hinter dem Wahlerfolg steckt etwas anderes – und das verrät einiges über den Zustand der Linken, nicht der Partei, sondern der gesellschaftlichen Strömung.

Man muss etwas zurückblicken: Die Jahre 2018 bis 2020 waren geprägt durch eine enorme Präsenz von linken sozialen Bewegungen auf der Straße und in der Zivilgesellschaft – die Unteilbar-Demo in Berlin am 13. Oktober 2018 mit 240.000 Teilnehmern; der Kampf um den Hambacher Forst, der im Sommer 2018 begann; Fridays for Future, die 2019 mit Millionen Teilnehmern ihren Höhepunkt hatten; die Antifa-Demos nach der

Zweifel besteht daran, dass erfahrene linksradikale Gruppen und Aktivisten in ihnen besonders engagiert waren. Die generelle Auffassung von »links«, die vor allem die prominenten Unterstützer dieser Bewegungen vertraten und die sich in der medialen Öffentlichkeit durchsetzte, war aber eine höchst eigenartige: ein hochfahrendes Grundgesetz-Pathos (verspricht das Grundgesetz doch die Möglichkeit von – sehr maßvollen – Enteignungen), eine so dramatisch vorgetragene wie inhaltlich unbestimmte Feier von »Demokratie«, »Vielfalt« und »System Change«. Noch nicht mal andere moralische Werte vertraten sie, vielmehr beriefen sie sich auf die abstrakten Verfahrensregeln dieses Staates: Toleranz, Pluralismus, durch Minderheitenschutz eingeschränktes Mehrheitsprinzip. Das klassische S-Wort, Sozialismus, wurde in diesen Bewegungen ersetzt durch ein »offenes« S-Wort, Solidarität, meistens noch abgeschwächt zu »solidarischem Handeln«. Unvergessen der Moment bei einer Podiumsdiskussion, als der Moderator die Klimaak-



Der lange Arm der Bewegungslinken: Heidi Reichinnek, Spitzenkandidatin der Linkspartei, Berlin, 24. Februar 2025

auf jeden Fall drei Direktmandate.« Das soll nun den Erfolg einer Partei bewerkstelligt haben, deren Umfragewerte bis in die letzten Januartage noch zwischen drei und vier Prozent dümpelten, die aber nur drei Wochen später fast die doppelte Zahl an Wählerstimmen (4,35 Millionen) auf sich vereinen konnte, als das 2021 der Fall war.

Warum sind die eigentlich nicht eher auf diese Maßnahme gekommen, fragte ein Bekannter. Man kann aber auch die Gegenfrage stellen: Warum hat sich für die taktische Neuausrichtung der Partei kaum einer interessiert – bis eben auf die letzten Wochen vor der Wahl? Die Antwort ist jeweils die gleiche: Weil die Parteitaktik nur das letzte Glied einer Kette von Ereignissen ist, für die die Partei nichts kann. Sie hat diese Ereignisse

Ermordung von Walter Lübke (2019) und dem Coup von Erfurt, als sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit AfD-Stimmen zum Ministerpräsident in Thüringen wählen ließ (2020); die Massendemos nach dem Massaker von Hanau im Februar, schließlich die noch größeren Soli-Demos mit Black Lives Matter im Sommer 2020. Und als sehr großer Nachklapp: der Sieg der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen im Berliner Volksentscheid vom 26. September 2021.

Antifaschismus und Antirassismus, Klimaschutz und Wohnungskrise – das waren die großen Themen. Selbst die Corona-Lockdowns haben den Schwung dieser Bewegungen nicht völlig ausbremsen können.

Links – das war sicherlich das Selbstverständnis dieser Bewegungen, und kein

tivistin fragte, wie denn eigentlich der »System Change« aussehe und was danach komme, und die nach kurzem Zögern antwortete: Das müsse man dann aushandeln.

Kein Wunder, dass sich die Grünen als eigentliche Gewinner dieses Aktivismus, der so fundamentale Fragen aufwarf und sie doch im Rahmen von Grundgesetz und BRD-Parlamentarismus »aushandeln« wollte, verstanden und auf den Wahlsieg 2021 spekulierten. Und ebenfalls kein Wunder, dass die Bewegungen ziemlich rüde von der politischen Bühne entfernt wurden. Ein zweiter »Hambacher Forst« durfte der Klimabewegung nicht glücken, die Grünen sprachen das offen aus, und ließen 2023 den besetzten Weiler Lützerath mitleidslos räumen, der damalige Einsatzleiter der Polizei ist übrigens tat-

sächlich ein Grüner. In der Migrationspolitik beeilten sich spätestens 2024 SPD und Grüne einen Kurs zu forcieren, der de facto AfD-Forderungen erfüllte. Der von der Black-Lives-Matter-Bewegung geforderte öffentliche Diskurs über Polizeigewalt und Racial Profiling blieb aus. Der Berliner Volksentscheid wurde von der Politik schlicht ignoriert beziehungsweise als schwärmerisch-romantische Art undurchführbarer Politik denunziert.

Dass diese Zurückweisung, dieses Abkanzeln und Frustrieren gelingen konnte, ohne wütende, gar militante (Massen-)Gegenwehr zu provozieren, lag daran, dass sich diese Bewegungen selbst gefesselt hatten – selbst verpflichtet auf die Einhaltung demokratischer Verfahrensregeln, deren Hüter sie unbedingt sein wollten. Nun denn, ihr wollt aushandeln? Da kommen schon Robert, Olaf, Christian, Annalena, Markus, Friedrich und Franziska und sagen euch – demokratisch korrekt und unter Einhaltung aller staatlich-republikanischen Gepflogenheiten –: Sorry, leider kein Spielraum fürs Aushandeln. Erst recht nicht nach der »Zeitenwende«.

Aber man darf die Repräsentation der sozialen Bewegungen, das Selbstbild, das ihre selbsternannten Fürsprecher in der Öffentlichkeit zeichnen, nicht mit der tatsächlichen sozialen Energie verwechseln. Wohnungsnot ist so real wie Rassismus, sich gegen die Verschandlung der Landschaft und die Verpestung der Luft zu wehren, ist so notwendig wie darauf zu bestehen, dass die »Einzelfälle« von Polizeigewalt systemimmanent sind. Diese gesellschaftlichen Bedürfnisse blieben, das Engagement vieler zivilgesellschaftlicher Akteure, die konkret was ändern, aber nicht in die Parlamente wollen, war ungebrochen.

Allein, es fehlte der Katalysator. Nicht die Zurückweisung durch die Politik von CDU bis Grüne entfachte die Energie von neuem, sondern erst deren Demonstration, so souverän über Migration zu entscheiden, wie es die AfD gerne möchte, aber noch nicht kann. Aus Sicht der Engagierten kam diese Demonstration einer Selbstentlarvung gleich. Als Merz Ende Januar im Bundestag mit der AfD stimmen ließ und SPD und Grüne trotz allen Flüchen und Verwünschungen beteuerten, nach dem 23. Februar mit Merz regieren zu wollen – Habeck legte am 3. Februar mit einem unterwürfigen Zehn-Punkte-Plan »für eine Sicherheitsoffensive für Deutschland« nach –, ging das Momentum im Wahlkampf auf die Linkspartei über.

Tatsächlich kommt die Partei erst hier wieder – vielleicht sogar erstmals – ins Spiel. Denn im gesamten Zeitraum zwischen 2018 und 2021 und erst recht in den Jahren danach hat sie keine Rolle gespielt. Sie galt als die parlamentarische Kraft, die zu schwach zum »Aushandeln« war, kurzum: als wirkungs- und einflusslos – genau das, was sich

jetzt als unverbraucht und nicht-korrupt auszahlte.

Dazu passt, dass van Aken, Reichinnek und Schwerdtner einen neuen Typus des linken Spitzenpolitikers verkörpern. Bislang stand noch jeder führende Repräsentant der Partei für einen Flügel oder eine Gruppe, an der jeweils das tonnenschwere Gewicht linksbürokratischer Geschichte hing. Ob Janine Wissler, Bernd Riexinger, Oskar Lafontaine, Dietmar Bartsch oder selbst Katja Kipping: Allesamt waren sie Apparatschiks – und Programmatiker, die sich auf längliche Thesen- und Strategiepapiere bezogen und mit zahlreichen Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenprojekten zu ermüden wussten. Das Bild der Neuen ist dagegen – für die Öffentlichkeit – eine Projektionsfläche. Wofür sie genau stehen, ist offen. Es bedarf keiner besonderen Programmatik, um sich entschieden gegen Merz & Co. zu stellen, sie könnte sogar hinderlich sein, weil linke Programme immer sperrig sind und eine gewisse Selbstverpflichtung gegen Opportunismus implizieren.

In der Praxis wird sich das bald rächen: Wie verhält sich die Linkspartei zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik, wie zu Waffenlieferungen – nach Israel, in die Ukraine –, wie wird sie die deutsche Staatsräson auslegen? Eine parlamentarisch starke Linke wird automatisch zum Koalitionspartner in spe für den rot-grünen Anti-Merz-Wahlkampf in einigen Jahren, vielleicht schon vor 2029. Wie weit wird sie in ihrer Unterwerfung, also: Regierungstauglichkeit, gehen? Sicherlich haben die Stäbe der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung dazu allerhand Strategiepapiere in den Schubladen. Aber nachträglich werden die erst recht nichts mehr bewirken können.

Noch mal: Die Partei hat den Wahlerfolg nicht wegen eines Programms erzielt, sondern weil sie unverhofft Erbin der sozialen Bewegungen der vergangenen Jahre wurde – in all ihrer diffusen und auch konfuse Beschaffenheit. Das ist eine gute Nachricht – und eine schlechte. Die gute: Unter der Oberfläche der medialen Aufmerksamkeiten sind diese Bewegungen aktiv geblieben. Der Wille, eine »andere Politik« (was immer das genau heißen mag) zu erkämpfen, ist da. Die schlechte: Er richtet sich wieder / immer noch auf eine Partei, die sich zu all den eine »andere Politik« blockierenden Systemimperativen – Aufrüstung, Kontrolle der Migration, Staatsräson, Dominanz in Europa – konstruktiv verhalten muss, will sie weiter ihren politischen Einfluss geltend machen. Eine autonome Entfaltung der Kämpfe wird es auch mit dieser Partei nicht geben können. ●

Felix Klopotek schrieb in konkret 3/25 über Horace Tapscott, den großen Außenseiter des West Coast Jazz

Lesen, was andere nicht wissen wollen

Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, machen wir Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können: Ein Schüler-/Schülerinnen- bzw. Studierenden-Abo für 47 Euro.

konkret-magazin.de

Sozialabbau zur Rettung der Demokratie

Unter Friedrich Merz erwartet die Lohnabhängigen eine offensive Klassenpolitik von oben.
Von Stefan Dietl

Als im Konrad-Adenauer-Haus die ersten Prognosen über die Bildschirme flimmerten, brandete Beifall auf. Die Union wird als stärkste Kraft mit Friedrich Merz den künftigen Bundeskanzler stellen. Mit 28,5 Prozent blieb das Ergebnis zwar hinter den Erwartungen zurück, und der Jubel fiel zunächst entsprechend zurückhaltend aus, dennoch machten Merz und seine Getreuen schon am Wahlabend klar, womit unter einer unionsgeführten Bundesregierung zu rechnen ist: der Zerschlagung der kümmerlichen Reste der sozialen Sicherungssysteme, dem Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge und einem Frontalangriff auf grundlegende Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte.

Für die Union ist Deutschland ein Sanierungsfall, der dringend generalüberholt werden muss. Schluss mit bürokratischen Hürden, staatlichen Kontrollen und lästigen Umwelt- und Sozialstandards! Es gilt, die deutsche Wirtschaft fit zu machen für die sich nach der Wahl Donald Trumps zuspitzende internationale Staatenkonkurrenz. Sämtliches politisches Handeln hat sich dieser Prämisse unterzuordnen. Es gehe jetzt nicht um »eine Verteilungs- oder Gerechtigkeitsdebatte, sondern darum, den Motor der deutschen Wirtschaft ans Laufen zu bringen«, skizzierte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Matthias Middelberg den künftigen Kurs.

Merz' Antwort auf die multiple kapitalistische Krise ist ein offensiver Klassen-

kampf von oben. Unter der Maxime der Haushaltskonsolidierung plant die CDU – angefeuert von Medien, Wirtschaftsinstituten und Arbeitgeberverbänden – den größten Angriff auf den Sozialstaat seit der roten Agenda 2010. Ob Bürgergeld, Rente mit 63 oder Grundrente – alles steht zur Disposition.



Unendlicher Spaß: Merz, Söder, Lindner und Frei zu Beginn der Fraktionssitzung im Bundestag, März 2025

Mehr als zehn Milliarden Euro will die CDU schon beim Bürgergeld einsparen. Dabei geht es nicht nur um die weitere Absenkung der sowieso kärglich bemessenen Regelsätze und den Ausschluss ukrainischer Geflüchteter aus der Grundsicherung. Nachdem die Ampelkoalition bereits im vergangenen Jahr zum kafkaesken Hartz-Sanktionsregime zurückgekehrt ist und die von ihr

zu Beginn der letzten Legislaturperiode verabschiedeten kleinen Aufhübschungen in der Armutsgesetzgebung rückgängig gemacht hat, will die CDU das Bürgergeld nun ganz abschaffen und durch eine sogenannte Neue Grundsicherung ersetzen. Diese Mindestsicherung soll komplett entfallen, wenn jemand »grundsätzlich nicht bereit« ist, Arbeit anzunehmen, heißt es im Wahlprogramm der CDU. Wenn jemand ohne sachlichen Grund eine »zumutbare« Arbeit ablehne, müsse davon ausgegangen werden, dass er nicht bedürftig und – so die Logik der Konservativen – daher auch nicht auf staatliche Leistungen angewiesen sei. Wer beispielsweise mehr als einmal zu Terminen des Jobcenters nicht erscheint, soll deshalb auch keine Leistungen mehr erhalten – angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung ein kalkulierter Verfassungsbruch. Jens Spahn kündigt deshalb schon jetzt eine Verfassungsänderung an, sofern »eine generelle Streichung durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht gedeckt ist«.

Daneben hält die Union noch weitere Gängelungen für Sozialleistungsbezieher bereit. So soll das Schonvermögen weiter sinken und der zumutbare Arbeitsweg ausgeweitet werden. Die Wohnkosten Leistungsberechtigter sollen künftig nicht mehr auf Basis der tatsächlichen Kosten erstattet werden, sondern durch eine Pauschale. Diese Maßnahme würde dazu führen, dass zahlreiche Betroffene ihr Zuhause verlieren würden.

Ein weiterer Kernbestandteil der von Kapitalverbänden vehement geforderten und von Merz forcierten klassenpolitischen Offensive ist der systematische Angriff auf grundlegende Arbeitnehmerrechte.

So kündigt die CDU in ihrem Wahlprogramm an, das Kündigungsschutzgesetz zu schleifen. Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus sollen Kontroll- und Aufzeichnungspflichten entfallen, was insbesondere

dem Mindestlohnbetrag Tür und Tor öffnen würde. Besonders ins Visier nimmt die CDU den Acht-Stunden-Tag. Ein neues Arbeitszeitgesetz soll für mehr Flexibilisierung zugunsten der Unternehmen sorgen. Auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ab dem ersten Tag wird von Teilen der Union in Frage gestellt. Die geplante weitere Deregulierung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes sowie des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes würde zu einer Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse führen.

Auf der Agenda steht zudem die Aushöhlung des Streikrechts. Durch lange Ankündigungsfristen, Zwangsschlichtungen und hohe Hürden für Arbeitsniederlegungen in der sogenannten kritischen Infrastruktur sollen wirksame Streiks in vielen Branchen faktisch unmöglich werden. Nichts soll der Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeitenden und der weiteren Umverteilung zugunsten des Kapitals in die Quere kommen, erst recht nicht etwaige Arbeitskämpfe der Leidtragenden.

Eine Folge des radikalen neoliberalen Staatsumbaus unter einem Kanzler Merz wird die Verarmung vieler Lohnabhängiger sein. Schon unter der einst als Fortschrittskoalition angetretenen Ampelregierung hat die Zahl der Armen ein neues Rekordniveau erreicht.

Der gängigen Definition zufolge gilt als arm, wer weniger als sechzig Prozent des durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommens zur Verfügung hat. Lag der Anteil derjenigen unter dieser Armutsgrenze bis Mitte der neunziger Jahre noch bei etwa zehn Prozent, sind es heute nach Zahlen des statistischen Bundesamtes 14,4 Prozent der Bevölkerung. In einem der reichsten Länder der Welt gelten damit 12,1 Millionen Menschen als arm.

So beziehen beispielsweise immer mehr Rentnerinnen und Rentner Grundsicherung. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Empfänger über 65 Jahre auf rund 700.000. Dabei dürfte die Dunkelziffer weit höher liegen, scheuen sich doch gerade Ältere häufig davor, den Weg zum Amt anzutreten. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen bei den über 65jährigen eine Rekordarmutsquote von 17,4 Prozent. Diese Zahl wird in den nächsten Jahren rasant steigen. Vor allem für viele Frauen ist der Weg in die Altersarmut vorprogrammiert. Entgegen landläufiger Erklärungsmuster ist die Ursache dafür nicht nur, dass viele Frauen in Teilzeit arbeiten. Wie eine Anfrage der Linkspartei beim Bundesarbeitsministerium ergab, sind auch Frauen mit einer Vollzeitstelle wesentlich häufiger mit Renten unterhalb des Armutsniveaus konfrontiert als Männer. Zwar sind nur 32,6 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten Frauen. Von den Vollzeitbeschäftigten, die auch nach 45 Arbeitsjahren auf eine Rente von weniger als 1.000 Euro zusteuern,

sind jedoch 48,5 Prozent weiblich. Insgesamt hat jede dritte Frau mit einer Vollzeitstelle nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums auch nach vierzig Arbeitsjahren – die nur die wenigsten erreichen werden – eine Rente von weniger als 1.000 Euro netto zu erwarten.

Dass die offiziellen Zahlen zur hiesigen Verarmung nur die Spitze des Eisbergs sind, zeigt eine aktuelle Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. In dieser werden die Wohnkosten bei der Berechnung des verfügbaren Einkommens berücksichtigt, und es zeigt sich, wieviel die Menschen nach deren Abzug zur Verfügung haben. Laut Paritätischem Wohlfahrtsverband sind 5,4 Millionen Menschen mehr von Armut betroffen, als bisher gedacht. Bezieht man die Wohnkosten mit ein, sind insgesamt 21,2 Prozent der Bevölkerung, also 17,5 Millionen Menschen in Deutschland arm. Mit der anstehenden Demontage der sozialen Sicherungssysteme und der Aushöhlung des Arbeitsrechts wird die Zahl der von Armut Betroffenen eine neue Dimension erreichen.

Von seinem sozialdemokratischen Koalitionspartner hat Friedrich Merz bei der Durchsetzung seiner klassenpolitischen Offensive wenig Widerstand zu erwarten. Einigen SPD-Parlamentariern wird es zwar nicht gefallen, sozialdemokratische Prestigeobjekte wie die Rente mit 63, das Bürgergeld oder die Grundrente zu beerdigen, am Ende werden sie aber – natürlich zähneknirschend – den von der Union diktierten Kurs mittragen. Und sei es wie so oft aus staatspolitischer Verantwortung und hehren Motiven.

Denn mit der AfD hat die CDU immer noch einen Trumpf im Ärmel. Friedrich Merz hat bereits unter Beweis gestellt, dass er bereit ist, Gesetzesvorhaben im Zweifel auch mit den Stimmen der Alternative für Deutschland durchzusetzen. Was in der Migrationspolitik funktioniert, ist selbstverständlich auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik anwendbar. Die Unterstützung der AfD bei der Aufweichung des Acht-Stunden-Tages, der Gängelung von Erwerbslosen oder der Entmachtung der Gewerkschaften wäre der Union gewiss. Wann immer der Koalitionspartner in der kommenden Legislaturperiode also Gefahr läuft, aus der Reihe zu tanzen, kann die CDU glaubhaft damit drohen, bei Abstimmungen dann eben auf die AfD zurückzugreifen.

Die SPD wird angesichts dessen sicher nicht davor zurückschrecken, die Zustimmung zu Sozialabbau und Entrechtung der Lohnabhängigen zum praktischen Antifaschismus zu deklarieren und zur einzigen Möglichkeit, die AfD von der Macht fernzuhalten.

Stefan Dietl schrieb in konkret 1/25 über Pascal Beuckers Buch Pazifismus – ein Irrweg?

Georg Lukács Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins

Die Entfremdung
320 Seiten, 25 €, ISBN 9783946946427



Vijay Prashad im Gespräch mit Frank Barat Kampf macht uns menschlich

Von sozialistischen Bewegungen lernen
ca. 250 Seiten, 26 €, ISBN 9783946946465



Utsa und Prabhat Patnaik Kapital und Imperialismus

Theorie, Geschichte und Gegenwart
ca. 300 Seiten, 27 €, ISBN 9783946946458



Leo Kofler Soziologie des Ideologischen

ca. 200 Seiten, 20 €, ISBN 9783946946519



Friedrich Voßkuhler Die Gewalt der Totalität

Über den inneren Zusammenhang der Marxschen Theorie
ca. 110 Seiten, 17 €, ISBN 9783946946502



mangroven
ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
info@mangroven-verlag.de

www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

Wählerschreck Klimaschutz

Warum der Klimawandel im Bundestagswahlkampf keine Rolle spielte. Von Christian Hofmann

Als eine »Parallelwelt« bezeichnete Fridays for Future Deutschland den gerade zu Ende gegangenen Bundestagswahlkampf: »eine Welt, in der es keine Klimakrise mehr gibt«. Und richtig: Vergleicht man die vergangenen beiden Bundestagswahlkämpfe, so scheint der Unterschied zunächst frappierend. Immerhin wurde 2021 noch eine »Klimawahl« ausgerufen. Die Grünen wurden seinerzeit von einer starken Klimabewegung befeuert und gingen mit dem Anspruch ins Rennen, die nächste Regierung anzuführen. Ihrer damaligen Kanzlerkandidatin Baerbock wurden dabei zeitweise echte Chancen ausgerechnet. Noch im September 2021 forderte sie eine »Klimabundesregierung aus ganzer Kraft«. Daraus wurde bekanntlich nichts. Dass nur drei Jahre später das Wort Klimaschutz von eigentlich allen Parteien weitgehend vermieden wird, ist aber doch bemerkenswert. Schließlich hat sich die Klimakrise verschärft und auch an Extremwetterereignissen mangelte es zuletzt nicht. So war 2024 das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Es war auch das erste, in dem die globale Durchschnittstemperatur 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau lag. Das viel beschworene 1,5-Grad-Ziel ist damit faktisch Geschichte. Doch der Aufschrei blieb aus, in der Politik, in der Öffentlichkeit, in den Medien.

Und doch gab es Anfang 2025 zumindest eine Meldung, die so gar nicht ins Bild zu passen scheint. Eine repräsentative Umfrage hat ergeben, dass die Mehrheit der Deutschen von der nächsten Bundesregierung nach wie vor mehr Klimaschutz erwartet. Ganze 70 Prozent sehen laut Umfrageergebnis zudem die Vorteile der Energiewende und lehnen fossile Rückschritte ab. Man möchte fassungslos den Kopf schütteln. Obwohl die Deutschen mehr Klimaschutz wol-

len, wird dieses Thema im Wahlkampf ausgeklammert? Ein großes Missverständnis? Ein mediales Totalversagen?

Leider nicht. Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint, lässt sich durchaus schlüssig erklären. Tatsächlich ist der vermeintliche Widerspruch kein neues, sondern ein altes Phänomen. Nach drei turbulenten Jahren Ampelregierung tritt das Dilemma nur deutlicher zutage. Schon 2021 konnten die Grünen mit 14,7 Prozent zwar das beste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte verbuchen, landeten aber dennoch weit abgeschlagen auf dem dritten Platz. Schon damals zeichnete sich folgende Grundstimmung ab: Der Klimawandel wird als großes Problem wahrgenommen und den Grünen eine hohe Kompetenz in diesem Bereich zugeschrieben. Andererseits ist die Sorge um steigende Lebenshaltungskosten nicht unbegründet. Klimapolitik ist also wichtig, aber sie soll nichts kosten und den Lebensstil möglichst nicht einschränken.

Obwohl die Grünen bereits im Wahlkampf 2021 versucht hatten, diese Stimmung aufzugreifen und letztlich Klimaschutz ohne Zumutungen versprochen, ging die Rechnung nicht ganz auf. Das zeigte nicht nur das damalige Wahlergebnis, sondern auch der Koalitionsvertrag, auf den sich die Ampelregierung anschließend einigte und der das Anliegen der Mehrheit gut widerspiegelt. Die selbsternannte »Fortsschrittskoalition« aus SPD, Grünen und FDP versprach vergleichsweise hohe Klimaziele mit mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Geld für die Digitalisierung. Diese Dreierkombination stieß auf enorme Zustimmung und sorgte für eine regelrechte Aufbruchstimmung. So startete die Ampel-Koalition – man hat es fast vergessen – damals mit herausragenden Umfragewerten von 56 Prozent Zufriedenheit.

Die tatsächliche Entwicklung der letzten drei Jahre verlief dann aber so, wie man

es hätte erahnen können und wie Ansätze einer wirtschaftsfreundlichen Umweltpolitik unter dem Diktat der Gewinnmaximierung schnell enden, zumal bei weltweit steigender Energienachfrage. Es gab wenig Klimaschutz, aber deutlich steigende Preise. Zwar wurde der Ausbau erneuerbarer Energien forciert, gleichzeitig aber mit der neuen LNG-Infrastruktur die fossile Abhängigkeit verlängert. Die außenpolitischen Erschütterungen, allen voran der Krieg in der Ukraine, beschleunigten und verstärkten diesen bereits absehbaren Trend. Die Inflation, vor allem die explodierenden Energiepreise, führten dann zu Unsicherheit und Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung, die durch die einsetzende Rezession noch verstärkt wurden. Zuletzt rutschte die für Deutschland so wichtige Automobilindustrie in die Krise und machte mit Massenentlassungen von sich reden. Während Teile der Bevölkerung weiter verarmten, machten sich andere, nicht unberechtigt, große Sorgen.

Der gesellschaftliche Kipppunkt war bereits mit der Heizungsdebatte im Frühjahr 2023 erreicht. Das kommunikative Versagen der Regierung beflügelte die Sorgen weiterer Bevölkerungsteile dabei zusätzlich. Die Angst, sich die geplanten Maßnahmen finanziell nicht leisten zu können, gewann die Oberhand. Die Hoffnung, dass die Ampelregierung den Klimaschutz schmerzfrei durchsetzen würde, schwand, und die Stimmung kippte. Die politische Rechte nahm die Steilvorlage auf. In trauter Eintracht mit dem Hause Springer konnte der »Heizungshammer« erfolgreich ausgeschlachtet werden. Die Zustimmungswerte für die Ampelregierung stürzten ins Bodenlose, wo sie bis zum Ende der Regierungszeit verharrten. Die Umfragewerte der AfD stiegen dagegen steil an. Dieser Aufschwung stand in einem klaren Zusammenhang mit dem Thema »Energie-, Umwelt- und Klimapolitik«, das in den Umfragen gleich nach »Zuwanderung« genannt wurde. Bereits im Mai 2023 nannte jeder zweite AfD-Anhänger dieses Thema als eines der wichtigsten für seine Wahlentscheidung.

Seit dem Frühjahr 2023 geben nun AfD und »Bildzeitung« den Ton an. Zumindest Teile der FDP und des neu gegründeten BSW liebäugelten nun sogar mit der AfD-Linie der Leugnung des Klimawandels. Soweit wollten die Unionsparteien nicht gehen, ließen aber auch keine Gelegenheit zum Grünen-Bashing

aus und geißelten etwa das Heizungsgesetz oder das »Verbrennerverbot« als »ideologische Klimapolitik«. Das neue Zauberwort hieß Technologieoffenheit. Dass es die neuen Technologien, die die Klimakrise lösen sollen, noch gar nicht gibt und es sich dabei um eine Chimäre handelt, wagte kaum noch jemand öffentlich auszusprechen. Wer auch? Die Klimabewegung hatte sich durch ihre NGOisierung und ein De-facto-Bündnis mit

ste Ausdruck, zeugten aber auch von der Aussichtslosigkeit der Lage. So wurden die »Klimakleber« ungewollt zum Symbol für die Niederlage der Klimabewegung.

Die Sorgen der Menschen mögen sich in der Rangfolge der Nennungen verschoben haben, aber das grundsätzliche Anliegen der Mehrheit hat sich nicht geändert. Nach wie vor will man »mehr Klimaschutz«, aber ohne steigende Kosten. Unter den gegebenen Rah-

kampf nicht abwesend, sondern als Problem steigender Energie- und Produktionskosten omnipräsent. Eine noch industriefreundlichere Klimapolitik soll nun noch deutlicher auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Um diesem Grundtenor Rechnung zu tragen, entdeckten die Grünen jüngst die CO₂-Speicherung für sich, und ihr Kanzlerkandidat Habeck stellte auf einem Industriegipfel Ende 2024 sogar kontrafaktisch den Kohleausstieg zugunsten der Versorgungssicherheit in Frage. Doch mit Blick auf die gesellschaftliche Stimmung machten die Unionsparteien am Ende das bessere Angebot. »Wir stellen alle Abgaben auf den Prüfstand«, versprachen sie in ihrem Wahlprogramm. »Ideologiefrei und technologieoffen« sollte es dadurch schnell und spürbar »zu bezahlbarer Energie« kommen. Gleichzeitig verpflichtete sich die Union allerdings auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2045.

Man muss kein Hellscher sein, um zu wissen, dass die Union mit diesem Programm ebenso scheitern wird wie zuvor die Ampel. Die sozialen und ökologischen Verwerfungen dürften sich rasch verschärfen. Fatalerweise konnten in Deutschland zuletzt vor allem Rechtsradikale von Verunsicherung und Ängsten profitieren. Ihr nihilistisches Programm besteht letztlich darin, die Augen vor dem drohenden Unheil zu verschließen und sich hinter Mauern zu verbarrikadieren. Tatsächlich dürfte es auf dem Boden dieser Gesellschaft eng werden, sowohl was soziale, als auch ökologische Spielräume anbelangt.

Eine sozial-ökologische Perspektive, die die wertproduzierende Arbeit ins Zentrum der Kritik rückt, könnte den gordischen Knoten durchschlagen. Es müsste dabei sowohl um den Warencharakter der Lohnarbeit gehen, als auch um die erdrückenden Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die den Wunsch nach Ersatzbefriedigung mit scheinbar grenzenlosen Konsumbedürfnissen in sich tragen. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Linkspartei nach ihrer Wiederauferstehung in eine solche Richtung entwickeln wird. Statt industriefreundlichem Klimaschutz müsste sie ein ökosozialistisches Programm entwickeln, das die Profitmaximierung ins Visier nimmt. Letztlich müsste es darum gehen, die Menschen zu erreichen, die die Leidtragenden der bisherigen Politik sind. Tausende neue Mitglieder und die erfolgsgekrönten Haustürgespräche sind immerhin ein guter Ausgangspunkt für ein solches Unterfangen. Es wäre höchste Zeit.

Christian Hofmann veröffentlichte gemeinsam mit Philip Broisted *Planwirtschaft, Staatssozialismus, Arbeitszeitrechnung, Ökologie* (Promedia, 2022, 14,90 Euro) sowie *Goodbye Kapital* (Papyrossa, 2020, 12,90 Euro)

Wo sie Recht hat, hat sie Recht: Klima-Märtyrerin Carla Hinrichs bei Protesten der Letzten Generation vor dem Hotel Adlon im November 2024 in Berlin

den Grünen aufgegeben. Sie hatte es versäumt, sich als eigenständiger Akteur zu positionieren. Die Räumung von Lützerath, die Aufgabe der Sektorziele und die Aufweichung des Klimaschutzgesetzes führten nur bei einem kleinen Teil der Bewegung zu einer *Radikalisierung*. Die Kamikazeaktionen der Letzten Generation waren dafür der deutlichen

menbedingungen dürfte dieser Wunsch eine unlösbare Aufgabe bleiben. Die Ampel wurde dafür abgestraft, diesen Wunsch nicht erfüllt zu haben. Die gängigen Vorstellungen wurden zum einer grünen Transformation wurden zum Synonym für mehr soziale Ungerechtigkeit und Klimaschutz in diesem Sinne zum Wählerschreck. Das Klima war also im Wal-

Feindliches Vokabular

Weil sie marxistisches Vokabular verwendet, soll eine linke Aktivistin in Bayern noch nicht einmal zum Referendariat zugelassen werden.
Von Michael Csaszkóczy

An Appellen, die Verteidigung der Demokratie erfordere gerade heute Zivilcourage und demokratisches Engagement, herrschte in den vergangenen Monaten kein Mangel. Welche Folgen diese vielbeschworene Zivilcourage haben kann, erlebt die Klimaaktivistin Lisa Poettinger derzeit in Bayern.

Als die Ampelregierung im Jahr 2023 ankündigte, »dafür zu sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller aus dem Dienst entfernt werden können«, und im Folgejahr zunächst das Disziplinarrecht massiv verschärfte (**konkret 7/24**), schien das in erster Linie eine Ermutigung an die Landesregierungen zu sein, mit Entlassungen aus politischen Gründen weniger zögerlich zu sein. Insbesondere sozialdemokratische und grüne Politiker/innen beeilten sich zu betonen, es verstehe sich ja von selbst, dass diese Politik in erster Linie gegen rechts gerichtet sei.

Wie die Realität aussieht, lässt sich derzeit in Bayern beobachten, wo die aus der Zeit des Nationalsozialismus stammenden und im deutschen Beamtenrecht nach wie vor verankerten Gesinnungsprognosen wie bereits in den siebziger und achtziger Jahren in erster Linie gegen Linke in Stellung gebracht werden. Als letztes Bundesland hat sich Bayern 1991 von der Regelanfrage beim »Verfassungsschutz«, dem Kernelement des Radikalenerlasses von 1972, verabschiedet – nicht ohne eine besonders perfide Nachfolgeregelung zu etablieren: Bewerber/innen für den öffentlichen Dienst müssen seit

dem einen Fragebogen ausfüllen, in dem sie sich Mitglied in einer Organisation

Aufgeführt sind zum Beispiel sowohl der Studierendenverband der Linkspartei (SDS) als auch deren Jugendorganisation Solid, nicht jedoch die AfD. Bei Verweigerung einer solchen Selbstdenunziation wird die Bewerbung sofort abgelehnt, bei wahrheitsgemäßer Angabe einer Mitgliedschaft erfolgt die Überprüfung des Delinquenten durch den »Verfassungsschutz«.

Schon im August 2022 lehnte die Technische Universität München die Anstellung des Wissenschaftlers Benjamin Ruß aus politischen Gründen ab. Zur Begründung wurde eine Einschätzung des Inlandsgeheimdienstes herangezogen, die Ruß eine »wissenschaftlich-marxistische Weltanschauung« attestierte, die sich an der Verwendung »klassischer Begriffe wie Faschismus, Rassismus, Kapitalismus, Polizeigewalt« festmache. Im Juli 2024 wurde Ruß' Klage gegen die Verweigerung der Anstellung vom Arbeitsgericht rechtskräftig zurückgewiesen. Das ist kein gutes Zeichen. Bislang galten Berufsverbotsverfahren vor Arbeitsgerichten als sehr viel aussichtsreicher für die Betroffenen als Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, die in ähnlich gelagerten Fällen für BeamtInnen und BeamtenanwärterInnen zuständig sind.

Im November vergangenen Jahres traf es nun die Lehramtsanwärterin Lisa Poettinger. Anlass für die Überprüfung war ihre wahrheitsgemäße Auskunft im bayerischen Fragebogen, beim Offenen Antikapitalistischen Klimatreffen München aktiv zu sein. Der Inlandsgeheimdienst lieferte daraufhin weitere bedrohliche Informationen:

Poettinger habe unter dem Motto »Gegensam gegen rechts« Demonstrationen

Lützerath, das dem Braunkohlebergbau zum Opfer fiel, teilgenommen. Die Internationale Automobil-Ausstellung IAA habe sie als ein »Symbol für Profitmaximierung auf Kosten von Mensch, Umwelt und Klima« bezeichnet. Vorsorglich stellt das bayerische Kultusministerium klar, dass weder das Engagement gegen die AfD noch der Einsatz für den Klimaschutz zu beanstanden sei. Wer dergleichen allerdings mit einer Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbinde und dabei gar »marxistisches Vokabular« benutze, sei als deutscher Staatsdiener nicht zu tolerieren: »Nach Mitteilung des Verfassungsschutzes vom 05.11.2024 stammt der Begriff »Profitmaximierung« aus dem Kommunismus und wertet Gewinnstreben in der Wirtschaft ab«, heißt es im ablehnenden Bescheid, mit dem Lisa Poettinger wenige Tage vor dem Beginn des Referendariats die Zulassung endgültig verwehrt wird. »Auch ein Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht vereinbar, sondern steht hierzu in diametralem Gegensatz.«

Auf über hundert weiteren Seiten dokumentiert das Schriftstück die Bemühungen der Landesregierung, ihre Entscheidung juristisch gegen Einwände abzusichern. Mit gutem Grund: Mit der Verweigerung der Zulassung zum Vorbereitungsdienst geht Bayern im »Kampf gegen Verfassungsfeinde« (Innenministerin Nancy Faeser, SPD) einen entscheidenden Schritt zurück in die Frühzeit des Radikalenerlasses. Das dürfte im nun anstehenden Rechtsstreit eine zentrale Rolle spielen.

Bisher galt das Referendariat – so mehrere höchstinstanzliche Urteile aus der Zeit des Radikalenerlasses – als integraler Bestandteil der Ausbildung für den Lehrberuf, weshalb die Kultusministerien verpflichtet seien, den Zugang dazu auch dann zu gewährleisten, wenn die von ihnen vorzunehmende Gesinnungsprognose negativ ausfalle. Immerhin eröffnet der Vorbereitungsdienst zumindest die theoretische Möglichkeit, als voll ausgebildete Lehrkraft an nichtstaatlichen Schulen zu arbeiten.

Wenn keine marxistische Gesinnung zu vermuten ist, entscheidet das bayerische Innenministerium übrigens weitaus großzügiger. Die »Tageszeitung« veröffentlichte kurz nach Poettingers Berufsverbot Recherchen, denen zufolge an einem Gymnasium in Franken 2021 ein Gymnasiallehrer verbeamtet wurde, der sowohl im völkischen Jugendbund »Sturmvogel« als auch in der ebenfalls völkisch orientierten »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks« Mitglied war. Ein Ministeriumssprecher erklärte, dass »Aktivitäten in rechtsextremistischen Gruppierungen in der Jugend- und Studienzeit« des Beamten bekannt seien. Von diesen habe sich

Michael 7 aber bei seiner Bewerbung als

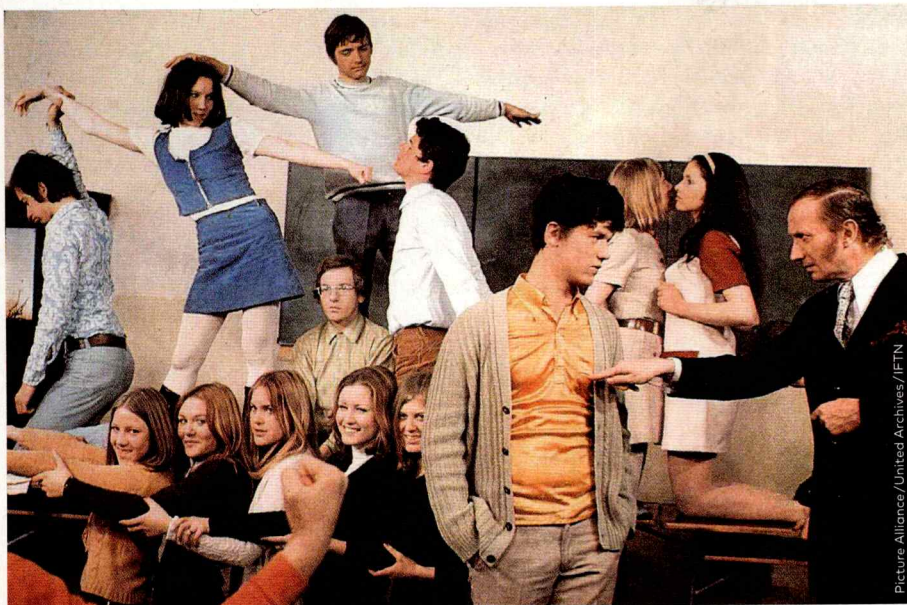
ziert«. Es muss ein sehr plötzlicher Gesinnungswechsel gewesen sein. Noch im Jahr 2016 ist seine Teilnahme an einer Aktion der Identitären in Wien dokumentiert – offensichtlich in zentraler Funktion mit einem Megafon in der Hand.

Mit glaubhaften Distanzierungen kennt sich Anna Stolz, die bayerische Kultusministerin, die nun das Berufsverbot gegen Lisa Poettinger verhängt hat, sicherlich aus. Sie gehört der Freien Wählervereinigung Hubert Aiwangers an, mit dessen Hilfe sich Markus Söder im November 2023 den Regierungserhalt sicherte – ungeachtet der Verstrickung Aiwangers in eine Affäre um bei ihm in seiner Schulzeit sichergestellte antisemitische Hetzflugblätter.

Das bayerische Kultusministerium wirft der Klimaaktivistin insbesondere vor, nicht die ihr offenstehenden Möglichkeiten zur Distanzierung genutzt zu haben. Im Ablehnungsschreiben heißt es: »Ebenso ist weder Ihren Bewerbungsunterlagen noch Ihrem Anhörungsschreiben zu entnehmen, dass Sie

Weitermachen-trotz-alledem: Das ist es, worauf es ankommt. Klar, als Marxistin finde ich, es braucht Klassenkampf, um die Macht des Kapitals zu brechen. Aber das ist zu abstrakt, um Menschen zu motivieren. Was motiviert, ist eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die für Gerechtigkeit einsteht und nicht zuschauen will, wie die Welt den Bach runtergeht.«

Tatsächlich dürfte der größte Schaden, der durch die Wiederbelebung der Berufsverbote droht, nicht in der Zerstörung einzelner Lebensentwürfe bestehen, sondern in einem Klima der Angst, der Einschüchterung und der Denunziation. Als Beispiel mag der Fall eines Bundestagskandidaten der Linkspartei dienen, dem nahezu gleichzeitig mit Lisa Poettinger wegen seiner Mitgliedschaft in der Jugendorganisation Solid die Verlängerung seines Studijobs in der EDV-Betreuung der Universität Augsburg verweigert wurde. Der Linken-Politiker beteuerte, doch nur passives Mitglied bei Solid gewesen zu sein, er habe dort nur aus professionellem



Ein Resultat kommunistischer Unterwanderung? Hansi Kraus als Pepe in »Die Lümmel von der ersten Bank«, fünfter Teil (1970)

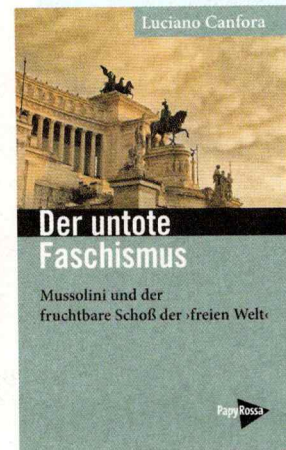
sich von dem Engagement für die Gruppierung Offenes Antikapitalistisches Klimatreffen München distanzieren – im Gegenteil: Sie drückten lediglich Ihre Verwunderung aus, dass die Gruppierung als extremistisch eingestuft wird.«

Die von ihr geforderte moralische Flexibilität fehlt Lisa Poettinger offensichtlich. In einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« bekundete sie: »Ich wünsche mir von Herzen, Lehrerinnen zu werden, und werde dafür auch kämpfen. Aber ich glaube, dass ich flexibel sein muss und mich nicht darauf versteifen sollte, dass es unbedingt das Lehramt wird. Es gibt auch andere Möglichkeiten. Mir ist auch der Zustand der Welt wichtiger als meine Karriere. ... Ich glaube, dieses

Interesse als Erziehungswissenschaftler wenige Male vorbeigeschaut. Darüber hinaus kenne er jemanden, der dort sehr viel aktiver sei als er und dennoch unbehelligt an der Universität arbeite.

Genützt haben ihm solche Unterwerfungsgesten nichts. Aber sie zeigen, wohin ein Land steuert, in dem es zu einem immer größeren persönlichen Risiko wird, links zu sein. Schon jetzt haben nach Brandenburg auch Hamburg und Schleswig-Holstein die Wiedereinführung der Regelanfrage angekündigt.

Michael Csaszκόczy schrieb in konkret 11/24 über den Prozess gegen die Bur-schenschaft Normannia in Heidelberg



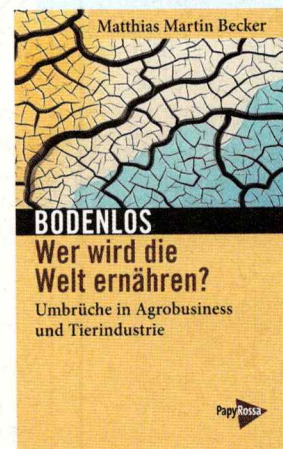
Der untote Faschismus

Mussolini und der fruchtbare Schoß der »freien Welt«

101 Seiten | € 12,00
978-3-89438-834-8

Als Luciano Canfora 2024 das Strafgericht zu Bari betritt, gleicht er laut FAZ einem »blutigen

Rebellen«: Er bewiese seinen Vorwurf, Giorgia Meloni sei ein »Neonazi im Herzen«. »Der untote Faschismus« liest sich als Verteidigungsschrift, die die Geschichte des Faschismus aufblättert und auch nach verbündeten Militärdiktaturen der »freien Welt« fragt.



BODENLOS

Wer wird die Welt ernähren?
Umbrüche in Agrobusiness und Tierindustrie

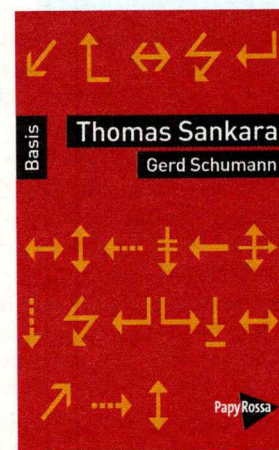
Matthias Martin Becker

Bodenlos – Wer wird die Welt ernähren? Umbrüche in Agrobusiness und Tierindustrie

295 Seiten | € 19,90
978-3-89438-823-2

Überflutungen, Dürren, Bodenerosion: Das Agrarsystem

steht weltweit unter Druck. Doch untergräbt die profitgetriebene Landwirtschaft mit ihren Anbaumethoden nicht ihre eigenen Grundlagen? Doch gibt es, jenseits der kleinbäuerlichen Nische, Auswege, um die Welt zu ernähren, ohne sie zu zerstören?



Basis

Thomas Sankara
Gerd Schumann

Gerd Schumann

Thomas Sankara Basiswissen

127 Seiten | € 12,00
978-3-89438-847-8

Unter der Präsidentschaft Sankaras wurde Obervolta 1984 in Burkina Faso (»Land der Gerechten«) umbenannt: Gesundheits- und Bildungsoffensive,

Emanzipation, Klimapolitik, Nahrungsmittelsouveränität. Der »Che Afrikas« forderte, die Zahlung von »Blutschulden« an IWF & Co. zu verweigern – und starb infolge eines Putsches.

PapyRossa Verlag

Dann kann's ja weitergehen

Der »Schlussstrich« hat nun auch die »Vergessenen Opfer« des Nationalsozialismus erreicht. Der Vorgang, so symptomatisch er ist, blieb nahezu unbemerkt. Von Rolf Surmann

Da der Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten 1987 von den Opfern für die Opfer gegründet worden ist und inzwischen fast alle Betroffenen verstorben sind, beenden wir unsere opferbezogene Arbeit am 31.12.2024. **Startseite des Internetportals www.euthanasiegeschaedigte-zwangssterilisierte.de**

Der Deutsche Bundestag stellt eindeutig fest, dass die Opfer der NS-»Euthanasie« und die Opfer der Zwangssterilisation als Verfolgte des NS-Regimes anzuerkennen sind. **Beschluss des Deutschen Bundestags am 29.1.2025**

Knapp vorbei ist auch daneben, könnte man sarkastisch sagen. Doch dem deutschen Erinnerungselan tut es keinen Abbruch, wenn der Bundestag nach zirka 80 Jahren hartnäckigen Verweigerens mit dem Tod der letzten Opfer diese Verfolgtengruppe als verfolgt anerkennt. Alles natürlich mit dem Pathos einer nicht endenden wollenden Fortschrittsgeschichte. Manche/r mag auch tatsächlich der Ansicht sein, es sei immer noch besser, die Anerkennung der Verfolgung werde zu spät als gar nicht ausgesprochen. Doch der Bundestag hat diesen Beschluss nicht lediglich zu spät gefasst. Er bekräftigt im Kern die fortdauernde Macht der Tätergesellschaft über ihre Opfer. Denn für die Verfolgten hat er ganz offensichtlich keine praktische Bedeutung, die Tätergesellschaft kann sich jedoch quasi für nichts eines Stücks mitgeschleppten Nazi-Drecks entledigen.

Nicht nur das. Die Parlamentsentscheidung über den Status der Zwangssterilisierten und »Euthanasie«-Geschädigten, kurz: der Opfer nazistischer Biopolitik, schließt auch die seit zirka 1980 geführte Auseinandersetzung über die sogenannten »Vergessenen Opfer« insgesamt ab, die in vielerlei Hin-

sicht Teil eines diese Gesellschaft prägenden Kulturkampfs war. Weitere Beschlüsse dieser Art sind nicht mehr zu erwarten. Doch warum war die Rehabilitierung dieser Verfolgtengruppen so hart umkämpft, und was sagt dieser Kampf über die deutsche Gesellschaft aus?

Vor allem war es ein Kampf der Verfolgten für ihre Rehabilitierung und Entschädigung, für die Beseitigung des Stigmas der Minderwertigkeit. Doch dieses beinahe existentielle Ringen weist über ihr individuelles Schicksal hinaus. Denn die gesellschaftliche Reaktion auf die Forderung nach grundsätzlicher Distanzierung von diesen faschistisch-nazistischen Verbrechen ist zugleich ein Gradmesser für den Fortbestand des alten Verbrechenskontextes beziehungsweise für seine Modifizierung oder Beseitigung. Es ging unter diesen Vorzeichen also immer auch um die Bekämpfung dessen, was etwa nach Auffassung Theodor W. Adornos für die Demokratie nach 1945 am gefährlichsten war. Für gefährlicher als den Angriff des Faschismus auf die Demokratie hielt Adorno dessen Weiterleben innerhalb der Demokratie. Insofern waren die Kämpfe um Entschädigung und Rehabilitierung immer auch ein Gradmesser für die Ablösung der postnazistischen Gesellschaft von ihrer Vorgeschichte.

Eine Gesellschaft vergisst ihre Opfer

Es ist sicherlich kein Kunststück für eine Gesellschaft, ihre Opfer zu vergessen. Das gilt angesichts des Kontinuums abendländischer Kultur gerade für die europäischen Gesellschaften. Doch fügt jede Form der Ausgrenzung der jeweiligen Gesellschaft und ihrer Geschichte ein spezifisches Merkmal hinzu. Eine Besonderheit der »Vergessenen Opfer« ist, dass ihre Ausgrenzung von einer Gesell-

schaft betrieben wurde, die ihr Selbstverständnis in besonderem Maße aus der Behauptung ableitet, nichts vergessen zu haben und im Unterschied zu anderen Gesellschaften eine »Meisterin der Erinnerung« zu sein. Insofern hat die Existenz von »Vergessenen« natürlich Rückwirkungen auf das Selbstverständnis dieser Gesellschaft. Rehabilitierung und Entschädigung, speziell »nachholende«, reduzieren sich deshalb nicht einfach auf die Frage, ob nazistisch geprägte Ausgrenzungs-ideologien und -praktiken eingeschränkt oder (weitestgehend) aufgegeben werden und den Menschen, die ihnen ausgesetzt waren, ein gewisse auch finanzielle Anerkennung zuteil wird, sondern es geht letztlich um die Fähigkeit, dem Anspruch eines gesellschaftlichen Neuanfangs zu entsprechen, der eine Wiederholung dieser oder ähnlich strukturierter Verbrechen grundsätzlich ausschließt. Keine Gesellschaft ist in der Lage, ihre Opfer zu rehabilitieren, wenn in ihr jene Bedingungen auch nur teilweise weiterexistieren, die zu den Verbrechen geführt haben.

Die Problematik verschärft sich dadurch, dass die konkrete Politik explizit exkulpatorische Züge trug und trägt. Ohne hier darauf näher einzugehen, sei auf den offiziellen Begriff »Wiedergutmachung« verwiesen. Er suggeriert ein offenes, die Interessen der Opfer berücksichtigendes Vorgehen. Doch täuscht diese Suggestion gleich mehrfach. Vor allem haben wir es nicht mit einem offenen gesellschaftlichen Prozess zu tun, der an den Interessen der Opfer orientiert ist. Das zeigt sich am Bundesentschädigungsgesetz (BEG) in seinen verschiedenen Entwicklungsstufen als Basis der Entschädigungspolitik.

Dieses Gesetz wurde zwar vom Bundestag beschlossen, hat hier aber nicht seinen Ursprung und auch nicht seine bestimmte

Form erhalten. Vielmehr legte der Alliierte Kontrollrat nach grundsätzlichen Vorentscheidungen in Jalta und Potsdam mit seiner Proklamation Nr. 2 im September 1945 fest, dass nach ersten elementaren Hilfsmaßnahmen weitere Schritte der Rehabilitierung und Entschädigung folgen sollten. Bis 1949, noch vor Gründung der Bundesrepublik, wurden dann in den alliierten Besatzungszonen unterschiedliche Entschädigungsgesetze konzipiert, die nach Gründung der Bundesrepublik systematisiert werden sollten. Während auf internationaler Ebene individuelle Entschädigungsleistungen grundsätzlich als Teil der an Staaten zu entrichtenden Reparationsleistungen begriffen und 1953 mit dem Londoner Schuldenabkommen auf den Abschluss eines Friedensvertrags verschoben wurden, forderten die West-Alliierten von der Bundesregierung die Schaffung einer einheitlichen Entschädigungsgesetzgebung für deutsche Staatsbürger beziehungsweise dem »deutschen Kulturkreis Angehörige«.

folgt wurden und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder an ihrem wirtschaftlichen Fortkommen erlitten hatten, eine angemessene Entschädigung zu zahlen. Die deutsche Delegation nahm bei den Verhandlungen eine weitgehend passive Haltung ein. Sie beschränkte sich, wie es ein Teilnehmer im Rückblick formulierte, im wesentlichen darauf, den alliierten Vorstellungen »einige Giftzähne zu ziehen und sie den deutschen Vorstellungen anzunähern«. Diese »deutschen Vorstellungen« stellten in keiner Weise eine Ergänzung oder gar Erweiterung der alliierten Vorgaben dar.

Hier ist zweierlei festzuhalten: Erstens ging die Politik der »Wiedergutmachung« nicht von den westdeutschen Politikern aus, obwohl es einige gab, die deren Bedeutung durchaus verstanden hatten und die sich für das Vorhaben einsetzten, sondern von den westlichen Alliierten. Ähnlich wie die Verurteilung der Täter als Kern der juristischen

des damaligen politisch-gesellschaftlichen Zeitgeistes. Die grundlegende Anerkennungs- »religiöse«, »rassische« und politische Verfolgungsgründe« war zum ersten Mal bereits im Kontext der Flüchtlingskonferenz von Evian im Jahr 1938 formuliert und dann über die Konferenzen von Jalta und Potsdam und die Zonengesetzgebung bestimmender Teil des westdeutschen BEG geworden. Obwohl die Diskussionen und Kontroversen in den fünfziger und sechziger Jahren unter der Leitfrage »Was ist typisches NS-Unrecht?« geführt wurden, kam es nur zu einer äußerst begrenzten Ausweitung des BEG. Allerdings sah man sich gezwungen, sich nicht durchweg zu verweigern, sondern zahlreiche Einrichtungen zu schaffen, die mögliche Ansprüche unterhalb des BEG-Standards abfedern sollten. Zu diesem System von Stiftungen, Einzelabkommen und Einmalzahlungen gehörte das Allgemeine Kriegsfolgengesetz (AKG, 1958), das eben nicht der Abgeltung von »typischem NS-Unrecht«, sondern von »sonstigem Staatsunrecht« dient. Natürlich wurden nur Minimalleistungen zugestanden, vor allem aber waren die »Begünstigten« lediglich als Opfer von »sonstigem Staatsunrecht« anerkannt. So wurden nach einer Einmalzahlung 1980 ab 1988 auch die Zwangssterilisierten und »Euthanasie«-Geschädigten aufgrund einer »Härtefall-Regelung« eingestuft.

Da man hinsichtlich der Entschädigungsgesetzgebung ähnlich wie bei der Restitution der Ansicht war, sie habe lediglich temporären Charakter, wurde das BEG 1965 als Schlussgesetz gefasst. Die Konsequenz war, dass ab 1969 keine neuen Anträge mehr gestellt werden konnten und eine aufwendige Dokumentation des bisher Geschehenen erstellt wurde. Damit begann die Zeit der Schlussstrichversuche ebenso wie die ihrer Durchbrechung.

»Kontinuitäten«

Tatsächlich wurde den entschädigungspolitischen Fragen in den folgenden Jahren wenig Aufmerksamkeit geschenkt, wobei angemerkt werden muss, dass dieses Thema in der Öffentlichkeit grundsätzlich wenig beachtet und eher als Expertenthema angesehen wurde. Für den ab Ende der siebziger Jahre einsetzenden Umschwung gibt es unterschiedliche Gründe mit breitgefächerten Auswirkungen. Versucht man sie auf einen Begriff zu bringen, muss das Konglomerat allgemeiner gesellschaftlicher Prozesse wie die Herausbildung neuer Lebensformen, aber auch besonderer Entwicklungen im politischen Bereich – außerparlamentarisch wie parlamentarisch – genannt werden, die das autoritäre Adenauer-Regime ablöste. In diesen Veränderungsprozess wurden heterogene Bevölkerungsteile einbezogen, die ihm selbst wiederum eigene Impulse gaben. Im Zuge der einsetzenden Aufarbeitung der Na-



Erinnerungszeremonienmeister/in: Claudia Roth (Kulturstaatsministerin, Grüne), Kai Wegner (Regierender Bürgermeister von Berlin, CDU), Frank-Walter Steinmeier (Bundespräsident, SPD) u. a. am »Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde« in Berlin, September 2024

Nach der von ihnen aufgestellten Maxime »Übertragung von Souveränitätsrechten gegen Entschädigung« legten sie im Zuge der Verhandlungen über die Bonner Verträge 1952 fest, welchen Entschädigungsverpflichtungen sich der Bonner Staat nicht würde entziehen dürfen. Kernstück dieser alliierten Anweisung ist der sog. Überleitungsvertrag. Darin wurde der BRD unter anderem auferlegt, Personen, die wegen ihrer politischen Überzeugung, ihrer »Rasse«, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung ver-

Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen (»Nürnberger Prozesse«) oder die moralisch-ideologische Abkehr von ihnen (»Reeducation«) hielten sie dies für eine unabdingbare Voraussetzung für die Gründung des westdeutschen Staates, während sich die deutsche Seite eher abwehrend verhielt.

Zweitens war die Bestimmung der zu berücksichtigenden Verfolgten nicht Ergebnis einer detaillierten Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen – das war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht zu leisten –, sondern Ausdruck

zi-Zeit wurden Täter bloßgestellt, und weiterhin ausgegrenzte Verfolgte – angefangen bei den Roma und Sinti über Homosexuelle, Zwangssterilisierte, Wehrmachtsdeserteure, Zwangsarbeiter bis hin zu den Kommunisten, denen im Zuge des KPD-Verbots die entschädigungspolitischen Rechte gestrichen worden waren – drängten auf eine Änderung ihrer gesellschaftlichen Stellung, was ihre Rehabilitation und Entschädigung einschloss.

Angesichts dieses großen Spektrums bis dato unberücksichtigt Gebliebener überrascht es nicht, dass Übereinkünfte nur mühsam erzielt werden konnten. Hinzu kam, dass die erhobenen Ansprüche in erster Linie auf individuellen oder gruppenspezifischen Erfahrungen beruhten. Eine Gesamtabrechnung mit der bisherigen »Wiedergutmachung« war nicht erfolgt. Entsprechend widersprüchlich waren die Erwartungen. Die einen wollten die Entschädigungsgesetzgebung verbessern und vollenden, die anderen verlangten einen völligen Neuanfang. Diese Unentschiedenheit kommt im zunächst allgemein gebräuchlichen Begriff »Vergessene Opfer« zum Ausdruck, wobei hier der Akzent deutlich auf nachträgliche Verbesserungen gesetzt ist. Ähnlich wurde auf politischer Ebene diskutiert. So sprach sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt durchaus für entschädigungspolitische Verbesserungen aus, fügte aber hinzu, eine »zweite Entnazifizierung« lehne er ab.

Über die praktischen Konsequenzen aus diesen Widersprüchen wurde insbesondere im Umfeld der Bundestagsfraktion der Grünen gestritten. Sie entschlossen sich nach anfänglichem Zögern im Jahr 1985 dazu, das Thema zu forcieren. Doch lehnten sie einen »antifaschistischen« Ansatz, wie die Gegenposition prononciert benannt wurde,

ab und wollten quasi karitativ den letzten noch nicht berücksichtigten Opfern zu ihrem Recht verhelfen. Diese Einschätzung im Jahr 1985 (!) verkennt nicht nur die riesigen auch quantitativen Dimensionen des noch immer Unerledigten, die in den folgenden Jahrzehnten immer wieder sichtbar wurden, sondern verschließt sich auch seiner Tiefendimension. So waren die Grünen in den letzten vierzig Jahren zwar an allen entsprechenden parlamentarischen Initiativen beteiligt, doch blieb diese Beteiligung stets oberflächlich.

Wie wichtig die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Hintergründen der Entschädigungspolitik ist, zeigt sich am Beispiel der Zwangssterilisierten und »Euthanasie«-Geschädigten. Zwei typische Beispiele seien aus ihrer Diskriminierungsgeschichte herausgegriffen. Das ist zum einen eine Anhörung des Bundestags, die 1965 im Vorfeld der Verabschiedung des BEG-Schlussgesetzes stattfand. Eingeladen waren Fachleute wie Mediziner, Juristen und Genetiker, die zum Teil selbst an den nazistischen »Rassenhygiene«-Verbrechen teilgenommen hatten und/oder dabei waren, dem Bundestag ein neues Sterilisationsgesetz vorzulegen. Diesmal begründeten sie seine Notwendigkeit nicht nur mit Hinweisen auf die Verwahrlosung von Jugendlichen, sondern auch mit der atomaren Bedrohung, von der eine Gefährdung des Erbguts ausgehe. Ohne zu zögern, lehnte dieser Personenkreis, von Ausnahmen abgesehen, die Berücksichtigung ihrer Opfer in der Entschädigungsgesetzgebung ab. Und der Bundestag folgte ihrer Empfehlung. Noch vor wenigen Jahren war die Bundesregierung unter Angela Merkel auf Nachfrage nicht bereit, sich von jener Anhörung samt ihren Experten zu distanzieren.

Das zweite Beispiel betrifft das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (Erbgesundheitsgesetz), auf dessen Grundlage die Rassenhygieneverbrechen begangen worden waren. Erst 1974 setzte es der Bundestag außer Kraft, was den Verfolgten aber nicht ausreichte, weil es ja weiterhin existierte. 2007 ächtete er es schließlich und erklärte es für null und nichtig. In der Aussprache hierzu wies ein Abgeordneter darauf hin, dass man in diesem Zusammenhang ja den entsprechenden Opferkreis auch zu den Verfolgten des Naziregimes rechnen könne, zumal nur noch wenige lebten und kaum Kosten entstehen würden. Das ist nun – 18 Jahre später, da es wirklich niemanden mehr gibt, der etwas einfordern könnte, geschehen.

Es geht daher nicht allein um die Aufarbeitung des ideologisch-politischen Hintergrunds dieser Geschichtspolitik, sondern bei aller Auseinandersetzung mit diesen Fragen weiterhin auch um die Beschäftigung mit simpler Entschädigungsverweigerung. Allerdings geht das heute anders vonstatten als in den fünfziger und sechziger Jahren. Viele Verfolgtenengruppen aus dem Kreis der »Vergessenen Opfer« sind mittlerweile rehabilitiert und Teil eines gesellschaftlichen Erinnerungszereemoniells geworden. Doch auch wenn die Kontinuitätslinien heute feiner gezogen sind, sind sie nach wie vor existent – mit all ihren Konsequenzen für Gegenwart und Zukunft dieser Gesellschaft. Welche das sind (oder wieder werden können) zeigt sich in einer Zeit, in der neue biopolitische Konzepte entwickelt werden, gerade an den Opfern ihrer nazistischen Vorläufer. ●

Rolf Surmann schrieb in konkret 3/25 über die Funktionalisierung der deutschen Gedenkpoltik für die ideologische Aufrüstung

Make Aufklärung Great Again!

Jetzt die »Blätter« im Kombiabo
bestellen und den Durchblick behalten:
Print-Abo + Online-Zugang + Buchprämie



blaetter.de/kombiabo

»Museums-politisches Gesindel«

Der bayerische Umgang mit NS-Kulturraubgut ist zum offenen Skandal geworden. Von Rolf Surmann

Im Februar wurde der »Süddeutschen Zeitung« der Ausdruck einer 900 Seiten umfassenden Liste zugespielt, in der die Ergebnisse der Provenienzforschung in den bayerischen Museen aufgeführt sind. Die Kunstwerke sind in diesem Konvolut mit Foto und einer, wie die »SZ« schreibt, minutiös nacherzählten Geschichte, die in jahrelanger Arbeit von den Provenienzforschern rekonstruiert wurde, dokumentiert. Der Bericht stammt aus der internen Datenbank »MuseumPlus« und ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. 200 Kunstwerke sind auf eine besondere Weise markiert: mit einem roten Punkt. Er bedeutet NS-Raubgut. Daneben gibt es 800 Einträge mit einem orangefarbenen Punkt, der für »Raubgutverdacht« steht.

Die beiden Punkte haben auch deshalb besondere Bedeutung, weil mit einer solchen Einstufung besondere Pflichten verbunden sind, die sich aus der 1998 unterzeichneten Washingtoner Erklärung herleiten. Dort war mehr als 50 Jahre nach der Niederschlagung der Nazi-Herrschaft und nach der Veröffentlichung aufsehenerregender Untersuchungen über Museen mit Nazi-Raubgut auch außerhalb Deutschlands beschlossen worden, diese Kunstwerke zu restituieren, also ihren ursprünglichen Besitzern bzw. deren Nachkommen zurückzugeben. Man war allerdings nicht in der Lage, verbindliche Regeln dafür zu formulieren. Doch wurde ein Verhaltenskodex aufgestellt, der grundsätzlich »faire und gerechte Lösungen« vorsah und außerdem, die Umstände des Raubs und die verstrichenen Jahrzehnte berücksichtigend, im Fall von hochgradigem Raubverdacht zur Umkehr der Beweispflicht aufforderte. Seitdem gibt es Auseinandersetzungen über die Anwendung dieser Maxime, die in Deutschland auch später nicht – anders als in anderen Staaten – rechtsverbindlich

wurde. Es gab hierzulande lediglich Empfehlungen in Form einer »Handreichung« und ähnlich Unverbindliches.

Über die mangelnde Rechtsverbindlichkeit wird angesichts der unzureichenden Restitutionsergebnisse in den Jahren nach der Erklärung wieder einmal gestritten, wobei in erster Linie die Geschädigten ein verbindliches Restitutionsgesetz verlangen, um nicht vom Goodwill der Raubgutbesitzer abhängig zu bleiben. Daneben geht es um das Instrumentarium und seine Anwendung, die das ganze Vorhaben erst durchführbar machen. Hier blieb man lange untätig, bis schließlich mit der Einrichtung des Allernötigsten begonnen wurde. Konkret heißt das, Mittel für die Provenienzforschung wurden bereitgestellt und die im Internet aufrufbare Datenbank Lost Art eingerichtet, die Raubkunst dokumentiert. Damit verbunden war im Prinzip auch die Kommunikation mit den Geschädigten, die nach den geraubten Werken suchten oder sie, falls geortet, zurückforderten. Die Verpflichtung zur Meldung und Kommunikation macht den Kern der aktuellen Auseinandersetzung aus.

Dabei ist dieser Aspekt mit der »Provenienzpamel« eindeutig geregelt. Denn das zuständige Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste stellte unmissverständlich klar, »Rot« bedeute, die Provenienz sei »höchstwahrscheinlich oder eindeutig« belastet. Daraus folge, dass die betreffenden Werke ohne präjudizierende Auswirkung auf die Eigentumsrechte der Lost-Art-Datenbank gemeldet werden sollten. Anders stellt es jetzt der Generaldirektor der bayerischen Sammlungen dar. Zunächst weist er darauf hin, dass der geleakte Bericht aus dem Jahr 2020 stamme und deshalb nicht mehr aktuell sei. Das ist zwar formal richtig, inhaltlich aber krude. Denn man nimmt für sich in An-

spruch, dass die allgemeinen Richtlinien zur Klassifizierung von Raubgut in Bayern auf besondere Weise ausgelegt werden. Hier wird bei Raubkunstverdacht eine vertiefte Untersuchung eingeleitet, bevor im Fall seiner Erhärtung eine Meldung erfolgt. Der Entscheidungsspielraum darüber, was Raubkunst ist oder nicht, wird also zugunsten der eigenen Entscheidungsträger verschoben.

In besonders krasser Form zeigt sich das am bekannten Streitfall des Picasso-Gemäldes »Madame Soler«, bei dem mit Berufung auf die eigene Provenienzforschung selbst die Anrufung der Beratenden Kommission als Schlichtungsinstanz verweigert wird. Nicht zuletzt stehen solche rechtfertigenden Stellungnahmen im Widerspruch zu Statements auf anderer Ebene. So antwortete das bayerische Ministerium für Wissenschaft und Kunst noch im Januar auf eine Anfrage der Grünen, »sobald die Prüfungen an einem Werk ergeben, dass Hinweise auf einen NS-verfolgungsbedingten Entzug vorliegen, erfolgt bereits ab diesem Zeitpunkt und damit schon vor der abschließenden Tiefenrecherche eine Meldung bei der Internetplattform Lost Art«. Wenn's ernst wird, wird plötzlich anders geredet.

Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, man habe die Anwälte der Erben ständig über die vorliegenden Erkenntnisse auf dem laufenden gehalten. Die entgegennen, sie seien weder von der Staatsregierung noch den Staatsgemäldesammlungen jemals über neue Entwicklungen informiert worden. Es ließe sich eine lange Liste solcher Verweigerungen aufstellen. Doch würde sie lediglich das Bild einer gesellschaftlichen Praxis bestätigen, mit der vor dem Hintergrund der systematisch unzureichenden politischen Beschlussfassung Restitutionsverweigerung als tägliches Geschäft betrieben wird.

Deshalb greift es zu kurz, das Thema auf die subjektive Ebene zu schieben und »museumspolitisches Gesindel« für die Einbehaltung des Raubguts verantwortlich zu machen, wie es der ehemalige Kulturstatsminister Michael Naumann tat. Auch 80 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft die Angelegenheit mit der beschönigenden Floskel herunterzuspielen, man sei, so der Vorsitzende des bayerischen Parlamentsausschusses für Wissenschaft und Kunst, »viel zu spät dran mit der Rückgabe von Kunstgegenständen«, versucht nur, die Systematik der Restitutionsverweigerung zu überdecken. Ebenso macht die nachgeschobene Allerweltsphrase, man sei es »den wenigen noch lebenden Opfern« schuldig, »zügig faire und gerechte Lösungen zu finden«, überdeutlich, dass aus eigenem Antrieb keine Änderung der Verhältnisse beabsichtigt ist. ●

Rolf Surmann hat sich in konkret 12/24 grundsätzlich mit der deutschen Restitutionsverweigerung beschäftigt

Früher war alles besser (2)



... zum Beispiel die Herrenwitze

Vertriebene Erinnerung

Ein kleines Ratespiel: Welche der folgenden Aussagen stammen aus dem Bundestagswahlprogramm der Union, welche aus dem der AfD?

1. »Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Aussiedler pflegen. Es ist ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität.«

2. »Erinnerung an Flucht und Vertreibung stärken. Wir stärken die Bundesförderung nach dem Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetzes.«

3. »In unserer historischen Verantwortung treten wir für die Angehörigen der Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten ein. Ihre Aufbauleistung und Brückenfunktion sind konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation.«

Die richtige Antwort lautet: Alle drei Aussagen sind im Programm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2025 zu finden. Und sie lassen sich noch ergänzen. Denn die Schwesterparteien haben den sogenannten Heimatvertriebenen unter der Rubrik »Leitkultur und Zusammenhalt« derart viel Platz eingeräumt, dass der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas, jubilierte: »Wie selten zuvor« habe sich die Union »an die Seite der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und der heimatverbliebenen deutschen Minderheiten gestellt«.

Vergleich sucht man in dem Programm der Union hingegen Begriffe wie Nationalsozialismus, NS-Zeit, NS-Verbrechen, Shoah, Holocaust. Unter anderem deshalb stellte Jens-Christian Wagner, der Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, am Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz in einem Interview mit dem Deutschlandfunk fest, er beobachte »einen erinnerungspolitischen Klimawandel in Deutschland«. Die AfD versuche, sich vom »Makel der NS-Verbrechen zu befreien«, um mehrheitsfähig zu werden. Im CDU-Wahlprogramm komme »die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen so gut wie nicht mehr« vor, statt dessen sei »seitenlang von deutschem Leid durch Flucht und Vertreibung« die Rede. Dies sei ein »Rollback in die fünfziger Jahre Westdeutschlands«, als man »sich selbst als die eigentlichen Opfer des Krieges« verstanden habe.

Christoph de Vries, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der Unionsfraktion, versuchte, von der »Welt« befragt, die Vorwürfe unter Rückgriff auf die berühmte Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zu entkräften, bestätigte jedoch unfreiwillig Wagner: »Die Völker Europas wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.« Es sei daher wichtig, sowohl an die NS-Verbrechen als auch an das »Unrecht zu erinnern, welches den Heimatvertriebenen noch lange nach Kriegsende widerfahren ist«. Von deutschen Tätern sprach de Vries nicht. Sonst hätte er wohl erwähnen müssen, dass gerade unter »Volksdeutschen« in Osteuropa die Begeisterung für die nationalsozialistische Sache groß war, wie etwa die Geschichte der Sudetendeutschen Partei zeigt. Ihre Beteiligung an den NS-Greueln ist nicht nur durch Fälle wie die der sudetendeutschen

Nazi-Größen Konrad Henlein, Karl Hermann Frank und Hermann Krümeier hinreichend belegt – was de Vries' Äußerungen als Geschichtsrelativismus entlarvt.

»Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir das Erbe der NS-Diktatur sehr ernst nehmen«, versuchte sich Karin Prien, christdemokratische Bildungsministerin in Schleswig-Holstein, Sprecherin des Jüdischen Forums der CDU und mitverantwortlich für die erinnerungspolitischen Aussagen im Unionsprogramm, an einer Erwiderung auf Wagner. Dass es in der Sache keine Selbstverständlichkeiten gibt, zeigt jedoch ein Blick in die Geschichte der Erinnerungspolitik. Verdrängte die bundesrepublikanische Gesellschaft bis in die Siebziger hinein die NS-Verbrechen, um die Deutschen zu Hitlers Opfern umzulügen, erklärte die staatlich verordnete, offiziell als antifaschistisch deklarierte Geschichtspolitik der DDR den Nationalsozialismus zur Ausgeburt des westlichen Imperialismus und verhinderte so eine reflektierte Auseinandersetzung mit der NS-Barbarei. Nach der sogenannten Wiedervereinigung vollzog sich eine erinnerungspolitische Wende: Das betriebsam gedenkende Deutschland

widmete sich den ermordeten Juden, um sich selbst und der Welt, in der es wieder eine größere Rolle spielen wollte, der »Wiedergutwerdung der Deutschen« (Eike Geisel) zu versichern. Die Resultate dieser »Erinnerungskultur« sind bekannt: jedes Anflugs historischen Verstehens beraubte Gedenkrituale, besinnungsloses Abspuhlen hohler Floskeln, Kranzabwürfe mit betont betroffenen Mienen.

In diesem Sinne bezeichnete die Union »die Aufarbeitung der NS-Zeit« in ihrem Wahlprogramm 2021 noch als »dauerhafte Aufgabe«. Doch mittlerweile wünscht sie sich »ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können«, ein allzu großes Beharren auf der Erinnerung an die von Deutschen begangene industrielle Massenvernichtung der Juden würde das nationalistische Hochgefühl stören, oder, wie die AfD es formuliert: »Die offizielle Erinnerungskultur darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch die Höhepunkte im Blick haben. Ein Volk ohne Nationalbewusstsein kann auf die Dauer nicht bestehen.« Überhaupt herrscht nicht nur in der Erinnerungspolitik eine große Nähe zwischen den beiden Parteien, sondern auch in allgemeinen Fragen der Kulturpolitik: Brauchtum, Tradition, Identität, Leitkultur – AfD und Union teilen sich den zeitgemäßen Wortschatz des Volks- und Deutschtumsirrsinns derart, dass in diesem Bereich nichts einer künftigen Koalition im Weg stehen würde.

Vorerst soll nach dem Willen von CDU/CSU aber noch die SPD beim Regieren assistieren. »Keine deutsche Identität ohne Auschwitz«, lautet deren Maxime, ein ordentliches Maß an deutschem Wir-Gefühl wünschen sich also auch die Sozialdemokraten vom Erinnern – ein Kompromiss mit der Union wird sich also finden lassen. Und was hat die parlamentarische wie außerparlamentarische Linke der drohenden erinnerungspolitischen Wende nach rechts entgegenzusetzen? Angesichts der Entwicklung der vergangenen anderthalb Jahre steht zu befürchten, dass ihr nur die postkolonial gewendete Forderung nach einem Ende des deutschen »Schuldults« einfällt: »Free Palestine from German guilt.«



»Ein Roman wie eine Naturgewalt. Stürmisch, fesselnd und dabei voller Zärtlichkeit.«

Doris Knecht, Schriftstellerin und kollegiale Lobeshymnikerin, macht Lust auf den nächsten Hurrikan

Bitte recht freundlich

Der linke Standard, der den rechten Standard kontert, wonach man nichts mehr sagen darf, weist auf den performativen Widerspruch der öffentlich möglichen Beschwerde hin, man dürfe nichts mehr sagen. Vielleicht ist das aber auch ein bisschen bequem, weil es nur die Aussage in den Blick nimmt, nicht ihre Folgen. Was aus der Spanierin Karla Sofía Gascón Ruiz werden wird, die für die Rolle im Thriller-Musical »Emilia Pérez« als erste Transfrau überhaupt für den Hauptdarstellerinnen-Oscar nominiert war, ist ja durchaus offen, nachdem eine kanadische Podcasterin diese Tweets ausgegraben hatte, deren Münchner Fassung wir folgen:

Ich bin mir sicher, dass George Floyd, ein drogenabhängiger Stricher, den meisten Menschen egal ist. Sein Tod dient mal wieder dazu aufzuzeigen, dass es Menschen gibt, die Schwarze für Affen ohne Rechte halten, und dass es Menschen gibt, die Polizisten für Mörder halten. Das ist alles falsch.

Sorry, ist das nur mein Eindruck, dass es immer mehr Muslime gibt in Spanien? Jedes Mal, wenn ich meine Tochter von der Schule abhole, sehe ich mehr verschleierte Frauen mit Kleidern bis zu den Fersen. Vielleicht müssen wir in der Schule nächstes Jahr statt Englisch schon Arabisch unterrichten?

Solange wir Religionen wie den Islam, die den europäischen Werten zuwiderlaufen und die Menschenrechte verletzen, nicht unter dem Schutz der Religionsfreiheit verbieten, werden wir einen Teil des riesigen Problems, dem wir gegenüberstehen, nicht lösen.

Die Oscars sehen immer mehr wie eine Zeremonie für Independent- und Protestfilme aus, ich wusste nicht, ob ich ein afrokoreanisches Festival, eine Black-Lives-Mat-

ter-Demonstration oder den 8M (den internationalen Frauentag am 8. März) sehe.

Alle Filmwelt distanzierte sich von Gascón und ihren »hasserfüllten« und »unentschuldbaren« Einlassungen (»Emilia Pérez«-Regisseur Jacques Audiard), zu denen auch ein Frühlingsrollen-Klischeewitz gehörte (»Netzwelt.de«: »diskriminierend gegenüber China«), und Zoe Saldaña, Co-Star des Films, ließ wissen, sie sei »traurig« und habe für derlei »negative Rhetorik« keinerlei Toleranz.

In Zeiten von Trump und Höcke hat die negative Rhetorik keinen guten Ruf, welche sich in weniger verhetzten Zeiten einfach mit »Kritik« übersetzen ließe. *Das ist alles falsch* ist erst einmal kein schlechter polemischer Ansatz, und dass Polizisten sowenig Mörder wie Schwarze Affen seien, ist ja bloß so verkehrt, dass es die Pressestelle vom Innenministerium noch unterschreibt. Religionsfreiheit gibt es auch als negative, und dass die bis über die Fersen verhüllte Frau irgend mehr als eine dumme Männeridee sei, müssen zumal Menschen nicht finden, die die lebende Distanz zum Patriarchat sind. Den Vorschlag, in der Schule statt Englisch Arabisch zu unterrichten, hat das superwoke Buch *Macht Sprache* (siehe konkret 11/24) eben erst ganz ernsthaft gemacht, und vor der Neigung, Kunst unterm Inhalt zu begraben, hat mal einer gewarnt, dessen Einsatz für die bessere Welt ganz außer Zweifel steht, nämlich Ronald M. Schernikau. Und apropos bessere Welt:

I am so sick of so much of this shit, of islam, of christianity, of catholicism and of all the fucking beliefs of morons that violate human rights.

Negative, traurige, den Gratisvorwurf der »Islamophobie« (»Spiegel«) eher nicht bestätigende Rhetorik, die der deutsche Leser erst auf »Variety.com« findet und für die sich Gascón natürlich entschuldigen musste. Während es der reflexbasierten Rechtschaffenheit bislang nicht eingefallen ist, Tilda Swintons auf der Berlinale geäußerte »große Bewunderung für BDS« für hasserfüllt oder gar unentschuldigbar zu halten.

Etwas näher zusammen, bitte

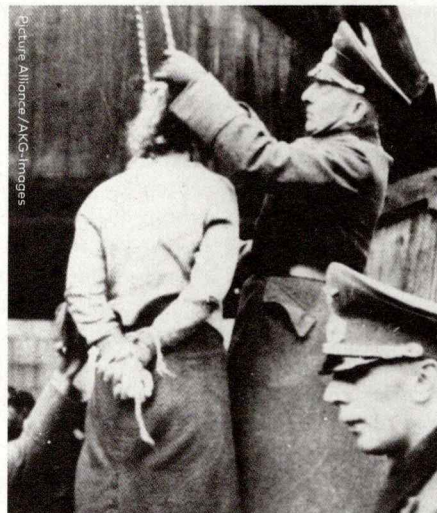
Schon der Vorwurf der »Islamfeindlichkeit« (»SZ«, wenn auch nur referierend) ist ja einer, den jeder Mullah erhebt, der zum Stürmen einer westlichen Botschaft aufruft, und wer sich nicht nachsagen lassen will, Menschenfeindschaft und Religionskritik nicht auseinanderhalten zu können, spreche bitte von »Muslimfeindlichkeit«. Ich bin ja, umgekehrt, auch nicht literaturfeindlich, nur weil ich hier lachen muss:

»Schlehengrund« ist der letzte Teil von Anna-Maria Casparis Eifel-Trilogie, in der

die Geschichte des Dorfes Wollseifen verarbeitet wird. Seine Nähe zu Vogelsang, einer Ordensburg der Nationalsozialisten, wurde dem Dorf zum Verhängnis und inspirierte Caspari bereits zu den Romanen »Ginsterhöhe« und »Perlenbach«.

Wie ja die in der Wollseife gefärbte Nähe zum Hitlerführer überhaupt den Deutschen zum Verhängnis wurde.

Auch in »Schlehengrund« steht das Thema Umbruch im Fokus. Der Wunsch nach Normalität ist groß, doch das Eintreffen der letz-



»Wir Deutschen hatten einstmals die schlagkräftigste Armee der Welt, deren Geheimnis Ausbildung, Durchlässigkeit und Integration waren. Diese Armee, wie so vieles andere Bemerkenswerte unserer Geschichte, wurde von Diktatur und Rassismus zugrunde gerichtet.« So rehabilitiert der Romancier Steffen Kopetzky, Jahrgang 1971, in der »FAZ« die bemerkenswerte Wehrmacht, und es ist schön zu erfahren, dass die russisch-jüdische Partisanin Masha Bruskina, gehängt am 26. Oktober 1941, und ihre deutsch-arischen Mörder im selben Maß als Opfer von Diktatur und Rassismus zu gelten haben.

ten Heimkehrer aus russischen Lagern sorgt für Herausforderungen. Besonders die junge Bäuerin Johanna hat mit der Ankunft ihres Ehemannes Karl zu kämpfen. Während seiner Abwesenheit ist aus ihr eine selbstbewusste und eigenständige Frau geworden. Karl hingegen sehnt sich nach ihm vertrauten Strukturen.

Ich bin ja der letzte, den es nicht freute, dass endlich mal eine das Thema des Umbruchs in den Fokus stellt. Aber wenn die Strukturen derart vertraut sind, fehlt es mir

nicht an Selbstbewusstsein, hier auszurufen:
Grüß dich, Scheißdreck (c/o Ullstein) aus
Schlehengrund.

Gegenlicht, das wird nichts

Wenn einer eine Reise tut – und dann noch
ein Mann von der »Welt«:

*Das Schönste am Job eines Reporters
ist: Man kommt an Orte, die man sonst nie se-
hen würde. Vor einigen Wochen war ich zum
Beispiel*

*in Putins Protzpalast? Alice Weidels
Marmorgarage? Besser:*

*im Archiv von Yad Vashem. Die Gedenk-
stätte in Jerusalem bewahrt rund 31.000 Ar-
tefakte auf, die Opfer des Holocaust hinterlie-
ßen: Brillen und Mäntel, Teddybären und
Chanukka-Leuchter, sogar ein Klavier. Die
meisten davon lagern tief unter der Erde in
einer gesicherten Halle, die selbst Mitarbei-
ter nur selten betreten.*

Und das ist halt wirklich schön am Job
des Reporters, dass man spannende, krasse
Sachen zu sehen kriegt und der Mord an Mil-
lionen noch zum Newsletter taugt. Und, über
Bande, zu meiner Rhetorik, die zwar vorbild-
lich negativ ist, aber ohne die Brillen und
Mäntel, Bären und Leuchter keine wäre.

Cheeeese

Ich gehe also mit gutem Beispiel voran, wenn
ich, mit Fontanes altem Stechlin, sage, dass
es etwas ganz Richtiges nicht gibt. Dann
stimmt auch die Meinung nur mit Salz, beim
Professor Nida-Rümelin, emeritiert und im-
mer da, handele es sich um Richard David
Precht für Leute, die Lanz nicht gucken: »Die
Demokratie ist derzeit auch bedroht, weil es
in ihr zu viele Menschen gibt, die von der
Richtigkeit ihrer Meinung so überzeugt sind,
dass sie jede Diskussion für überflüssig hal-
ten.« Und also klagt die Kollegin, sie sitze
zwischen allen Stühlen: Die alten weißen
Männer hielten sie für woke, und die jungen
woken Damen hielten sie für beschränkt,
wenn sie den Hinweis wage, in der Medizin
sei »fett« nicht diskriminierend, sondern ein
Krankheitsbild. »Immer nein sagen«, laute-
te der Rat des großen Philologen Walter
Boehlich, der außerdem wusste: »Es geht im-
mer um Macht.« Die Diskussion ist eröffnet.

Scheiße, unscharf

Einen mächtig klugen Gedanken hat der
Schriftsteller Jakob Hein, Dr. med. und frü-
her DDR, in einem Essay gehabt:

*Der Trick der sich sozialistisch nennen-
den Staatsführung bestand darin, offiziell ge-
gen Religion zu sein und damit die intensive
Religiosität der eigenen Weltanschauung ver-
schleierte zu haben.*

20 Prozent

Sie werden kein KZ erbaun
Und keine reine Rasse ziehn,
Den Holocaust nicht wiederholn
Samt welker Weltmachtphantasien.

Sie werden in verschärfter Form
Nur tun, was die Unionspartei
Von Anbeginn und immer tat,
Doch bar der Christentümelei.

Wer heute aus Protest sie wählt,
Der schießt sich nur ins eigne Knie:
Dann sind Gewerkschaft und Tarif
Bald abgeschafft und kehren nie

Zurück. Allein der Bourgeois
Schenkt dankbar sich Champagner ein.
Doch das Gebilde, drin du lebst,
Das wird ein Polizeistaat sein.

Marco Tschirpke

Heins neuem Roman *Wie Grischa mit ei-
ner verwegenen Idee beinahe den Weltfrieden
auslöste* (Galiani) ist ein Ost-Glossar beige-
geben, damit das nachwachsende Westpubli-
kum mitkomme. Denn der Trick des sich
Schriftsteller nennenden Mediziners war
stets, in der DDR-Folgezeit nicht dagegen ge-
wesen, aber dagegen zu sein und damit zu ver-
schleiern, dass er die Zeitenfolge nicht be-
herrscht.

Danke, das war's

Doch auch das schöne Leben hüben geht
ja nun zu Ende, und wer wollte es unserem
Lieblingskolumnisten Hilmar Klute da ver-
übeln, den Abgesang in angenehm inter-
nationalen Umständen (Washington, D. C.)
anzustimmen:

*Man kann also durchaus über Bäume
und über Vögel reden, während Trump und
Putin ihren Deal um Europa und die Ukraine*

*machen. Man kann auch darüber reden, was
man am Abend kochen will. Oder man kann
mit der Familie in ein Restaurant gehen, ins
Clyde's an der Wisconsin Avenue, und sich
freuen, wenn man vom Kellner Andrew be-
grüßt wird, der sich von Kopf bis Fuß für ei-
nen zuständig fühlt ... Nur weil man ein ganz
normales Leben führt, heißt das ja nicht, dass
man den Niedergang der westlichen Welt
nicht würdigt,*

die beziehungsweise der in Klutes non-
chalant breitgetretenem, weil ganz norma-
lem Weltbürgerleben so beredt wird. Als ich
Kind war, war »Krieg, Dummheit, Angeben«
eine populäre Formel für das, was wir klei-
nen Köpfe für falsch hielten; heute sitzen die
Angeber zwischen Kriegsherrn und Dumm-
köpfen, und mein ganz normales Leben be-
steht darin, mich für ihren Vogel zuständig
zu fühlen.

Und dafür fallen durchaus Bäume.

Stefan Gärtner

Bis keiner weint

Wenn Aufstand museal wird: Die Stuttgarter Ausstellung »Protest!« ist ein infantiler »Erlebnis«-Parcours zwecks Förderung systemkonformen Gemosers. Von Elena Wolf

Wer auch immer Lenin unter den Schnorres gedichtet hat, dass die Deutschen sich eine Bahnsteigkarte kaufen, bevor sie einen Bahnhof stürmen – er hatte unrecht. Denn es ist noch schlimmer: Bevor die Deutschen irgendeinen Winterpalast stürmen, kaufen sie sich ein Ticket für »Protest! Von der Wut zur Bewegung«, eine »Erlebnisausstellung« im Stuttgarter Landesmuseum. Als Teil der »Großen Landesausstellung 500 Jahre Bauernkrieg« können Schaulustige hier unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Die Grünen) an »interaktiven Mitmachstationen« und in »immersiven Welten« nämlich »Proteste aus der Innenperspektive« erleben und gemeinsam Hegemonie reproduzieren. Vor allem junge Menschen möchte das Landesmuseum ansprechen und liefert auf seiner Webseite auch gleich eine zwölfseitige »Handreichung für Lehrende«, die durchideologisiert genug sind, ihre Lernenden mit der Verripsdrillierung von Systemkritik verblöden zu lassen. Damit die Tiktoker von heute die Demokratieapologeten von morgen werden. Also resolute Verteidigerinnen und Verteidiger einer Gesellschaft, die gerade fleißig daran schraubt, ihre Kinder die Semesterferien im Schützengraben an der Ostfront verbringen zu lassen.

Ja, egal, was juckt uns der real existierende Kapitalismus und seine imperialistische Grausamkeit, wenn die Simulation von kritischem Denken Gratissticker mit dem Feminismussymbol, einer Tierpfote und der Trans-Pride-Flagge austeilte! Yay! Denn auch wenn das Wort »Wut« hinter dem zentralen Objekt der Ausstellung, auf das an späterer Stelle noch eingegangen wird, in drei Meter hohen Buchstaben prangt – wütend soll bei einer Ausstellung in Stuttgart bitteschön niemand werden. Sonst macht am Ende noch irgendwer den Dietrich Wagner, geht auf die Straße gegen ein korruptiertes Tiefbahnhofprojekt und lässt sich von Wasserwerfern der Polizei ein Auge aus dem Gesicht schießen. Und das muss ja auch nicht sein. Aus

diesem Grund wird gleich am Anfang der Ausstellung für Awareness gesorgt und erklärt, dass »die Diskussion kontroverser Themen« zwar »erwünscht« ist, weil sie »ein integraler Bestandteil demokratischer Aus Handlungsprozesse« sei. Doch auf »Darstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« verzichtet das Landesmuseum bewusst, weil es sich des Themas Protest lieber aus der demokratiefördernden Wohlfühlperspektive annehmen will, die sich gut auf Instagram teilen lässt. Begib dich also immersiv »in die Welt des Protests, diskutiere mit, stimme ab und lass uns wissen, wie die Zukunft gestaltet werden soll«. Partizipation, so wichtig!

Und so kommen gleich im ersten Raum – in dem Besucherinnen und Besucher rote Quizshowbuzzer drücken, um zu erklären, wofür sie protestieren würden (Platz 1: Frieden, Platz 2: Erhaltung der Klimaziele, Platz 3: Bessere Arbeitsbedingungen, Platz 4: Humanere [sic!] Asylpolitik, Platz 5: Atomausstieg, Platz 6: Rechte queerer Menschen) – Aktivistinnen und Aktivisten in Videobotschaften zu Wort: die Stuttgarter Fridays-For-Future-Vertreterin Nisha Tousaint-Teachout und Vanessa Nakate aus Uganda für die Klimaretterei; Raúl Krauthausen für die Rechte von Behinderten; »Pepper« aus Hongkong für Demokratie; der Stuttgarter Imker David Gerstmeier für Bienen und biologische Landwirtschaft. Ach ja, ganz verdrängt: und Magdalena Scherer. Eine »Stuttgarter Bürgerin«, die im Bauernkrieg durch »außergewöhnliche Protestformen auffiel«, sich für den (zu Recht) vertriebenen württembergischen Herzog Ulrich »entblößte« und dafür »vom öffentlichen Leben ausgeschlossen« wurde. *Slay queen!* Näheres sei zu ihrer Person zwar »nicht bekannt«, und »über ihre Motive« ließe sich auch »nur spekulieren«. Trotzdem hat das Landesmuseum keine Kosten und Mühen gescheut, »Magda« mit Hilfe künstlicher Intelligenz zum Leben zu erwecken, damit sie der Generation »OnlyFans« erzählen kann, wie das damals, 1525, so war, als sie sich für ein opportunistisches feudales Arschloch nackt machte, das die Schulden für seinen

höfischen Lebensstil auf die arme Bevölkerung abwälzte und sich später bei den Bauern anbot, damit sie ihn wieder reinließen. *So empowering!*

Überall düdelt es. Überall blinkt es. Überall soll man mitmachen und an Rädern drehen. Beim »Ständeschach« werden große Figuren über ein sprechendes Spielbrett gezogen, um »die Ordnung der Gesellschaft um 1500« nachzuerleben. »Ungerechtigkeit fühlen«! Stellt die Magda der Gegenwart den Bauer nach seiner Wutrede über die da oben aber nicht gleich wieder artig zurück auf seinen blinkenden Platz, wird sie von einer weiblichen Computerstimme daran erinnert, das bitte schleunigst zu tun. Nicht auszudenken, was passieren würde, wenn der Bauer aus der Reihe tanzt! Doch die nächste Eventstation fordert gleich zur nächsten Polonaise auf. »Wie motiviert bist du und wie wichtig ist dir das Thema?« prangt über einer quietschbunten Wand mit drei Durchgangstüren. Hier kommen die Sticker mit den hippen Symbolen zum Einsatz, die auf ein Klemmbrett geklebt werden sollen. Wer ganz verrückt ist und weder für Tierschutz noch Frauenrechte, Umwelt oder Transrechte »brennt«, kann sich mit einem Kugelschreiber seinen eigenen Slogan auf einen Blankosticker kritzeln. »Wir sind alle eins <3« steht auf einem, gleich neben »Dönerpreisbremse« und »Rechte für KI-Autoren und Schachspieler«. Stuttgart brennt.

Kein Wunder. Nachdem junge Menschen im Landesmuseum auf brutalst immersive Weise aufgepeitscht und dazu aufgefordert wurden, auf Zettel zu schreiben, wann sie »eine Revolution starten« würden (Antworten: »Kein Rassismus«, »Merz geht an die Macht«, »Schwarzwurst für alle!«), und eine virtuelle Menschenkette bilden mussten, pocht das Adrenalin beim Herzstück der Ausstellung in der Halsschlagader: der »Wut«-Raum. Kaputtgart kennt keine Gnade. Ein alter VW-Golf, komplett mit den knalligen Gratisstickern beklebt, steht vor meterhohen weißen Buchstaben auf rotem Hintergrund: »W«, »U«, »T«.

Was aussieht wie das durchschnittliche Gefährt einer seriösen Saufpunkband auf

dem Weg zu den – leider nicht mehr durchgeführten – »Olympischen Spielen« im Jugendhaus Herrenberg, soll die ganze Aufmerksamkeit des Raumes auf sich ziehen. Na endlich. »Grenzen überschreiten«. Hier lernen wir: »Ob Beleidigung oder Vandalismus: Proteste sind oft mit Gewalt verbunden.« Und als wäre die Mitmachstation »Besetztes Haus«, bei der Jugendliche »Protestsongs« über Kopfhörer anhören sollen, nicht schon *Hate crime* genug, und als fielen Menschenrechte stets durch freundliches Bitten vom Himmel, wird das Kanonenfutter von morgen jetzt vollends radikalisiert: »In diesem Raum kannst du prüfen, wie grenzüberschreitendes Handeln auf dich wirkt: Du kannst das Auto mit einem Schlagwerkzeug zerstören oder anderen dabei zuschauen.« Ganz wichtig: »Achte auf dich und deine Umgebung – und folge den Anweisungen der Ausstellungsbegleiter*innen.«

Unter dem Erklärschild: Baseballschläger, dick wattiert. Es soll ja nix kaputtgehen. Nur die eigene Gewaltbereitschaft geprüft werden. Als wäre das nicht bereits am Eingang der Ausstellung geschehen, wo ein höflicher Museumsmitarbeiter eine Besucherin bittet, ihren auf der Schulter getragenen Jutebeutel bitte an der Garderobe abzugeben. Es soll nämlich nix kaputtgehen. An diesem Freitagnachmittag geht nix kaputt. Die einzigen zwei Besucherinnen sind die impuls-kontrollierte Autorin dieser Zeilen und eine etwa sechzigjährige Frau, die sich hochkonzentriert die aufregende Geschichte von Magdalena Scherer auf Kopfhörern reinzieht. Und so mutiert der Besuch vollends zum performativen Witz, wenn die Totenstille der menschenleeren Ausstellung lediglich vom Quietschen der Gummisohlen einer Museumsaufsicht und den »Wir sind das Volk!«-Rufen an der Station »Protest erleben« durchbrochen wird.

Hier sollen die Demokratinnen und Demokraten der Zukunft lernen, wie es sich anfühlt, an einer Demonstration teilzunehmen. Um dieses Gefühl am eigenen Leib spüren zu können, hängen von der Decke des Raumes weiße Boxsäcke herab, die andere Menschen simulieren sollen, um die sich die Demosimulanten tummeln, während sie in einer Art Spiegelkabinett von Schwarzweißaufnahmen der Montagsdemonstrationen im deutschen Wendeherbst zugehörnt werden. Wie sich das anfühlt? *Cringe as fuck*. Besser nicht zu Hause nachmachen. Denn »das kollektive Auftreten gibt vielen Protestierenden« ja eh nur »das Gefühl, etwas verändern zu können«. Was genau und warum, lernen wir irgendwann auf der Landesaustellung »Revolution! Von der Couch ins Bett«.

Zum Glück ist auch der letzte Raum dieses Freizeitparks bürgerlicher Selbstgefälligkeit menschenleer. Zum Abschluss des drogenfreien schlechten Trips wird dazu



Elena Wolf

Kaputtgart kennt keine Gnade: Autowrack mit Proteststickern im »Wut«-Raum der Stuttgarter Ausstellung

eingeladen, »über eine Utopie nachzudenken«. Besucher haben hier beim »Utopia Swap« – einem Postkartenrondell, an dem Utopien »getauscht« werden können – bunte Bildchen auf Blanko-Postkarten gemalt, die andere dazu animieren sollen, selber etwas zu malen. Bäume. Menschenketten. Peace-Zeichen und Regenbogen. Auf einem großen Tisch liegen bunte Bauklötze mit dem Hinweis »Build your Utopia« aus. In einer Vitrine daneben wird der »Protest des Monats« gezeigt: Das Volksbegehren »Landtag verkleinern« von Dieter Distler, einem ehemaligen BASF-Manager aus Bietigheim-Bissingen im Kreis Ludwigsburg. Leider, popeider: gescheitert. Der Torso einer Schaufensterpuppe trägt ein weißes T-Shirt aus der Protestwelt des Dieter Distler: »Landtag verkleinern. Kompakt. Effizient. Bürgernah. Jetzt unterschreiben.« Daneben ein Bild des Einundachtzigjährigen. Darunter ein Link zu seiner Webseite. Wer will da nicht direkt

aus dem Alten Schloss rennen und die Welt verändern?

Nichts erwartet und absolut alles nicht bekommen. Protest als gesellschaftliches Spektakel. Gendersensibel und inklusiv verwurstet in einem quietschigen Affirmationszirkus zur Normalisierung der systemischen Ursachen der Misere. Präsentiert von einer Institution des bürgerlichen Establishments zur Demokratieförderung. Konsumiert von braven Bürgerinnen und Bürgern, denen selbst dann nicht nach Revolution zumute ist, wenn alle ihre an Mitmachstationen auf Zettelchen geschriebenen Gründe, eine Revolution zu starten, eingetreten sind: jetzt. ●

»Protest! Von der Wut zur Bewegung«. Eine »Erlebnisausstellung« im Landesmuseum Württemberg, Altes Schloss. Täglich außer montags geöffnet, bis 4. Mai.

Elena Wolf schrieb in konkret 11/24 über einen Festakt des neoliberalen Feminismus

ANTIFA
OUT OF LINE

KONGRESS

5 PODIEN,
30 VORTRÄGE UND
WORKSHOPS ZU

- ARBEITSKRITIK
- GESCHLECHTER-
VERHÄLTNIS
- ISLAMISMUS
- ANTISEMITISMUS
U.V.M.

gegen die
autoritäre
Formierung

Berlin
1.—3. Mai

Alle Infos unter

gegenform.tem.li

Gefördert von



Grausame Herabsetzung

Die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (Gema) plant eine Abschaffung der »kategorischen Unterscheidung nach »Ernster Musik« und »Unterhaltungsmusik««. Für Komponisten von E-Musik würde das verheerende ökonomische Folgen haben, denn bislang werden sie – im Sinne einer Solidargemeinschaft aller Musikschaftenden – vom Verteilungsschlüssel der Gema bevorzugt.
Von Helmut Lachenmann

Man gestatte mir zunächst eine persönliche Bemerkung: Ich nähere mich meinem 90. Geburtstag und es mag an meiner eigenen Unaufmerksamkeit oder kreativ abgelenkten Verschlossenheit liegen, aber ich habe in all den Jahren noch nie eine sachliche Auseinandersetzung auf anspruchsvollem Niveau zwischen den Komponisten der sogenannten U-Musik und denen der E-Musik erlebt. Ich mache dabei keinem einen Vorwurf, denn ich erkenne, dass schöpferisch geladene Geister selten bereit sind, sich druckreif über ihr Selbstverständnis beziehungsweise ihre gesellschaftliche Rolle zu artikulieren, geschweige denn sich auszutauschen – ebenso wenig, wie man dies Bergsteigern oder welchen Abenteurern auch immer zumuten würde.

Bei meinen – insgesamt stolzen vier – Teilnahmen bei Mitgliederversammlungen der Gema erlebte ich bei den wenigen anwesenden E-Komponisten, mich selbst eingeschlossen, weithin eher schlecht überspielte Verlegenheit und auch Hilflosigkeit. Dagegen bei einigen der eher wortgewaltigen U-Komponisten (man erspare mir bei diesen mühsamen Einlassungen ausnahmsweise die Genderymnastik) alle Varianten freundlicher Überlegenheit bis zu hemmungslosen Feindseligkeiten, und ich vermesse nicht, wie der mit Wolfgang Rihm befreundete damalige Vorsitzende Christian

Bruhn erbarmungslos angeschrien wurde, als er den E-Komponisten sein persönliches Bedauern über das Scheitern seines Antrags auf Herabsetzung der erforderlichen Mindestaufkommensgrenze zur Erlangung der Mitgliedschaft für Komponisten der E-Sparte aussprach. (Weder Schönberg noch Alban Berg und schon gar nicht Anton von Webern hätten seinerzeit dieses Mindestaufkommen nachweisen können.)

Demokratie, nicht nur in der Kunst, setzt »mündige«, das heißt: verantwortlich denkende und am Gesamtwohl interessierte Staatsbürger voraus und schlägt sich technisch nieder als Vertrauen in die unter solcher Voraussetzung für alle verbindliche Entscheidung der Mehrheit. Aber es waren immer wieder Mehrheiten, deren dominierende Uninformiertheit und daraus erwachsende Gleichgültigkeit und/oder demagogisch vergiftete Manipulierbarkeit zu den verhängnisvollsten Entscheidungen im letzten Jahrhundert geführt haben.

Ich, vermutlich nicht nur ich, habe auch bei der Frage nach der Neubemessung der Wertung für die E-Musik größte Bedenken gegen die zu erwartende Mehrheitsentscheidung bei der Beurteilung beziehungsweise wertenden Einstufung von künstlerischem Schaffen. Und bei der Regelung der »Wertung« des Schaffens im Bereich der E-Musik geht es um nichts Geringeres als um eine solche Einstufung.

Und damit wären wir bei der Beobachtung des Wertes dessen, was Musik für den Musikliebhaber bedeutet. Ich finde mich ab mit der gewiss nicht unproblematischen Abgrenzung von U- und E-Musik, sie scheint mir immerhin realistischer zu sein als die Abgrenzung von »guter« und »schlechter« Musik. Solche Einstufungen überlasse ich der Stiftung Warentest, und ich weiß heute noch nicht, ob Beethovens Neunte Symphonie »gute Musik« und besser ist als die Fünfte oder Sechste oder als der »Radetzky-Marsch«, und es ist mir egal. Ich weiß auch nicht, ob der gestrige Sonnenuntergang »besser« war als der vorgestrige oder als das heutige Sauwetter.

Und ich lasse mir meine neidische Begeisterung nicht nehmen von »Mah Nà Mah Nà« oder den Comedian Harmonists oder Bobby McFerrin oder »Volare«, Billy Joels »Piano Man« und so weiter. Wenn wir mit unseren Kindern in die Ferien fahren, sangen wir nicht atonal, sondern »Live Is Life«. Das war und blieb spannende Entspannung, durchaus geistvoll geladene, auf ihre Weise kunstvolle Dienstleistung. Und Kitsch gehörte auch dazu – denn Kitsch lügt wenigstens ehrlich. Diese Musik spielte sich von jeher ab in den auch »unmusikalisch« sich nennenden, den Menschen vertrauten Kategorien, Melodie, Harmonie, Rhythmus, auch mit elektronischem, geräuschhaftem, auch außereuropäischem Kolorit geistvoll gewürzt und mit einer Perfektion vermittelt, um die so manches Symphonieorchester sie beneiden würde.

Die »E-Musik« ist eine ganz andere »Baustelle«. Nicht erst seit der »frühen Mehrstimmigkeit« hat der europäische Musikbegriff als Teil der europäischen Geistesgeschichte sich ständig gewandelt, geöffnet, erneuert: Komponisten haben die von ihnen vorgefundene Musizier- und Schaffenspraxis weiterentwickelt, quasi strapaziert, und nicht erst Johann Sebastian Bach galt den Kunstbessenen – mit allem Respekt – als »zu kompliziert«, Telemann war beliebter. Selbst Mozarts »Don Giovanni« war für den Kaiser »nichts für den Gaumen der Wiener«, und nur wenige Freunde interessierten sich für seine letzten Sinfonien und Kammermusiken. Jedenfalls öffneten, erweiterten unsere »klassischen« Komponisten den vertrauten Musikbegriff im Schutze ihrer aristokratischen Mäzene, so Haydn am Hofe des Fürsten Esterházy. Einige, wie Schubert, blieben im erwachenden Bürgertum auf der Strecke (heute ist seine Musik auf der ganzen Welt ein Wirtschaftsfaktor). Und Richard Wagner, kurz vor seinem erwogenen Selbstmord, fand rechtzeitig einen verrückten, aber spendablen König.

Für die Rezeption der uns noch heute berührenden Werke galt: Musik als einst vertrautes Medium des Zuhörens wurde zum Medium des Hörens. (Erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts übrigens wurden Konzert-

säle, Auditorien gebaut.) Die Stuttgarter Liederhalle und das Leipziger Gewandhaus erinnern noch an die Zeiten davor.

»Zuhören« können wir alle im vertrauten Sprachraum, aber »hören« heißt zugleich beobachten, neue Antennen in sich entdecken, aktivieren. Das Musik-Erlebnis nicht als unterhaltsame und eher unverbindliche, sicher genussvolle Begehung eines kollektiv vertrauten Raums, vielmehr als dessen Öffnung, und wie auch immer irritierend oder befreiend erlebte Erweiterung – angedeutet nicht erst bei Beethoven – bis in das musikalische Schaffen unserer Tage.

Der durchaus achtbare Begriff »Kunst« als perfekte Beherrschung eines nützlichen Metiers, nunmehr geladen als mit kreativer Energie ins Gewohnte eingreifende, irritierende, begeisternde Herausforderung: Er erinnert – »gemahnt« – den nicht bloß Zuhörenden, sondern Hörenden durch solche Herausforderung an dessen beziehungsweise unser aller humane Bestimmung als geistfähige und verantwortliche Spezies. Ich finde keine andere Form der begrifflichen Annäherung an das, was wir emphatisch »Kunst« nennen.

Solcher Dynamik verdankt sich der ganze Reichtum unserer europäischen Musikgeschichte.

Komponisten, die sich diesem Erbe als Herausforderung verpflichtet fühlen, können sich in der Mehrzahl heute so wenig wie in früheren Zeiten vom eigenen Schaffen ernähren, sehen sich weithin verwiesen auf »nützlichere« Tätigkeiten. Die Zeit der kunstliebenden Mäzene ist so gut wie vorbei. Die um die vorletzte Jahrhundertwende ins Leben gerufene Gema hat bisher wenigstens andeutungsweise diesem Problem mit der bislang praktizierten »Wertung« Rechnung getragen.

Die im Mai drohende Neuregelung sieht eine grausame Herabsetzung und damit Beeinträchtigung der Lebensqualität vieler selbstlos der Kunst dienenden Komponisten vor, sie verrät auch den Mangel an Einsicht in deren Kostbarkeit in einer Zeit zunehmender Oberflächlichkeit und geistfeindlich standardisierten und kurzatmigen Nützlichkeitsdenkens, das uns beängstigen sollte. Wie Friedrich Schiller einst in »Demetrius« schrieb: »Mehrheit ist der Unsinn.«

Dieser Kommentar erschien zuerst in »Van – Online-Magazin für klassische Musik«. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

Helmut Lachenmann zählt zu den bedeutendsten Komponisten zeitgenössischer E-Musik, sein ästhetisches Programm der »Musique concrète instrumentale« hat eine ganze Generation von Tonsetzern beeinflusst. Lachenmanns Oper »Das Mädchen mit den Schwefelhölzern« ist eines der meistgespielten Werke des modernen Musiktheaters

Falsche Vertraulichkeit

Als »berührend« lobten erste Reaktionen des deutschsprachigen Feuilletons Lola Lafons Buch *Immer wenn ich dieses Lied höre*, und das dürfte genau die Wirkung sein, welche der französischen Autorin vorgeschwebt hatte, als sie auf die kühne Idee gekommen war, eine Nacht im Anne-Frank-Haus zu verbringen. Also in jenen Räumen in der Amsterdamer Prinsengracht, in denen die vierköpfige Familie Frank sowie vier weitere Personen sich auf engstem Raum vor den Nazis versteckten, bevor sie verraten und deportiert wurden. Getreulich referiert Lafon die Geschichte Anne Franks und ihres berühmten Tagebuchs, erzählt, wie das Haus zum Museum wurde, und leitet aus der Verfolgungsgeschichte ihrer eigenen jüdischen Familie ihre Motivation ab, »im Versteck von Anne Frank« zu nächtigen, »um den Raum am eigenen Leib zu spüren«. Dabei ist ihr durchaus bewusst, was für ein Ausmaß an Projektionen die Anne-Frank-Rezeption aufweist, ja, sie stilisiert sich selbst als »die, der die Romantisierung der Schoah unerträglich ist«.

Dabei ist diese Romantisierung exakt ihre Sache, was im Grunde schon in der Idee angelegt ist, durch einen Aufenthalt in den historischen Räumen eine Nähe herzustellen, die sich per se verbietet. Ob die Räume nun leer sind oder rekonstruiert wären: Es ist selbstverständlich, das sich kein Mensch in die Lage eines Mädchens versetzen kann, das mehr als zwei Jahre lang auf engstem Raum leben und sich still verhalten muss, rund um die Uhr der Angst vor Entdeckung, Vertreibung, Lager, Tod ausgesetzt. Lafon macht es dennoch. Sie erhöht sich selbst auf unerträgliche Weise: »Ich war so nahe bei ihr, dass ich nicht mehr Anne Frank sah, sondern einen Menschen namens Anne.« Das alles ist nicht nur anmaßend, das hohle Pathos instrumentalisiert nicht nur die Shoa in einer auf Affekte abzielenden Weise, es ist: Kitsch. Angesichts von Sätzen à la »Anne Franks Ich spiegelt alles wider, was uns gehört und was sie verloren hat: das Tageslicht, die Brise, die blendende Sonne und die unendliche Schwärze des Unsichtbaren zwischen den Sternen« kann man der Autorin nur in einem recht geben: »Ich bin nicht die, die dieses Buch schreiben sollte.«

Thomas Schaefer

Lola Lafon: *Immer wenn ich dieses Lied höre. Im Versteck von Anne Frank.* Aus dem Französischen von Elsbeth Ranke. Aufbau, Berlin 2025, 173 Seiten, 22 Euro

Schuasta-komisch

Die Biermösl Blosn ist Geschichte, die Brüder Well sind es nicht: Ihr Album »Bayern Unplugged« zeigt die großen Musiker angriffslustig wie einst im Mai. Eine Liebeserklärung von Jürgen Roth

Ich mag sie alle vier, den Stofferl, den Michi, den Karli und den Hans Well. Das Auseinanderfallen der Biermösl Blosn, nach einer fünfunddreißigjährigen Bandgeschichte, habe ich 2012 aus der Nähe mitgekriegt. Ich hatte mit den Kameraden 2007 und 2008 zwei Hörbücher machen dürfen, über den politischen Niedergang des Titanen Edmund Stoiber und seiner metaphysischen Partei, da war so etwas wie Vertraulichkeit oder Freundschaft entstanden.

Der Hans ist der Texter der Blosn gewesen, und er schien nicht recht registriert zu haben, dass sich die drei Bengel aus Günzlhofen als »kultureller Störsender« (Dieter Hildebrandt) zugrunde gesiegt hatten. 1979 waren sie vom dazumal fundamentalistischen Bayerischen Rundfunk wegen ihres unverschämten »BayWa-Liedes« (»Gott mit dir, du Land der BayWa«) mit einem Boykott belegt worden. 1981 sorgten sie durch ihren, so sagt's die Überlieferung, »versehentlichen« Auftritt beim Maibockanstich der CSU im Hofbräuhaus für einen ordentlichen Radau, weil sie die versammelten Granden nach den willkürlichen Massenverhaftungen rund ums Nürnberger KOMM gesänglich zum totalen Rücktritt aufforderten. Und im Juli 1986 standen sie auf der Bühne des Riesenfestivals in Wackersdorf gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Ihr wunderbar frivoler Schuhplattler ist in der ziemlich missratenen Dokumentation »WAAhnsinn – Der Wackersdorf-Film« (abrufbar auf Vimeo) zu sehen – der ragende Höhepunkt inmitten dieses Deutschrockaufbaus.

Das war das gesellschaftliche Klima, in dem die Blosn, dieses gnadenlos begabte Trio, das die Volksmusik gewaltig durcheinanderwirbelte und mit – hierzulande ein Novum – entschiedener Satire amalgamierte, Berühmtheit erlangte. Allein, um 2010 herum hatte sich »die Partei, die das schöne Bayern erfunden hat« (Herbert Riehl-Heyse), der

korrupte Sauladen von Franz Josef Strauß und Deszendenten, weitgehend in ein postmodernes Deppenensemble verwandelt. Der Blosn war der Gegner abhanden gekommen.

Der Hans sah nicht ein, dass die einstige Avantgardekappelle zum Kulturgut geworden war, und statt locker zu lassen und die Zeit zu genießen, mutierte der Freigeist mehr und mehr zum Erzieher (er ist ja Lehrer). In einem grässlichen Beitrag für die »Süddeutsche Zeitung« hetzte er dann im August 2023 gegen eine angebliche »Angstallianz« von »Kabarettisten, die statt der Klimakrise tödliche Bedrohungen wie Gendern, Heizungs- oder Fleischverbote fürchten«, denunzierte Monika Gruber als – sehr originell – »zu Querdenkern abgedriftete« Idiotin und pöbelte die »älteren Semester*innen« (Originalschreibweise) Bruno Jonas und Helmut Schleich an, sie zweifelten am Klimawandel, bekämpften ein »notwendiges Heizungsgesetz«, verbreiteten ein »Zerrbild der Wirklichkeit« und marschierten als »Volkssatiriker ... halt wie ihre Politspezl lieber mit der Mehrheit«: »Ungeniert setzen sie drängende Maßnahmen zum Klimaschutz mit Ideologie gleich.«

Ungeniert! Was für eine Frechheit! Zumal da doch »Kritik und Spott ... immer den Mächtigen, nicht den Ohnmächtigen« galten, grantelte der Hans und schnallte nicht, dass er selber das Musterbeispiel einer jener schlimmen Spießerkollegen ist, die er bloßzustellen gedachte, und sich, muss man leider sagen, in seiner Verblendung zum habekisch eifernden Staatskasper machte. Wann hatte er endgültig seine Leichtigkeit entsorgt und seine einstigen Vorbilder vergessen? Den Kraudn Sepp und dessen deftige, vor Sexualität dampfende Gstanzln (»Pfannaflicka«)? Den großartigen Rebellen und Causeur Fredl Fesl (»Riesenneger im Nieselregen«)? Den Valentin, den Qualtinger?

Seit 2003, seit »Unterbayern«, haben die Brüder Well keine Platte mehr aufgenom-

men (die nachmaligen Jubiläums-CDs und -DVDs mit Gerhard Polt enthielten, so toll sie sind, nichts Neues). Mit »Bayern Unplugged« – an die Stelle vom Hans trat 2013 der Karli – liegt nun eine Kompilation aus frischen Stücken vor, die für die Theaterrevue »Ekzem Homo« (2015) komponiert wurden.

Auch die Well-Buben bedienen brav die Sujets AfD und Freie Wähler, aber in den katholisch behauchten Rezitativen »Corona Bavariae« und »Aus dem Buche Bayern« bleiben sie mindestens ambivalent, watschen den CSU-Ministerpräsidenten Söder ab (»Markus der Erleuchtete befahl: »Fürchtet euch! Bleibt's oalle dahoam!««), erinnern an die schwerkriminellen, trotzdem klassisch folgenlosen Maskendeals sowie an den ganzen unüberschaubaren Abgreifer- und Geldschaufelschwindel von Pharmaindustrie, Spitzenministern und Apparaten (»Es wird kommen die Dauerwelle«, »Altar der Krankenkassen«) und schmieren dem Kulturbetrieb hin: »Und sogar die Künstler ... preisen mit Mundschutz den messianischen Coronator aus Bayern.«

»Wir leben gern in Bayern und meg'n die Menschen gern, und deswegen maß'n ma' uns a o, dass mer einfach über die singa ... Wenn i wos net mog, dann kritisier' ich's a net«, sagt der Stofferl in dem Feature »30 Jahre Gerhard Polt & Biermösl Blosn« (Bayerischer Rundfunk, 2010). Die Errettung der Tradition in ihrer artistischen Schlichtheit – des paargereimten »Volkslieds« (Herder), der Couplets, der Tanzmusik – durch Parodie, Dada-Narreteien, Stilentlehnungen und anarchistische Verzerrung geht einher mit der Trauer über die Verwüstung der Heimat. »So leb denn wohl, du wunderschönes Sudelfeld« und »Skigebiet Tropikal« sind beklemmend anmutige Klagegesänge.

Ihre musikalische Meisterschaft demonstrieren die Well-Brüder mit den Instrumentals. Was der Stofferl in »Mozart in Hausen« der Bach-Trompete entlockt, ist schon halbwegs jenseitig, und die geniale Hommage an Schostakowitsch, »Schuastakomisch«, reizt die Möglichkeiten der Virtuosität offenbarungsgleich aus.

Über »Bayern Unplugged« legt sich allerdings der Schleier des Thanatos. Etliche Songs kreisen ums Dahinsiechen im Altenheim und um den Heimgang: »Bei Pietas macht das Sterben Spaß / mit einem Begräbnis Erster Klass'!« Vermessen wäre es womöglich, darin einen Ausdruck dafür zu sehen, dass eine ausgereifte Kunstform im Verschwinden begriffen ist.

Well Brüder: »Bayern Unplugged«. Als CD, Download und Stream. GLM Music, Fischbachau 2024

Jürgen Roth schrieb in konkret 11/24 über die Wiederentdeckung des Musikgenies Jimi Hendrix

konkret entsorgt den Sprachmüll der Medien

Die Wahl und der Ausschuss

Neulich auf dem Weg zum Rewe schon wieder dieser Jauch. Das grinsende Plakat kam mir mit *Zuversicht. Ein Mensch. Ein Wort* entgegen. Seltsamerweise verriet es aber gar nicht, was ich kaufen sollte. Ein Abführmittel? Bitcoins? Denn hinter dem Rätsel steckte wohl ein neuer kreativer Reklametrick: Was wir jetzt wieder für dich haben, verraten wir dir erst am nächsten Monday. Und weil du so lange darauf gewartet hast, wirst du dich zwingen, begeistert zu sein. Schon in seinen »Strategies of Self-Deception« beschrieb der Wochenmarktpsychologe Franklin Laurel ... Aber da fiel mir endlich auf, dass es gar nicht der Jauch war, sondern der Habeck. Und wozu er mich beschwatzen wollte, war ja klar. Von wegen der Bundestagswahl.

Er kam auch ohne meine Stimme aus. *Man habe sich »rausgekämpft aus dem Umfragetief«*, sagte Habeck am Sonntagabend. Ähnlich formulierte es auch die Noch-Außenministerin Anna-Lena Baerbock mit anderen Worten. Ihre Partei habe sich »hochgearbeitet«, sagte sie. Und beide ließen sich vom »Spiegel« zitieren. In Baden-Württemberg, wo die Grünen als stärkste Kraft mit der CDU regieren und Noch-Bundesagrarminister Cem Özdemir voraussichtlich 2026 als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten antritt, landeten die Grünen diesmal hinter CDU und AfD auf Platz vier – noch hinter der SPD.

Auf einem Fundament, heißt es in einem internen Strategiepapier, das der Bundesvorstand vor der Wahl erarbeitet hat und WELT vorliegt, sei gut tanzen. Doch nun wurde man belehrt, dass sich an ihm auch hängen lässt. Das Ergebnis der Bundestagswahl, schrieb ein hoher Herausgeber der »FAZ«, ist für die Anhänger der traditionellen Fundamente der Bundesrepublik Deutschland, der Westbindung und der Sozialen Marktwirtschaft, ein herber Rückschlag. Dazu kam noch jede Menge Wind: Die Furcht vor einem sehr starken Ergebnis rechtspopulistischer Parteien verleiht linkspopulistischen Parteien Rückenwind. Erst in den frühen Morgenstunden stand mit dem vorläufigen amtlichen Endergebnis fest, dass dieser Rückenwind nicht auch noch das BSW in den nächsten Deutschen Bundestag getragen hat. Und daran wird wohl auch das endgültige amtliche Endergebnis nichts ändern.

Während die einen sich vom Wind emporblasen ließen, genossen die anderen den Umstand, dass er schon viel zu lange fehlt. *Dass in der Linkspartei eine vulgär linke Partei neben der AfD der große Gewinner wird, zeigt, wie kulturell verloren das Land ist.* Doch immerhin haben wir unseren allerletzten Ulf Poschardt, und er schafft das generische Maskulinum sogar im Singular: *Die AfD ist der klarste Sieger. Sie kann sich ruhig ansehen, wie im Windschatten der Brandmauer die so von ihnen so titulierten »Altparteien« sich in eher dysfunktionalen Koalitionen aufreiben.*

Derweil wurde ein vorpolitischer Raum gekippt, aber trotzdem zugelassen. So etwas gehe gar nicht, meinte Poschi. *Denn jetzt rächt sich das Zulassen eines gekippten vorpolitischen Raumes. Kirchen, NGOs und der krass einseitige ÖRR haben die Union fertig gemacht. Und die Union ist selber schuld. Sie haben das geschehen lassen.* Deshalb haben die Union ein enttäuschendes Ergebnis eingefahren. *Woran lag das? An dem Schlingerkurs der Union – nicht in Sachen Migration, da hat sich Merz zurecht und zuletzt von Merkels zerstörerischer Migrationspolitik entfernt. Doch in Sachen Wirtschaft blieb die Kampagne blass. Hätte Merz sich auch in Sachen Wirtschaft von Merkels Wirtschaftspolitik zurechtentfernen sollen? Oder von der Bahnsteigkante?*

Wenn die Brandmauer in vier Jahren noch steht, wird die AfD auf dreißig Prozent der Wählerstimmen kommen. Verhindern könnte dieses Votum der Schande nur Alice Weidel. *Sie wird von ihren Anhängern ähnlich verklärt wie Robert Habeck von seinen. Aber die Kanzlerkandidatin hat einen unsympathischen, überraschend inkompetenten, hölzernen Wahlkampf geführt. Sie hat null die Qualitäten einer Meloni, eines Orbán oder eines Wilders, für den Hitler und die Nazis bekanntlich slechts een vogelpoep waren in de duizendjarige geschiedenis van Nederland. Den Geist, den Witz und den Charme eines Trump, eines Miliei hat sie sogar minus. Schwenkte sie doch hinterm Rednerpult nur einmal die Kettensäge oder wenigstens den*



Im Windschatten der Brandmauer hängt so mancher am Fundament des kippenden Raums

Staubsauger! Ließe sie sich endlich dabei filmen, wie sie in einer Autobahnraststätte illegal eingewanderte Katzen zubereitet und serviert! *Doch sie ist weiterhin international bestenfalls zweitklassig, könnte aber von der journalistischen Null ouverte des deutschen Fundamentalliberalismus lernen, wie man sich die Welt nach Gefallen zurechtkritisiert.*

Wie soll es weitergehen mit dem Land? Es ist völlig offen. Wie soll es in so einer Lage mit dem Land aufwärts gehen? Wer kann das? Merz ist wohl selbst enttäuscht. Und was machen Söder und Wüst jetzt? Teilen sie die Meinung des Autors? Pardon: Teilen Sie die Meinung des Autors? Die Frage ging an mich. Mein Telefonjoker hat aber nicht abgenommen.

Joachim Rohloff

Aus der Presse (3)

Der Social-Media-Konsum ist hoch wie nie, und kein Schwein liest mehr Zeitung. Entsprechend mau steht die Chance, ein überreiztes und gleichzeitig massiv unterfordertes Publikum von links abzuholen. Letzte Folge einer Bestandsaufnahme der Krise der Medien von Dominic Iten

Der zweite Teil dieser Trilogie war noch im Druck, da verkündete das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) bereits den nächsten Rationalisierungsschritt: Zur Sicherstellung eines »ausgeglichene Budgets« sollen bis Anfang 2026 weitere 50 Vollzeitstellen abgebaut werden. Im Wochentakt werden Druckereien geschlossen, Redaktionen zusammengelegt, Formate eingestellt, Stellen abgebaut (siehe **konkret 2/25**). Dass die verbleibenden Medienschaffenden gegen diese Prozesse keine linke Kritik formulieren, darf nicht überraschen. Sie leiden angesichts des drohenden Jobverlusts unter Anpassungsdruck, zusätzlich wird nicht wenigen der Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse durch bürgerliche Ideale und journalistisches Ethos verstellt. Sie produzieren, was die Medienunternehmen verlangen – und diese wiederum haben sich bei der Erzielung der geforderten Profite an den Bedürfnissen ihres Publikums zu orientieren (siehe **konkret 3/25**).

Wie sich diese entwickeln, zeigt eine seit 1964 durchgeführte Langzeitstudie der öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF. In seinem Aufsatz »Neue Medien und linke Gegenöffentlichkeit« fasste Fabian Nehrning 2022 die wesentlichen Erkenntnisse zusammen: Die gesamte Mediennutzung hat massiv zugenommen. Lag 1964 die Nutzungsdauer im Durchschnitt bei drei Stunden und 22 Minuten pro Tag, hat sie sich bis 2020 auf täglich neun Stunden und 22 Minuten erhöht. Dabei hat sich »die internetbasierte

Mediennutzung, also Video-on-Demand, Online-Zeitungen und Podcasts ... im Vergleich zu 2015 vervielfacht«; 43 Prozent des täglichen Medienkonsums finden über das Internet statt.

Zugleich verlieren textbasierte Angebote rapide an Bedeutung: Ihre Nutzung ist von 2005 bis 2020 von 70 auf 47 Prozent zurückgegangen. »53 Prozent der Befragten lesen im Jahr 2020 nicht mehr täglich Zeitungen oder Zeitschriften, weder online noch gedruckt ... Insgesamt nimmt die Textlektüre zugunsten des Konsums von Bewegtbildern und Audioinhalten wie beispielsweise Musik oder Podcasts ab.« Kurz gesagt: Die Menschen stehen unter medialem Dauerbeschuss – aber kein Schwein liest mehr Zeitung, schon gar nicht in gedruckter Form. Eine Tendenz, die sich insbesondere unter den Jüngeren abzeichnet: 2020 verfolgten bloß sechs Prozent der zwischen 14- und 29-Jährigen täglich Zeitungen oder Zeitschriften.

Die Explosion der Mediennutzungsdauer und die Verschiebung von text- zu bild- und audiobasierten Inhalten geht einher mit Medienverdruss und wachsendem Misstrauen – zumindest gegenüber etablierten Medien. Laut dem »Reuters Institute Digital News Survey« waren 2023 in Deutschland nur noch 43 Prozent der erwachsenen Internetnutzenden der Ansicht, »man könne dem Großteil der Nachrichten in der Regel vertrauen«. Das entspricht einem Rückgang um sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr und markiert den tiefsten Stand, seit die Frage 2015 in die Studie aufgenommen wurde.

Hohe Mediennutzungsdauer bei abnehmender Relevanz von Text sowie wachsendes Misstrauen gegenüber der etablierten Presse bilden einen fruchtbaren Nährboden für rechte Medienkritik, wie sie in den letzten Jahren formuliert wurde. Unter dem Eindruck von Parolen wie »Fake news« und »Lügenpresse« wurden alternative Informationsquellen als unabhängiger wahrgenommen und profitierten davon, dass rechte Wortführer/innen ein im Grunde legitimes Misstrauen für ihre Zwecke instrumentalisierten. Die Abwendung von etablierten Printmedien und textbasierten Inhalten hin zu Youtube-Channels, Podcasts und Internetforen ist damit eng verbunden. Rechte Kräfte haben sich über diese Kanäle während der letzten Jahre einen mächtigen Resonanzraum schaffen können – man denke nur an die Proteste gegen staatlich ergriffene Maßnahmen während der Corona-Pandemie.

Es wäre zu einfach, das wachsende Unbehagen gegenüber etablierten Medien als bloß rechten Reflex abzutun. Medienverdruss in der arbeitenden Bevölkerung ist in erster Linie die Folge davon, dass deren Probleme und Bedürfnisse im öffentlichen Raum nicht verhandelt werden. Wer heute die Reden gewählter Volksvertreter/innen hört oder in den staatstragenden Medien einen Kommentar dazu liest, fühlt sich und seine Interessen dabei kaum vertreten. Die verkürzte Berichterstattung und die enge Eingrenzung der öffentlichen Debatte im Zuge jüngster Krisen haben dieses Gefühl verstärkt.

So haben es während der Pandemie fast alle Medien versäumt, den Schutz der Arbeiter/innen energisch einzufordern, während massive Eingriffe ins Privatleben weitestgehend unreflektiert akzeptiert wurden. Kritische Worte, etwa auch zum Missverhältnis von mangelndem Schutz für prekär Beschäftigte und großzügiger staatlicher Unterstützung für große Unternehmen, fanden kaum Gehör. Unmittelbar danach folgte der Ukraine-Krieg: Wer sich von der Rede von der »Zeitenwende« und der »Verteidigung westlicher Werte« im Donbass nicht dumm machen lassen wollte, wer Sprachregelungen von Medienhäusern oder amtlichen Stellen nicht übernehmen und ins Kriegsgeheul nicht einstimmen mochte, wurde – zumindest zu Beginn – konsequent aus der öffentlichen Debatte ausgeklammert.

Und noch etwas wurde in diesen beiden Krisen deutlich: Getrieben von Profitlogik, haben etablierte Medien eine Freund-Feind-Denken übernommen, wie sie insbesondere in Social-Media-Kontexten geläufig ist: Simplifizierung, Empörung und Personalisierung dominieren die Berichterstattung – ganz im Sinne der Plattformökonomie, also der Wirtschaftsweise, bei der digitale Plattformen wie soziale Medien und Suchmaschinen den Wert von Inhalten primär danach bemessen, wieviel Aufmerksamkeit sie er-

zeugen. Um Gewinne durch die Monetarisierung der Aufmerksamkeit zu maximieren, werden emotionalisierte und vereinfachte Inhalte priorisiert.

Eine glaubhafte linke Medienkritik steht vor der Herausforderung, dem umfassenden Rechtsruck nicht mit moralisierenden Appellen zu begegnen, sondern dessen ökonomische und soziale Wurzeln freizulegen. Dazu gehört auch, dass die Medien sich selbst ins richtige Verhältnis zu Politik und Publikum setzen. Einengung der Debatte, Übernahme populistischer Dichotomie, Emotionalisierung und Vereinfachung – all diese Methoden werden gefördert vom Bedürfnis nach gesellschaftlicher Orientierung seitens des Publikums. In ihrem Buch *Medien. Macht. Meinung* schreibt Renate Dillmann zu diesem Dreiecksverhältnis: »Ebenso wenig wie Politik und Presse wollen die Mitglieder dieser Gesellschaft Informationen und Aufklärung im Sinne von »Wahrheit« über die Verhältnisse, in denen sie leben und sich mit ihren jeweiligen Mitteln abmühen. Sie wollen sich in diesen Verhältnissen zurechtfinden.«

Wenn die Presse um Akzeptanz für das aktuelle Regierungsprogramm wirbt, tut sie das auch auf Grund einer deutlich erkennbaren Bereitschaft zur Aufnahme dieser Botschaft. Wäre das Publikum tatsächlich auf der Suche nach »einer halbwegs sinnhaften, inhaltlich glaubwürdigen und konsistenten Unterrichtung über innen- wie außenpolitische Vorgänge und Begründungen ihrer Regierungen« müsste die gegenwärtige Berichterstattung »jeden Morgen und Abend einen Sturm der Entrüstung« auslösen, schreibt Dillmann.

Dass die arbeitende Bevölkerung in der Öffentlichkeit weniger nach Wahrheit als nach Orientierung sucht, haben Oskar Negt und Alexander Kluge bereits Anfang der siebziger Jahre in *Öffentlichkeit und Erfahrung* festgestellt. Aus Mangel an »eigenen Ausdrucksformen für ihre Interessen« würden Arbeiterinnen und Arbeiter »regelmäßig auf Stereotypen zurückgreifen, die ihnen die Gesellschaft anbietet«. Der etwas hilflose Versuch, über ein unrealistisches, ideologisches Weltbild die Verhältnisse zu begreifen, korrespondiert »mit Produktangeboten der Bewusstseinsindustrie, zum Beispiel der »Bild-Zeitung«.

In anderen, nicht von der bürgerlichen Öffentlichkeit beherrschten Situationen wie etwa »wildem Streik« konstituiere »dasselbe Bedürfnis Parteilichkeit und kämpferische Eigenschaften«. Die vollständige Entfaltung dieses Bedürfnisses kann in vorübergehenden Kampfsituationen nicht gelingen. Dazu bedarf es eines Lernprozesses, in dem sich »der regressive Wunsch nach Vereinfachung der Verhältnisse von dem zugrunde liegenden emanzipatorischen Bedürfnis, die Wirklichkeit zu verstehen und in ihr kollek-

tiv, durch organisierte Erfahrung vorzubereiten, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, trennen lässt«. Hierin könnte eine Aufgabe für linke Medien liegen, die über linke Medienkritik hinausgeht: Sie könnten behilflich sein, die zertrümmerte proletarische Erfahrung zu einem Lebenszusammenhang zusammenzusetzen – im Gegensatz zur bürgerlichen Öffentlichkeit, welche diesen Trümmern noch ihren letzten Realitätsbezug nimmt.

Die Welt sei halt kompliziert geworden, meinen so manche (nicht nur) bürgerliche Kommentatoren, und kommen sich dabei ganz schlaue vor. Doch der Wunsch nach Orientierung und Vereinfachung ist kein Reflex

fentlichkeit »negativ bestimmen aus den Anstrengungen der herrschenden Klassen, die Ansätze einer sich herausbildenden proletarischen Öffentlichkeit zu zerstören und das Material, auf das sie sich stützt, nämlich den proletarischen Lebenszusammenhang, sich anzueignen«. Die bevorzugten Mechanismen sind »Isolierung, Aufspaltung, Verdrängung, Tabuisierung, Assimilation« und die »Bindung der realen Interessen an die Angebote der Unterhaltungsindustrie«.

Diese Mechanismen gilt es zu überwinden. Das wird schwierig. Wie können linke Medien das sich wechselseitig negativ verstärkende Dreiecksverhältnis von Politik, Medien und Publikum aufbrechen? Wie ein



Picture Alliance/DPA/Christoph Schmidt

Wird den Tageszeitungen auch nicht aus der Bredouille helfen: Smartphone-Warnschild in Reutlingen

auf vermeintlich immer schwerer verständliche Verhältnisse – er resultiert aus der Tatsache, dass proletarisches Leben keinen Zusammenhang bildet. Es sei »durch die Blockierung seiner wirklichen Zusammenhänge gekennzeichnet«, meinen Negt und Kluge: »Die Form des gesellschaftlichen Erfahrungshorizontes, die diesen Blockierungszusammenhang nicht aufhebt, sondern befestigt, ist die bürgerliche Öffentlichkeit.«

Die zertrümmerte proletarische Erfahrung wieder zusammensetzen – klingt wunderschön, aber was heißt das konkret? Das wissen leider auch Negt und Kluge nicht. Sie schlagen vor, man könnte proletarische Öff-

medial völlig überreiztes und gleichzeitig intellektuell massiv unterfordertes Publikum von links abholen und einbinden, ohne vereinfachende Freund-Feind-Logiken zu übernehmen und sich mit emotionalisierten Inhalten anzubiedern? Bisher gelingt dies nur da und dort einzelnen Projekten. Ein allgemeines Erfolgsrezept liegt aber nicht auf dem Tisch. ●

Dominic Iten ist Mitherausgeber des soeben im Mandelbaum-Verlag erschienenen Buchs *Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise* (Wien 2025, 260 Seiten, 25 Euro)

Massen- amnes(t)ie

Der Zusammenbruch des Nazi-Staats bedeutete nicht den Bruch mit den Nazi-Eliten – sie machten einfach weiter, wie der Historiker Hans-Ulrich Thamer in einer gelungenen Synopsis schildert. Von Gerhard Henschel

Im Februar 1948 fällte der einstige NS-Propagandist Hans Georg von Studnitz in der »Zeit« sein Urteil über die Kriegsverbrecherprozesse: »Nürnberg sollte die Elite des deutschen Volkes treffen und die Deutschen zu einer führerlosen Horde machen.« Doch er hätte sich nicht sorgen müssen: Viele alte Nazis nahmen in der Bundesrepublik schon bald wieder Führungsrollen ein – Unternehmer, Juristen, Ärzte, Offiziere, Spione, Diplomaten, Professoren und Journalisten.

Davon erzählt der Historiker Hans-Ulrich Thamer in seinem lesenswerten Buch *Zweite Karrieren*. Wie er darlegt, waren die Weichen in den Entnazifizierungsverfahren von Anfang an falsch gestellt: »Um den gewaltigen Aktenberg möglichst zügig abzuarbeiten, entschied man sich dazu, zunächst die Fälle der vermutlich Minderbelasteten zu verhandeln. Als schließlich die stärker Belasteten anstanden, waren die Kammern nicht nur völlig überlastet, sie mussten vielmehr auf die plötzliche Kehrtwende der amerikanischen Politik reagieren, die darauf bestand, die ohnehin unübersichtliche Prozedur angesichts der veränderten weltpolitischen Situation schleunigst zu beenden. Das führte oft zu einer undifferenzierten Massenamnestierung.«

Selbst der Kriegsverbrecher Friedrich Flick konnte auf Nachsicht rechnen. 1947 wurde er wegen widerrechtlichen Vermögenserwerbs zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilt; die Ausbeutung von Zwangsarbeitern sahen ihm die Richter hingegen nach, weil sie – wie Thamer schreibt – »das Argument der Verteidigung anerkannten, die Unternehmen hätten sich bei der Suche nach Arbeitskräften in einer Zwangslage befunden«. Mit anderen Worten: Die bedauerndswerten Wirtschaftsführer hatten sich zur Sklavenhaltung gezwungen gesehen. Bereits 1950 kam Flick wieder auf freien Fuß und stieg zum reichsten Mann der Bundesrepublik auf. Zur Belohnung erhielt er außerdem 1963 das Große Bundesverdienstkreuz

mit Stern und Schulterband. (Über das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern, wenn gleich leider ohne Schulterband, konnte sich 1972 auch der Historiker Theodor Schieder freuen, der 1939 in einer Denkschrift die »Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten« und die »Entjudung Restpolens« gefordert hatte.)

Die Vorstände der deutschen Wirtschaftsunternehmen, stellt Thamer fest, hätten von der »meistens inhumanen Beschäftigung von Zwangsarbeitern« profitiert, »mit der die einstige Orientierung am Ideal des »ehrbaren Kaufmannes« aufgegeben wurde und der moralische Kompass weitgehend verloren ging«. Das ist sehr vornehm ausgedrückt. Die bestialischen Bedingungen, unter denen Millionen Zwangsarbeiter litten, und die Skrupellosigkeit der Profiteure hätten deutlichere Worte verdient.

Doch es macht einen manches auch nahezu sprachlos. Der Jurist Erich Wolff, der infolge der Nürnberger Rassengesetze 1938 seine Zulassung verloren hatte und nach England emigriert war, sah sich zehn Jahre später in seiner Antrittsrede als Vizepräsident des Obersten Gerichtshofs der Britischen Zone zu einer Entschuldigung für seinen »langjährigen Aufenthalt im Ausland« genötigt, wie Thamer berichtet. Den national-sozialistischen Juristen war zumeist eine bequemere Fortsetzung ihres Lebensweges vergönnt: »Der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen lag bei über 80 Prozent, bei einigen Behörden fiel das Ergebnis noch krasser aus. Im Oberlandesgericht Hamm gab es unter den Staatsanwälten, mit Ausnahme des Generalstaatsanwalts, keinen, der nicht zuvor NSDAP-Mitglied gewesen war.«

Thamer geht auch darauf ein, dass die Redaktion der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift« sich 1947 weigerte, einen Zwischenbericht von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke über den Nürnberger Ärzteprozess abzdrukken – »dafür attackier-

ten medizinische Koryphäen wie Ferdinand Sauerbruch und der Göttinger Internist Friedrich Hermann Rein die Autoren als »Vaterlandsverräter«. Und kaum war der Abschlussbericht in Buchform erschienen, kauften die Ärztevereinigungen fast die gesamte Auflage auf, um sie vor der Öffentlichkeit verbergen zu können.

Ein anderer Fall, den Thamer schildert, ist der des Kinderarztes Werner Catel, der an der Ermordung Hunderter »lebensunwerter« Kinder beteiligt gewesen war. Das Hamburger Landgericht entschied, dass ihm dabei das Unrechtsbewusstsein gefehlt habe. Nachdem er bereits 1947 zum Direktor einer Kinderheilstätte ernannt worden war, vertraute ihm die Universität Kiel 1954 eine Professur für Kinderheilkunde an. Der Bundesnachrichtendienst wiederum rekrutierte sogar gezielt alte Nazis, darunter den Massenmörder Heinrich Schmitz, unter dessen Kommando Tausende von Juden erschossen worden waren.

Es versteht sich von selbst, dass auch das Auswärtige Amt (AA) ein braunes Sammelbecken bildete. Dort herrschte, wie man bei Thamer nachlesen kann, noch bis in die sechziger Jahre die Vorstellung, »historische Forschung und nationale Sinnstiftung müssten eng miteinander verbunden sein«. Mit seinem Buch *Griff nach der Weltmacht* löste der Historiker Fritz Fischer 1961 eine Kontroverse über die deutsche Mitschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs aus, wodurch das AA die deutsche Staatsräson gefährdet sah. Deshalb wies es das New Yorker Goethe-Institut 1964 an, eine an Fischer ergangene Einladung unter dem Vorwand zu knapper finanzieller Mittel rückgängig zu machen.

Thamer zitiert auch, was der SED-Funktionär Wilhelm Zeisser den leitenden Mitarbeitern des sächsischen Innenministeriums 1949 eingeschärft hatte: »Jene einstigen nominellen NS-Mitglieder, die nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« »ehrlich und loyal und erfolgreich mitgearbeitet hätten, (können) unter Umständen für die neu aufgebaute Verwaltung wertvoller sein« als »dieser oder jener, der immer und ewig lau zur Seite gestanden hat und eben aus diesem Grund auch nicht PG geworden ist.« Mitläufer waren in der DDR willkommen. Der ehemalige Wehrmachtsoffizier Arno von Lenski, der als ehrenamtliches Mitglied des Volksgerichtshofs an mindestens einem Todesurteil mitgewirkt hatte, stieg sogar zum General der Nationalen Volksarmee auf und wurde 1958 allen Ernstes mit der Medaille »Kämpfer gegen den Faschismus 1933–1945« ausgezeichnet.

Hans-Ulrich Thamer: *Zweite Karrieren. NS-Eliten im Nachkriegsdeutschland*. BeBra-Verlag, Berlin 2024, 288 Seiten, 26 Euro

Gerhard Henschel schrieb in konkret 2/25 über den Nazi-Theologen Walter Grundmann

Michael Töteberg / Alexandra Vasa

Ich gehe in ein anderes Blau

Rolf Dieter Brinkmann – eine Biografie
Rowohlt, Hamburg 2025, 400 Seiten, 35 Euro

Vielleicht sind es die beiden zentralen Fragen, wenn man sich mit Rolf Dieter Brinkmann beschäftigt, 50 Jahre, nachdem er in London beim Überqueren einer Straße von einem Auto erfasst wurde, am 23. April 1975: Was wäre aus ihm geworden, wäre er nicht schon mit 35 gestorben? Wäre es auf eine ordentliche Karriere im »Betrieb« hinausgelungen? Bei Brinkmann schwer vorstellbar, so pleite wie er war, so isoliert, weil er es sich mit so ziemlich allen verdorben hatte (am Ende wohl sogar mit seiner sehr duldsamen Frau Maleen). Womit wir bei der zweiten Frage wären: Woher kam diese große Wut, die geradezu Brinkmanns Markenzeichen war, seine Literatur prägte, aber auch den täglichen Umgang mit anderen Menschen?

Was zu einer dritten Frage führt: Was ist zu halten von einer Biografie, der ersten Brinkmann-Biografie überhaupt, die naturgemäß nicht daran vorbeikommt, diese Fragen zu stellen, aber keine Antworten gibt? Alexandra Vasa und Michael Töteberg kennen sich in Sachen Brinkmann bestens aus, sie haben für *Ich gehe in ein anderes Blau* intensiv recherchiert, mit Zeitzeugen gesprochen, aussagekräftiges Material zusammengetragen und aus all dem ein sehr gut lesbares Buch gemacht, das Brinkmanns Leben getreulich erzählt, unaufgeregt, chronologisch, mit einer angemessenen Mischung aus Anteilnahme und Distanz. Ja, man hätte gern nach der Lektüre das Gefühl gehabt, Bescheid zu wissen. Aber wenn es auch unbefriedigend sein mag, so ist es doch fair und aufrichtig, die Persönlichkeit Brinkmanns nicht spekulativ auszudeuten.

Ansatzpunkte liefern Töteberg und Vasa zuhauf: Sie erzählen von Brinkmanns Kindheit und früher Jugend im katholisch-ländlichen Vechta in der Nachkriegszeit. Provinz- und »Gerümpel-Generation«-Traumata, der frühe Krebstod der Mutter bieten sich wohlfeil für küchenpsychologische Banalitäten an, und Brinkmann hat derlei ja selber in Form der obligatorischen Heimatbeschimpfungen geliefert. Andererseits hat er sich aber auch liebevoll an die Kindheit erinnert, in der eine Anlage zur Ambivalenz früh deutlich wird: »Vechta, meine Haßliebe!« Schon der Schüler Brinkmann hat nicht

nur wie besessen geschrieben, sondern »provozierte, indem er sich als Existenzialist gerierte«. Eine öffentliche Rolle, die er ausbaute, nachdem er nach Köln gezogen war: der Dichter als *Poète maudit*. Mit immenser Beharrlichkeit sucht Brinkmann Zugang zum Literaturbetrieb (unter anderem, vergeblich, zu **konkret**), den ihm vor allem Dieter Wellershoff erschloss, Autor und Lektor bei Kiepenheuer und Witsch. Doch kaum hat Brinkmann »es« geschafft, vergrault er seine Förderer durch maßlose Arroganz und cholerische An- und Ausfälle. Das riecht nach einer manisch-depressiven Anlage, vielleicht war es aber auch nur ein in Größenwahn verwandeltes Gefühl von Minderwertigkeit. Das Muster setzt sich jedenfalls fort: Im Jahr vor seinem Tod erhält Brinkmann eine überlebensnotwendige Gastdozentur an der Universität von Austin, Texas. Auch hier legt er statt Dankbarkeit Schnöseligkeit an den Tag. Ein netter Mensch war er nicht, eher, laut dem Freund Nicolas Born, ein »böser Brinkmann«.

Aber nett waren und sind ja die wenigsten. Entscheidend ist, dass Brinkmanns Welt- und Menschenverdruss die Quelle seiner schriftstellerischen Energie gewesen ist. Er war angewidert von der glatten Konsumwelt der Nachkriegszeit, in seinen Erzählungen und den vorwiegend sehr langen, assoziativ strömenden Gedichten schreibt er auf, was ihm an Versehrtheiten in der Unwirtlichkeit der Städte vor Augen kommt. Vor allem in *Rom, Blicke*, dem Tagebuch seiner ersten drei Monate als Stipendiat in der Villa Massimo, wird der Ekel angesichts des Verfalls der Städte und der Kultur zu einer unvergleichlichen Kunstform. Das ist auch ein halbes

Jahrhundert später immer noch ein-drucksvoll. Vieles wirkt allerdings, heute gelesen, befremdlich: Der manische Hang zum Pornografischen mag seinerzeit provoziert haben, heute mutet dieser Sexismus eher spätpubertär an. Brinkmann war bekanntlich stark beeindruckt von der amerikanischen Pop-Literatur (auf deren Rezeption in Deutschland seine Anthologie *ACID* großen Einfluss hatte). Auch das ist eine literarische Ausdrucksform, die nicht gut gealtert ist.

Warum dann überhaupt noch Brinkmann? Noch so eine Frage. Weil es eben unter den Massen an Texten, die dieser von einem calvinistischen Arbeitsethos Getriebene hinterlassen hat, ein paar gibt, die immer noch gültig sind. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, dass die beiden besten Bücher Brinkmanns noch nicht gedruckt waren, als er starb, dass er den Ruhm, den ihm diese Bücher brachten, nicht mehr erlebte. Ob ihn das besänftigt hätte? *Rom, Blicke* erschien 1979, wenige Monate nach seinem Tod kam *Westwärts 1 & 2* heraus. Dieser Lyrikband, der Brinkmanns beste Gedichte enthält, ist

jetzt in einer um 27 bisher unveröffentlichte Stücke erweiterten Ausgabe bei Rowohlt neu erschienen. Darin findet sich auch das berühmte »Gedicht«, dessen Schlussverse im Titel der Biografie zitiert werden. Es bündelt Brinkmanns Sicht der Dinge und seine Fähigkeit, aus Alltagsbeobachtungen großartige Dichtung zu machen: »Zerstörte Landschaft mit / Konservendosen, die Hauseingänge / leer, was ist darin? Hier kam ich // mit dem Zug nachmittags an, / zwei Töpfe an der Reisetasche / festgebunden. Jetzt bin ich aus // den Träumen raus, die über eine / Kreuzung wehn. Und Staub, / zerstückelte Pavane, aus totem // Neon, Zeitungen und Schienen / dieser Tag, was krieg ich jetzt, / einen Tag älter, tiefer und tot? // Wer hat gesagt, daß sowas Leben / ist? Ich gehe in ein / anderes Blau.« Am Ende war der böse Brinkmann doch ein ganz ordentlicher Romantiker. **Thomas Schaefer**



Der tut nur scheu: Rolf Dieter Brinkmann versteckt sich hinter seiner Ehefrau Maleen, Köln 1969

Sie steht nicht im Vordergrund, und doch ist sie stets präsent: Die 17jährige Rue Bennet (Zendaya) führt in den ersten Folgen der Fernsehserie »Euphoria« noch ein Schattendasein an der Seite ihrer besten Freundin, der Transfrau Jules (Hunter Schafer), tritt aber streckenweise zugleich als auktoriale Erzählerin auf. Sie ist nicht reich, nicht weiß und halb verwaist – und hätte in der Realität einer rassistischen Gesellschaft deshalb nicht viel zu melden. In »Euphoria« aber, das auf einem von Daphna Levin und Ron Leshem für einen israelischen Kabelsender realisierten Mehrteiler basiert und dessen amerikanische Version seit 2019 bei HBO läuft, liegt die Deutungsmacht über das Geschehen bei ihr. Rue beschreibt ihre unzuverlässige Erzählhaltung als »Hellsen, das in die Vergangenheit führt«.

Seit frühester Kindheit leidet sie an Angstzuständen und Panikattacken, der Griff in den familiären Medikamentenschrank verschafft Abhilfe. Pillen sind für sie wie Bonbons, in Kombination mit anderen Drogen erzeugen sie ein Bewusstsein, das ohne sie nicht zu haben ist. »Wenn Reality-TV sich wie Arbeit anfühlt, steckst du in einer De-

sie ihrem Dealer Fezco (Angus Cloud) ab-luchst, stiehlt sie sich immer wieder davon und findet Zuflucht in der Vergangenheit: Als ihr Vater an Krebs erkrankte, wurden seine Medikamente auch zu ihren. Noch nach seinem Tod scheint sich die tägliche Dosis wie von selbst zu vermehren – die im Auftrag des Sackler-Konzerns lancierte McKinsey-Kampagne zur Steigerung des Absatzes von Opioiden hat ihre Wirkung offenbar nicht verfehlt.

Rue ist suchtkrank, depressiv und zugleich hoffnungslos verliebt. Zwischen ihr und Jules, die nach der Transition als Neue an die Highschool kommt, entspinnt sich in der ersten Staffel von »Euphoria« eine lesbische Liebesbeziehung. Anfangs assistiert Rue ihrer Freundin beim Erstellen von Nacktbildern – ein Äquivalent zu den anderswo zirkulierenden *Dickpics*, »aber in künstlerischer Pose, als wär's eine Ausstellung im Moma«. Als Jules dann Nate (Jacob Elordi), die Person hinter dem Pseudonym »Shy-Guy118«, im realen Leben trifft, wird sie von ihm mit einem Sextape erpresst. Unvorhersehbare Wendungen wie diese folgen der seifenoperenförmigen Dramaturgie und halten Serienjunkies bei Laune. Zwischen den Cliffhangern kommunizieren die Protagonisten

»Euphoria« fest. Das neue Tauschmittel unter Teenagern scheint es den Darstellerinnen zu verbieten, auch nur eine Sekunde lang *sex negative* zu sein. Vielleicht sind die »Euphoria«-Protagonistinnen auch deshalb so sehr darum bemüht, vom Falschen möglichst viel abzubekommen: Jules, die nach Bestätigung ihrer fragilen Weiblichkeit sucht, wird von einem Sugardaddy in einem Stundenhotel vergewaltigt und dabei gefilmt. Nate identifiziert sie auf einer DVD aus der Pornosammlung seines Vaters und zwingt sie zum Schweigen. Rue wiederum scheint Nates schmutziges Geheimnis zu kennen. Mit Zeigestab hält sie in einer Parabase einen ironischen Vortrag darüber: Eine *Dickpics*-Sammlung sei ein fehlgeleiteter Versuch der Kontaktaufnahme, doch auch dafür gibt es eine *sex positive* Formulierung: »Wenn ich einen Schwanz hätte, würde ich wahrscheinlich auch Fotos davon machen. Aber hier geht es nicht um dich. Es geht um Schwänze.«

Obwohl psychische und physische Gewalt in »Euphoria« durch asoziale Medien vorangetrieben wird, kommentieren die Protagonisten dies bestenfalls ironisch. Sie machen ihre Gesichter zu Bildfetischen und folgen damit der Logik der Content-Maschinen. Der neue Partnermarkt wird durch Apps vermittelt, seine filteroptimierten Körper sind schön, schlank und sexy. Sie passen und passieren – auch Transaktivistin Jules darf im Verlauf der ersten 18 Folgen als *Role Model* fernab der Heteromatrix firmieren. Nate und sein Vater Cal (Eric Dane) hingegen bilden den archaischen Kontrapunkt zur weichgespülten Teenagerwelt mit ihren fluiden Geschlechtergrenzen. Sohn Nate fängt seit Kindertagen in American-Football-Uniform die Pässe von Quarterbacks. Wer exzessiv Sport betreibt, kann den eigenen überhöhten Ansprüchen oft nicht genügen – oder jenen seines Erzeugers: In der vierten Episode der zweiten Staffel lässt Nates Vater im Hausflur die Hosen herunter und verlässt anschließend seine Familie: »Ich fickte, wen und wann ich will.«

Wer klandestin im Kleiderschrank sitzt, sollte nicht mit jungen Männern in abgelegenen Bars tanzen. Im Verlauf der ersten Staffel kann Cal dies gerade noch verbergen: Sein republikanischer Körper ist ein anatomischer Atlas und die Rolex am Handgelenk ein hochkarätiges Einzelstück – ganz so wie er selbst. Wenn sein Sohn der Welt nicht beweisen will, dass er über sich hinauswachsen kann, muss Cal es tun: Als Nate seine Freundin Maddy (Alexa Demie) brutal würgt und sie auf Grund ihrer sichtbaren Verletzungen zu einer Zeugnisaussage veranlasst wird, sorgt Cal dafür, dass sein Sohn nicht ins Gefängnis wandert. Patriarchale Gewalt weiß sich auch in »Euphoria« stets zu helfen.

Steht die fragile Beziehung zwischen Jules und Rue im Zentrum der ersten Staffel, so handelt die zweite von Genesungsversu-

Drogen als Bonbons

Die TV-Serie »Euphoria« bricht mit vielen Konventionen herkömmlicher Highschool-Seifenoper und ist dennoch ungeheuer populär. Das könnte daran liegen, dass die Figuren keine Helden, sondern Menschen sind.

Von Barbara Eder

pression«, konstatiert sie, nach 48 Stunden Bilderflut reglos im Bett liegend. In Momenten wie diesen wäre der goldene Schuss für sie die schönste Sache der Welt. Zu Beginn der Serie aus einer Drogenklinik entlassen, entdeckt Rue bald eine neue Kombinationstherapie gegen die Zumutungen der Außenwelt: Mittels ungesunder Mischungen, die

in völliger Hingabe an das Technikverhältnis weiter. Im unteren Bildrand eingeblen-dete Chat-Nachrichten wirken wie Untertitel zu einem privaten Gedankenaustausch, bei dem nun jeder mitlesen kann.

»Es ist 2019. Nacktfotos sind die Währung für Liebe, hört auf mit dem Shaming«, stellt Rue bereits in der dritten Episode von

chen. Nach der Konfiskation ihrer Drogen durch die Mutter droht Rue der kalte Entzug – ein weiteres Intermezzo in einer Reihe von Rückfällen, die mit dem libidinösen Parallelgeschehen im Highschool-Universum kontrastieren. Dort funkelt der blonde Männerschwarm Cassie (Sydney Sweeney) in die On-off-Beziehung zwischen Nate und Maddy – bis Cassie sich im Swimmingpool vor ihren Freundinnen übergibt. Seit Beginn ihrer toxischen Affäre ist sie emotional am Boden, ihre Unsicherheit darüber, ob Nate zu ihrer besten Freundin Maddy zurückkehren will, belastet sie stark. Zwischendurch landet sie in einer Abtreibungsklinik und kurvt während des Eingriffs im Kopf durch eine Eisdisco. Zeitgleich erhält Mitschülerin Kat (Barbie Ferreira) erste Internet-Angebote. Für das, was die Fanfiction-Autorin im Netz veröffentlicht, interessieren sich die Online-Kunden nicht, dafür aber für verbale Demütigungen vor laufender Webcam. Kat tritt dort als Femme fatale mit Katzenmaske auf und begegnet an einer Stelle doch nur dem schwarzen Bildschirm. Dann wird sie von einem nordischen Wikinger vergewaltigt, was ein Akt der Emanzipation sein soll.

Fast alle »Euphoria«-Protagonistinnen stehen unter Erfolgs- und Leistungsdruck, nur Rue verhält sich dem Tagesgeschäft gegenüber indifferent. Die Serie setzt neben Intrigen und Geheimnissen auch auf das Wechselspiel von Verrat und Enthüllung. Damit unterscheidet sie sich nicht maßgeblich von Seifenopern wie »Gute Zeiten, schlechte Zeiten«, der biedere Touch weicht jedoch einer avancierten Pop-Ästhetik: »Euphoria« ist so schillernd wie ein Musikvideo in Endlosschleife, der Soundtrack kommt von Koproduzent und Rapper Drake. Rues drogeninduzierte Halluzination in der 14. Episode erweist sich als Parodie eines Kunstgeschichtekabinetts. Während Jules am Cunnilingus arbeitet, treibt ihr Bild im Kopf von Rue seltsame Blüten: Zuerst erscheint Jules als Frida Kahlo, wenig später als albinoide Botticelli-Venus im Rosenbeet. Am Ende der Sequenz findet das Paar an der Reling der untergehenden »Titanic« zueinander – mit Rue als Leonardo DiCaprio in Jules' Rücken.

Die erste Staffel von »Euphoria« handelt vom gescheiterten Fluchtversuch zweier *Final girls* aus der amerikanischen Vorstadthöhle, im Hintergrund die ersten Takte aus Bronski Beats »Smalltown Boy«. Die Zuseher realisieren erst nach und nach, dass Rues Kuss in der achten Folge kein Liebesbekenntnis war und ihre Verpflichtung, für die Zeit des Zusammenseins »clean« zu bleiben, ein uneingelöstes Versprechen. Die Beziehung endet dialog- und charakterzentriert – mit zwei konversationstechnisch aufgebauchten Zusatzepisoden. Jules sucht auf der Couch nach ihrem verloren geglaubten Selbst und muss sich eingestehen, dass sie Rue be-



»Wenn Reality-TV sich wie Arbeit anfühlt, steckst du in einer Depression«:
Rue (Zendaya) diesseits der Euphorie

geht. Die wiederum wird, nachdem Jules sie verlassen hat, so depressiv, dass sie das Bett nicht mal zum Toilettengang verlassen kann und der Urin aus ihrer Blase zurück in die Nieren fließt. In der Episode »Hellwach« muss Rue hospitalisiert werden und findet während des stationären Aufenthalts neue Kraft. Im Gespräch mit Ali (Colman Domingo), dem sie zum ersten Mal bei den Anonymen Alkoholikern begegnete, überlegt sie, ob Vergebung nicht doch möglich ist und sie den Drogen, die sie zeitweise auch verkauft, noch entkommen kann.

Hier die therapeutische Praxis, dort der heruntergekommene Burgerimbiß – am Highway to Hell gibt es neben Klassenunterschieden auch lichte Momente. Während eines weiteren Entzugsversuchs trägt Rue in Erinnerung an Ali, der nach seiner Konversion zur Nation of Islam den inneren Sumpf trockengelegt hat, ein Malcolm-X-T-Shirt, am Ende der zweiten Staffel ist sie seit Monaten drogenfrei. Mit dieser Andeutung endet der Versuch des Drehbuchautors Sam Levinson, Depressionen zu politisieren, auch schon wieder. Jules kommt zum Schluss, dass

sie zur Bestätigung ihrer Weiblichkeit keine Männer braucht und es ein Sein jenseits der Geschlechterdichotomie gibt. Diesen utopischen Raum hat sie schon einmal betreten, ihre queeren Freunde aus früheren Zeiten erinnern in einem kurzen Zwischenspiel daran. In der zweiten Staffel trägt Jules zeitweise einen Binder und identifiziert sich erneut als genderqueer – im Sinne eines »next level, beyond femininity«.

»Die meisten Mädchen analysieren und vergleichen sich automatisch mit dir, wenn du das erste Mal mit ihnen sprichst. Dann suchen sie nach deinem Platz in ihrer Hierarchie und behandeln dich entsprechend«, verrät Jules ihrer Analytikerin. In ihrem Umfeld, das zugleich das der gesamten Serie ist, gäbe es nur eine Person, die Frauen nicht nach diesem Schema beurteilt: Rue. Vielleicht ist dies schon ein Liebesbekenntnis. ●

»Euphoria« ist in Deutschland bei Sky zu sehen. Eine dritte Staffel der Serie soll Anfang 2026 erscheinen.

Barbara Eder schrieb in konkret 8/24 über die Malerin Broncia Koller-Pinell

Des geht sie scho aus!

Großartiges neben Kleinkalibrigem: Als Dichter hat Georg Kreisler zwar zu Recht Selbstzweifel gehabt, aber sich stets die Geste des freien Geistes bewahrt. Von Marco Tschirpke

Die ständige Unzufriedenheit mit dem eigenen Geschreibsel ist schwer zu ertragen, so unzufrieden mit seiner Arbeit ist kein Rechtsanwalt, kein Arzt, kein Maurer, kein Tischler.« Dieser Satz aus dem Vorwort des pointierten Zweiflers Georg Kreisler zu seinem Gedichtband *Zufällig in San Francisco* nimmt einen Eindruck vorweg, den die Lektüre seiner Verse ebenso erzeugen kann – und soll. Zum Glück wissen wir um die immensen Verdienste des charmanten, zerrissenen, zänkischen Alten.

»Ein Kritiker hat mich bezeichnet als Kabarettisten!« Und tatsächlich umreißt der Begriff »Kabarett« nicht entfernt das Spektrum des augenzwinkernden Schwarzsehers. Der ungereimten Kleinschreibungslyrik abhold, spannt Kreisler seine Themen weit (und manchmal breit) über den Ozean. Dieser durch und durch säkulare Österreicher mit jüdischen Wurzeln, der vor den Schergen eines anderen Österreichers in die USA emigrierte (unfreiwilliger Transatlantiker!), hat eine Menge im Rucksack: die Nüchternheit des Weitgereisten, den bitteren Humor des Ausgegrenzten, die souveräne Geste des freien Geistes. Ein zuverlässiger Parteigenosse ist er nicht und will er nicht sein. Sein Publikum sieht sich in ihm wie in einem Zerrspiegel. Die desillusionierte Bürgerlichkeit artikuliert sich in Kreisler in mehr als ihrer Befindlichkeit: Die Zeitläufe haben ihre Wunden in den Künstler geschlagen. Auf kein Pferd zu setzen, scheint ihm die beste Option.

»Mir tut jedes Gedicht, das ich geschrieben habe, ein bißchen leid, denn nichts wird so unhöflich abgefertigt wie ein Gedicht.« Darauf folgt eine unhöfliche Abfertigung von Karl Kraus, der »in seiner grenzenlosen Eitelkeit und Selbstüberschätzung auch fragwürdige Gedichte geschrieben« habe. Nun, sein amerikanischer Kollege Tom Lehrer wüsste selbiges über Kreisler zu sagen. Bereits die schöne Stabreimerei des Originaltitels »Poisoning Pigeons in the Park« weist allein T. Lehrer als den Urheber aus. Wie soll-

te Kreisler ahnen, dass ausgerechnet ein Kuckucksei sein *Signature song* werden würde? Bar jeden handwerklichen Mangels, findet sich Großartiges neben Kleinkalibrigem, abgezirkelt Konzises neben wild Assoziiertem. Und nicht selten – wie hier in der Schlusstrophe des Gedichts »Die Maschine« – taucht sie auf, die verschmitzt vorge-tragene Sorge, dazuzugehören:

*Sie sind Professor und Soldat,
Equilibrist und Demokrat,
und sie besitzen ein Mandat
als Konkubine.
Und eines Tages, fürchte ich,
entdeckt man mich versehentlich
und kommt hierher und schleudert mich
in die Maschine.*



Anschlussfähig für die linke Mittelschicht: Georg Kreisler (l.) 1973 mit seiner Bühnenpartnerin Topsy Küppers

Was sich, nebenbei, von Kreisler lernen lässt, ist die Fertigkeit, nach dem Erfolg zu schielen, ohne betriebsblind zu werden. Der Mann konnte den Opportunismus auf den Tod nicht ausstehen, auch wenn er sich ihm bisweilen lieber durch Flucht entzog als zu widerstehen.

In der Mitte des Buchs steht ein »Zwischenwort«, das fast allein die Neuveröffentlichung (das Werk erschien erstmals 2010) rechtfertigt. Denn es entfaltet ein ganzes Ta-

bleau gedichteter Kriegshetze aus dem Jahr 1914. Der militaristische Schund aus den Federn von Richard Dehmel, Alfred Kerr, Gerhart Hauptmann und Thomas Mann bildet nur den Auftakt zu einer Sinfonietta der Widerwärtigkeiten: »Auch die fortschrittlichen Komponisten Schönberg, Berg und Webern, die vom österreichischen Staat nur Missachtung und Ablehnung erlebt hatten, ja sogar der Psychiater Sigmund Freud waren damals kriegsbegeistert, und unter anderem gab es auch ein schreckliches »Manifest«, das zum »Daseinskampf« aufrief und von etlichen Künstlern, beispielsweise Max Reinhardt, Siegfried Wagner, Engelbert Humperdinck und auch Max Planck unterzeichnet wurde.«

Wir erinnern uns heute ganz ähnlicher Manifeste, unterschrieben von Autoren wie Daniel Kehlmann, Herta Müller, Maxim Biller, Wladimir Kaminer, Ilko-Sascha Kowalczyk, Sascha Lobo, die mehr und mehr Waffen für die Ukraine und gegen Russland fordern. Zumindest in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit sind das ja auch Künstler. Und sie dürfen irren, selbstverständlich. Aber es macht einen Unterschied, ob sich mein Installateur hinsichtlich der Steigung eines Gewindes irrt oder ob ein Mensch mit Öffentlichkeit eine Schraube locker hat. (An dieser Stelle seines Buchs übrigens hätte Kreisler Gelegenheit gehabt, Karl Kraus wieder ins rechte Licht zu setzen – der nicht nur der konsequenteste Antimilitarist der damaligen Zeit, sondern auch jener Mann war, ohne dessen »Fackel« Kreisler wohl kaum gewusst hätte, wer sich 1914 alles zum Kriegsnarren gemacht hatte.)

Kreisler, seltsam genug, fühlt sich der Aufklärung nicht verpflichtet. Zumindest behauptet er: »Ich persönlich fühle mich im Dunklen des Mythos wohl, im Licht zerrinnt alles.« Schreibt einer, der als Aufklärungsoffizier der US-Armee ins besiegte Hitlerdeutschland zurückkehrte, um Nazigrößen wie Julius Streicher und Ernst Kaltenbrunner zu verhören.

Dass die Gedichte Georg Kreislers auf den ersten Blick seinen Liedern nicht das Wasser zu reichen scheinen – wen wundert's? Muss man sie doch selber lesen und richtig betonen. Wer kann das schon?! Mit seinem zu Kunst amalgamierten Dagegen (gegen alles Staatliche, Systemische, Hierarchische) war und ist er anschlussfähig für die linke Mittelschicht. Vorteil des gutgekleideten Anarchisten: Auch das bürgerliche Publikum, wenn es auf sich hält, hält ihm die Stange. Wenn es seiner Unterhaltung dient, wusste Kreisler, ist es zu jedem Missverständnis bereit.

Georg Kreisler: *Zufällig in San Francisco. Unbeabsichtigte Gedichte*. Neuausgabe. Verbrecher-Verlag, Berlin 2025, 128 Seiten, 22 Euro

Marco Tschirpke schrieb in konkret 9/24 über den A.-und-O.-Alltag

Dead Pioneers

Post American

Hassle Records / Cargo

Anfang der achtziger Jahre sang Jeffrey Lee Pierce, Frontman der kalifornischen Blues-Punk-Rockband The Gun Club, im Song »Bad Indian«, dass die besungene Person, vermutlich eine Frau, wie ein Geist sei, »with crazy hands and mouth. A necklace made of eyeballs. You are just a Bad Indian.« Jener »böse Indianer« ist einer, der den Protagonisten verhöhnt, ausnutzt, betrügt, unberechenbar handelt, was dem Zuhörer unmittelbar einleuchtet, denn der »Indianer«, der gute wie der böse, ist im Mythenschatz der westlichen Welt so fest verankert wie sein Gegenpart, der Cowboy. Pierce war ein Außenseiter: Als Sohn eines weißen Arbeiters und einer mexikanischen Hausfrau widmete er sich in seinen Songtexten den gesellschaftlichen Misfits – Junkies, Dieben, Mördern: »I'm a steel drivin' man, I want to go to hell.«

Gut vier Jahrzehnte später sprechsingt Gregg Deal, Sänger der US-Band Dead Pioneers, dass, gemäß dem Sprichwort, »nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer«, der Angehörige des Stammes Pyramid Lake Paiute, nicht verschwindet und sich nicht herumschubsen lässt: »But I'm a bad Indian.« Deal, Sohn eines weißen Vaters und einer indigenen Mutter, fühlt sich berufen, als »böser Indianer« die Grenzen jenes Typus neu abzustekken, gewissermaßen das traditionelle Bild des »edlen Wilden« auf links zu drehen, in der Gesellschaft und in der Rockmusik. Punk-Pionierin Patti Smith verglich einst ihre *Rock 'n' Roll poems* mit »unbewusstem Text« der »Indianer«, die »Sprechchoräle, eine rituelle Sprache nutzten« als »Sprache des Augenblicks«. Deal hingegen singt bewusst und klar im programmatischen Song des vorigen Albums der Dead Pioneers, »Bad Indian«: »Sure, millions of Indians died, but tell me about your feelings. And cry your white tears.«

Auf der neuen Platte artikuliert er seine Wut auf die gesellschaftlichen Zustände und die verlogene *Wokeness* der liberalen Weißen, denn an deren Machtanspruch hat sich in den vergangenen Generationen wenig geändert in dem »country built on genocide«. Die Kombination aus weißer Deutungshoheit und verfestigter Klassenherrschaft ist wegen der Behauptung ihrer Unabänderlichkeit ein prima Feindbild der Dead Pioneers, die eine geeignete musikalische Form für ihre Fundamentalkritik gefunden haben. Wenn Gregg Deal singt: »Fuck your capitalist infomercial!«, dann dröhnen Bass und Gitarre wie bei der kalifornischen Punk-Band Black Flag Anfang der achtziger Jahre. Deren Sänger Henry Rollins begann nach Auflösung der Band eine Karriere als Solo-Musiker und Spoken-Word-Künstler; in dieser Tradition steht Deal, der von einem zweiten einflussreichen Punk-Mastermind, dem früheren Sänger der Dead Kennedys, Jello Biafra, protegiert wird. Dessen Label Alternative Tentacle veröffentlichte im vergangenen Jahr »Bad Indian« als Single.

Die 15 Tracks der neuen Platte lassen sich einteilen in harsche, wenig melodiose Punk-Songs sowie Spoken-Word-Stücke mit schlichtem tribalistischem Hintergrundgewummer. Während »My Spirit Animal Ate Your Spirit Animal« so klingt wie »Search & Destroy« von Iggy & the Stooges, trägt Deal in »White Whine« einen antirassistischen Text vor, begleitet von einer Gitarre mit starkem Hall. »Fire and Ash« plätschert ruhig dahin, was die klaren Worte stärker in den Vordergrund rücken lässt. In »Bloodletting Carnival« geht es um den Zweiten Zusatzartikel der US-Verfassung, den die weißen Amerikaner (und nicht nur die) verteidigen, während ihnen das Leben der Kinder in den für Amokläufe vorgesehenen Schulen egal ist. »Moralische Abgeschmacktheit« (Dead Pioneers) und *American values* ergänzen einander. Wer soll da nicht das Kotzen kriegen, insbesondere als Angehörige einer Bevölkerungsgruppe, deren Ahnen die Ziele der Kugeln aus jenen Waffen darstellten, die zu tragen und zu benutzen die (weißen) Amerikaner verfassungsgemäß berechtigt sind und bleiben wollen.

Am schönsten klingt Deals Zorn, wenn er sich gegen die Selbstgerechtigkeit der bourgeoisen Weißen richtet. In »The Caucacity« spottet er über den »Kaukasier« genannten Weißbrot-Amerikaner mit dem »smug look on your face«, »dem gleichen blasierten Blick, den deine Ahnen zur Schau stellten, als sie (die Ureinwohner und Afrikaner) versklavten, verstümmelten, ermordeten, erniedrigten«. Als großherzig und gönnerhaft inszenieren sich die Trumps und Clintons jener Gesellschaft, in der die »Indianer« zwar im Reservat in Armut leben, dafür aber Casinos betreiben dürfen. Das gleichermaßen derbe Wut-Stück »Mythical Cowboy« desavouiert den reaktionären Western-Star John Wayne und seinen verständnisvollen Nachfolger, den Wolfstänzer Kevin Costner: »Best cowboy that never exi-



»Cry your white tears«: die Dead Pioneers mit Sprechsänger Gregg Deal (3. v. l.)

sted, / White narrative, gets it twisted, / I want to punch you, closed-fisted, / Tear down your silver screen of lies.«

Während das Arbeiterkampflied »Working Class Warfare« an die Dead Kennedys erinnert, engagierten die Dead Pioneers fürs feministische »Love Language« die Sängerin der britischen Frauenband Petrol Girls, Ren Aldridge, die den frauenrechtlichen mit dem antirassistischen Kampf verbindet: »The law protects women: Which women?« Deal schenkt sich und dem Publikum nichts, die Pioneers-Songs verzichten auf Schnörkel, der Sprechgesang klingt klar, die Haltung bleibt unversöhnlich: »Sometimes being an asshole is the best option.« Im Mai tourt der Sänger und Bildkünstler mit seiner Band durch Europa. Bei der Gelegenheit kann man sich das Hirn von Winnetou- und Bonanza-Kitsch gründlich entstauben lassen: »Sometimes the only good pioneer is a dead pioneer.«

Peter Kusenber

Man könnte neidisch werden – unsereins hat Mühe, seine paar Terminchen und Abgabefristen für Kurz- und Kürzesttexte einzuhalten, und woanders sind sogar die Toten produktiv. Nehmen wir mal den US-Amerikaner Tom Clancy. Gemeinsam mit dem Thriller-Giganten James Patterson – laut Wikipedia (Mit-)Verfasser von mehr als 300 Büchern

Nehmen wir als Beispiel den 2023 erschienenen, 650 Seiten dicken Roman *Tödliche Allianz*. Auf dem Titelbild nimmt der in fetten Großbuchstaben gedruckte Name »Tom Clancy« fast die Hälfte des Platzes ein, kleiner darunter folgen erst der Romantitel und dann in der Fußzeile die Auskunft: »von Marc Cameron«. Aus Transparenzgründen schafft es also der Name des Ghostwriters (der damit gar nicht mal so geisterhaft ist)

Tom Clancy darf nicht sterben

Im internationalen Bestseller-gewerbe ist der Autor kein gewöhnlicher Mensch, sondern eine Marke. Und die lebt weiter, auch wenn er selbst längst Altpapier ist.
Von Wieland Schwanebeck

und vermutlich mit zwei weiteren Bänden durch, bevor Sie das Ende dieses Absatzes erreicht haben – dürfte er der Lieblingsautor von Menschen mit kurzer Aufmerksamkeits-spanne sein und hat als solcher seit seinem 1984 erschienenen Debüt *Jagd auf Roter Oktober* rund vierzig Romane veröffentlicht, die Hälfte davon allein in den letzten zehn Jahren. Clancys Produktivität ist umso beeindruckender, wenn man berücksichtigt, dass er bereits im Jahr 2013 das Zeitliche gesegnet hat. Dafür, dass die Maschine nach wie vor brummt, hatte der emsige Kalte Krieger schon zu Lebzeiten vorgesorgt. Beim Verfassen seiner zwischen 600 und 1.000 Seiten dicken Terrorismus-Schnitzeljagden ließ er sich von einem größeren Mitarbeiterstab assistieren, der den Verlust des Chefs längst zu kompensieren versteht. Somit steht das Ableben des Firmengründers nicht dem Erscheinen neuer Tom-Clancy-Bücher im Weg, auch wenn die Wahrung des Autorschafts-versprechens zu ein paar Ungereimtheiten im Erscheinungsbild führt.

auf den Titel. Was besagt dann aber die wuchtige Angabe »Tom Clancy«? Ist sie ein Teil des Titels oder gibt sie uns in Verbindung mit diesem zu verstehen, wie es um die Beziehung zwischen dem Ghostwriter und dem weiter herumgeisternden Reihenbegründer bestellt ist (»Tom Clancy und Marc Cameron – Tödliche Allianz«)? Das Buchinnere stiftet eher noch mehr Verwirrung, denn dort werden die beiden Namen dem Romantitel gemeinsam vorangestellt. Das legt eine Co-Autorschaft nahe, ohne dass der Leser nähere Informationen darüber erhält, wie viele Wörter des Buchs, das bereits in den ersten beiden Zeilen auf drei abgeschlossene Hauptsätze kommt, tatsächlich von der Leiche des Nebensatzverweigerers Clancy stammen.

Natürlich müssen wir uns nicht vorsätzlich doof stellen, sondern können uns sehr wohl zusammenreimen, was Tom Clancy zu *Tödliche Allianz* beigesteuert hat, nämlich den Namen, und das ist nicht wenig. Denn er ist längst zum Markennamen geworden,

seine Geschichten vom nuklearen Faustrecht bilden ein *Universum*, so wie es ein Charles-Dickens-Universum und ein »Star Wars«-Universum gibt. Die Weiterverwendung des Autorennamens als Etikettenschwindel zu monieren, ginge am Thema vorbei; genauso gut könnte man sich darüber echauffieren, dass der Fernsehkoch Johann Lafer für die Bratenfonds, die unter seinem Namen vertrieben werden, nicht selbst am Kochtopf steht.

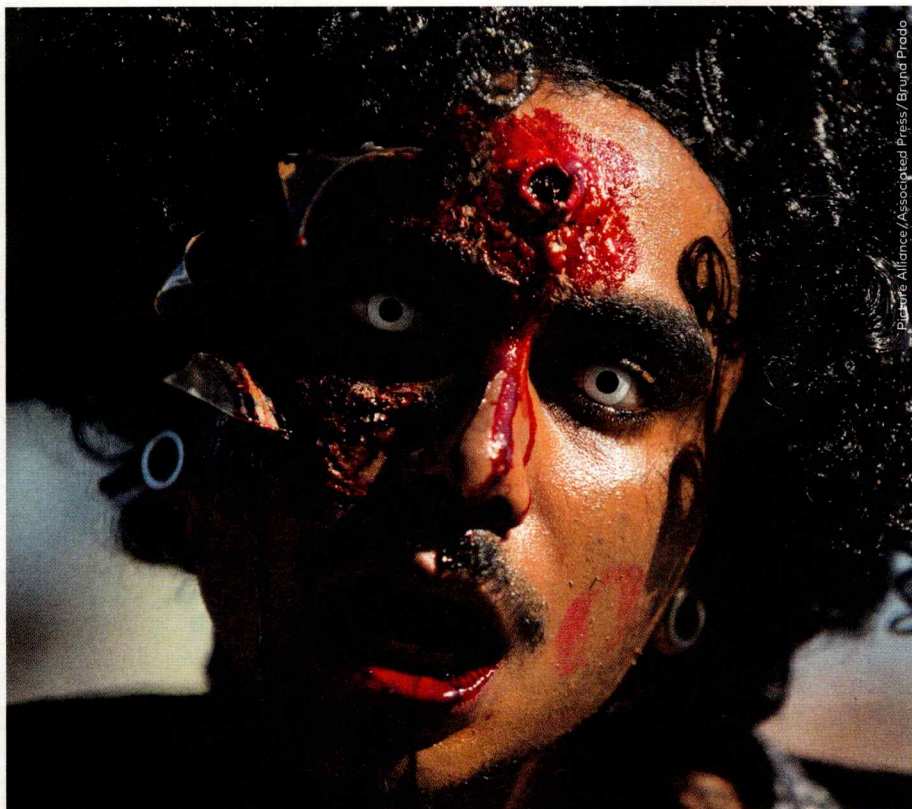
Auf dem Buchmarkt wird dasselbe Spiel wie überall gespielt, weshalb Prominente auch mehr Kinderbücher absetzen als Leute, die wirklich schreiben können (siehe **konkret** 1/24). Die Verlagsbranche und der Handel schwören dermaßen auf Wiedererkennbarkeit und Marken, dass sie sich dabei nicht vom Ableben der Markenbegründer aufhalten lassen. Zumal da es den Fans ja auch wurscht sein dürfte, dass Tom Clancy nicht der Verfasser des neuen Tom Clancy ist. Hat man es – wie er – dank Ronald Reagans präsidialem Gütesiegel sowie profitablen Verfilmungen einmal geschafft, sich vielen Menschen als Urlaubslektüre ihres Vertrauens unentbehrlich zu machen, dann wird der erprobte Einheitsbrei so lange weiter angerührt, bis die Rezeptur keinem mehr schmeckt.

Immer noch finden sich auf Clancys Buchcovern die vertrauten Schusswaffen und Helikopter abgebildet, immer noch kreisen die austauschbaren Werktitel unverzagt um die Themenfelder Risiko und Patriotismus. *Support and Defend*, *Under Fire*, *Duty and Honor*, *Enemy Contact* – ob das jetzt Clancy-Romane, Trump-Tweets oder Steven-Seagal-Ballerkrimis aus der DVD-Ramschkiste bei Netto sind, könnten wahrscheinlich nicht mal Fans in jedem Fall sicher beantworten. Da die Ghostwriter mit Vornamen fast alle Mark beziehungsweise Marc, Grant, Don und Mike heißen, drängt sich der Eindruck auf, der Verlag versuche, Onkel Toms Erbe sogar auf diesem Weg zu bewahren. Der harte Hund, der in Clancys Büchern als Geheimagent (und später als pragmatischer US-Präsident) Probleme mit dem sicheren Griff zur Schusswaffe löst, heißt Jack, und da liegt es eben nahe, dass auch die Geschichten immer irgendein Tom oder Mike ausheckt. Echte Kerle schreiben zwar eigentlich nicht, aber wenn's halt sein muss, stehen sie ihren Texten wenigstens nicht an Einsilbigkeit nach.

Auf dem Buchmarkt tummeln sich weitere solcher quicklebendigen Leichen. 20 Jahre nach dem Tod des schwedischen Krimiautors Stieg Larsson sind bereits mehr neue Titel in seiner *Millennium*-Reihe erschienen, als er selbst zustande gebracht hat, und auch die umtriebige britische Krimiautorin Sophie Hannah wird es angesichts des Verkaufserfolgs verschmerzen, dass ihr Name auf den von ihr stammenden Hercule-Poirot-Romanen sehr viel kleiner gedruckt wird als der der vor rund einem halben Jahr-

hundert verstorbenen Poirot-Erfinderin Agatha Christie. Was Hannah schreibt, erscheint mit dem offiziellen Gütesiegel des Christie-Imperiums, so dass es im Buchladen optisch kaum von den Originalen zu unterscheiden ist. Möglicherweise hätte das der Krimikönigin gefallen; schließlich drehen sich ja auch ihre Plots um ehrwürdige Dynastien, die sich zwar gern frisches Blut von außen gönnen, die Erbmasse jedoch ansonsten lieber in der Familie belassen.

Jack Ryan, nee Quatsch: Jack Reacher erfindet. Charmant auch die Konstellation rund um den Roman *Karla's Choice* (2024), der im Geheimagentenuniversum von John le Carré spielt. Er stammt aus der Feder von le Carrés eigenem Sohn, so dass der vorn abgedruckte Untertitel »a John le Carré Novel« gar nicht leicht zu widerlegen ist. Denn wenn le Carré selbst der Urheber des Verfassers ist, dann geht ja irgendwie auch dessen Roman auf sein Konto, oder?



Picture Alliance/Associated Press/Brund Prada

Topsellerautor auf dem Weg zum Verlagsmeeting

Den Refrain »Blut ist dicker als Wasser« intonieren Verlage gern, um ihre Geschäftspolitik als Erzählung vom familiären Zusammenhalt zu camouflieren; besonders gut zieht die Familienmaske auf dem Kinderbuchmarkt. So haben die Erben von A. A. Milne und Beatrix Potter neue Geschichten rund um Peter Hase und Pu den Bären in Auftrag gegeben, was in letzterem Fall angesichts der textintern wie -extern verlaufenden, generationenübergreifenden Verwerfungen zumindest ein Geschmäcke hat. Zu den marktschreierischen Bravourstücken im Feld der Nachlasspflege zählen auch die Bemühungen des Verlags Bantam Books, der die *Dune*-Geschichten nach dem Tod des Autors Frank Herbert nicht einfach im Wüstensande verlaufen lassen wollte und deshalb seit Jahrzehnten neue Bücher von Herberts Sohn Brian verfassen lässt, sowie die Staffelstabübergabe von Lee Child (alias James Dover Grant) an Andrew Child (alias Andrew Grant), der jetzt mit dem Segen seines großen Bruders neue Geschichten über Jack Bauer, Pardon:

Manch professioneller Ghost geht sogar für konkurrierende Unternehmen an den Start. Und warum auch nicht? Im Autorenstall greifen schließlich dieselben Regeln wie im Autorennstall, wo schon Schumi von Ferrari auf Mercedes umsteigen konnte. So hat der einst auf historische Romane spezialisierte Brite Sebastian Faulks für die James-Bond-Reihe geschrieben und später im Sound von P. G. Wodehouse ein neues Abenteuer des gewieften Butlers Jeeves ersonnen, und wenn Mike Maden nicht in der Clancy-Fabrik am Fließband steht, verfasst er in Vertretung des verstorbenen Clive Cussler Abenteuerromane, bis irgendwann eine künstliche Intelligenz seinen Job übernimmt.

Ein verängstigter, auf Prominentes und Bewährtes angewiesener Buchmarkt dürfte so schnell nicht von diesem Erfolgsrezept lassen und weiter die modernen Textfabriken anheizen – jedenfalls, solange mit lohnenden Absätzen zu rechnen ist und sich die Nachkommen verhandlungsbereit zeigen. Können wir uns also demnächst auf ein paar

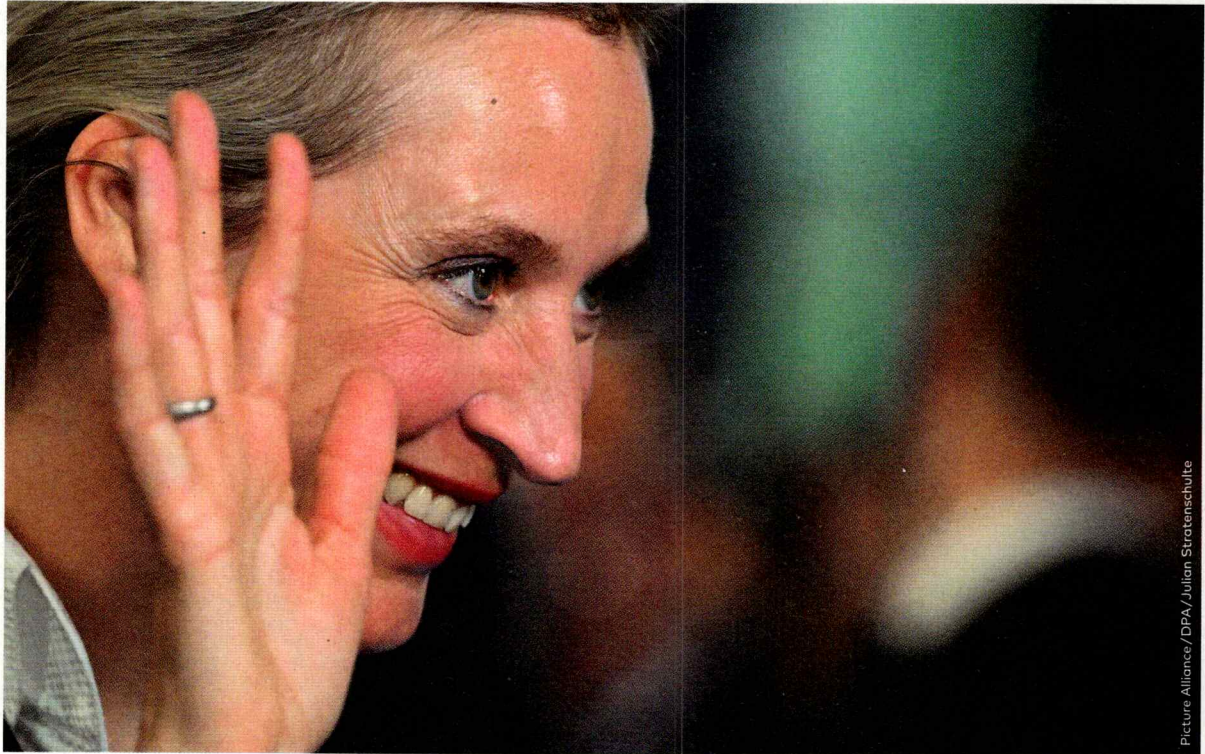
Sequels zu Günter Grass' »Danziger Trilogie« freuen (*Matzerath – Er ist wieder da*)? Muss das Weihnachtsgeschäft im Thomas-Mann-Jahr gerettet werden von *Buddenbrooks – Die fehlenden Jahre*? Denkbar ist das.

Die Tom Clancy GmbH hat dieses Spiel nicht erfunden, es ist so alt wie der moderne Belletristikmarkt. Sogar die französischen Wikipedia-Seiten kapitulieren vor der Aufgabe, sämtliche Romantitel von Alexandre Dumas d. Ä. aufzulisten – schuld ist dessen effizient organisierte Schreibstube, die Europas Buchläden Mitte des 19. Jahrhunderts jährlich mit Dutzenden Titeln zu versorgen verstand. Wer aus dem Nachlass die Rechte erwirbt, darf munter weiterproduzieren (lassen). Als Rialto-Film Mitte der sechziger Jahre die besten Schnurren von Edgar Wallace aufgebraucht hatte, die westdeutschen Kinos aber mit weiteren maskierten Hexern im Nebel versorgen wollte, ließ sie von Autoren wie dem früheren Nazi-Propagandisten und späteren »Derrick«-Erfinder Herbert Reinecker kurzerhand neue Pastiche-Geschichten aushecken. Dem bereits 1932 verstorbenen Wallace wurden in diesem Zuge nicht nur die Neurosen der aufarbeitungsunwilligen Nachkriegsdeutschen untergeschoben, sondern auch heroinabhängige Biker und softpornografische Ausschweifungen im Mädchenpensionat. Der konkurrierende Produzent Artur Brauner war letztlich nur konsequent, als er Wallaces Sohn Bryan Edgar die Rechte an dessen eigenem Krimi-Schaffen abkaufte, ihm allerdings zu verstehen gab, man brauche nicht dessen Bücher, sondern lediglich den Familiennamen fürs Filmplakat. Wallace d. Ä. hätte sich das vermutlich nicht bieten lassen, ging er doch zu Lebzeiten erbittert gegen die Unterstellung vor, er beschäftige Co-Autoren. Er brauchte ohnehin bloß drei Tage, um ein neues Buch zu diktieren.

Der Fluch der findigen Erben hat sogar eine linke Ikone wie Douglas Adams ereilt. Ein vom irischen Vielschreiber Eoin Colfer stammender sechster Band der Serie *Per Anhalter durch die Galaxis* erschien 2009. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel von Terry Pratchett, dem 2015 verstorbenen Autor der *Scheibenwelt*-Romane. Seine Erben respektieren nicht nur Pratchetts Bitte, von posthumen Veröffentlichungen und sonstigen Fortsetzungsunterfangen abzusehen, sie haben ihm auch einen besonderen letzten Wunsch erfüllt. 2017 wurde in einer öffentlichen Zeremonie die Festplatte mit allen verbliebenen Entwürfen und Textideen Pratchetts in einer öffentlichen Zeremonie von einer Dampfwalze überfahren. Eine Geste, die in ihrer ungeschönten Roheit vielleicht sogar Tom Clancy gefallen hätte. ●

Wieland Schwanebeck schrieb in konkret 3/25 über die verrätselten Bilderwelten des Regisseurs David Lynch

Alice und der Hitlerfreund



Picture Alliance/DPA/Julian Stratenschulte

Einmal sah man sie spazieren
Mit der Lebenspartnerin,
Und es platzte ihr Dozieren
Vor Niveau und Bürgersinn:

»Blablabla brüllbrüll rament
Oggl oggl heck und meck!
Scheißepiss inkontinenter
Eselskot und Rattendreck!«

Alice war der Kopf der beiden.
Ihre Freundin nickte stumm,
Denn sie konnte Alice leiden,
Aber wusste nicht, warum.

Oh, so schwebten durch die Auen
Unter Gottes blauem Dach
Sonnenschirmgeschmückte Frauen,
Aber dann, herrje und ach,

Kam ein dicker Mann gefahren
Brummelbrumm in seinem Van,
Klug wie Alice und seit Jahren
Goebbelsfreund und Hitlerfan,

Und er hatte wo gelesen
Weidels Furz, der Hitler sei
Voll der Kommunist gewesen!
Und da hat mit lautem Schrei

Er die Alice – totgeschossen!
Denn bei ihm war links verhasst.
Die Moral: Er hat's genossen,
Aber wurde dann gefasst.

Thomas Gsella

Beating Hearts

Regie: Gilles Lellouche; mit Adèle Exarchopoulos, François Civil, Mallory Wanecque, Malik Frikah, Alain Chabat; Frankreich/Belgien 2024, 161 Minuten, ab 27. März im Kino

Manche Filme treten vom Filmfestival in Cannes aus ihren Siegeszug um die Welt an. Andere erholen sich nie wieder von der Abreibung, die sie dort von der versammelten Weltpresse beziehen. Welches Schicksal Gilles Lellouches Film »Beating Hearts« beschieden sein wird, hat die Filmgeschichte noch nicht entschieden, aber die Cannes-Öffentlichkeit meinte es im Frühjahr 2024 in der Tat nicht gut mit der vierten Regiearbeit des prominenten Schauspielers. Hat sich Lellouche, der im Kino zuletzt als Obelix zu sehen war und als Regisseur unter anderem mit dem Überraschungserfolg »Ein Becken voller Männer« (2018) aufhorchen ließ, womöglich Feinde gemacht? Zumindest verrät die englische Wikipedia-Seite zu seinem neuen, üppige 161 Minuten langen Film einige Häme, denn dort werden in über 1.600 Wörtern fast nur Verisse resümiert.

Bei so viel Gegenwind möchte man dem Film schon aus reiner Anteilnahme wohlgesonnen sein, noch bevor man auch nur eine Minute davon gesehen hat. Wie heißt er noch mal? Da wird's schon kompliziert. Die 1996 erschienene Romanvorlage des Iren Neville Thompson heißt im Original *Jackie Loves Johnser OK?*, in deutscher Übersetzung »Wildes Leben«, in die hiesigen Kinos kommt das Ganze leider nicht unter dem Titel »La Bumm«, wie es einer mit reichlich Action angereicherten Romanze zustünde, sondern als »Beating Hearts«. Dabei erzählt der französische Originaltitel »L'amour ouf« eigentlich schon die ganze Geschichte. Die Liebe? Uff! In der Tat schielt Lellouches Film auf die Tradition des epischen Liebesleids im französischen Kino, auf die gute Gesellschaft von Jacques Demys »Die Regenschirme von Cherbourg« (1964) und auf Leos Carax' »Die Liebenden von Pont-Neuf« (1991).

Verheißt der Beziehungsstatus dabei in der Regel: *It's complicated*, gilt das für den Kriegen-sie-sich-oder-nicht-Plot in »Beating Hearts« eher nicht. Die brave Jackie ist 15 und trauert um ihre Mama, Clotaire ist 17 und hat die Schule geschmissen. Gegensätze ziehen sich an, der Hafer sticht zu, und es war Sommer, er nimmt sie auf dem Mofa mit, dafür bleut sie ihm ein, dass anständige Menschen beim Knutschen das Kaugummi rausnehmen (die weichgekaute Masse darf dann an der Wand als pochendes Herz weiterschlagen). Tragische Züge nimmt die Story an, weil das Milieu eben doch stärker

ist als der Geschlechtstrieb: Clotaire lässt sich vom örtlichen Gangsterboss und Hobbysänger La Brosse zu einem Überfall bequatschen, der natürlich schiefgeht, und bekommt die Tötung des Wachmanns in die Schuhe geschoben. War er's denn? Natürlich nicht, Euer Ehren, doch Euer Ehren schaut Clotaire leider nicht so tief in die Augen wie die schöne Jackie, so dass der von seiner Peergroup verratene junge Liebhaber beziehungsweise Bromeo im Gefängnis landet.

Dass das mit Jackie trotzdem die wahre Liebe ist, merkt man schon daran, wie sich beide nach zwölf Jahren Gefängnispause sofort wiedererkennen, obwohl sie inzwischen von anderen Schauspielern dargestellt werden. Jackie hat das bessere Ende erwischt, weil die bezaubernde Mallory Wanecque und die seit »Blau ist eine warme Farbe« (2013) weltberühmte Adèle Exarchopoulos von ihr ein paar Schichten mehr freilegen dürfen als die Clotaire-Darsteller Malik Frikah und François Civil, die bei dem Dauerehrwürdigen zwar gern unter die Oberfläche dringen würden, unterm Bürstenschnitt aber bloß auf Granit beißen.

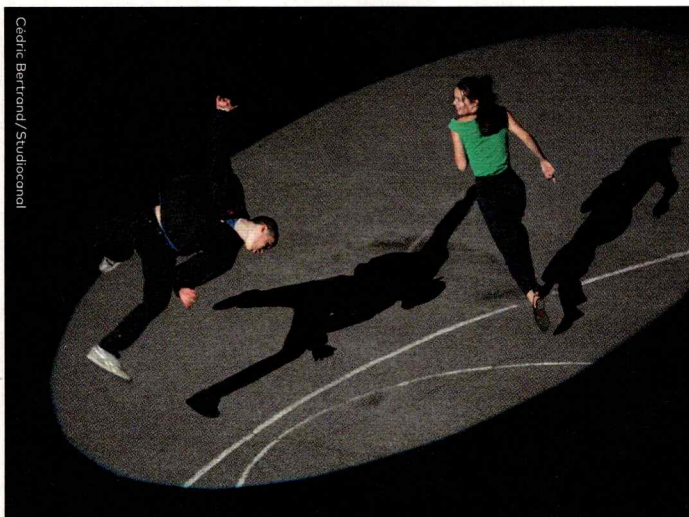
Das Paar kreist dann noch ein Stündchen umeinander beziehungsweise strebt aufeinander zu, es gibt eine Sonnenfinsternis, einen Racheplot, schicksalhafte Begegnungen in Telefonzellen, kurz angebundene Dialoge (»Hast du sie gefickt?« – »Nur ein bisschen.«) und mehr Wiederholungen von »Nothing Compares 2 U« als bei der Schuld disco im Jahr 1990. Lellouche ist ein intensives und kongeniales Werk zur überhitzten Verknalltheit gelungen, und damit sind gar nicht so sehr Jackie und Clotaire gemeint, sondern die stürmische Verliebtheit des Regisseurs in seine filmischen Gestaltungsmittel, die er dem Betrachter links und rechts um die Ohren haut. Bewohner des siebten Himmels wissen ja häufig nicht so recht, wann es zu viel ist oder wieviel von ihrem Glück der Rest der Menschheit noch tolerabel findet.

Wer sich auf »Beating Hearts« einlässt, darf sich also gefasst machen auf *Lens flares*, Weichzeichner-Erotik, eine von der Kette gelassene subjektive Kamera, diverse Soundtrackexplosionen, eine als Schattenspiel gefilmte Schießerei sowie mehr Montagesequenzen als in einem Sportfilm der achtziger Jahre. Man muss schon ein sehr vernagelter Grantler oder Filmfestival-Journalist sein, wenn man angesichts dieser cineastischen Fleißarbeit nicht zumindest ein bisschen mit den beiden Königskindern fiebert, die füreinander Karamellpudgklauen und gemeinsam un-

sterblich sein wollen. Liebe ist klebrig, und wenn man sich als Zuschauer irgendwann nicht mehr von den beiden Unzertrennlichen lösen kann, ist man unversehens auch dem hyperaktiven Regisseur, der aus seinem bunten Farbkasten ein bisschen zu viel von allem auf die Leinwand donnert, auf den Leim gegangen.

Zumindest in seiner französischen Heimat ist es Lellouche besser ergangen als beim internationalen Spießrutenlauf von Cannes, denn beim César wurde »Beating Hearts« mit 13 Nominierungen bedacht (und holte immerhin die Auszeichnung für Alain Chabat als besten Nebendarsteller). Ob das jetzt der beste französische Film des Jahres ist, bleibt dahingestellt, aber spätestens wenn die charismatische Jungdarstellerin Wanecque mit einer Zigarette in der Hand und sehr viel Weltschmerz in der Stimme den Satz »Ich bin unglücklich« an der Kamera vorbeispricht, dann hat man mit Sicherheit den französischsten Film des Jahres vor sich, und das ist ja auch schon mal was.

Wieland Schwanebeck



Wenn die Liebe »Uff!« macht: Clotaire (Malik Frikah, l.) und Jackie (Mallory Wanecque) im pubertären Rausch der Verknalltheit

Von Hunden und anderen Menschen

Vier neue Comics zeigen in wahren und fiktiven Biografien, weshalb das, was war, nicht so schnell vergeht. Von Peter Kusenberg

Er zeigte auf die staubbedeckten Häuser entlang des Flusses. »Sie sehen schon wie Lehmhütten aus. Wir bewegen uns geradewegs in die Vergangenheit zurück.« Lomax schüttelte den Kopf. »Die verkehrte Richtung, mein Lieber. Es ist die Zukunft, mit der jeder von uns jetzt klarkommen muss.«

James Graham Ballard: *Welt in Flammen*

Der inhaltliche Rahmen ist maximal groß: Auf den beiden Vorsatzseiten von *Monica*, Daniel Clowes' jüngstem Werk, sieht der Betrachter ein blubberndes Lavameer, Blitze und Rauchwolken, so, wie man sich das Chaos der griechischen Mythologie vorstellt. Auf den beiden folgenden Seiten krabbelt im ersten Bildchen ein Lebewesen aus dem Urschlamm, daneben ein Dinosaurierkopf, die Kreuzigung Christi, die Pest von 1348 und die Ermordung von John F. Kennedy nebst dem Porträt einer prototypischen US-amerikanischen Familie der sechziger Jahre. Die letzte Doppelseite im Band zeigt das Ende der Welt: mit gleißender Sonne, Atompilz und gewalttätigen Mutanten. Zwischen den goldigen Sechzigern und der Endzeit entspinnt sich die Geschichte der Titelfigur, deren Mutter ein wildes Hippie-Leben führt und alsbald die Tochter im Stich lässt. Der Vater, so erfährt der Leser im Prolog, hatte während seines Einsatzes in Vietnam eine apokalyptische Vision, wie sie im Finale des Buchs zu sehen ist. Monica wächst bei den Großeltern auf, die während ihrer Adoleszenz sterben. Die junge Frau mändert durchs Leben, wird Unternehmerin, bezeichnenderweise mit einem Kerzenladen wie ihre lieblose Mutter. Sie schließt sich einer Sekte an, mit der die Mutter einst zu tun hatte, und beginnt ein persönliches Gespräch mit einem alten Kassettenrekorder, den sie für einen Mittler zwischen ihr und dem geliebten Großvater hält.

So seltsam die Geschichte anmutet: *Monica* zeichnet eine prototypische Biografie der geburtenstarken Jahrgänge, zu denen Clowes gehört. Deren wesentliche Merkmale sind Einsamkeit, das Gefühl des Nichtda-

zugehörens, der zum Exzess gesteigerte Individualismus libertärer Prägung. Clowes fügt in die Handlung groteske Szenen ein, die an Horrorcomics der fünfziger Jahre erinnern und zu einem Finale führen, in dem eine ältliche Monica zum Spaten greift und die Offenbarung, nun ja, ausgräbt. Die Panels hat Clowes durchgängig in leuchtenden Farben koloriert, anders als in seinen Schwarzweißwerken *Ghost World* (1997) und *David Boring* (2000), doch auch diesmal durchbricht er kaum die standardisierte Abfolge kreditkartenkleiner Panels. Das Kleinbürgerleben zwischen Popkultur, Erlösungssehnsucht und Weltuntergang: Darin erschöpft sich die Spätmoderne.

Die Zeit davor war hoffnungsvoller. Eine junge, untätige Frau aus dem verarmten Bauernstand in Kansas verlässt Mitte der dreißiger Jahre Hals über Kopf ihre Familie und reist nach New York, um dort, wie's bei Adorno heißt, in »klarem Wissen um die eigene gesellschaftliche Inferiorität« und mit »Hang zum Sozialutopischen« eine Streiterin für Bürgerrechte und Kommunismus zu werden, wobei sie ihre Liebe zum Schreiben und zum Comicstrip entdeckt. Da sie eine Zigarette nach der anderen quarzt und dem jungmännlichen Publikum ein weiblicher Autor schwer vermittelbar wäre, schreibt sie unter dem Nom de Plume Bob Smoke Geschichten für den selbstherrlichen Zeichner Frank Battarelli.

Ihr Dogman, ein Superheld mit hündischen Qualitäten wie überragendem Spürsinn, wird ein Hit, und die Heldin erlebt jenen »dialektischen Umschlag der resignierten Passivität in Aktivität« (Adorno). Der italienische Zeichner und Texter Alessandro Tota erzählt im ersten Teil von *Die große Illusion*, einem umfangreichen Werk über das »goldene Zeitalter« der amerikanischen Comics, von der ausbeuterischen Branche, die ihre Zeichner und Texter mit Knebelverträgen um Urheber- und Verwertungsrechte betrog. Als Nebenfiguren treten der nur dank seiner Cleverness reich gewordene »Batman«-Autor Bob Kane auf sowie die

Partner Will Eisner und Jerry Iger, die zu jener Zeit ein unabhängiges Studio gründeten und damit die geschäftliche Basis für jene Comic-Gattung schufen, die der Handel seit einigen Jahrzehnten als Graphic Novel vermarktet.

Tota gelingt im Rahmen einer romanhaften Erzählung eine klischeearme und kluge Hommage an die frühen Superhelden-Comics, die als »Schundheftchen« verpönt, doch überaus erfolgreich waren. Das Personal der »Dogman«-Comics taucht auch in der Bob-Smoke-Handlung auf, etwa wenn der Superhund zu Courage motiviert und Dogmans Erzfeindin den Zeichner Battarelli in sein sozialdarwinistisches Dogma hineinsteigert. Nebenher erzählt Tota von den Nöten des idealistischen Verlegers eines kommunistischen Kampfblatts, der zu den Schauprozessen Stalins nicht schweigen mag und den die eigene Partei deshalb schasst. Bob Smoke wiederum leidet als lesbische Kommunistin unter den Widersprüchen ihrer Zeit und bewahrt dennoch ihre Zuversicht. Die Bilder sind bunt, die Figuren klar konturiert, ähnlich wie in den Comics der sozialutopischen Serie *Love & Rockets* von Jaime Hernandez aus den neunziger Jahren, die nicht zuletzt wegen der Superhelden-Reverenzen und der lesbischen Figuren dem Künstler als Inspiration gedient haben mag.

Bodenständiger wirkt *Ahmadjan und der Wiedehopf* von Maren Amini. Der Held, Aminis Vater, ist wiederum ein armes Würstchen, in diesem Fall ein afghanischer Teenager, der sich in den sechziger Jahren danach sehnt, in den USA ein freies Leben als Künstler zu führen. Doch zur Greencard reicht's nicht, deshalb landet er 1971 in Hamburg, wo er an der Kunsthochschule studiert. Ende der Siebziger kehrt er kurzzeitig nach Afghanistan zurück, um nach Beginn des Bürgerkriegs abermals die Biege zu machen. Amini inszeniert die Geschichte in luftigen, rahmenlosen Bildern mit Figuren und Gegenständen, die meist in dicken schwarzen Strichen gezeichnet sind, was an die komischen Alltagschroniken des französ-

sischen Zeichners Sempé erinnert. Mitunter schiebt Amini eine ganzseitige Illustration mit leuchtenden Wasserfarben in die Geschichte, die insbesondere durch exotische Elemente wie Pfauen und den titelgebenden Wiedehopf das Besondere dieser Biografie betont.

In einer Szene sitzt Vater Amini, den die Tochter stets als knollennasigen Winzling mit Wuschelkopf malt, in Gestalt eines Vogelmenschen im Geäst, während im Hintergrund farblose Gestalten auf einen Fernseher starren und die Bildüberschrift feststellt: »Im Studentenwohnheim läuft gerade die Europameisterschaft. Und es verwirrt Ahmadjan: Keiner der Deutschen ist für die Deutschen.« Gemäß ihrem Charakter treten Ne-

schichte wie ein orientalisches Märchen wirken, woran die Fokussierung aufs Vogelthema ebenso ihren Anteil hat wie das fortwährende Zitieren eines Gedichts des Mystikers Fariduddin Attar. Es erzählt von einem Schwarm, aus dem nur dreißig Vögel das Ziel erreichen, wobei der titelgebende Wiedehopf als Anstifter der Reise auftritt. Aminis Vater wird als ein Federtier vorgestellt, dem die strapaziöse Reise gelungen ist. Dem eigentlichen Werk ist ein aufschlussreiches Glossar beigelegt, was in jüngeren Comic-Großwerken keine Seltenheit ist: Von Chester Browns diskursivem *Paying for it* von 2011 bis zum aktuellen 450-Seiten-Brocken *Ginsengwurzeln* des US-amerikanischen Autors Craig Thompson umfassen die Stichwort-

Vernichtungslagers Theresienstadt, verbrachte seine frühe Kindheit in München als Sohn eines »arischen« Malers und einer jüdischen Mutter. Sein kommunistischer Vater war Repressionen ausgesetzt, doch überlebten die Eheleute und die drei Kinder Krieg, Entbehrungen und Entmenslichungen. Wie sein Vater arbeitete Ernst Grube als Maler, wurde Mitglied in der FDJ, nahm an Demonstrationen gegen die Wiederbewaffnung der BRD teil und wurde dafür zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt.

Sein Richter war Kurt Weber, ein NS-Karrierist, dem Hannah Brinkmann, Autorin des in dezenten Pastelltönen kolorierten Werks, gut 50 Buchseiten widmet. Weber hatte sich zwecks »Entnazifizierung« zum Regimegegner stilisiert, weil er bis Mitte der dreißiger Jahre mit einer jüdischen Künstlerin verlobt war und während seiner Zeit als Richter im besetzten Straßburg von vier zum Tode verurteilten Männern »nur« einen hinrichten ließ. »Jegliches angebliche politische Fehlverhalten habe ich doch durch meine furchtbaren Erlebnisse als Frontsoldat, durch meinen neuntägigen Gefängnisaufenthalt und durch die mehr als einjährige Fernhaltung von meinem Beruf gesühnt«, erklärte Weber 1946 gegenüber der Spruchkammer. 13 Jahre später schickt er den »Halbjuden« Grube »nur ein Jahr« in den Bau, da er »noch nicht zu den Menschen (gehört), die im Kommunismus völlig aufgehen«. Noch 2012 wird Grube »im bayerischen Verfassungsschutzbericht als Linksextremist diffamiert«, notiert Hannah Brinkmann.

Ihr Buch ist zwar eher konventionell erzählt, doch mit vielen Verfremdungen gezeichnet. So erscheinen Ernst und seine Familie als Grashalme, während Mitläufer Weber als Matroschka-Puppe auftritt. Der »Halbjude« Grube ist in einem Panel als Körper zu sehen, der vertikal in zwei Hälften geteilt ist. Aufschlussreich sind Sequenzen, die zeigen, wie ehemalige Nazi-Soldaten in den fünfziger Jahren linke Demonstranten verprügeln. Für konkret-Leser mag das ein alter Tschako-Hut sein, doch ist Brinkmanns Comic angesichts des nunmehr 80 Jahre währenden dummen Geschwätzes von der »Stunde der Null« ein ansehnlicher Beitrag. ●

Daniel Clowes: *Monica*. Aus dem Amerikanischen von Matthias Wieland. Reprodukt, Berlin 2024, 106 Seiten, 24 Euro

Hannah Brinkmann: *Zeit heilt keine Wunden: Das Leben des Ernst Grube*. Avant-Verlag, Berlin 2024, 272 Seiten, 30 Euro

Alessandro Tota: *Die Große Illusion. Teil 1: New York 1938*. Aus dem Italienischen von Myriam Alfano. Reprodukt, Berlin 2024, 248 Seiten, 29 Euro

Maren Amini: *Ahmadjan und der Wiedehopf*. Carlsen, Hamburg 2024, 240 Seiten, 26 Euro

Peter Kusenbergschrieb in konkret 2/25 über KI in der Videospiele-Industrie

Von den gleichen Richtern für die gleichen »Verbrechen« auch nach dem Krieg verfolgt: der kranke Shoah-Überlebende Ernst Grube nach seiner Verhaftung im November 1958 in einer Bonner Gefängniszelle

benfiguren als Vögel auf: Dompfaff, Falke, Fasan. Der junge Mann, der zwischen der zentralasiatischen Provinz und der westeuropäischen Großstadt hin und her schwirrt, räsoniert über die neue und die alte Wohnstatt und bezieht sein eigenes Leben stets auf die Politik, die sein Herkunftsland beutelte und beutelt.

Eine Idealisierung der »einfachen Leute« vor Afghanistans Hochgebirgskulisse und die Dämonisierung der Sowjetsoldaten sei der Autorin verziehen, denn sie lässt die Ge-

und Quellenverzeichnisse nicht selten Dut-zende Seiten, was den historischen Anspruch der Werke spiegelt.

»Maß des Konflikts ist die Macht des Vergangenen in der Gegenwart, als Drohung der Zukunft«, wie Adorno im Hinblick auf Ibsens Dramen schreibt. Demgemäß zeigt Hannah Brinkmanns gänzlich unkomische Biografie *Zeit heilt keine Wunden: Das Leben des Ernst Grube* den prototypischen deutschen Konflikt des 20. Jahrhunderts. Ernst Grube, heute 92-jähriger Überlebender des



DER LETZTE DRECK

Die »Kulturjournalistin des Jahres 2022« (»Medium Magazin«), Jagoda Marinić, plaudert seit einiger Zeit bei Arte mit mehr oder weniger belesenen Prominenten (etwa Thomas Hitzlsperger, Florian Illies und Michael Groß) über »Das Buch meines Lebens«. konkret dokumentiert die Höhepunkte ihres Gesprächs mit der »Journalistin des Jahres 2022« (»Medium Magazin«), Katrin Eigendorf.

I. Akt: Der Dalai Lama und die Trolle

Jagoda Marinić: Du warst in Afghanistan, du warst in der Ukraine, die letzten zwanzig Jahre deines Lebens in den Krisengebieten dieser Welt. Spielt Fiktion, spielen Bücher da überhaupt eine Rolle für dich?

Katrin Eigendorf: Also, ich habe schon als Kind Bücher verschlungen. Und es ist bis heute so, dass ich eigentlich immer ein Buch dabei habe.

Marinić: Auf all den Reisen, also in die Krisengebiete überall, du hast sogar ein Belegexemplar dessen mitgebracht. Du hast uns gesagt, eines deiner Bücher, in dem du sehr gerne liest, ist der Dalai Lama: *Was aber ist Glück? Fragen an den Dalai Lama*. Was bedeutet dir das?

Eigendorf: Also die Tatsache zum Beispiel, dass eigentlich das wahre Glück darin liegt, dass wir eine gute Einstellung zum Leben haben und dass man zum Beispiel auch Menschen unterstützt. Das ist ja inzwischen auch durch die Glücksforschung auch wissenschaftlich belegt.

Marinić: Also, es ist ja heute bei vielen Menschen wirklich die Bespiegelung von außen, die sie trägt. Aber dann eben, apropos Anerkennung, gibt es auch das Gegenteil; Leute, die sagen, jetzt berichtet sie, und wir haben ja die Trollfabriken aus Russland, die sagen, jetzt lügt sie, dann greifen sie dich online an.

Eigendorf: Und ich erinnere mich, gerade in den Anfangsphasen des Ukraine-Krieges 2014 wollte man in Deutschland ja auch nicht hören, was ist, und hat dieses russische Narrativ nach dem Motto »Was da in der Ukraine passiert, ist ein faschistischer Aufstand, oder das Land ist gespalten in Russlandfreunde und Russlandfeinde.« Das ist ja mitten in unserer Gesellschaft diskutiert

worden, obwohl es eine Lüge und eine Desinformationskampagne war.

Marinić: Wie wichtig ist dir das wirklich, auch durch deine Arbeit die Wahrheit in die Welt tragen zu dürfen?

Eigendorf: Das ist das, was meine Arbeit ausmacht. Das ist ja der erste große Informationskrieg der Geschichte, den wir erleben, wo Information einfach auch Situationen verändert. Ich bin doch Teil des Geschehens. Ich bin doch Mensch, und ich bin doch auch da. Ich halte diese vermeintliche Objektivität oder Neutralität in Kriegen ja für eine Irreführung geradezu des Zuschauers.

II. Akt: Die Französin als solche

Marinić: Und deswegen möchte ich hier noch ein Buch nehmen, weil wir gerade über den Einfluss von Frauen (sprechen), du hast Simone de Beauvoir, *Das andere Geschlecht*, mitgebracht.

Eigendorf: Oh, das Buch, das war ganz, ganz früh.

Marinić: Wenn du sagst, als junge Frau in Paris, und du hast was gespürt, was sie für dich in Worte gefasst hat, was ja oft das ist, was wir dann in Büchern, die wir so nicht vergessen können, eigentlich ist, dass man dach-



Waren beide Pippi: Jagoda Marinić (l.) und Katrin Eigendorf

te, ich hatte ein Lebensgefühl, und hier sind die Worte dazu, hier sind sie in der Dichte, die ich brauche.

Eigendorf: Ich glaube, das ist das, was ein Buch, das einen durchs Leben begleitet, oder Bücher, die wertvoll sind, dass sie einem das Gefühl geben, ja du hast recht.

Marinić: Man sagt ja immer, die Franzosen seien besser in Sachen Gleichstellung, zumindest was beruflich manchmal die Daten angeht.

Eigendorf: Also, da ist ein großer Unterschied, aber nichtsdestotrotz sind die Französinen Südländerinnen. Also viele meiner Freunde haben damals über mich gespottet, so: »Ihr Deutschen, ihr seht ja furchtbar aus, ja. Also ihr habt ja gar keinen Sinn dafür.«

Und da muss ich sagen, das hat mir zum Beispiel nicht so gefallen.

Marinić: Die Französin ist ja eigentlich schon vom Gehen schlank. So schreiben sie ja immer so Bücher. Also, die haben da schon so einen Kult entwickelt, den sie dann auch exportieren.

Eigendorf: Also, das war für mich klar, Deutschland ist zu klein, ich will raus in die Welt. Also, ich habe Chefs gehabt, die haben mir gesagt, du willst dort und dort hin, da herrscht Krieg, spiel mal lieber zu Hause mit deinem Plastikpanzer.

III. Akt: Vom Stehlen der Zeit

Marinić: Also völlig verwirrend, wie bei allem im Moment in der Welt, die Botschaften. Auf der einen Seite wird an der Frau wieder alles weggekürzt. Leider rennt mir die Zeit mit dir davon, und ich würde so vieles noch gerne (besprechen), du hast aber passenderweise ein Buch mitgenommen, das viele wahrscheinlich lieben aus der Kindheit, in dem es um Zeit geht, *Momo*.

Eigendorf: Also, diese Geschichte dieses Mädchens Momo, das darum ringt, den Menschen begreiflich zu machen, was wirklich zum Glück im Leben führt. Und die Zeitdiebe, das ist ja etwas noch immer so Aktuelles, wenn man sich überlegt, wie alt dieses Buch schon ist. Und das hat mich sehr, sehr geprägt.

Marinić: Liest du eigentlich identifikatorisch? Also wenn du jetzt *Momo* liest, ist für dich dann die Phantasie so, dass du das erlebst, als wärst du Momo, oder liest du (es) eher wie einen Film, dass du dann eher eine Momo siehst, die handelt?

Eigendorf: Also identifizieren tue ich mich eigentlich fast nie. Außer bei Pippi Langstrumpf.

Marinić: Als Kind war ich Pippi Langstrumpf. Und dann genau so diese Freiheit, dass man mal diesen ganzen Blödsinn macht auf dieser Welt. Also mit der Fiktion, die betrachtest du wie eine Geschichte, die dir was erzählt, und das Sachbuch hast du dann doch vielleicht sogar identifikatorischer gelesen als Romane, in die man sich eigentlich auch empathischer in die Charaktere reinversetzen kann. Kann das sein, oder?

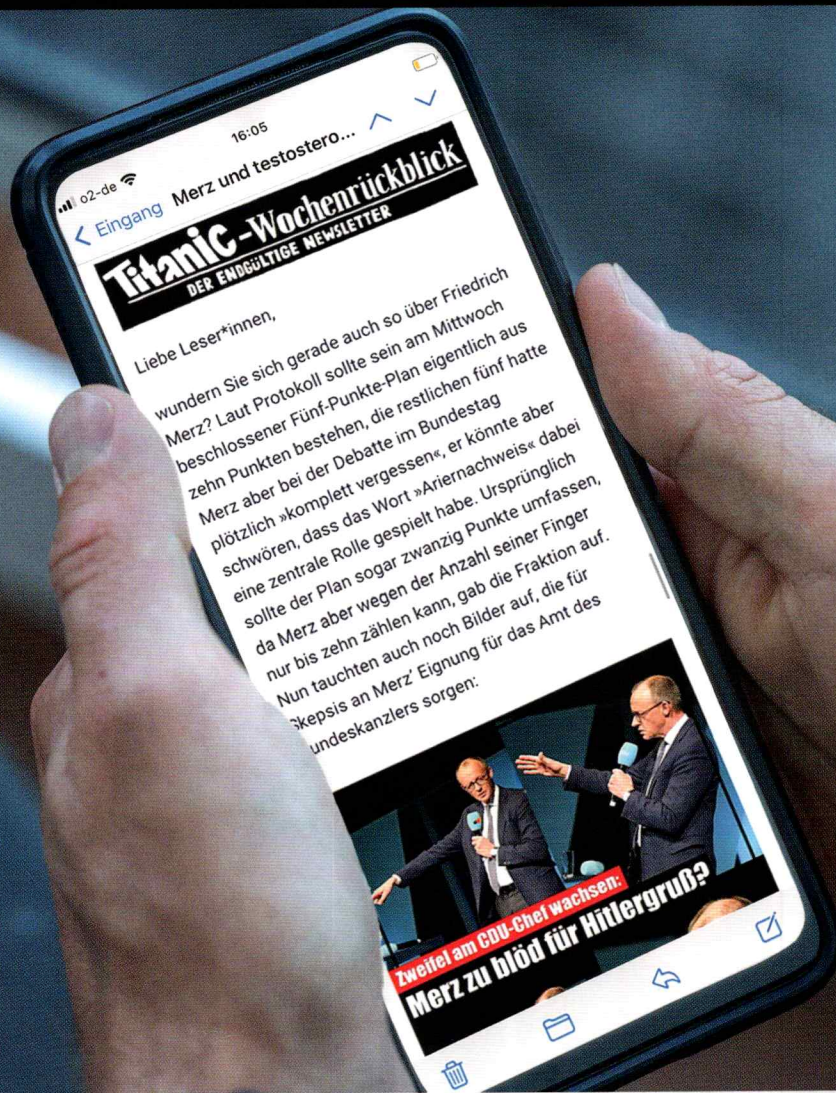
Eigendorf: Interessanterweise habe ich mich mit Simone de Beauvoir als Mensch oder als Frau gar nicht identifiziert.

Marinić: Liebe Katrin Eigendorf, das war unsere Stunde mit »Buch meines Lebens«.

Eigendorf: Gerne. Danke. ●

Titanic-Wochenrückblick

DER ENDGÜLTIGE NEWSLETTER



Der Newsletter für alle, die es wissen müssen.

Ab jetzt fassen wir **jeden Freitagmorgen** die wichtigsten und relevantesten Nachrichten der letzten 168 Stunden in einer kompakten Mail für Sie zusammen, damit Sie stets informierter und interessierter als Ihr Umfeld sind. Außerdem enthalten: **mindestens drei Bilder!**

Melden Sie sich jetzt an auf www.titanic-magazin.de/newsletter/ ►►►

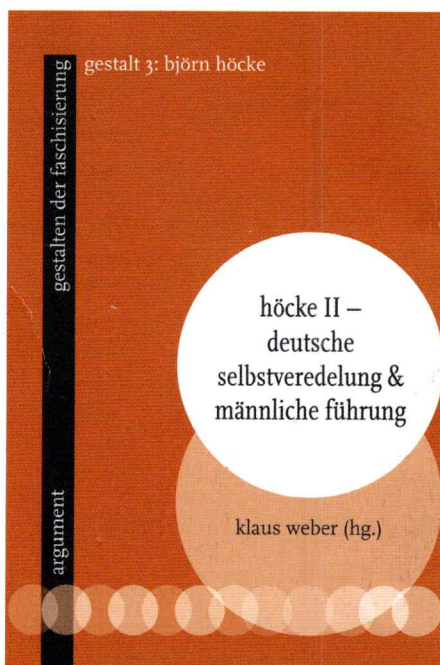
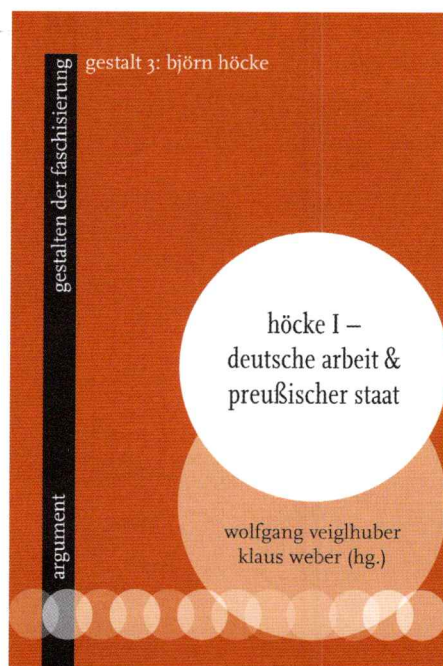


Der neue Faschismus hat sich etabliert ...

und die bürgerlichen Kräfte sind bereit, den neoliberalen und völkischen Kurs der neuen Nazi-Partei mitzutragen. Wer die Vernichtungsideen des wichtigsten AfD-Politikers kennenlernen will, seine Vorstellungen von deutschem Staat und Volksgemeinschaft, von Remigration aller Nichtdeutschen und dem Kampf gegen Feminismus, Antirassismus und emanzipatorische Kräfte, kommt um diese zwei Bände nicht herum.

Björn Höcke hat in Reden und Interviews gezeigt, dass er zum Führen einer faschistischen Partei bereit und in der Lage ist. Seine Ausführungen zur deutschen Gesellschaft basieren auf völkischen Mustern, die sich an das Vokabular der Nazis anlehnen. Dieser erste Band zu Höcke befasst sich mit seiner Rückbesinnung auf das Preußentum, auf die deutsche Marktwirtschaft (mit »schaffendem Kapital«) gegen einen internationalen Kapitalismus (inklusive antisemitischer Stereotype gegen das Finanz- und Börsenwesen) sowie auf die Idee eines homogenen Volks – das »sinnstiftend« arbeitet, um sich für die Gemeinschaft zu »opfern«. Höckes Verherrlichung deutscher Arbeit mit preußischer Disziplin findet ihren Gegenpol im »Fremden« und »Andersartigen« – Pläne bis hin zur Vernichtung sind seine Antwort darauf.

Gestalt 3 der Reihe Gestalten der Faschisierung: Björn Höcke
Wolfgang Veiglhuber &
Klaus Weber (Hg.):
Höcke I –
deutsche Arbeit & preußischer Staat
140 Seiten · Broschur
ISBN 978-3-86754-532-7 · 13,00 €



Dieser zweite Band zu Björn Höcke nimmt sein Frauen-/Männerbild in den Blick, seine antisemitischen Anspielungen und seinen Bezug auf die Nazis. Höcke, der die AfD darauf eingeschworen hat, ihn zum Parteivorsitzenden zu machen, prophezeit seinen politischen Gegnern, sie zu vernichten. Auch seine Rede vom reinen deutschen Volk und der »Remigration« der Fremden ist von Vernichtungsgedanken geprägt. Vaterland, Heimat, die Phrase vom homogenen Volk sowie die mittelalterliche Idee von männlich-ritterlicher »Minne« und weiblicher »Huld« weisen auf den deutschen Faschismus. Diskursanalytisch und mit Geschichtsbezügen werden hier Höckes Reden, Interviews und Parolen inspiziert.

Gestalt 3 der Reihe Gestalten der Faschisierung: Björn Höcke
Klaus Weber (Hg.):
Höcke II –
deutsche Selbstveredelung &
männliche Führung
208 Seiten · Broschur
ISBN 978-3-86754-533-4 · 15,00 €

ARGUMENT VERLAG